Bausteine zur Bismarck-Pyr...

Heinrich Poschinger (Ritter von)

Heinrich v. Poschinger

Bausteine zur Bismarck-Pyramide

Bausteine
zur
Bismarck-Pyramide.

Neue Briefe und Konversationen
des Fürsten Otto von Bismarck
von
Heinrich von Poschinger.

BERLIN 1904.
Verlag von Georg Stilke.

Meyer

Inhalt:

Vorwort.

Als in den achtziger Jahren Professor Dr. Mommsen einmal mit Georg v. Bunsen nach Hause ging, fiel die Rede auf den Kanzler. Nach einer Pause bemerkte nachdenklichst der große Gelehrte: „Es ist doch eigentlich jammerschade, einem solchen Manne nicht nähertreten zu können.“ Mommsen sprach nur aus, was sich Tausende gedacht haben, daher auch die Legion von Versuchen, sei es auch nur ein Mal, bis zur Person des Gewaltigen zu dringen. Am schwierigsten war es, wenn man nicht zu seinen Leuten gehörte oder das Glück hatte, Volksvertreter zu sein, von Bismarck dienstlich empfangen zu werden. Als der preußische Handelsminister Hofmann den Fürsten eines Tages bat, eine ganz würdige Persönlichkeit, die ihn flehentlich darum angegangen hatte, bei ihm vorgelassen zu werden, machte der Kanzler den charakteristischen Ausspruch: „Ich betrachte jeden als meinen persönlichen Feind, der eine Audienz von mir haben will.“

Der Grund für diese Abneigung bestand in dem Zeitverluste, den die offiziellen Empfänge dem Kanzler verursachten; darum war es noch verhältnismäßig viel leichter, in den Kreis seiner Tischgäste zu kommen, wie Bismarck denn es überhaupt liebte, Leute, die er sprechen und sehen wollte, an seine Frühstücks- oder Mittagstafel oder in den Theesalon seiner Gemahlin zu bitten.

Bei den bei Tisch und nachher, die Pfeife in der Hand geführten Gesprächen pflegte Bismarck die wichtigsten Begebenheiten der Zeitgeschichte zu berühren, die Motive seiner Handlungsweise zu erklären und fesselnde Schilderungen von Land und Leuten zu geben. Zu bewundern war stets seine scharfe Beobachtungsgabe, sein feiner Humor, seine Bekanntschaft mit den entlegensten Ge-

bieten der Wissenschaft, sein praktischer Sinn in Fragen der Industrie, Landwirtschaft und allgemeinen Volkswohlfahrt, und seine große und originelle Auffassung von jeder Frage, die in den Bereich der Erörterung gezogen wurde.

Bismarck war, wie Ludwig Bamberger in seinem Aufsatz: „Bismarck Posthumus“ (Nation 1898, Nr. 11) treffend bemerkt, ein causeur von unwiderstehlichem Zauber. Wie alle Erzähler von Profession verschmähte auch er es nicht, die Vorgänge etwas auszuschmücken. Er machte nur einen Unterschied zwischen Menschen, die sich ihm anpaßten, und solchen, die ihm gegen den Strich waren; daher war er Jedem gegenüber, wenn er ihn nicht als verdächtigen Feind behandelte, rückhaltslos gesprächig, und alles weniger als ängstlich bedacht, seinem Humor und Witz den Zügel anzulegen. Hatte er eine launige Anwandlung, ein, wenn auch etwas beißendes Wort auf der Zunge, so konnte er in einem unbewachten Augenblick es nicht herunterschlucken, in einem bewachten um so besser. Mit Sorgfalt wählte er eine glänzende Ausdrucksweise, blühende Bilder, drastische Wendungen und Schlagwörter, die blitzartig die ganze Situation beleuchteten.

Bismarcks Gesprächen haben Unzählige gelauscht, aber wie Wenige haben es verstanden, dieselben festzuhalten. Um als klassischer Zeuge für gefallene Aeußerungen zu gelten, muß man in erster Linie ein gutes Gedächtnis, das Zeug zu einem guten Interwiever haben. Man muß nicht bloß die Fäden der Unterhaltung in Händen behalten, sondern auch die dem Erzähler charakteristische Ausdrucksweise und Redewendungen im Gedächtnis aufbewahren. Weitere Vorbedingungen für diese Art geistiger Reproduktionen sind: eine völlige Vertrautheit mit den geschilderten Situationen und ein genaues Studium des Erzählers. Spaß darf nicht mit Ernst verwechselt werden. „Man muß sich — bemerkt Bismarck im Jahre 1883 zu M. Busch — hüten, meinen inneren Menschen aus fragmentarischen Betrachtungen zu entziffern, welche zu gänzlich verfehlter Auffassung führen. Wenn man Ihnen glaubte, so wär's mir immer blutiger Ernst und ich machte auf Eidesgelöbnis Aussprüche.“ Bamberger bemerkt an einer anderen Stelle: „Gerade die Bedeutung des Mannes macht, daß für das um seiner Persönlichkeit und seiner Handlungen nichts klein

ist." Ganz recht, aber der im Fieber dasitzende Zuhörer darf doch nicht vor lauter Gehirnstenographie darum kommen, den Humor des Augenblicks zu übersehen und ins Kleinliche zu verfallen. Um nur ein Beispiel zu bringen: Zu Georg von Bunsen bemerkte Bismarck einmal, er habe während des österreichischen Feldzuges nur einen vernünftigen Menschen in der ganzen Gesellschaft gefunden, „das war der Kronprinz"; dies war natürlich cum grano salis zu verstehen und wollte sagen, daß der Kronprinz in der kritischen Stunde in Nikolsburg mehr Maß zeigte, als sein erlauchter Vater mitsamt der zur Kriegsführung à outrance und möglichst ausgedehnten Annexionen drängenden Partei. Ein anderes Mal in Rheims bemerkte Bismarck, der König könne sich hier leicht zum Kaiser von Deutschland und König von Frankreich krönen lassen; das würde keine Schwierigkeiten haben. „Wer will es uns verwehren?" Auch das war natürlich im Scherz gemeint.

Aus zahlreichen Publikationen, welche noch unter den Augen Bismarcks entstanden sind, weiß man, wie liberal derselbe Veröffentlichungen seiner schriftlichen und mündlichen Kundgebungen angesehen hat. Als es sich darum handelte, die von Fehlern wimmelnde erste Ausgabe der Briefe, welche Bismarck als Bundestagsgesandter an den Generaladjutanten des Königs Friedrich Wilhelm IV., Leopold von Gerlach, geschrieben hatte, durch eine neue Ausgabe zu ersetzen, schrieb der Altreichskanzler am 10. Dezember 1895 aus Friedrichsruh an Dr. Horst Kohl:

„Geehrter Herr Doktor!

Ich bin damit einverstanden, daß Sie meine Ihnen zugänglichen Briefe an den General von Gerlach nach dem Texte der Originale omissis omittendis nach Ihrem Ermessen herausgeben. Stellen, die noch lebende Leute oder deren Familie mit Recht verletzen könnten, müssen natürlich zurückgehalten werden.

v. Bismarck."

In dem letzten Satze liegt auch für die bevorstehende Publikation, die lose aneinander gereiht, einiges bereits in Zeitschriften und Zeitungen von mir Veröffentlichte, daneben aber noch eine Anzahl bisher unbekannter Briefe und Aeußerungen des

Fürsten Bismarck enthält, die Direktive, wobei man bei der Frage was etwa beleidigend sein könnte, wiederum nicht die Goldwage zur Hand zu nehmen braucht; denn wie Kohl richtig hinzusetzt, hat die Absicht der Beleidigung Bismarck wohl stets ferngelegen; er beleuchtete die Personen, mit denen er in Berührung kam, mit dem Interesse des Anthropologen. Die fein ausgeschnittenen Silhouetten politischer Persönlichkeiten, die der Fürst seinen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen einverleibt hat, sind die Zeugnisse seines scharf beobachtenden Geistes.

Aus Bismarcks Frankfurter Gesandtenzeit.

Drei unveröffentlichte Briefe desselben.

Durch die Konvention von Olmütz wurden, ähnlich wie 14 Jahre später durch die Konvention von Gastein, die Risse nur verklebt; der Kampf um die Hegemonie in Deutschland wurde nur hinausgeschoben, es waren hier wie dort Provisorien geschaffen, die hüben und drüben nicht befriedigten. Und doch hätte Oesterreich mit dem, was es am 20. November 1850 und demnächst auf den Dresdener Konferenzen erreichte, zufrieden sein können. Seine Präponderanz in Frankfurt a. M. blieb unbestritten, und allenthalben in Deutschland zeigten sich die Weißröcke, in Rastatt, Ulm, Frankfurt a. M., Mainz, Cassel und selbst in den nordischen Herzogtümern. Doch dieses genügte alles dem Fürsten Schwarzenberg noch nicht. Die Axt mußte an die Wurzel des preußischen Einflusses in Deutschland gelegt werden, an den preußisch-deutschen Zollverein.

Der letztere war aus leicht erkennbaren Gründen dem Wiener Kabinett zu allen Zeiten unerfreulich gewesen. Indes so gerne man dort demselben eine Zolleinigung Deutschlands mit Oesterreich substituiert hätte, war man doch bei der zu Tage liegenden tiefen Verschiedenheit der beiderseitigen industriellen und Kulturzustände vor der sachlichen Schwierigkeit der Aufgabe bis 1848 stets zurückgeschreckt. Sobald aber Fürst Schwarzenburg ans Ruder gekommen war, hielt er die Zeit für gekommen, auch auf dem Felde der materiellen Interessen der Selbständigkeit des preußischen Einflusses ein Ende zu machen, die preußische Politik hier wie anderwärts dem von Oesterreich geleiteten Bundestage zu unterwerfen und den Grund zu dem ihm vorschwebenden großen Siebzig-

Millionenreich zu legen. Das Wiener Kabinett war demnach schon im Dezember 1849 und dann im Mai 1850 mit dem Gedanken hervorgetreten, die Zollgesetzgebung und Zollpolitik für ganz Deutschland durch die Bundesgewalt in Gemeinschaft mit einem großen, durch sachverständige Kommissionen verstärkten Bundesrat zu regeln. Auch auf den Dresdener Konferenzen wurde darüber verhandelt, jedoch ein praktisches Ergebnis so wenig wie über die sonstigen Reformfragen erzielt. Die Absicht aber blieb bestehen, und so wählte die Bundesversammlung gleich nach ihrer Neukonstituierung (10. Juli 1851) einen sogenannten handelspolitischen Ausschuß, welcher die formelle Aufgabe erhielt, die auf den Dresdener Konferenzen unerledigt gebliebenen Verhandlungen im Gebiete der Handelsgesetzgebung zu prüfen, tatsächlich aber das Instrument werden sollte, die Leitung des Zollvereins aus den Händen Preußens zu winden und zur Bundesangelegenheit zu machen. Die preußische Regierung war natürlich entschlossen, sich durch die österreichische Agitation auf ihrem Wege nicht beirren zu lassen. Der Bundesgesandte v. Bismarck, persönlich von derselben Ueberzeugung durchdrungen, bewirkte jedoch, daß Preußen, um jeden partikularistischen Schein zu vermeiden, dem ersten vorläufigen Antrage beitrat, eine Konferenz von Sachverständigen in Frankfurt stattfinden zu lassen. Deren Ergebnis war dann, wie es unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders sein konnte: es war eben gar nichts herausgekommen — als etwa eine Manifestation des bösen Willens Oesterreichs gegen den preußischen Zollverein.

Die in Dresden und dann in Frankfurt angekündigten Absichten, die deutsche Zollpolitik aus der Hand des Zollvereins in jene des Bundestags, d. h. des Wiener Kabinetts zu verlegen, hatten in Preußen die ernstesten Erwägungen hervorrufen müssen. Der Gedanke lag nahe, den bisher noch nicht zum Zollverein gehörigen Norden von Deutschland, vor allem Hannover für sich zu gewinnen, um für alle Fälle einen territorialen Zusammenhang für den Handelsverkehr zwischen den eignen zerstückelten Provinzen und damit einen Ersatz für den Süden zu erlangen, falls dieser wirklich auf Oesterreichs Betreiben aus dem Verein ausscheiden sollte. Das die Welt überraschende Ergebnis langer, im stillen fortgesetzter Bemühungen war der am 7. September 1851 erfolgte Abschluß

eines Handelsvertrags mit Hannover, wodurch sich dasselbe verpflichtete, mit den dem Vertrage beitretenden Steuervereinsstaaten am 1. Januar 1854 in einem gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit Preußen zollvereinten Staaten zu treten. Um den Septembervertrag zur Ausführung zu bringen, kündigte Preußen im November 1851 die Ende 1853 ablaufenden Zollvereinsverträge und lud gleichzeitig sämtliche bisherige Zollvereinsstaaten auf den 12. April 1852 zu einer Konferenz nach Berlin ein, um auf Grundlage des Vertrags mit Hannover einen neuen Zollverein abzuschließen.

Die Kunde von diesem Vorgange rief bei den andern deutschen Mittelstaaten eine gewaltige Aufregung hervor. Sie fanden in Preußens Verfahren eine Rücksichtslosigkeit gegen ihre souveräne Würde und meinten, Preußen habe diesen Weg anstatt vorausgehender Verhandlung mit ihnen nur deshalb gewählt, um für ihre antipreußische Tätigkeit in der deutschen Einheitsfrage Vergeltung zu üben. Davon mochte freilich so viel begründet sein, daß Preußen nach den Erfahrungen von 1850 nicht gerade auf besonders freundliches Entgegenkommen von ihrer Seite rechnete. Das Wesentliche aber war nicht eine solche subjektive Stimmung, sondern der sachlich sehr begründete Wunsch Preußens, bei der Notwendigkeit einer bedeutenden Tarifreform durch die Feststellung einer in der Hauptsache unabänderlichen Grundlage endlosen Spezialverhandlungen einen Riegel vorzuschieben. Indessen die Verstimmung der Mittelstaaten war vorhanden, und Oesterreich säumte nicht, davon für seine Zwecke nachdrücklich Gebrauch zu machen. Sein erster Gegenzug bestand darin, daß es auf Anfang Januar 1852 die Regierungen sämtlicher deutschen Bundesstaaten zu Unterhandlungen über einen Zoll- und Handelsvertrag nach Wien berief, gleichzeitig aber, als Preußen die Teilnahme ablehnte, neben diesen offenen Erörterungen eine geheime Verhandlung mit Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau führte. Sein Ziel war die vollständige Zolleinigung Gesamtösterreichs mit dem Deutschen Zollverein; der erste Schritt dazu sollte ein Österreich vor allen anderen Nationen begünstigender Handelsvertrag sein, welcher für eine nahe Zukunft den Abschluß der großen Zolleinigung zugleich faktisch vorbereiten und vertrags-

mäßig stipulieren würde. Da die Ablehnung eines solchen Planes von Preußen vorauszusehen war, so schlug das Wiener Kabinett jenen sieben Staaten einen eventuellen Vertrag zu einem Zollverein mit Österreich ohne Preußen vor.

Die süddeutschen Staaten verständigten sich mit Oesterreich ohne Schwierigkeit über den Inhalt eines bedeutungsvollen Handelsvertrages und über die Wünschbarkeit der vollständigen Zolleinigung; bindende Versprechungen aber zu geben, hatten sie umsomehr Bedenken, als den meisten unter ihnen der eventuelle Wiener Vorschlag eines Zollvereins ohne Preußen schlechthin untunlich erschien. Sie waren gut österreichisch solange und soweit sie eine preußische Hegemonie fürchteten, hatten aber keine Neigung, durch einen österreichischen Zollverein ohne Preußen lediglich den Herrn zu wechseln. Politisch erwünscht wäre ihnen eine Zolleinigung mit zwei Großmächten gewesen, um das im Deutschen Bundestage gewohnte Schaukelsystem dorthin zu übertragen; nur stand leider auf dem handelspolitischen Gebiete das materielle Interesse ihrer Bevölkerung der Verwirklichung des politischen Traumbildes zu massiv im Wege, da die Einigung mit Oesterreich die schwersten ökonomischen Inkonvenienzen zeigte, die Fortdauer des preußischen Zollvereins aber ein Lebensbedürfnis für die deutschen Industriellen war. Preußen, sicher auf diesem festen Boden operierend, erklärte denn auch sogleich, daß von der Unterhandlung über einen österreichischen Handelsvertrag erst dann die Rede sein könne, wenn der Zollverein auf Grund des Septembervertrages neu konstituiert sei, während Oesterreich und die unterdes in Darmstadt koalierten sieben Staaten die Gleichzeitigkeit der beiden Unterhandlungen begehrten. An dieser Formfrage entzündete sich zunächst die diplomatische Aktion und neben ihr eine mit großer Lebhaftigkeit auflodernde populäre Agitation, für welche dann auch der preußische Bundestagsgesandte v. Bismarck eine hervorragende Tätigkeit entfaltete.

Wie sich versteht, bewegte sich diese durchaus in der von seiner Regierung eingeschlagenen Richtung, wirkte also unter den damaligen Verhältnissen günstig für die freihändlerischen Bestrebungen. Herr v. Bismarck trat mit lebhaftem Interesse 1852 an die handelspolitische Aufgabe heran. Er ließ es sich angelegen sein, den Minister

Manteuffel über alle auf dem Gebiete vorkommenden tatsächlichen Vorgänge, insbesondere über die in Süddeutschland herrschende Stimmung zu unterrichten, den gegen den Fortbestand des Zollvereins gerichteten Operationen Oesterreichs und der Koalitionsregierungen entgegenzutreten, und spornte gleichzeitig seine Regierung bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu einem entschiedenen Festhalten an der bisherigen Zollvereinspolitik an. —

Während der Zeit, in der Herr v. Bismarck den Grafen Arnim in außerordentlicher Mission in Wien vertrat (8. Juni bis 7. Juli 1852), besprach derselbe die Zollfrage zunächst mit dem Nachfolger des Fürsten Schwarzenberg, dem Grafen Buol. Bei dieser Gelegenheit erläuterte er den preußischen Standpunkt, die Bereitwilligkeit seiner Regierung, einen Handelsvertrag mit Oesterreich abzuschließen, sobald erst die Frage über die Fortdauer des Zollvereins entschieden sei; die Frage der großen Zollunion sei erst nach weiteren Vorstudien und Erfahrungen in Angriff zu nehmen. Herr v. Bismarck enthielt sich jedes direkten Vorschlags zu einem Modus der Ausgleichung. Ein solcher Vorschlag wurde vielmehr nur von dem hannoverschen Geschäftsträger v. Platen gemacht, von dem österreichischen Kabinett aber mit unverhehltem Mißtrauen aufgenommen und ohne weitere Folgen gelassen. Zu einem praktischen Ergebnis führten also diese Gespräche nicht, vielmehr nahmen die Verhandlungen zwischen Preußen und der Darmstädter Koalition im Fortgange des Sommers eine immer bedenklichere Wendung an.

Wie aus meinem Werke „Preußen im Bundestag" bekannt ist, ging Herrn v. Bismarck am 8. August 1852 aus einer sonst glaubwürdigen Quelle die Nachricht zu, daß vor drei Tagen bei den Regierungen der Darmstädter Koalition eine Note des österreichischen Kabinetts eingegangen sei, wonach dasselbe die Staaten von den ihrerseits in Wien übernommenen Verpflichtungen entband und ihnen unter der Erklärung, daß es daraus keine Ansprüche weiter herleiten wolle, überließ, lediglich so zu handeln, wie sie es in ihrem Interesse für das beste hielten. „Der Fürst Wittgenstein[1]) — so berichtete Bismarck dem Ministerpräsidenten — hat vor-

[1]) Der nassauische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

stehende Mitteilung an Sir A. Malet[1]) gemacht und hinzugefügt, er habe dem Grafen Thun sofort geschrieben: Vous nous auriez épargné beaucoup d'embarras, si vous aviez dit cela plus tôt". Den Ausdruck der Note bezeichnete Sir Alexander dahin: Oesterreich stelle den Staaten frei, „de ne point se considérer comme liés par les engagements pris à Vienne vis-à-vis de l'Autriche".

Die Nachricht war, wenn sie sich bestätigte, für Preußen von höchster Wichtigkeit, da sie auf die Darmstädter Koalition wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt haben mußte. Es scheint, daß der Minister von Manteuffel Herrn v. Bismarck mittels einer chiffrierten Depesche um weitere, noch zuverlässigere Nachrichten über die bewußte österreichische Zirkulardepesche bat. Mit Bezug hierauf schrieb Herr v. Bismarck am 10. August 1852 eigenhändig und privat an den Chef in Berlin:

„Ich habe bisher über den Gegenstand, welcher die gestrige chiffrirte Depesche betraf, etwas Weiteres nicht ermitteln können, als was mein vorgestriger Bericht enthält. Sir A. Malet, der allen Glauben verdient, hat mir heut die Erzählung wiederholt und hinzugefügt, daß der Fürst Wittgenstein ihm die Mittheilung in sehr präzisen und klaren Worten gemacht habe, nachdem er vorausgeschickt, daß die Sache für Nassau (pour nous) eine sehr ernsthafte Wendung nehme. Ich kann mir keinen Grund denken, weshalb der Prinz Wittgenstein dem englischen Gesandten, welchen er als eine neutrale und wohlwollende Persönlichkeit betrachtet, jene Mittheilung gemacht haben sollte, wenn sie unwahr wäre; namentlich würde er dann das Detail nicht hinzugefügt haben, daß er dem Grafen Thun geschrieben hätte: „Wenn Ihre Regierung uns das einige Wochen früher gesagt hätte, so würde sie uns viel Verdruß erspart haben."

„Ich berührte heut im Gespräch mit Graf Thun das Vorhandensein der österreichischen Zirkularnote als bekannte Thatsache und sagte, man habe mir von Berlin darüber geschrieben. Er stellte aber entschieden in Abrede, daß ein Aktenstück derart existire, und fand es unbegreiflich, wie seine Regierung zu einer solchen

---

[1]) Malet, Sir Alexander, großbritannischer Gesandter am Bundestag.

Demarche hätte kommen sollen. Sir A. Malet zeigte mir heute einen Bericht von Sir Ralph Milbanke in München, der sub volante zur Beförderung nach London an ihn gelangt war. Derselbe enthält mehrere Nachrichten, die, wie Malet selbst bemerklich machte, die Angabe des Prinzen Wittgenstein nicht unterstützten. Der österreichische Gesandte sei zwar offenbar unbefriedigt von der Lage der Zollangelegenheit aus Wien zurückgekehrt, habe aber das Münchener Kabinett ermahnt, alle Kraft einzusetzen, um den Uebergriffen (encroachements) der preußischen Politik entgegenzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß Bayern ganz allein in diesem Bestreben übrig bleibe. Pfordten[1]) setze seine ganze Hoffnung darauf, daß man in Stuttgart noch einen einheitlichen Beschluß der Koalitionsregierungen zu stande bringen werde, und daß in dem Falle die Nachgiebigkeit Preußens unzweifelhaft sei; wenigstens spreche er sich gegen die Vertreter andrer Staaten in dem Sinne aus, wie Sir Ralph schreibt, daß es einen letzten, aber sicher erfolgreichen Anlauf gelte. Ich weiß nicht, und Sir Alexander wußte es auch nicht, wie er den Inhalt dieses Münchener Berichts mit dem der Indiskretionen des Prinzen Wittgenstein kombiniren solle; er hielt es für wahrscheinlich, daß der nassauische Minister, weil er selten fremde Diplomaten sähe, mehr das Bedürfniß der Mittheilung habe als der bayrische, und daß letzterer geschickter schweige, es mit der österreichischen Zirkularnote aber seine Richtigkeit habe. Sobald ich Näheres erfahre, schreibe ich sofort."

Zwischen dem 10. und 14. August 1852 fanden in Stuttgart Beratungen der Minister von Bayern, Sachsen, Württemberg, der beiden Hessen und Nassau statt, um sich über die in Berlin bei der Wiedereröffnung der dortigen Zollkonferenz abzugebenden Erklärungen zu einigen.[2])

Mit Bezug auf diesen Vorgang begann Herr v. Bismarck in Frankfurt a. M. am 17. August das nachstehende, in seiner

---

[1]) Pfordten, Dr. Frhr. v., bayrischer Minister des Königlichen Hauses und des Aeußern.

[2]) Die dort gefaßten Beschlüsse findet man in „W. Weber, Der Deutsche Zollverein, seine Geschichte, Entstehung und Entwicklung." 2. Aufl. Leipzig 1871. S. 318.

Handschrift 15 Seiten füllende Privatschreiben an den Minister Manteuffel:

„Euer Excellenz

werden schon durch Herrn v. Savigny[1]) diejenigen Nachrichten erhalten haben, welche ich über den Verlauf der Stuttgarter Konferenz mittheilen konnte, nachdem ich gestern zur Information in dieser Angelegenheit einen Ausflug nach Baden gemacht habe. Es ist eine eigenthümliche Wendung, daß der König von Württemberg augenblicklich unser zuverlässigster Verbündeter zu sein scheint.[2]) Sein Privatsekretär hatte sich in Baden gegen einen englischen Bekannten von mir dahin geäußert, daß der Gedanke, „in einem bayrischen Orchester die zweite Violine zu spielen", dem König ganz besonders widerwärtig sei und gegenwärtig im Vordergrund stehe. Die endliche Erklärung dieses Herrn über das, was seine Minister, oder doch Herr v. Neurath[3]) in Stuttgart verabredet haben, hatte Herr v. Linden[4]), der sich zu diesem Behuf nach Badenweiler begeben, noch nicht gebracht. So viel scheint aber unzweifelhaft, daß, wenn auch die Zustimmung von Baden und Württemberg zu einer für uns noch immer unannehmbaren gemeinsamen Erklärung der Koalition gewonnen werden sollte, diese Einstimmigkeit ein schnelles Ende nehmen werde, sobald der von Pfordten prophezeite Erfolg, die Nachgiebigkeit Preußens, nicht eintritt. Sogar Herr v. Beust,[5]) der die Unterredung mit mir häufig suchte und auf das Zollthema brachte, war sehr weich und versöhnlich in seinen Aeußerungen und bat dringend um irgend eine entgegenkommende Demarche von Preußen, welche den Koalitionsstaaten das Nachgeben mit Ehren ermöglichte. Die Rück-

---

[1]) Savigny, Frhr. v., Wirklicher Legationsrat, preußischer Gesandter in Karlsruhe.

[2]) Zwischen Preußen und Württemberg bestand augenblicklich noch ein aus dem Jahre 1849 herrührender diplomatischer Bruch. Der König schien auch nach Weber a. a. O. S. 317 geneigt, im Widerspruch mit den Ansichten seines Ministeriums die bisherige Stellung zu verlassen und der preußischen Regierung näherzutreten.

[3]) Neurath, Frhr. v., württembergischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[4]) Linden, Frhr. v., Staatsrat, württembergischer Gesandter in Wien.

[5]) Frhr. v. Beust, sächsischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

zugslinie auf die österreichische Garantie scheint ganz aufgegeben zu sein, und man ist in betreff der Zwangsmittel uns gegenüber darauf reducirt, mit seiner Fügsamkeit etwas länger zu zögern, ausbleiben kann sie nicht. Umsomehr möchte ich mir erlauben, darauf zurückzukommen, daß wir die Situation mit Entschlossenheit ausbeuten, um bei den bisher feindseligen deutschen Regierungen einen Minister- und Systemwechsel zu erzwingen, indem wir nur unter derartigen Bedingungen uns mit ihnen einlassen. Die Reaktion zu unsern Gunsten würde meiner Ueberzeugung nach gründlich und umfassend sein, wenn wir es durchsetzten, die Persönlichkeiten oder auch nur einige derselben, die die Träger des bisherigen Systems gewesen sind, zu stürzen, und ich zweifle keinen Augenblick, daß es in unserer Macht liegt, wenn wir unerschütterlich bleiben.

Ich habe neulich die mir vom englischen Gesandten mitgetheilte Nachricht gegeben, daß Oesterreich seine Verbündeten ihrer Verpflichtung entlassen habe.[1]) Da sie sich von keiner Seite her bestätigt, so muß ich annehmen, daß Sir Alexander Malet, der noch heut bei der Angabe beharrt, den Prinzen Wittgenstein nicht verstanden, und dieser ihm nur gesagt hat, Oesterreich habe gedroht oder erklärt, es halte sich an die von der Kaiserlichen Regierung übernommenen Verpflichtungen nicht mehr gebunden, nachdem die Koalitionsregierungen, oder doch einige derselben, den ihrigen nicht nachgekommen seien. Dies soll, wie ich in Baden hörte, der Inhalt einer am 29. Juli von Wien ausgegangenen Zirkularnote sein.

Lord Augustus Loftus[2]) hat mir gesagt, er sei in Baden Zeuge gewesen, daß der Prinz Emil von Hessen „unwürdige und bedenkliche Intriguen“ zu Gunsten des Prinzen Präsidenten[3]) bei dessen Anwesenheit gespielt habe. Gewiß ist wohl, daß der auffallende Schritt der Sendung des Herrn v. Dalwigk[4]) mit dem hessischen Orden allein vom Prinzen Emil durchgesetzt worden ist. Da nun dieser Fürst gleichzeitig der Leiter und Anstifter derjenigen Politik ist, welche sein persönlicher Freund Prinz Wittgenstein in

[1]) cf. oben S. 9.

[2]) Loftus, Lord Augustus, Sekretär der englischen Gesandtschaft in Berlin.

[3]) Louis Napoleon.

[4]) Dalwigk, Frhr. v., großherzoglich hessischer Ministerpräsident.

Nassau und Herr von Dalwigk in Darmstadt uns gegenüber treiben, so scheint es, daß die heutige Rheinbundspolitik zwar den Antagonismus gegen Preußen bedingt, aber die Freundschaft mit Oesterreich nicht ausschließt.

18. August.

Gestern abend ist es mir nach mehreren vergeblichen Bemühungen gelungen, Herrn v. Tallenay[1]) aufzufinden, der seit mehreren Wochen von seiner Neigung zu einer nicht mehr jungen, niemals hübschen und dabei langweiligen Frankfurterin im Gebirge umhergezogen wurde. Er bestätigte mir die Mittheilung von Sir A. Malet in Bezug auf die österreichische Zirkularnote vollständig und gleichlautend, ohne daß ich ihm vorher sagte, daß und in welcher Weise ich davon schon gehört hätte. Auf meine Bemerkung, daß mir die Existenz einer solchen Note kaum wahrscheinlich sei, indem sie, einmal zur Kenntniß aller Koalitionsregierungen gelangt, nicht geheim geblieben sein würde, erwiderte er, der Inhalt der Zirkularnote sei den Betheiligten so unangenehm, daß die Geheimhaltung dadurch erklärlich werde; Oesterreich habe direkt oder indirekt erklärt, daß es für eine nähere Verbindung mit den Koalitionsstaaten ohne Preußen Opfer zu bringen nicht geneigt sei, nachdem der Beitritt Preußens zur Zollunion unwahrscheinlich geworden sei. Die Verlegenheit, in welche die Koalitionsstaaten auf diese Weise gesetzt seien, habe die erfolglosen Sendungen der Herren v. Beust und v. Dungern[2]) (Nassau) und v. Biegeleben[3]) (Darmstadt) nach Wien veranlaßt. Diese Herren hätten sich vergeblich bemüht, andre Erklärungen als die gegebenen in Wien zu erhalten, da diese ihnen keine andre Wahl ließen, als sich unter den besten jetzt noch erreichbaren Bedingungen an Preußen zu ergeben. Ich fragte Herrn v. Tallenay ausdrücklich, ob nicht der Inhalt einer andern österreichischen Zirkularnote, in welcher Oesterreich mit Entziehung seiner Unterstützung nur drohe, zu Gerüchten von der Existenz einer weitergehenden Erklärung Anlaß gegeben habe; er

---

[1]) Tallenay, Marquis de, französischer Gesandter am Bundestag.

[2]) Dungern, Frhr. v., nassauischer Geh. Rat und Handelsminister a. D., Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau.

[3]) Biegeleben, v., Legationssekretär bei der hessischen Gesandtschaft in Berlin.

entgegnete mir, daß seines Wissens in den letzten Wochen nur eine derartige Note von Wien ausgegangen sei, daß diese aber den Koalitionsstaaten ausdrücklich freistellte, „de ne plus se considérer comme liés“, worunter natürlich nichts andres zu verstehen sei, als daß Oesterreich sich selbst nicht als liée betrachten wolle.

Danach muß also die Thatsache wenigstens richtig sein, daß dem englischen und dem französischen Gesandten die fragliche Nachricht gleichlautend mitgetheilt worden ist; der erstere hat sie, wie gesagt, von dem nassauischen Minister, und Herr v. Tallenay steht sowohl mit dem Prinzen Wittgenstein als mit dem Prinzen Emil von Hessen in zu lebhaften persönlichen Beziehungen, als daß er auf diesem Felde nicht gut unterrichtet sein sollte. Er sprach auch mit mir von der Verwarnung der „Kreuzzeitung“ und äußerte die meines Erachtens begründete Befürchtung, daß die Schritte des Herrn v. Varennes[1]) und deren Resultat, die den beabsichtigten entgegengesetzten Folgen haben und die öffentliche Meinung in Preußen mehr gegen Frankreich reizen würden, als es die Artikel der Zeitung vermocht hätten. Er hielt es für wahrscheinlicher, daß Herr v. Varennes diese Sache auf eignen Kopf „pour montrer du zèle“ gethan habe, als daß er ausdrücklich dazu angewiesen sei. Ich lasse dahingestellt sein, ob Herr von Tallenay dies sagte, weil er es glaubte, oder weil er in mir einen Parteimann der „Kreuzzeitung“ sieht.

Der Fürst Wittgenstein ist am Sonntagabend in Wiesbaden wieder eingetroffen, nachdem er in Wildbad seinen Herzog auf der Rückreise von Stuttgart besucht hat. Vollpracht[2]) soll bei seiner Abreise nach Berlin die sonderbare Aeußerung gethan haben, sie, die Kommissarien, blieben bis zum Dezember in Berlin, dann ginge es nach Wien. Mein Gewährsmann schließt daraus, daß man an Provisorien und Zeitgewinn denke. Der Prinz Emil ist mit dem Fürsten Wittgenstein in Wiesbaden.

Von Graf Platen[3]) in Wien hatte ich vor vierzehn Tagen ein neues Schreiben erhalten, worin er verschiedene politische Fragen

[1]) Varennes, Baron de, französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Präsident der nassauischen Ministerialabteilung.

[3]) Dem hannoverschen Geschäftsträger in Wien.

und Vorschläge that. Ich antwortete ihm, daß ich, nach manchen verdrießlichen Erfahrungen, es mir zur Regel gemacht hätte, auswärtigen Diplomaten gegenüber, auch dann, wenn sie meine alten Freunde wären, über Politik nicht anders als amtlich zu schreiben, daß ich daher die vertrauliche Besprechung der von ihm angeregten Frage ablehnen müsse. Nun schreibt er mir, daß er schon längst vermuthet habe, daß mir entstellende Mittheilungen über die Art, wie er seine Beziehungen zu mir dargestellt habe, zugegangen seien; mein Brief bestätige ihn darin. Zum Beweise, daß er höchstens die unschuldige Ursache sein könne, wenn die von mir gemachten verdrießlichen Erfahrungen durch ihn veranlaßt wären, schickt er mir „Auszüge aus seinen sämmtlichen meine Mission betreffenden Berichten".[1]) Es liegt ihm an meiner guten Meinung zu viel, um nicht diesen Schritt zu thun, den er einem andern gegenüber gewiß nicht gethan haben würde, und er erwarte von mir, daß ich nach gemachtem Gebrauch das Dokument vernichten werde. Ich erlaube mir, Euer Excellenz gehorsamst zu bitten, die anliegende Abschrift nicht weiter zu benutzen, als um sich wiederholt zu überzeugen, daß Klenze[2]) kein Zutrauen verdient und zum Behuf der Intrigue die Unwahrheit sagt,[3]) während Platen zwar auch übertreibt, aber nur im eignen Interesse, um seine Resultate und Geschicklichkeiten glänzen zu lassen und sein getrübtes Verhältniß mit Herrn v. Schele[4]) zu retabliren. Außerdem muß ich zu Platens Entschuldigung anführen, daß ich mich ihm gegenüber als persönlich zur Verständigung geneigt gab, theils um durch ihn zu erfahren, wie weit die ihm

---

[1]) Dieselben bildeten eine Anlage des Bismarck-Briefes und werden am Schluß desselben mitgeteilt.

[2]) v. Klenze war hannoverscher General-Steuerdirektor.

[3]) Der hannoversche General-Steuerdirektor v. Klenze hatte gegen Bismarck intriguiert, indem er verbreitete, Bismarck habe sich in Frankfurt a. M. als Manteuffels Nachfolger ausgespielt. Die Intrigue saß auch bei dem Minister Manteuffel, und Bismark hatte Mühe, seinen Chef davon zu überzeugen, daß er weit davon entfernt sei, auf eine dornenvolle Stellung hinzusteuern. Das Nähere über diese Intrigue findet man in „Preußen am Bundestag" Bd. IV, S. 99 f. und „Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" Bd. I, S. 86 f.

[4]) Schele, Frhr. v., hannoverscher Bundestagsgesandter, demnächst hannoverscher Minister des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

sehr befreundeten Vertreter der Darmstädter wohl gehen möchten, theils um dahin zu wirken, daß er in seinen Berichten an Schele, der ein Arrangement verlangte und mir im Fall der Hartnäckigkeit mit Abfall drohte, uns als den billiger denkenden Theil schildere und die Hindernisse der Verständigung mehr als in der Hartnäckigkeit Oesterreichs und in der gereizten öffentlichen Meinung bei uns, nicht aber im Mangel an persönlicher Gesinnung des Kabinetts finde. Ein Zweck, der meines Erachtens vollständig erreicht worden ist.

Zirndorfer[1]) kommt soeben von Baden und Straßburg zurück. Er behauptet, die Napoleonfeier an letzterem Orte sei sehr matt gewesen, die angekündigte Illumination schwach und sporadisch, und die Artillerie habe mit dem Rufe „Vive la république!“ die spärlichen „Vive Napoléon!“ andrer Truppen überschrieen. Euer Excellenz kennen den Grad von Glaubwürdigkeit, der dem Gewährsmann beizulegen ist, aber ich habe doch nicht unterlassen wollen, es zu melden.

Heut finden militärischer Gottesdienst und Diner zur Feier des Kaiserlich österreichischen Geburtstages hier statt, aber kein diplomatisches Diner, da Graf Thun[2]) abwesend ist. Spaßhaft ist, daß gerade heut in Bremerhaven „Deutschland“ (eine baufällige alte Korvette) meistbietend verkauft wird. Am 15. ist auch endlich vom Bundespalais die Stange mit der verwitterten schwarz-roth-goldenen Fahne abgenommen worden, nachdem Graf Thun am 14. abgereist war. Der Frankfurter (unleserlich) fand es ominös, daß gleichzeitig auf dem Hause des französichen Gesandten le drapeau tricolore aufgehißt wurde, während die „Deutsche“ verschwand.

Gerüchtweise höre ich, daß der Prinz Johann von Sachsen K. H. nach dem Oberrhein geht, um womöglich eine Verbindung zwischen der Prinzessin Anna von Sachsen, seine Tochter, und dem Prinzregenten von Baden einzuleiten, wodurch letzterer mit dem künftigen Gemahl der Prinzessin Sidonie verschwägert

---

[1]) Ein preußischer Preßagent.

[2]) Thun-Hohenstein, Graf v., österreichischer Bundestags- und Präsidialgesandter, demnächst Gesandter in Berlin.

werden würde. Aus mehr als einem Grunde beklage ich, daß unsre Prinzessin Anna[1]) nicht dem Regenten zu Theil geworden ist.[2])

Der Prinz von Preußen[3]) K. H. kommt heut abend spät hier an, sieht morgen früh die Truppen und geht um elf zu gleichem Zweck nach Mainz, um morgen abend noch in Koblenz zu sein. Er hat also nicht Zeit, hier einer Taufe beizuwohnen,[4]) und ich habe dieselbe unbestimmt verschoben. Die Frau Prinzessin bleibt noch bis Mitte nächster Woche in Baden. Graf Robert Goltz[5]) und Albert Pourtales[6]) haben sich kürzlich einige Zeit an letzterem Orte aufgehalten und sind viel bei den hohen Herrschaften gewesen. Herr Minister v. Westphalen[7]) ging gestern früh über Baden nach Hohenzollern hier ab und sagte, daß Briefe bis zum 21. c. ihn in Sigmaringen treffen würden, später ankommende aber nach Berlin zu dirigiren seien.

Der Agent des Grafen Hohenthal bietet mir wiederholt das Palais der Gräfin Bergen zu Kauf oder Miethe an; ich habe aber meine jetzige Wohnung noch bis zum Herbst 1853, sonst wäre jene bei weitem vorzuziehen. Außerdem wird mir durch einen vertrauten Agenten des Hofes von Cassel die Villa Sr. H. des Kurfürsten hier am Main, auch ein vorzügliches Etablissement mit großen Gartenflächen, mit dem Bemerken angeboten, daß sich an das Geschäft wichtige politische Folgen knüpfen ließen, wenn die K. Regierung circa 10000 Reichsthaler mehr oder weniger nicht ansehen und einen diskreten und „gegen Damen artigen" Mann mit dem Geschäft beauftragen wollte. - Ich erwarte den Mann, der in der That am dortigen Hofe einen wichtigen Hintertreppeneinfluß hat, und der

---

1) Prinzessin Marie Anna, die Tochter des Prinzen Karl, vermählte sich am 26. Mai 1853 mit Friedrich Landgraf von Hessen.

2) Der Regent, der jetzige Großherzog von Baden, vermählte sich am 26. September 1856 mit der Prinzessin Luise von Preußen.

3) Der spätere König Wilhelm I.

4) Der Prinz hatte die Patenstelle bei dem zweiten Sohne des Herrn von Bismarck, dem Grafen Wilhelm v. Bismarck angenommen.

5) Goltz, Robert Heinrich Ludwig, Graf von, bis 1851 Protokollführer der Bundeszentralkommission in Frankfurt, später preußischer Gesandter in Paris.

6) Pourtales, Albert, Graf von, preußischer Diplomat.

7) Westphalen, v., preußischer Minister des Innern.

mir diese Mittheilung mündlich durch dritte Hand hat zukommen lassen, nächstens hier und werde über ihn und seine Projekte dann weiter berichten. Ich höre, daß in der früheren Eisenbahnfrage in Hessen 10000 Reichsthaler, welche die Direktion einer Compagnie in den angedeuteten Kanal hat fließen lassen, einen entschiedenen Einfluß geübt haben.

In treuester Anhänglichkeit

Euer Excellenz gehorsamster

v. Bismarck."

Nachstehend lasse ich die gleichfalls von Bismarcks Hand gefertigten und mit Randbemerkungen desselben versehenen Auszüge aus der Korrespondenz des Grafen Platen hier folgen, welche eine Anlage seines Briefes bildeten.

Rapport au Roi, en date du 13 Juin. — bien que le Comte Arnim[1]) dise, de ne faire qu'une absence de six semaines, je suis disposé à croire qu'il ne reviendra pas ici, et qu'il est question de le remplacer. Si Mr. de Bismarck ambitionnait ce poste, je crois qu'on le lui accorderait, mais il paraît, qu'il ne lui convient guère.

Randbemerkung Bismarcks: Dies wird der Passus sein, welcher Herrn Klenze den Stoff zu den Insinuationen geliefert hat, die er Euer Excellenz hat machen wollen.

Rapport au Roi, en date du 16 Juin. — Mr. de Bismarck est très peu satisfait de son séjour ici, et je crains qu'il n'accepte point ce poste, en cas qu'on le lui offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus que Mr. de Manteuffel est, dit-on, dégoûté des affaires, et désire vivement se retirer.

---

[1]) Arnim, Graf v., preußischer Gesandter in Wien, welchen Bismarck daselbst während seiner Erkrankung vom 8. Juni bis 8. Juli zu vertreten hatte.

Aus seinen Berichten an Herrn v. Schele giebt er mir umstehende Bruchstücke mit der Bitte, sie nach gemachtem Gebrauch zu vernichten:

Bericht an den Freiherrn v. Schele vom 1. Juli.

Euer Excellenz verfehle ich nicht, gehorsamst zu berichten, daß Herr v. Bismarck die Weisung erhalten hat, wie bei der inmittelst preußischerseits in den Zollkonferenzen abzugebenden neuen Erklärung er sich jeder bindenden Erklärung in Bezug auf eine andre Fassung der im Handelsvertrage bezüglichen Artikel zu enthalten und etwaige desfalsige Anträge lediglich ad referendum zu nehmen habe. Diese Anheimgabe wird indessen Herrn v. Bismarck nicht abhalten, durch weitere Besprechungen eine Verständigung anzubahnen.

Randbemerkung Bismarcks: Non mi ricordo!

Sowohl die Wünsche des Kaiserlichen Kabinetts in betreff einer kürzeren Dauer des Zollvereins und des Zusammentritts von Kommissarien behufs der Wiederaufnahme der Zollvereinigungsfrage, als auch die geäußerten Bedenken wegen der zu leistenden Garantien habe ich zur Kenntniß des Herrn v. Bismarck gebracht und mit ihm besprochen. Gegen Zollkonferenzen vor dem Ablauf des erneuerten Zollvereins behufs Entscheidung der Zolleinigungsfrage hatte Herr v. Bismarck nichts einzuwenden. Desto mehr Widerstand fand ich aber in Bezug auf die gewünschte Abkürzung der zwölfjährigen Erneuerung des Zollvereins auf sechs Jahre. Er sah in diesem Vorschlage Oesterreichs die Absicht, sich ein neues Compelle zur Handelseinigung zu verschaffen.

Bericht an den Freiherrn v. Schele vom 3. Juli.

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 1. c. beehre ich mich, Euer Excellenz anzuzeigen, daß ich einen Vermittlungsvorschlag redigirt und selbigen sowohl dem Grafen Buol[1]) als auch Herrn v. Bismarck übergeben habe. Derselbe lautet folgendermaßen: [Folgt der Vorschlag].

Randbemerkung Bismarcks: übertrieben, cf. B.

Herr v. Bismarck hat im wesentlichen diesem Vorschlage seiner persönlichen Anschauung nach beigepflichtet, dabei aber bemerkt, daß er durch neuere Instruktionen gehalten sei, in keiner Weise für seine Regierung bindende Erklärungen abzugeben, sondern alle Anträge lediglich ad referendum zu nehmen. Er fügte hinzu, daß er im Falle der Annahme dieses Vorschlags seitens der Kaiserlichen Regierung sich sofort nach Berlin begeben und denselben durchzufechten sich bemühen werde.

Randbemerkung Bismarks: fiel mir nicht ein!

Dem Grafen Buol habe ich den Vorschlag mit der Bemerkung übergeben, daß derselbe von mir persönlich ausgehe ohne irgend ein Zuthun meiner Regierung und daß die Annahme desselben seitens des Berliner Kabinetts nicht unwahrscheinlich sei. Graf Buol versprach mir, mit Herrn v. Bismarck über den Vorschlag Rücksprache zu nehmen.

Bericht an den Freiherrn v. Schele vom 6. Juli.

Euer Excellenz habe ich die Ehre mitzutheilen, daß ich mich zu meinem Bedauern in meiner Hoffnung, einen Anknüpfungspunkt zu direkten Verhandlungen durch meinen Ver-

[1]) Buol-Schauenstein, Graf v., österreichischer Minister des Aeußern und des Kaiserlichen Hauses.

mitttungsvorschlag herbeigeführt zu haben, völlig getäuscht habe. Obgleich Graf Buol mir versprochen, mit Herrn v. Bismarck in Bezug auf den Vorschlag zu sprechen, ist unter ihnen von demselben nicht die Rede gewesen. Herr v. Bismarck reist heute abend von hier nach Frankfurt ab.

Bericht an den Freiherrn v. Schele vom 9. Juli.

. . . Da Herr v. Bismarck nicht abgeneigt ist, meinen Vermittlungsvorschlag dem Berliner Kabinett vorzulegen und zu befürworten, falls er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß österreichischerseits etwaige auf diesem Vorschlage basirte Anträge nicht zurückgewiesen würden, so habe ich bei dem Grafen Buol angefragt, ob seiner Ansicht nach auf Grund derartiger Anträge von seiten Preußens eine Verständigung zu hoffen stehe. Graf Buol antwortete mir, wie er dies allerdings für möglich halte. Ich habe hiervon Herrn v. Bismarck in Kenntniß gesetzt.

Randbemerkung Bismarcks: vorlegen, ja; befürworten, nein. — Ich habe niemals irgend welche Anträge von seiten Preußens in Aussicht gestellt, selbst nicht zum Schein.

Bei Wiedereröffnung der Berliner Zollkonferenz am 21. August übergaben die Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau die in Stuttgart vereinbarte, von ihnen gemeinsam unterzeichnete Antwort auf die preußische Aufforderung vom 20. Juli. Obwohl diese Erklärung ruhig und objektiv gefaßt war, trug dieselbe doch nicht bei, die Stellungnahme der preußischen Regierung zu ändern. Vielmehr erklärte eine preußische Zirkulardepesche vom 30. August 1852 wiederholt, bei der Forderung stehen zu bleiben, daß erst der Zollvereins-Erneuerungsvertrag abgeschlossen werden müsse, ehe zu Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich geschritten werden könne.

Hierüber wurde eine völlig bestimmte und unumwundene Erklärung der Darmstädter Verbündeten verlangt; nur im Falle

einer völlig genügenden bejahenden Antwort würden weitere Verhandlungen stattfinden können. Zur Beratung der hierauf zu gebenden Antwort wurde von den Darmstädter Verbündeten abermals eine Konferenz anberaumt und diese in München vom 17. bis 19. September abgehalten.

Hierauf bezieht sich das nachstehende dritte eigenhändige Privatschreiben des Herrn v. Bismarck an den Minister Manteuffel, d. d. Frankfurt am Main, den 22. September 1852:

„Euer Excellenz chiffrirte Depesche habe ich gestern erhalten. Das Resultat meiner bisherigen Forschungen ist, daß in München noch keine feste Verabredung getroffen ist. Man war von Hause aus mit der Absicht zusammengekommen, in München so lange zu bleiben, bis man wisse, was wir auf die am 20. c. abzugebende Erklärung der Koalition thun würden. Diese Erklärung der Koalition soll aber, nach Eingang der Berliner Nachrichten vom 17. in München, ins Stocken gerathen und noch keine Einigung darüber erfolgt sein. Fürst Wittgenstein, der gestern in Wiesbaden zurückerwartet wurde, ist daher noch nicht gekommen, und man weiß dort selbst noch nichts. Der Herzog erfährt überhaupt von der Sache nichts, er lebt jetzt nur auf der Jagd, mit zwei Adjutanten und einem Bereiter. Die ersteren sind die Herren v. Bose und v. Zimicki, letzterer früher in der Dresdener Garde, jetzt verlobt mit der Schwester des ersteren. Dieser Schwester liegt Seine Hoheit zu Füßen, wie früher der älteren, jetzt an unsern Konsul Moritz Bethmann verheiratheten. Klindworth[1]) hat für Demarchen in unserm Sinne ein günstiges Ohr bei dem Hofmarschall Grafen Uxkull in Wiesbaden gefunden, unter der Bedingung, daß er dessen in Württemberg dienenden Bruder, der irgend etwas vergangen, schützt. Klindworth ist sehr verschuldet; man hat ihm von Oesterreich angeboten, seine Schulden zu bezahlen und ein Jahrgehalt, er hat es für jetzt abgelehnt. Unterrichtet ist er gut und hat mir eine preußische mildernde Note mitgeteilt, die ich bisher nicht kannte. Soll man ihm nicht Geld bieten, um ihn thätiger zu machen? Aber mindestens so viel, wie Oesterreich

[1]) Klindworth, württembergischer Staatsrat, ein viel vermögender politischer Agent.

bietet. Ich glaube sicher zu sein, daß bis heut bestimmte, unsre Erklärung vom 17. schon berücksichtigende Beschlüsse der Koalition noch nicht zu stande gekommen sind, und die vorher projektirt gewesenen werden reponirt werden. Von Darmstadt erwarte ich noch Nachricht. Die Engländer und Franzosen hier wissen auch noch nichts. Ich werde die Ermittlungen fortsetzen und das Resultat, wenn es geeignet ist, telegraphiren.

P. S. Klindworth meint, Württemberg werde sich bei den ferneren Schritten der Koalition nur zuhörend verhalten."

Eine Folge dieses Briefes war, daß der Minister Manteuffel sich die Dienste des Staatsrats Klindworth sicherte, ein Vorgang, den derselbe nicht zu bereuen gehabt hat; denn Klindworth leistete fortab Preußen vielfache und wertvolle Dienste in der Beilegung des diplomatischen Konfliktes zwischen Preußen und Württemberg, in der Zollvereinskrisis, in kirchenpolitischen Fragen und während der orientalischen Verwicklungen.

Nur wenige Tage nach Abfassung des zuletzt erwähnten Bismarck-Briefes erklärte die preußische Regierung in einer Zirkulardepesche vom 27. September, daß sie die Berliner Zollkonferenz als abgebrochen betrachte und künftig nur noch mit den einzelnen Regierungen verhandeln wolle. Damit war die Höhe der Krisis erreicht. Bald nachher, wie so häufig in ähnlichen Fällen, machte sich das Bedürfnis des Einlenkens auf allen Seiten fühlbar, und es kam im Februar 1853 ein Vertrag zwischen Oesterreich und Preußen zustande, der als eine Art Kompromiß der bisher entgegenstehenden Standpunkte bezeichnet werden kann, indem er dem Wiener Hofe zwar nicht den Abschluß der großen Zollunion, aber doch die Eröffnung von Verhandlungen darüber im Jahre 1859 zusagte und die Richtung darauf durch mehrere, sogleich in Wirksamkeit tretende Bestimmungen betätigte. Wenige Wochen darauf war auch die Rekonstruktion des Zollvereins auf der Basis des Septembervertrages eine vollendete Tatsache.

Der geheime Agent und Bismarck.

Zwei unveröffentlichte Bismarck-Briefe.

Am 18. November 1856 hatte sich bei dem preußischen Bundesgesandten v. Bismarck-Schönhausen in Frankfurt a. M. ein gewisser Haßenkrug vorgestellt, welcher seiner Angabe nach neun Monate in Paris im Gefängnis gesessen hatte und aus letzterem kurz vorher entlassen worden war. Haßenkrug breitete einen ganzen Sack von Alarmnachrichten aus Paris vor dem Bundestagsgesandten aus. Bismark, welcher dessen Vergangenheit nicht kannte, hörte ruhig zu, glaubte aber nicht den zehnten Teil; indessen wollte er doch dem Minister Manteuffel die Neuigkeiten vorlegen, nachdem Haßenkrug dieselben schriftlich formuliert hatte.

Am 19. November war Herr v. Bismarck im Besitze der Haßenkrugschen Aufzeichnungen. Hier nur einige Proben:

„Nach Ausspruch der berühmtesten Aerzte von Paris leidet der Kaiser Napoleon an einer unheilbaren Zuckerkrankheit, und soll das Staatsministerium beschlossen haben, im Falle des Ablebens die Kaiserin als Regentin anzuerkennen so lange, bis der blindgeborene junge Prinz die Majorennität erlangt hat.

Die kleinen Städte, das platte Land, worin besonders der Mariannen-Verein Platz gegriffen hat, stimmten für die soziale Republik und standen der Demokratie in Paris, die nur den Umsturz des jetzt bestehenden Kaisertums und Herrichtung einer Republik wollte, entgegen! In jüngster Zeit haben sich diese Parteien aber vereinigt; letztere aber hat Konzessionen gemacht, erstere nachgelassen.

Die legitimistische und Fusionspartei haben sich geeinigt; dieselben sind mit den Führern der eben angeführten Parteien übereingekommen, denselben die Hand zum Umsturze des Bestehenden

zu bieten und die Republik herzustellen, hoffend, daß es ihnen dann gelingen wird, den Prinzen Chambord auf den Thron zu bringen.

Wenngleich bedeutende Reibungen tagtäglich vorkommen, wenngleich schon zweimal Generalmarsch im Quartier St. Martin geschlagen worden, so hat man durch die Führer die Sachen immer noch beigelegt, beigelegt als noch zu früh — man wolle nicht die Revolution in Frankreich, sondern in Preußen, Oesterreich und Italien zugleich.

Italien ist schlagfertig, erwartet seinen Chef Mazzini, der denn auch London bereits verlassen hat und auf dem Wege nach Italien sein soll! — Kossuth ist gerüstet.

Die Gefängnisse von Paris sind überfüllt, und um die neu Verhafteten unterzubringen, sind bedeutende Translokationen nach Afrika und Cayenne veranlaßt und ausgeführt worden. — Paris soll jetzt 125 000 Gefangene zählen. In dem „Mazas"-Gefängnisse für zu Untersuchende sitzen 1600 Personen männlichen Geschlechts, worunter 821 wegen politischer Vergehen. Unter 200 Verhaftungen ist seit einiger Zeit kein Tag in Paris vergangen; ihre Zahl hat aber auch schon die Höhe von fast 800 erreicht.

Die Garnison wird um fünf Regimenter verstärkt. — Auch ist dem Kaiser durch den Präfekten geraten worden, jetzt kein Theater und keine öffentliche Plätzen zu besuchen. — Es ist dies die Aeußerung der Kaiserin, die das Theater vor acht Tagen besuchte, aber dasselbe sofort verlassen mußte, da man ihr das Charivari brachte.

„Was willst du, Eugenie, hier ohne deinen Reiter?
Vierzig Centimes kostest du mir,
Mache, gehe weiter 2c."

Vertrauen hat in Paris aufgehört — Geschäftsstille vorherrschend, nur die Arbeiterklasse geht in großer Zahl feiernd daher. Willkür und Druck, der Tyrannei die Hand reichend, ist an der Tagesordnung, und wird daher der jetzige Zustand nicht anders betitelt als

die Zeit der Tyrannei, der Sklaverei!

Alles schreit nach Blut, Tod dem Tyrannen Napoleon, allen Napoleoniden, ihrem Gelichter, Tod allen Jesuiten. Die bevor-

stehende Revolution wird blutiger werden als die des achtzehnten Jahrhunderts, Mordinstrumente aller Art sind gefertigt und werden gefertigt. — Pulver und Blei in großen Massen, ersteres in rot und weißer Farbe, gleich dem Zahnpulver, fast in allen Friseurläden käuflich. — Zwei solcher Läden sind vom Gouvernement in jüngster Zeit geschlossen. Kossuths Freund, ein Mr. Géraux, der eine Tochter in Petersburg weilend hat, ist reisefertig, um die eingehende Depesche für Kossuth demselben sofort zu überbringen — — Géraux ist ein höchst gewandter Mann."

Das Schreiben, mittels dessen Bismarck dem Minister Manteuffel die vorstehenden Notizen überreichte, lautet:

„Frankfurt, 19. November 1856.

Euer Excellenz

beehre ich mich, in der Anlage den gestern erwähnten Bericht Haßenkrugs gehorsamst vorzulegen. Ich kann in demselben nur ein übertriebenes und werthloses Fabrikat erblicken, welches mich auf den Gedanken bringt, daß H. entweder in französichem Solde steht und durch Schimpfen auf Personen und Zustände den Verdacht von sich ablenken will, oder daß man ihn im Gefängniß sehr schlecht behandelt hat und er seiner Galle in dieser alarmistischen Ergießung Luft macht. Ist das erste richtig, so wird sein Geldmangel aus gleichem Grunde vorgeschützt sein. Ich weiß zu wenig darüber, ob, von wem und wie der Mann bei uns gebraucht ist und ob die von ihm behaupteten Beziehungen zu einem der Prinzen auf Wahrheit beruhen, so daß ich es jedenfalls der Vorsicht entsprechend hielt, ihn im Falle wirklicher Bedürftigkeit nicht fremder Mildthätigkeit und Benutzung anheimfallen zu lassen.

Nachdem ich meinen gestrigen Brief [1]) an Euer Excellenz abgeschickt hatte, kam er wieder zu mir und erklärte, heut früh abreisen zu wollen, während er sonst

---

[1]) Bismarck meldete darin dem Minister Manteuffel, er habe dem Haßenkrug einstweilen Geld in Aussicht gestellt, da derselbe ganz mittellos zu sein vorgab. Vergl. mein Werk: „Preußen im Bundestag", Band IV, Seite 246.

noch zwei Tage hatte bleiben wollen; er gab Geldmangel und Sehnsucht nach seiner Frau als Grund an. Ich gab ihm die erbetene Reiseunterstützung und benachrichtigte Euer Excellenz nunmehr telegraphisch, um Zeit zu haben, falls noch irgend etwas Gutes oder Böses in betreff seiner angeordnet werden sollte, sei es Unterstützung, Verhaftung oder Zurückweisung.

Meine neuliche Andeutung in betreff der österreichischen Pläne gegen das dermalige Kabinett in Hannover erhält eine Bestätigung dadurch, daß die hiesige Postzeitung für das preußische Wochenblatt und gegen das hannöversche Ministerium bestimmt Partei ergreift.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich
Euer Excellenz
gehorsamster
v. Bismarck.

P. S. Mein Experiment, zu ermitteln, ob der hiesige Vertreter Sardiniens[1]) zu Oesterreich steht, scheint sich schon bewährt zu haben, wie ich mit ziemlicher Sicherheit aus einem heutigen Artikel des ultramontanen Blattes „Deutschland" schließen kann, der den Beweis liefert, daß Graf Barral den Staatsmännern dieses Organs über meine Unterredung mit ihm Bericht erstattet hat. Bezeichnend ist auch, daß er mit dem verdächtigen Grafen Mülinen,[2]) dessen ich gestern gedachte, intim befreundet ist. v. B."

Hieran reiht sich noch der folgende zweite Brief Bismarcks an Manteuffel:

„Berlin, den 10. Dezember 1856.

Euer Excellenz

habe ich von Frankfurt aus zu melden mich beehrt, daß der Schreiber der Anlage, pp. Haßenkrug, sich dort an mich um Unterstützung gewandt hat, nachdem er seiner

[1]) Graf Barral, vordem Legationsrat in Paris.

[2]) Der zweite Sekretär der französischen Gesandtschaft in Frankfurt a. M.

Angabe nach von den französischen Behörden bei Straßburg ohne Mittel über die Grenze gewiesen worden war. Wenn es, was ich nicht zu übersehen vermag, richtig ist, daß Haßenkrug, wie er mir sagt, im höheren Polizeifache Dienste geleistet hat und in unmittelbarer Folge derselben in bedrängte Lage gerathen ist, so dürfte er sich allerdings zur ferneren Unterstützung oder Verwendung empfehlen, und erlaube ich mir, Euer Excellenz geneigte Aufmerksamkeit in diesem Sinne auf denselben zu lenken.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre

Euer Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck."

Haßenkrug entpuppte sich als ein höchst gefährliches Individuum. Zu Anfang des Jahres 1855 wurde derselbe zuerst Spion des französischen Legationssekretärs Rothan in Berlin, und als die Gratifikationen desselben spärlicher flossen, auch Spion der russischen Gesandtschaft daselbst, also gleichzeitig der geheime Agent der beiden damals kriegführenden Mächte Frankreich und Rußland; dazu kamen noch geheime Dienste, welche er der preußischen Regierung leistete, besonders die Enthüllung des berühmten Techenschen Depeschenverrates. Schließlich ging derselbe aber doch in die Falle. Nachdem Rothan erfahren hatte, daß Haßenkrug zum Verräter gegen Frankreich geworden war, bestimmte er denselben, scheinbar freundlich, zu einer Sache nach Paris. Dort angekommen, wurde Haßenkrug sofort auf dem Bahnhof verhaftet und Monate lang hinter Schloß und Riegel gehalten.

Ein Nachtrag zu meinem Werke „Preußen im Bundestag."

In Max Bär's nach den Akten der Staatsarchive zu Berlin und Hannover dargestellten Leidensgeschichte der deutschen Flotte von 1848—1852 finden wir folgende zum ersten Male mitgeteilte Depeschen des damaligen Bundestagsgesandten von Bismarck-Schönhausen an den Ministerpräsidenten von Manteuffel.

„Frankfurt a. M., 30. December 1851.

In der heutigen Sitzung des die Marine verwaltenden Militärausschusses ist beschlossen, denjenigen Antrag an die Bundesversammlung zu bringen, welchen ich soeben Ew. Excellenz telegraphisch zu melden die Ehre gehabt habe. Es ist somit in der Sachlage, auf Grund deren ich die geneigte telegraphische Instruktion von gestern Abend erhielt, das schon gestern angedeutete Novum eingetreten, daß die Bundesversammlung, wenn sie, wie ich nicht zweifle, diesen Antrag annimmt, die Bedingungen zu erfüllen willens ist, von welchen Preußen in der Sitzung vom 31. Oktober die Einzahlung der Matrikular-Umlage vom 8. Juli abhängig gemacht hat. Bei der Bitterkeit, mit welcher noch in den letzten Tagen das Verhalten Preußens gegenüber dem Beschluß vom 8. Juli von den meisten meiner Kollegen beurtheilt wurde, habe ich diesen Act der Nachgiebigkeit nicht erwarten können, und ist es allerdings möglich, daß Oesterreich und Sachsen, welche sich am bereitwilligsten zeigten, aus Gründen factischer Nothwendigkeit ihre Rechtsansicht schweigen zu lassen, mit diesem Verfahren einen mir noch nicht klaren Hintergedanken verbinden, zu dessen Ausführung sie in der durch die preußische Einzahlung zu gewinnenden Frist Gelegenheit zu haben hoffen.

In dieser Vermuthung bestärkte mich der Umstand, daß gerade Oesterreich auf den Vorschlag nicht eingehen wollte, den ich dahin machte, daß man an Preußen eine Anzahl Schiffe im vorläufigen Naturalbesitz übergeben möge, wogegen Preußen sich anheischig machte, diese Schiffe gegen Anrechnung des Taxwerthes als Eigenthum zu behalten, wenn nach Verbrauch der vorhandenen Geldmittel kein Abkommen erfolgt sei. Ich trat mit diesem Vorschlag den Befürchtungen entgegen, daß keiner der Staaten Schiffe werde übernehmen wollen, und daß Preußen diese Verlegenheit benutzen werde, um die ganze Flotte gratis und wohlfeil in seine Gewalt zu bekommen, wie dies namentlich der Senator Brehmer durchblicken ließ.

Mir schien in der sofortigen Annahme meines Vorschlages eine Garantie für die baldige Ausführung derjenigen Maßnahmen zu liegen, welche von allen Ausschußmitgliedern als nothwendige Consequenz des zu stellenden Antrages anerkannt werden, daß nämlich die Schiffe so schleunig als möglich an deutsche Staaten oder, soweit diese die Uebernahme ablehnten, anderweit zu veräußern seien. Ich hätte daher, wenn Graf Thun den von ihm beantragten Beschluß mit allen nothwendigen Consequenzen aufrichtig acceptirte, erwartet, daß er selbst die Hand dazu bieten werde, die Ausführung des dann Erforderlichen wenigstens theilweise sichergestellt zu sehen. Es ist indessen auch möglich, daß er sich diese Schlußfolge im Augenblick nicht klar machte, was bei seiner jetzigen gedrückten und verdrießlichen Stimmung leicht der Fall sein kann, oder daß er den durch Senator Brehmer vertretenen kleineren Seestaaten die Auseinandersetzung mit Preußen nicht präjudiciren wollte.

Lebhaft bekämpft wurde der Antrag durch den Senator Brehmer unter leidenschaftlichen Declamationen für eine nationale Flotte und von Herrn von Schrenck unter Bedauern, daß die Berechtigung des Bundes dem Widerstande Preußens gegenüber verkannt werde. In dem dadurch erneuerten Streit über den Beschluß vom 8. Juli beschränkte ich mich auf die Erklärung, daß der Bund seine Competenz nicht durch Beschlüsse zu begründen, sondern aus dem Bundesrecht nachzuweisen habe.

Wegen der Abstimmung vom 27. d. M. entspann sich dann noch ein lebhafter Streit, in welchem Senator Brehmer Bayern, Württemberg und Sachsen wegen Mangels an nationaler Gesinnung angriff und sein Bedauern aussprach, daß Bayern es versäumt habe, sich an die Spitze der zu bildenden Nordseeflotte zu stellen, wogegen Herr von Schrenck in dieser Ehre kein Argument für die Zahlung von 600 000 Gulden fand und die Schuld des Mißlingens auf Oesterreich und Preußen schob, was wiederum eine Verwahrung des Grafen Thun zur Folge hatte.

Was die Frage betrifft, ob die von der königlichen Regierung am 31. October gestellten Bedingungen als erfüllt zu betrachten sind, wenn die Bundesversammlung den Ausschußantrag annimmt, so läßt sich allerdings sagen, daß die Voraussetzung Preußens nicht erfüllt ist, indem der Beschluß, die Flotte aufzulösen, in Ausführung allerdings vor Ablauf dieses Jahres nicht mehr gebracht wird; dagegen muß nach dem projectirten Beschluß die Erfüllung der Bedingung als feststehend angenommen werden, daß es „keiner ferneren Einzahlung zur Unterhaltung der Flotte mehr bedarf"; denn, wenn auch No. 4 des projectirten Beschlusses mala fide dahin benutzt werden wollte, daß der Abschluß mit Ablauf Januar der Bundesversammlung die Nothwendigkeit der Hergabe weiterer Geldmittel zur „definitiven Erledigung der Angelegenheit" als erforderlich darstellen wollte, so glaube ich nicht, daß, nachdem der Beschluß einmal gefaßt ist, die Flotte aufzulösen, irgend ein Vorschlag zur Beschaffung von Geldmitteln sich als ausführbar erweisen wird, vorausgesetzt, daß Preußen fest dabei bleibt, weder fernere Vorschußleistungen noch matricularmäßige Haftung für Anleihen zu übernehmen. Das wurde von all meinen Collegen als unzweifelhaft angesehen, und die Protestation des Gesandten von Lübeck, daß es unmöglich ist, in dem Zeitraum, für welchen die vorhandenen Geldmittel nach erfolgter Einzahlung Preußens ausreichten, die Auflösung der Flotte zu bewirken, hatte nur die allseitige Erwiderung zur Folge, daß die unumstößliche Gewißheit, daß es bis dahin geschehen sein müsse, die Abwicklung in bisher nicht bekanntem Maße beschleunigen würde.

Schließlich bemerke ich noch, falls die Königliche Regierung die von ihr gestellten Bedingungen für nicht erfüllt erklärte und

deshalb die Zahlung auch ferner verweigerte, es mir nicht unmöglich erscheint, daß die dadurch entstehende Gereiztheit, wenn sie durch gehässige Beleuchtung des preußischen Verfahrens gesteigert würde, zu unerwarteten Beschlüssen und neuen Verwickelungen führen könnte, indem man durch Verpfändungen von Schiffen an Oesterreich oder, trotz der preußischen Verwahrung, an Privatpersonen, Geld anschafft, wenn man nicht auf das Erbieten Sachsens eine Vorschußumlage mit Ausschluß Preußens und Oesterreichs vorzunehmen, eingeht, wozu die Nordseestaaten nicht abgeneigt scheinen.

Zur Charakteristik der gegenseitigen Stellungen will ich noch hinzufügen, daß Graf Thun die Theilnehmer der Hannöverschen Conferenz entschieden angriff, weil sie wesentlich dazu beigetragen hätten, daß die Abstimmung vom 27. d. M. fruchtlos geblieben sei. Auch theilte er mit, daß Herr von Bothmer ohne jegliche Instruktion in Bezug auf die Flotte hier angekommen sei."

* *
*

„Frankfurt a. M., 31. December 1851.

Den geehrten telegraphischen Weisungen gemäß habe ich in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung dahin gestimmt, daß die königliche Regierung an der No. 1 und 2 der Ausschußanträge nichts zu erinnern habe, daß der königlichen Regierung die Ausführung derselben aber dann erst als gesichert erscheine, wenn die Bundesversammlnng sie selbstthätig in Angriff nähme, indem gleichzeitig die Ueberweisung von Schiffen an diejenigen Staaten, welche bereit seien, dergleichen für ihr Guthaben an der Flotte zu übernehmen, beschlossen werde. Der Weg hierzu sei dadurch eröffnet, daß Preußen sich erbiete, mit dem Beispiel hierzu voranzugehen und einen seinem wahrscheinlichen Guthaben ungefähr gleichkommenden Theil der Flotte, vorbehaltlich definitiver Liquidation, zu übernehmen. Bei Annahme der Anträge ohne eine derartige Bürgschaft der Ausführung werde die Sachlage ultimo Januar dieselbe sein wie heute und die nach der Abstimmung vom 27. unvermeidliche Auflösung der Flotte durch Einzahlung des preußischen Vorschusses nicht gefördert werden.

Theils in Erwartung einer telegraphischen Weisung, theils um die Ansicht meiner Kollegen erst kennen zu lernen, sprach ich nach Verlesung der Abstimmung ohne Angabe der Gründe den Wunsch aus, mir das Protocoll offen zu halten. Die übrigen Gesandten stimmten demnächst den Ausschuß-Anträgen pure bei, mit Ausnahme von Hannover, Braunschweig, Nassau, Oldenburg und den Hansestädten, welche ablehnten, weil der zu einer Vereinbarung bis zum 31. Januar gelassene Termin ihnen zu kurz erscheint.

Graf Thun erklärte nach erfolgter Abstimmung, daß der ganze Antrag ein nutzloser sei, wenn er die Zahlung Preußens nicht zur Folge habe, und daß er nicht einsehe, warum man einen derartigen, für den Bund immerhin peinlichen Beschluß ohne Resultat fassen solle. Die meisten übrigen Gesandten schlossen sich dieser Erklärung an und einigten sich nach längerer Berathung dahin, den gefaßten Beschluß in der nächsten Sitzung durch einen neuen wieder aufzuheben und demnächst anderweite Vorschläge des Ausschusses zu gewärtigen, falls von Preußen eine andere Erklärung als die angegebene nicht zu erlangen sei; dagegen wolle man bei dem Beschlusse verharren, wenn bis zur nächsten, auf den 5. anzuberaumenden, Sitzung Preußen dem Beschluß beiträte und zur Zahlung bereit sei. Außerdem dictirte ich sämmtlichen Herren auf ihren Wunsch den Tenor meiner Abstimmung, über welche sie voraussichtlich schleunige Instruction einholen werden.

Mir scheint, daß in dieser Sachlage der Auffassung der Königlichen Regierung nichts vergeben ist, und es kommt nur darauf an, ehe ich auf die Annäherung an die Ansichten der Königlichen Regierung, welche in der heutigen Beschlußnahme liegt, vollständig verzichte, womöglich zu erfahren, welchen Weg man dann von der anderen Seite einzuschlagen gedenkt. Außerdem glaube ich, daß es günstig für uns sein wird, wenn die Herren Zeit haben, sich unsere Vorschläge und die mit der Nichtannahme derselben verbundenen Eventualitäten zu überlegen. Der Zeitverlust einiger Tage kann nur dahin führen, die bevorstehende Geldverlegenheit dringlicher und das Nachgeben wahrscheinlicher zu machen.

Nach Schluß der Sitzung erhielt ich die telegraphische Weisung von heute Mittag, und werde ich spätestens am 2. Nachmittags

dem Grafen Thun erklären, daß es bei der heutigen Abstimmung Preußens bleibt, falls Ew. Excellenz nicht vorziehen, den heutigen Bundesbeschluß aufrecht erhalten zu sehen. Am 3. wird dann voraussichtlich Ausschußsitzung und am 5. wieder Bundesrathssitzung sein. Unter diesen Umständen glaube ich nicht wohl vor dem 6. Abends hier abreisen zu können, wenn Ew. Excellenz es nicht durch den Telegraphen ausdrücklich früher befehlen."

* * *

„Frankfurt a. M., 2. Januar 1852.

Der geehrten telegraphischen Weisung vom 31. v. M. entsprechend habe ich nunmehr dem Grafen Thun erklärt, daß es bei der in Abschrift gehorsamst beigefügten Abstimmung Preußens in der vorgestern stattgehabten Sitzung sein Bewenden behalte. In Folge dessen wurde sogleich der Militairausschuß, welcher die Administration der Flotte leitet, zusammengerufen, um über die Anschaffung der augenblicklich nothwendigen Gelder zu berathen.

Graf Thun erklärte, daß es unmöglich sei, auf die von Preußen gestellten Bedingungen einzugehen, indem dem Bunde nicht zugemuthet werden könne, sich von der königlichen Regierung im Widerspruch mit dem Beschluß vom 8. Juli weitere Bedingungen vorschreiben zu lassen, nachdem man die am 31. October gestellten erfüllt zu haben glaube.

Herr von Nostiz schlug vor, eine Anleihe bei dem Bankhause Rothschild zu machen unter Verpfändung des Guthabens des Bundes bei Rothschild, während Herr von Münch der Ansicht war, die unvermeidlichen Ausgaben für die Flotte aus den bereitesten (lies bereitstehenden) Beständen der Bundescasse zu bestreiten.

Ich entgegnete, daß mir diese beiden Auswege rechtlich unzulässig zu sein schienen, und ich eventuell meine allerhöchste Regierung gegen die Folgen derartiger Maßregeln verwahren müsse.

Graf Thun war der Meinung, daß man vor weiterer Beschlußnahme noch einen schleunigen Versuch anstellen solle, ob die Königliche Hannoversche Regierung bereit sei, einstweilen einen Vorschuß zu machen, und biete sich die Gelegenheit hierüber zu verhandeln dadurch, daß Herr von Eisendecher, der Großherzoglich

Oldenburgische Gesandte, morgen früh nach Hannover abreise. Der Graf Thun wollte sofort durch diesen persönlich an Herrn von Schele schreiben, und da er die Sache mehr als einen von ihm privatim zu thuenden Schritt auffaßte, so hatte ich keine weitere Veranlassung, mich dagegen zu verwahren, als daß ich die Ansicht aussprach, die Königliche Regierung werde sich nicht für verpflichtet halten, irgend welchen Antheil an der ferneren Unterhaltung der Flotte oder an der Rückzahlung der darauf zu verwendenden Anleihen zu nehmen.

Außerdem habe ich heut Morgen versucht, mich mit Herrn von Bothmer darüber zu verständigen, daß eine Erfüllung der Forderungen Preußens möglich sei, ohne die Ausführung der hannoverschen Pläne zu hindern, da weder Hannover noch Preußen auf sämmtliche vorhandene Schiffe Anspruch mache, und der königlichen Regierung ein bestimmter Naturalantheil der Flotte auf die Länge unter keinen Umständen werde vorenthalten werden können. Ich fand indessen Herrn von Bothmer, obschon mir seine Ansichten billiger und seine Stellung zu dieser Angelegenheit loyaler zu sein schien als die vieler meiner Collegen, zu wenig informirt von der Sachlage, um ein Resultat unserer Besprechung erwarten zu dürfen; namentlich ist er entweder von seiner Regierung nicht vollständig instruirt oder diese mit sich selbst noch nicht im Klaren und will erst dann einen Entschluß fassen, wenn sie bestimmt weiß, welche Bereitwilligkeit zur Beisteuer dadurch bei den Binnenstaaten hervorgebracht wird, daß Hannover in der vorgestrigen Sitzung sich bereit erklärt hat, ein Präcipuum an Flottenbeiträgen zu übernehmen, dessen Höhe aber noch nicht angedeutet wurde.

So viel scheint mir nach Herrn von Bothmer's Aeußerungen gewiß, daß Hannover sich noch mit der Hoffnung schmeichelt, die Binnenstaaten und namentlich die Königreiche unter denselben würden sich durch jedes unbestimmte Anerbieten eines Präcipuums bewegen lassen, nunmehr ungesäumt mit der Zusicherung erheblicher Beiträge zur Flotte hervortreten, eine Hoffnung, die ich für ganz unbegründet halte. Als ich letzteres Herrn von Bothmer mittheilte, gab er zu verstehen, daß dann Hannover voraussichtlich gar keine Schiffe haben wolle und ebenfalls den Gedanken an

Beibehaltung einer Flotte aufgeben werde. Ich werde mich durch Herrn von Eisendecher, noch mit Herrn von Schele in ähnlicher Art in Verbindung setzen, wie ich dies heute mündlich mit Herrn von Bothmer gethan."

* * *

„Frankfurt a. M., 6. Februar 1852.

In meinem gehorsamsten Bericht vom 4. d. Mts. in Betreff der Flotte habe ich versäumt für eine Eventualität um Ew. Excellenz geneigte Anweisung zu bitten, welche ich mir nachträglich zur Sprache zu bringen erlaube.

Ich habe darauf hingewiesen, wie unter allen Umständen nach dem 10. Februar wiederum ein schwer zu überwindender Geldmangel in der Marinecasse sein werde. Als einziges Mittel, durch welches Preußen die Hand zur Abhülfe bieten könne, erschien mir das erneuerte Anerbieten, nach Ueberweisung von Schiffen Geld vorzuschießen. Wenn nach der heute und gestern sondirten Stimmung meiner Collegen wahrscheinlich ist, daß die Mehrzahl derselben in diesen Ausweg nicht willigen, einige, namentlich Hannover, sich sogar gegen partielle oder totale Veräußerung der Flotte, weil dieselbe organische Einrichtung sei, verwahren werden, so bietet sich vielleicht ein Auskunftsmittel dadurch, daß man sofort eine der natürlichsten Consequenzen des von uns, und muthmaßlich von der Mehrheit behaupteten Bundeseigenthums zieht, indem wir den Antrag stellen, die Unterhaltung, soweit sie unvermeidlich ist, nunmehr nicht durch Vorschüsse, sondern durch definitive, nicht zurückzuerstattende Matricularbeiträge zu bewirken.

Jede Aufnahme von Vorschüssen, welche aus der Flotte erstattet werden sollen, hat eine Prägravation der Zahler von 1848 zur Folge, so lange nicht die Verpflichtung zur Tragung des Schadens an der Flotte für alle pro rata der Matrikel anerkannt ist. In diesem Umstande liegt das Verletzende für uns, indem wir zu den Einigen gehören, auf deren Kosten die Gesammtheit mit der Flotte experimentirt. An einem gleichmäßig zu vertheilenden ferneren Verlust können wir um so eher mit tragen, da in ihm ein Compelle auch für Oesterreich und dessen Genossen liegen würde, dem Provi-

sorium ein Ende zu machen. Wahrscheinlich ist, daß die bisherigen Nichttheilnehmer an der ursprünglichen Umlage sich auch dieser mäßigen Mit-Belastung widersetzen werden; um so evidenter würde unsere Berechtigung ins Licht treten, uns der Fortführung des bisherigen Systems mit jedem Mittel zu widersetzen. Andererseits liegt in dem angedeuteten Verfahren noch eine Möglichkeit, ohne Bruch und ohne Demüthigung unsererseits aus der Sache herauszukommen, indem man die Abwickelung der gegenwärtigen Ansprüche aus der Vergangenheit vorbehalten sein läßt. Lehnt man auch dies Arrangement ab, so haben wir uns bei einem Bruche gewiß nichts vorzuwerfen.

Mein gehorsamster Antrag, den ich im Drange des Postschlusses vielleicht nicht klar und gründlich genug motivirt habe, würde also dahin gehen:

mich geneigtest zu autorisiren, je nach den Umständen namentlich, wenn ich mich überzeuge, daß die Bundesversammlung auf sofortige Ueberlassung von Schiffen nicht eingehen wird, zu verlangen, daß die unabweislichen ferneren Ausgaben für die Flotte durch Martrikularumlage ohne Anspruch auf Erstattung aufgebracht werden, und die Bereitwilligkeit Preußens zum Beitrag in dieser Modalität zu erkennen zu geben.

Hannover würde sich diesem Antrage anschließen. Die ungesäumte Auflösung der Flotte würde hierbei dennoch vorausgesetzt bleiben, aber sie kann im günstigsten Falle nicht so schnell erfolgen, daß nicht noch Geld erforderlich wäre, um die Flotte so lange zu erhalten.

Ich stelle ganz gehorsamst anheim, mich durch den Telegraphen bis zum 10. cr. über diese ehrerbietige Frage bescheiden zu wollen und bitte um geneigte Ertheilung einer Abschrift dieser Pièce."

* * *

„Frankfurt a. M., 14. Februar 1852.

Die Conferenz, welche im Auftrage der Bundesversammlung heute nach Erkrankung des sächsischen Gesandten zwischen den Vertretern von Bayern, Hannover, Hamburg und mir stattgefunden, hat folgendes Resultat geliefert:

Der Gedanke von Verpfändung von Schiffen, namentlich unter körperlicher Uebergabe des Pfandes, stieß auf den entschiedensten Widerstand aller Uebrigen, indem man eine solche Operation des Bundes als anstößig in der öffentlichen Meinung bezeichnete. Das augenblickliche Geldbedürfniß, nachdem von Dänemark und Mecklenburg für mehr als zwanzigtausend Gulden Zahlungen auf die letzten Vorschußumlagen angewiesen sind, erwies sich für jetzt als weniger zwingend zur Annahme unserer Vorschläge, zumal außerdem der an sich nicht unzweckmäßige Gedanke aufgetaucht ist, durch Veräußerung solcher Schiffe, die voraussichtlich als Kriegsschiffe ganz untauglich sind, namentlich der „Hansa", Geld flüssig zu machen. Wenn auch zweifelhaft ist, ob eine solche Operation ohne Preußens Zustimmung für rechtlich statthaft zu halten sei, so lange die erfolgte Anerkennung des Eigenthums nicht zu praktischen Consequenzen durchgeführt ist, so bietet doch der hierüber etwa zu erhebende Principienconflict kaum einen anderen wahrscheinlichen Ausweg als den unseres formellen Bruchs mit der Bundesversammlung. Die Drohung mit letzterem, welche ich vertraulich zur Anwendung gebracht habe, namentlich aber die entschiedene Sprache der königlichen Regierung Wien gegenüber, hat den erfreulichen Erfolg gehabt, unsere Bundesgenossen nachgiebig bis auf einen gewissen Punkt zu stimmen. Ein wirklicher Bruch wäre indessen ein immerhin unbehagliches Ereigniß.

Ich habe daher, um aus der bisherigen gegenseitigen Spannung und über die vielfachen Keime des Zerwürfnisses, die in den letzten Phasen der Flottensache ohnehin liegen, hinwegzukommen, gern den Antrag ergriffen, der sich nach Analogie meines Vorschlags in meinem gehorsamsten Bericht vom 7. d. Mts. darbot. In Folge dessen ist das heute bereits telegraphirte, abschriftlich vorliegende Abkommen, sowie der gleichfalls beigefügte Beschluß-Entwurf für die Sitzung am Montag in der heutigen Conferenz nach fünfstündiger Debatte redigirt worden. Die Zusicherung, die ich auf Grund der gestern durch den Telegraphen erhaltenen geneigten Ermächtigung wegen unseres Beitritts zum Nordsee-Verein geben konnte, wirkte sichtbar günstig auf die Stimmung meiner Collegen, und ich glaube, daß durch Annahme der anliegenden Vorschläge der Hauptzweck, welchen die Königliche Regierung mit der Zahlung der 160,000 Gulden

verbinden wollte, nämlich die Garantie definitiver Erledigung in der Frist, für welche dieses Geld reicht, gesichert wird.

Außerdem haben wir die Wahrscheinlichkeit, daß entweder eine Nordsee-Flotte unter preußischer Leitung ins Leben tritt, oder doch, daß uns der Besitz der beiden besten Schiffe der Flotte verbleibt. Der Taxwerth beider Schiffe beträgt 700,000 – 800,000 Gulden, für die „Gefion", augenscheinlich zu gering, 260,000 Gulden. Unser Guthaben wird, je nach den Grundsätzen der Berechnung, auf das Minimum von 10—1,200,000 Gulden veranschlagt. Ich habe die Summe mit etwas über 700,000 Gulden so hoch gegriffen, wie ich glaube, sie für jetzt ohne Streit zur Aufstellung bringen zu können und deshalb das Geschäft einstweilen auf die beiden genannten Schiffe beschränkt, weil ich, wenn ich die nächst besten Schiffe „Erzherzog Johann" oder „Ernst August" hätte mit hinzuziehen wollen, um circa 400,000 Gulden hätte höher gehen müssen, und die dann sich ergebende Gesammtsumme ist als für uns keineswegs bescheinigt zu betrachten, so lange man nicht weiß, zu welchem Betrage sich die Flotte verwerthen läßt. Daß die dissolutive Bedingung des Zustandekommens des Nordsee-Vereins nicht eintreten wird, glaube ich ohnehin verbürgen zu können. Bayern, Hannover und die eifrigsten Anhänger des Flotten-Vereins gestehen unumwunden ein, daß ohne unseren Zutritt nichts aus der Sache werden könne.

Der monatliche Bedarf der Flotte ist etwa 56,000 Gu den, und wenn auch von unserer Einzahlung etwa 80,000 Gulden zur Zahlung von Rückständen aufgehen, so treten doch die schon angewiesenen Quoten von Holstein und Mecklenburg und die in Aussicht gestellten von Luxemburg und anderen Staaten hinzu, so daß ich nach Rücksprache mit der Marine- und Cassenabtheilung annehmen darf, daß die flüssig werdenden Gelder zur Deckung der Kosten bis ultimo März mehr als hinreichen. Wir selbst bedürfen einiger Frist, um unsere Verhandlungen über die Nordsee-Flotte im In- und Auslande zu führen. Ich hätte nach dem Wortlaute des Beschlusses vom 24. Januar, nachdem der Verein als am 10. Februar zu Stande gekommen nicht zu betrachten ist, verlangen können, daß ein Kauf ohne Resolutivbedingungen mit uns abgeschlossen wurde; dann hätte aber auch sogleich die Unterhaltung der zu kaufenden Schiffe auf uns übergehen müssen, das Beneficium, den größten Theil des Kauf-

preises nicht baar zu zahlen, wäre uns bestritten, der Zuschlag verzögert worden, und in diesem Streit wäre eine neue Quelle der Verschleppung gegeben.

Zu erwägen ist der Fall, daß Oesterreich, dem die jetzige Wendung der Dinge offenbar sehr unwillkommen ist, nunmehr gleichfalls nach unserem Vorgange dem Verein könnte beitreten wollen. Ich glaube nicht daran. Aber entweder würde dann die Nordsee-Flotte rein als Bundeseinrichtung beibehalten, und für diesen Fall wird die Pflicht Oesterreichs, alle Rückstände zu zahlen, von Niemand, den ich bisher gesprochen habe, als zweifelhaft betrachtet. Auch würde die Flotte dann organische Einrichtung werden und die nie zu erwartende Zustimmung Luxemburgs und Holsteins bedürfen.

Eine andere Eventualität wäre, daß Oesterreich gleich uns und etwa für Böhmen dem Nordsee-Contingent beitreten wollte. Nach dem Beschluß über Einrichtung der dreitheiligen Bundesflotte hat das Nordsee-Contingent in keinem näheren Verhältniß zum Bunde zu stehen als das baltische oder das adriatische Contingent; die innere Einrichtung des ersten hängt von freier Vereinbarung der Betheiligten ab, und es käme dann darauf an, Oesterreich solche Bedingungen über die Einrichtung der Admiralitäts- und Commandoverhältnisse zu stellen, wie sie mit unseren Interessen in Harmonie wären.

Das Resultat der gestrigen vertraulichen Sitzung und also auch das voraussichtliche Ergebniß der offiziellen Abstimmung am Montag findet sich in dem anliegenden Beschlußentwurf kurz angegeben Nur Oesterreich und Dänemark bestreiten das Bundes-Eigenthum. Luxemburg giebt es zu, falls sich kein anderer Eigenthümer meldet. Kurhessen und die sechszehnte Kurie wollen sich über die Eigenthumsfrage nicht aussprechen. Die Verpflichtung zur Nachzahlung der Beiträge von 1848 will von den meisten Staaten nicht als rechtliche Folge der Anerkennung der Flotte als Bundeseigenthum betrachtet werden. Ich werde dennoch der Form wegen am Montag den Antrag auf Zahlung dieser Rückstände stellen, demselben aber gleichzeitig das Verlangen hinzufügen, eventuell wenigstens den Grundsatz zur Anerkennung durch Abstimmung zu bringen, daß das sich bei der Liquidation ergebende Deficit matricularmäßig von allen Staaten getragen werde, indem ich einen starken Accent

darauf lege, daß die in dem entgegengesetzten System liegende Ungleichheit von uns auf die Dauer keinesfalls werde ertragen werden. Diesem Theil meines Antrages wird voraussichtlich nur Oesterreich widersprechen, Bayern will ihn wenigstens annehmen. Der ganze Antrag wird ohne Zweifel zur Instruction gestellt werden. Auch die Wahl eines Ausschusses, welcher sich damit zu beschäftigen hat, wie der Streit, welcher jetzt zwischen der Majorität der Versammlung und Oesterreich schwebt über die Competenz der Majorität, nämlich in Bezug auf Anerkennung des Bundeseigenthums und auf deren Folgen, zu schlichten sei, das Resultat der Verhandlungen dieses Ausschusses kann kaum ein anderes als der Vorschlag einer compromissarischen Instanz sein.

Ich muß für heute schließen und bemerke noch gehorsamst, daß mir mein gestern in der Eile gemachter Antrag, als Kriterium für das Zustandekommen des Nordsee-Vereins eine Zahlung an die Bundesfonds zu verlangen, als unpraktisch erscheint. Das in dem heutigen Entwurf gestellte Verlangen, die Uebernahme der Kosten der Flotte als Beweis für die Existenz des Vereins zu stipuliren, scheint dem Zweck entsprechender. Für den Fall des Nicht-Einverständnisses bitte ich um geneigten telegraphischen Bescheid bis zu Montag Mittag.“

* * *

„Frankfurt a. M., 8. April 1852.

Aus meinem heutigen Immediatbericht über die gestrige Sitzung wollen Ew. Excellenz geneigtest ersehen, daß das Geschäft der Auflösung der Flotte ein wenig vorgerückt und der Hauptsache nach dem Militairausschuß zu weiterer Berichterstattung zugewiesen worden ist, indem nur für unwesentliche Punkte der Auftrag gegeben wurde, schon praktisch vorzuschreiten.

Zur Erklärung dieser Erscheinung füge ich nachstehende gehorsamste Erläuterungen hinzu:

In der Sitzung vom 2. April war der nunmehr aufgelöste Flottenausschuß, in welchem die principiellen Fragen früher auf Antrag Preußens und Hannovers verhandelt worden waren, zur Berichterstattung angewiesen. Bei den Berathungen in demselben wurde anerkannt, daß die zuerst zu ergreifenden Maaßregeln in

einer Kündigung aller kündbaren Engagements und in der Veröffentlichung des bevorstehenden Verkaufs von Schiffen zu bestehen hätten, indessen hielt sich der Flottenausschuß nur berufen, bei der Bundesversammlung zu beantragen, daß und in welcher Weise der Militairausschuß, dem die Administration der Flotte obliegt, mit diesen Geschäften zu beauftragen sei. Ueber den ersten Punkt wurde in dem Flottenausschuß kein Zweifel erhoben, daß es angemessen sei, das Obercommando der Marine durch den Militairausschuß zu den fraglichen Kündigungen anweisen zu lassen. Ueber den zweiten Punkt war Graf Thun und ich der Ansicht, daß die Bundesversammlung selbst so schleunig wie möglich eine Bekanntmachung über den Termin und die Modalitäten des Verkaufs der Schiffe auszuschreiben habe. Die übrigen im Ausschuß anwesenden Gesandten, die von Bayern, Hamburg, Oldenburg und Mecklenburg, fanden aber die Bemerkung des Letzteren gerechtfertigt, daß es in der öffentlichen Meinung einen üblen Eindruck machen werde, wenn eine solche Bekanntmachung von der Bundesbehörde selbst ausgehe.

Wir suchten vergebens dies Bedenken mit der Hinweisung zu bekämpfen, daß jeder Tag der Zögerung etwa tausend Thaler im Bremer Hafen koste. Es wurde per majora beschlossen, daß die Bekanntmachung von den zur Auflösung der Flotte zu bevollmächtigenden drei Commissarien bewirkt werden sollte.

Es war schon früher vorgeschlagen worden, drei der Bundesstaaten zur Stellung je eines Commissarius aufzufordern; nachdem sich aber unter Vortritt Hannovers alle successive aufgeforderten Staaten aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung geweigert hatten, der Aufforderung nachzukommen, hatte man sich dahin geeinigt, daß e i n Bevollmächtigter des Bundes zu dem Zwecke genügen werde und die Großherzoglich Mecklenburgische Regierung ersucht, denselben zu ernennen. In der letzten Sitzung des Flottenausschusses zeigte nun Herr von Oertzen an, daß auch seine Regierung, nach Vorgang der übrigen, dieses Mandat ablehne.

Graf Thun äußerte hierauf mit großer Lebhaftigkeit, daß ein derartiges Verhalten der Bundesstaaten nothwendig auf den Dualismus hindränge, indem schließlich nichts übrig bliebe, als daß die beiden Großmächte die Sache selbständig in die Hand

nehmen, dann aber auch die Frage entstehe, wozu die kleinen Staaten überhaupt da seien!

Ich schlug darauf vor, als sachgemäßesten und wohlfeilsten Ausweg drei Marinebeamte des Bundes, nämlich den Admiral Brommy, den Intendanten Bernau und den Materialdirector Weber, zu committiren. Mein Vorschlag fand keinen Anklang, weil Brommy ein solches Geschäft, als für ihn kränkend und nicht zu seinem Dienst gehörig, ablehnen werde, die beiden anderen aber notorisch in so bitterer persönlicher Feindschaft mit einander lebten, daß ein förderliches Zusammenwirken von ihnen nicht zu erwarten sei.

Wenngleich mir diese Gründe nicht stichhaltig schienen, so konnte man sich doch schließlich nur dahin einigen, daß versucht werden sollte, Privatpersonen zu ermitteln, welche bereit und fähig wären, die Aufträge des Bundes auszuführen.

Nachdem in dieser Beziehung der General Jochmus, Heinrich von Gagern und verschiedene Schiffsmakler und Advocaten der Hansestädte genannt waren, brachte der oldenburgische Gesandte den großherzoglichen Staatsrath Fischer, der Hamburgische den Wasserbaurath Hübbe, Verfasser der Beschwerde gegen die Neunerverfassung, in Vorschlag. Beide Gesandten wurden von dem Ausschuß beauftragt, sich in vertraulichem Wege zu vergewissern, ob die von ihnen bezeichneten Canditaten zur Uebernahme des Mandats geneigt sein würden. Von preußischem Standpunkte dürften gegen keine der beiden genannten Persönlichkeiten Bedenken obwalten, wenn ich auch die Wahl von Privatpersonen im Allgemeinen für einen unpassenden Ausweg halte.

Der Militair-Ausschuß wird wegen des heutigen und morgenden Feiertags erst am Sonnabend wieder Sitzung halten und dann hoffentlich im Stande sein, den ihnen durch den gestrigen Bundesbeschluß ertheilten Aufträgen wenigstens insoweit nachzukommen, daß er einen Commissarius zur Auflösung der Flotte ernennt und zu den erforderlichen Bekanntmachungen anweist.

Die Termine zum Verkauf der Schiffe selbst werden ohne Zweifel in geräumigen Fristen angesetzt werden, um das Bekanntwerden bei allen Kauflustigen zu ermöglichen. Bis jetzt sind Anfragen nur von einem Rheder in Havre und von einem spanischen

Handlungshause, letztere anscheinend im Auftrage seiner Regierung, eingegangen. Der Auftrag an Admiral Brommy, alle kündbaren Verträge mit dem Personal insoweit zu lösen, als die vorläufig verbleibenden Anforderungen des Dienstes es gestatten, ist noch gestern in einer kurzen Sitzung des Militair-Ausschusses ausgefertigt worden. Die dadurch eintretenden Erleichterungen der Marinecasse werden indeß erst nach Verlauf verschiedener, zum Theil mehrmonatlicher, Fristen wirksam werden können. Außerdem werden die Verhältnisse der mit Patent ohne Vorbehalt angestellten Beamten, sowie Sold und Verpflegung der bis zur wirklichen Uebergabe der Schiffe an etwaige Käufer erforderlich bleibenden Mannschaften noch beträchtliche Geldopfer fordern. Die von uns gezahlten hundertundsechszigtausend Gulden sind durch die Deckung der Anleihe bei Rothschild und der vorläufig aus Beständen von anderweiter Bestimmung entnommen gewesenen Ordinarien pro Januar und Februar soweit absorbirt, daß zur Deckung des jetzt fälligen Ordinariums pro März von dreißigtausend Theatern nur noch zwischen zehn- und zwanzigtausend Gulden übrig bleiben.

Die Bundesversammlung hat gestern angenommen, daß die nächsten Existenzen aus den Erträgen des Verkaufs des Flottenmaterials vorschußweise würden bestritten werden können. Ich habe dabei bemerkt, daß ein solches Verfahren meinen bisherigen, freilich mit Rücksicht auf eine andere Sachlage, mir ertheilten Instructionen widerspreche, daß ich mich aber bei der Königlichen Regierung dafür verwenden wolle, daß ein Widerspruch nicht erhoben werde, weil das Verlangen, die unbestreitbar erforderlichen Geldmittel durch eine Umlage oder anderweitig aufzubringen, voraussichtlich neue unabsehbare Verzögerungen des Geschäfts mit sich bringen werde.

In der That glaube ich, daß nichts übrig bleibt, als in der vorgeschlagenen Weise vorbehaltlich definitiver Liquidation in die vorschußweise Bestreitung der Kosten aus den Verkaufserträgen, also aus dem Capitalwerth der Flotte zu willigen, zumal da der Zweck, zu welchem wir früher an dem entgegengesetzten Grundsatz festgehalten haben, nämlich das Erzwingen der wirklichen Auflösung der Flotte, jetzt erreicht ist.

Eine Schwierigkeit bleibt immerhin dadurch bestehen, daß die Kaufgelder für Schiffe nicht so zeitig einfließen werden, als der Bedarf eintritt. Auf meinen Antrag wird einstweilen ermittelt, ob der Vorrath an Gegenständen von marktgängigem Preise und leichter Verkäuflichkeit, als da sind: Pulver, Kohlen, Metalle und dergleichen, groß genug ist, um daraus eine irgend erhebliche Summe bald flüssig machen zu können.

Im Allgemeinen setzen meine Collegen sehr geringe Hoffnungen auf das Resultat des Verkaufs, und von Mehreren bin ich dringend gebeten worden, daß Preußen das ganze Material an sich kaufe, wobei man zugleich die Hoffnung aussprach, daß die Königliche Regierung nicht ein etwaiges ungünstiges Resultat der Licitation benutzen wolle, sondern das vorhandene nach einer Werthtaxe übernehmen werde, und so von Deutschland die Schmach einer Vergantung der Flotte und von sich selbst den Schein abwenden werde, als hätten wir die Geldverlegenheit der Flotte gefördert, um die Substanz wohlfeil an uns zu bringen.

Ich habe darauf einstweilen erwidert, daß bis jetzt die Königliche Regierung den Neubau von Schiffen ihrem Interesse entsprechender finde, als den Ankauf der noch im Bremer Hafen verbleibenden."

Bismarck und der Minister von Schleinitz.

Daß das Verhältnis Bismarcks zu dem Minister Freiherrn v. Schleinitz ein lange nicht so gutes war, wie dasjenige zu dem im Oktober 1858 abgetretenen Minister Freiherrn von Manteuffel, illustriert nichts besser als die von ihm mit diesen beiden Chefs geführte Privatkorrespondenz. Die von dem Bundestagsgesandten v. Bismarck an Manteuffel gerichteten privaten Kundgebungen aus der Frankfurter Zeit füllen einen ganzen Band in meinem Werke: „Preußen im Bundestag"; Briefe an Schleinitz sind gewiß auch in großer Zahl vorhanden. Bekannt war aber 1891 bei Abfassung der Kohlschen „Bismarck-Regesten" nur ein einziger vom 24. Februar 1859, betreffend Maßregeln zur Verteidigung des Bundesgebiets im Falle eines Angriffes auf die österreichischen Besitzungen in Italien.

Ein zweiter, bisher unbekannter Brief Bismarcks an den Minister Schleinitz soll nachstehend veröffentlicht werden; derselbe ist ganz von der Hand Bismarcks und datiert aus dem Bade Nauheim, wohin sich der damalige Gesandte in St. Petersburg begeben hatte, nachdem er am 22. Juli 1859 in Berlin von einem rheumatisch-nervösen Leiden befallen worden war, zu dessen Heilung er sich am 3. August mit seiner Gemahlin nach Wiesbaden begab. Der Brief lautet:

„Nauheim, 2. September 1859.

Euer Excellenz

zeige ich gehorsamst an, daß ich meine Badekur, nachdem sich Wiesbaden als ein ärztlicher Mißgriff erwiesen, hier fortgesetzt habe und in einigen Tagen beendigen werde. Wenn ich auch noch nicht

ganz schmerzfrei und noch weit entfernt von der früheren Rüstigkeit bin, so darf ich mich doch als in voller Genesung begriffen ansehen. Indessen warnen mich die hiesigen Aerzte, in Uebereinstimmung mit den Berlinern, dringend vor einer direkten Uebersiedelung aus dem Badeleben nach Petersburg, und drohen mir mit Rückfällen und anderen Leiden, falls ich nicht einige Wochen lang die Wirkung des Bades und die Beruhigung der Nerven in einem weniger heterogenen Klima abwarte, unter diesen Umständen bitte ich um die Erlaubniß, noch nicht auf meinen Posten, sondern zunächst über Berlin nach Pommern gehen zu dürfen. Wenn nicht augenblicklich Geschäfte vorliegen, von denen ich keine Kenntniß habe, so darf ich annehmen, daß ich in Petersburg zunächst nicht werde vermißt werden, da Seine Majestät der Kaiser sowohl als Fürst Gortschakoff nur zur Feier der Großjährigkeit des Thronfolgers in die Residenz zurückkehren und gleich nach derselben wieder gegen Ende des Monats Oktober auf Reisen gehen. Ich erwähne das nicht mit dem Hintergedanken, meine Ferien soweit ausdehnen zu wollen, schon um deshalb nicht, weil mir die Jahreszeit zur Reise mit Frau und Kindern zu spät werden würde.

Meine Wünsche beschränken sich auf 3 Wochen Ruhe und Pflege im eigenen Hause; sollte aus irgend welchen mir unbekannten Gründen Gefahr im Verzuge sein, so würde ich darauf verzichten, aber allerdings nach ärztlicher Meinung die Möglichkeit einer neuen und anhaltenden Invalidität zu fürchten haben. Aus den Zeitungen ersehe ich, daß ich leider keine Aussicht habe, Eure Excellenz in Berlin auf der Durchreise zu finden. Ich beklage es doppelt, daß meine Krankheit mich verhindert hat, bei meiner Anwesenheit in Berlin Seiner Königlichen Hoheit dem Regenten aufzuwarten; in Ostende mich unberufen einzustellen, hat einen Anstrich von Zudringlichkeit, und nach Berlin kehrt Seine Königliche Hoheit, wie es heißt, in den nächsten Wochen nicht zurück; ich habe deshalb kaum die Aussicht, mich Allerhöchsten Orts vorstellen zu dürfen, ehe ich in Petersburg einwintere, und doch bin ich meinem Gefühl nach nicht en règle, wenn ich dem Kaiser beim Wiedersehen sagen muß, daß ich seinen erlauchten Oheim gar nicht gesehen habe. Eure Excellenz bitte ich deshalb gehorsamst, mir geneigtest nach Berlin telegraphisch Nachricht geben zu wollen, ob Seine Königliche

Hoheit vielleicht befiehlt, mich in Ostende zu sehen, bevor ich auf meinen Posten zurückkehre. Ich beabsichtige am Mittwoch, den 7. d. M., in Berlin einzutreffen, um Behufs einiger Besprechungen mit den Herren im Ministerium zwei Tage dort zu bleiben. Erhalte ich dort keine telegraphische Weisung, so würde ich meine Reise nach Norden fortsetzen, einstweilen bis Reinfeld bei Zuckers in Hinterpommern (nahe bei Danzig) und dort bis gegen Ende des Monats auf dem Lande bleiben, falls mir nicht inzwischen der Befehl zugeht, mich sofort auf meinen Posten zu begeben. Von hier reise ich den Mittwoch früh ab.

Da ich keine sichere Gelegenheit zur Beförderung dieses Briefes habe, so widerstehe ich der Versuchung, politische Wahrnehmungen und Betrachtungen zu Papier zu bringen, und bitte nur, Seiner Königlichen Hoheit dem Regenten den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu Füßen zu legen, und die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen, mit der ich verharre

Euer Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck."

Am 7. September begab sich Bismarck von Nauheim nach Berlin, am 10. September zum Prinzregenten nach Baden-Baden, am 23. September kehrte er nach Berlin zurück, um demnächst einige Wochen (27. September bis 12. Oktober) in Reinfeld zuzubringen. Im Oktober nach Berlin berufen, hatte Herr von Bismarck noch eine zweite Begegnung mit dem Prinzregenten, worauf am 16. Oktober die Rückreise nach St. Petersburg angetreten wurde.

Bismarcks Verkehr mit dem König Wilhelm I.

Zur Illustrierung der Art, wie der Graf Bismarck mit seinem König, und dieser mit seinem Ministerpräsidenten schriftlich verkehrte, dient der nachstehende bisher unveröffentlichte Schriftwechsel:

„Berlin, den 20. Januar 1866.

Der hannoversche Minister Graf Platen[1]) ist heut hier eingetroffen; würden Eure Majestät vielleicht die Gnade haben wollen, ihn zum Ordensfeste zu befehlen? Vorgestellt ist er früher als hannöverscher Geschäftsträger schon.

Bismarck."

„Soll eingeleitet werden. Wäre es nicht vielleicht am Besten, ihn auch gleich zu dekoriren, weil dies weniger auffällig dann ist, da sonst eigentlich kein rechter Grund zur Stillung dessen Kreuz-Schmerzen vorhanden ist. Sind Sie einverstanden, so lassen Sie Sich das Großkreuz gleich von der Ordens-Kommission holen, und es ihm morgen zusenden. Doch soll er in die Ordensliste von morgen mit aufgenommen werden, was Sie Herrn von Brand schreiben wollen.

Wilhelm 20./1. 1866."

Graf Platen sprach sich im Mai 1866 für die Notwendigkeit einer Neutralität Hannovers in dem drohenden Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich aus, wandte sich aber dann Oesterreich zu und lehnte (15. Mai 1866) das preußische Ultimatum ab, worauf die preußischen Truppen am folgenden Tage in Hannover einrückten.

---

[1]) Adolph Ludwig Karl Graf von Platen, seit 1855 auswärtiger Minister Georgs V. von Hannover.

Neue Bismarckbriefe.

I. Serie.[1])

Der Zauber, den die Privatbriefe des Fürsten Bismarck ausatmen, zeigt sich am besten in den fortgesetzten neuen Ausgaben derselben. Die Herausgeber schöpften indessen zu Bismarcks Lebzeiten, seitdem ich die drei letzten Bände „Neue Bismarckbriefe“ veröffentlicht hatte,[2]) immer aus demselben, zwar unverwüstlichen, aber doch alten Vorrate, und sie boten nur durch die abwechselnde Gruppierung der Auswahl etwas Neues. Die dem Versiegen nahe Urquelle wieder etwas zu beleben, schien mir darum eine dankenswerte Aufgabe zu sein. Nicht ohne Mühe ist es mir gelungen, eine, wenn auch nur kleine Anzahl von Privatschreiben des Fürsten Bismarck, welche förmlich in Vergessenheit geraten sind, ausfindig zu machen. Die kleine Sammlung wird hiermit vorgelegt, ohne einen weiteren Anspruch zu erheben als den, zur Charakteristik des hohen Briefschreibers in seinem Verkehr mit Privatpersonen ein paar Bausteine zu liefern.

„An den Bürgermeister Baehr in Belgard.

Berlin, den 24. Oktober 1863.

Mit verbindlichstem Dank habe ich die Zuschrift erhalten, welche der Magistrat und die Stadtverordneten gemeinschaftlich mit andern Unterzeichnern unterm 6. d. M. an mich gerichtet haben. Auch vor Empfang derselben war ich nicht zweifelhaft

---

[1]) Deutsche Revue, XXII., Augustheft 1897.

[2]) Bismarckbriefe, Neue Folge, Bd. I, II und III. Berlin, Carl Heymanns Verlag.

4*

darüber, daß die Unsitte, während des Aufenthalts der Züge die im Wagen sitzenden Reisenden durch unhöfliche Bemerkungen zu belästigen, von allen achtbaren Einwohnern Belgards mit Entschiedenheit verurtheilt würde. Nur um zur Abstellung des Mißbrauchs mitzuwirken, welcher mit dem freien Zutritt Nichtreisender zum Bahnhof getrieben wird, habe ich die Aufmerksamkeit der Behörde auf das Vorgefallene gelenkt; wenn ich aber für dasselbe einer Genugthuung bedürfte, so würde ich sie in vollem Maße in der Erklärung der Herren Unterzeichner des Schreibens vom 6. d. M. finden, und würden Eure Wohlgeboren mich verbinden, wenn Sie denselben meinen aufrichtigen Dank aussprechen wollten.

von Bismarck."

*

„An Frau Ministerialräthin v. Reichert in Berlin.[1])

Berlin, den 5. Mai 1865.

Mit aufrichtiger Theilnahme habe ich die Nachricht erhalten, daß Ihr Herr Gemahl seinen Leiden erlegen ist. Gestatten Sie mir, daß ich der Anerkennung, deren er sich in seiner amtlichen Wirksamkeit nicht minder als in seinen persönlichen Beziehungen bei uns erfreute, zugleich mit dem warmen Antheil Ausdruck gebe, den ich an Ihrem gerechten Schmerze nehme. Die Trauer um seinen Hingang wird besonders von allen denen aufrichtig getheilt werden, welchen Ihr Herr Gemahl in schwierigen und wichtigen Geschäften in jüngster Zeit so thätig und treu zur Seite gestanden hat.

von Bismarck."

*

„An den Kaufmann Bädke in Berlin.

Berlin, den 5. Mai 1866.

Eurer Wohlgeboren und den übrigen Herren Unterzeichnern der unter dem 25. v. M. an mich gerichteten Adresse sage ich für die mir darin ausgesprochenen Gesinnungen der Theilnahme und des Vertrauens meinen verbindlichen Dank.

---

[1]) Der Gemahl der Adressatin war bayrischer Bevollmächtigter bei der Berliner Zollkonferenz.

Es ist kein Irrthum, wenn Sie von der Voraussetzung ausgehen, daß ich ein warmes Herz und volles Vertrauen zum preußischen Volke habe, und ich gebe mich mit Ihnen der Hoffnung hin, daß die Zeit nicht fern ist, wo das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit die Gegensätze des Parteitreibens überwinden wird.

von Bismarck."

*

„An den Geheimen Regierungsrath Scabell in Berlin.

Berlin, den 18. Juni 1866.

Wie mir mitgetheilt wird, haben Ew. Hochwohlgeboren sich um die Bildung des hiesigen Hilfsvereins für die im Felde stehende Armee ganz besonders bemüht und verdient gemacht, und kann ich nicht unterlassen, Ihnen hierfür meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Es ist mir besonders erfreulich, daß die Parteigegensätze den gemeinsamen Aufgaben des preußischen Patriotismus den Vorrang einzuräumen beginnen.

von Bismarck."

*

„An Fräulein Emma Grabisch zu Ullersdorf bei Naumburg in Schlesien.

Pardubitz, den 7. Juli 1866.

In Ihrer Zuschrift vom 24. v. M. sprechen Sie den Wunsch aus, Ihnen zu gestatten, in die Reihen der Vaterlandsvertheidiger eintreten zu dürfen. Dieser Wunsch ist zur Allerhöchsten Kenntniß von mir gebracht und als Zeugniß einer patriotischen Gesinnung wohlgefällig aufgenommen, jedoch nach Lage der Verhältnisse abgelehnt worden.

Indem ich Sie hiervon benachrichtige, zweifle ich nicht, daß, da der Krieg Frauen und Jungfrauen ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet, auch Ihr Patriotismus die rechte Stelle für seine Wirksamkeit finden wird.

von Bismarck."

*

„An Hermann Deutsch in Elbing.

Berlin, den 11. August 1866.

Eurer Wohlgeboren sage ich für Ihre offene und darum vertrauensvolle Zuschrift[1]) vom 17. v. M. meinen Dank.

Ich glaube zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß den Siegen nach außen die Versöhnung nach innen auf dem Fuße folgen wird.

von Bismarck.“

*

„An den Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. v. Arnstädt in Groß-Kreutz.

Berlin, den 9. März 1867.

Verehrter Freund!

Mit aufrichtiger Freude habe ich Ihr freundliches Schreiben vom 23. v. M. empfangen, da mir dasselbe nach längerer Zeit wieder einmal erwünschte Kunde von Ihrem Wohlbefinden brachte.

Mit welchem warmen Herzen Sie stets für das Wohl des Vaterlandes gewirkt, ist mir persönlich am besten bekannt, und entspreche ich deshalb um so bereitwilliger Ihren Wünschen, auch dem, welchen Sie mir diesmal speziell ausgesprochen haben.

Es ist nicht begründet, daß ich die Meinung habe: der Graf Poninski zu Potsdam habe es im Jahr 1848 als Landrat an der gehörigen Energie bei der Bekämpfung der Revolution fehlen lassen. Ich habe daher auch niemals etwas Aehnliches geäußert.

Im Gegentheil habe ich mich, so oft sich eine Gelegenheit bot, für eine entsprechende Beförderung des Grafen Poninski ausgesprochen, doch ist mir allerdings fast jedesmal der Einwand gemacht worden, daß derselbe einer gesteigerten Aufgabe nach seinem Gesundheitszustande nicht gewachsen sein werde.

von Bismarck.“

*

[1]) Adressat hatte dem Grafen von Bismarck einen „Offenen Brief“ übersandt, den derselbe im „Neuen Elbinger Anzeiger“ hatte abdrucken lassen. Die Energie Bismarcks nach außen fände, nach Ausbruch des Krieges, den ungeteilten Beifall, nur sei jeder aufrichtige Freund des Vaterlandes auch fest überzeugt, daß auch im Innern der Friede hergestellt werden müsse, wenn der Krieg einen dauernden und segensreichen Frieden für Preußen und Deutschland herbeiführen soll.

„An den Gymnasiallehrer Herrn Dr. ph. Rudolf Schulze in Altenburg.

Berlin, den 9. Mai 1867.

Eure Wohlgeboren haben mir durch die mittels gefälliger Zuschrift vom 23. v. M. übersandte Schrift um so mehr eine große Freude bereitet, als ich daraus ersehe, mit welcher Sorgfalt und warmen Hingebung Sie meine bisherige öffentliche Wirksamkeit begleitet haben.

Wenn mein eignes Bewußtsein mir sagt, daß Sie mich in mehr als einem Punkte günstiger beurtheilen, als ich es verdiene, so acceptiere ich darin eine historische Gerechtigkeit, die den früher vorherrschenden Abweichungen des öffentlichen Urtheils, nach der entgegengesetzten Seite hin, in Ihrer wohlwollenden Auffassung ein Gegengewicht verleiht. Für diese Herstellung des Gleichgewichts sage ich Eurer Wohlgeboren meinen herzlichen Dank und bedaure lebhaft, daß es mir bei meiner Abwesenheit zur Zeit nicht möglich ist, Sie während Ihrer hiesigen Anwesenheit bei mir zu sehen; ich hoffe jedoch, daß sich hierzu demnächst eine anderweite Gelegenheit bieten wird.

von Bismarck.“

*

„An den Königlichen Geheimen Regierungsrath Herrn Dr. Hahn in Berlin.

Berlin, den 8. März 1868.

Mit lebhaftem Interesse habe ich von der Schrift „Zwei Jahre preußisch-deutscher Politik“, welche Eure Hochwohlgeboren mir übergeben haben, Kenntniß genommen. Indem ich Ihnen für die mir bewiesene Aufmerksamkeit meinen verbindlichen Dank ausspreche, knüpfe ich daran die Hoffnung, daß Ihre Schrift zu einem lebendigen und eingehenden Verständniß der letztjährigen Ereignisse beitragen und dadurch die Königliche Regierung bei der Erfüllung der ihr noch obliegenden Aufgaben fördern und unterstützen werde.

von Bismarck.“

*

„An den Geheimen Regierungsrath Zitelmann in Berlin.

Berlin, den 8. Dezember 1868.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich für die Sammlung von Porträts brandenburgisch-preußischer Minister, welche Sie mit dem

Bericht vom 14. v. M. mir überreicht haben. Es wird mir angenehm sein, wenn es Ihnen gelingt, die Sammlung zu vervollständigen, und durch die in jenem Bericht bezeichneten historischen Arbeiten die Geschichte der brandenburgisch-preußischen Zentralbehörden zu ergänzen.

Daß die Sammlung der Ministerporträts im Sitzungssaale des Königlichen Staatsministeriums ausgelegt werde, will ich hierdurch genehmigen.

von Bismarck."

*

„An den Pfarrer und Rektor Krabbes in Bochum.

Berlin, den 29. Januar 1869.

Indem ich Euer Hochwürden für die in der Zuschrift vom 24. d. M. mir ausgedrückten freundlichen und theilnehmenden Gesinnungen meinen aufrichtigen Dank hierdurch ausspreche, bedauere ich, daß es mir nicht verstattet gewesen, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen.

Sobald Sie wieder nach Berlin kommen, bitte ich Sie, mir Ihre Anwesenheit brieflich mitzutheilen, und werde ich mich freuen, Sie dann bei mir sehen zu können. Wenn der Portier Eure Hochwürden ohne eine schriftliche Einladung meinerseits nicht hat melden wollen, so erlaube ich mir in dieser Beziehung zu bemerken, daß ich bei meiner von den verschiedensten Seiten in Anspruch genommenen Zeit zu einer genauen Tageseintheilung genötigt bin und daher diejenigen Herren, welche mich mit ihrem Besuch beehren wollen, ohne eine vorgängige schriftliche Mittheilung zu meinem Bedauern nicht empfangen kann.

von Bismarck."

*

„An den Königlichen Geheimen Archivrath Dr. Riedel in Berlin.

Berlin, den 24. März 1869.

Eure Hochwohlgeboren haben die Aufmerksamkeit gehabt, mir mittels Zuschrift vom 8. d. M. ein vollständiges Exemplar des Codex diplomaticus Brandenburgensis zu übersenden.

Mit lebhaftem und eingehendem Interesse habe ich von dem Abschluß dieses Werkes Kenntniß genommen, das nicht allein für

die Vorfahren unsers erlauchten Herrscherhauses eine Reihe wichtiger Urkunden enthält, sondern auch die erste vollständig durchgeführte Sammlung der mittelalterlichen Geschichtsquellen des Stammlandes der preußischen Monarchie bildet.

Wenn Eure Hochwohlgeboren der Abfassung dieses vaterländischen Werkes die ausdauernde Arbeit eines dreißigjährigen Zeitraumes gewidmet haben, so haben Sie die Genugthuung, dem Studium der brandenburgischen Geschichte eine vollständige und zuverlässige Grundlage gegeben und demselben einen reichhaltigen Quellenschatz eröffnet zu haben.

Je mehr ich überzeugt bin, daß eine gedeihliche Wirksamkeit für das öffentliche Wohl sich wesentlich an die lebendige Erkenntniß des geschichtlichen Entwicklungsganges unsers Vaterlandes knüpft, desto lebhafter weiß ich die Verdienste zu würdigen, welche Sie sich um die Förderung und Vertiefung des vaterländischen Geschichtsstudiums erworben haben.

Graf von Bismarck."

*

„An den ord. Professor an der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität Herrn Dr. Curtius in Berlin.

Berlin, den 12. April 1869.

Eure Hochwohlgeboren haben die Güte gehabt, mir die von Ihnen verfaßte „Geschichte der Griechen" zu übersenden. Indem ich von derselben mit eingehendem Interesse Kenntniß genommen habe, sage ich Ihnen für diesen Beweis theilnehmender Gesinnung meinen verbindlichsten Dank.

Wenn Sie in Ihrer Schrift in ebenso anschaulichen als geistreichen Zügen den Entwicklungsgang eines Volkes schildern, das bei einer seltenen Fülle geistiger Gaben durch Uneinigkeit der Fremdherrschaft und inneren Zerrütung anheimfällt, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ihre Darstellung dazu beitragen wird, die Treue gegen das deutsche Vaterland zu stärken und die Nothwendigkeit nationalen Zusammenhaltens auch in weiteren Kreisen zum lebendigen Bewußtsein zu bringen.

von Bismarck."

*

„An den Oberpräsidenten z. D. v. Kleist-Retzow auf Kieckow, Kreis Belgard.

Berlin, den 3. März 1870.

Deinen Wunsch, die pommerschen Seitenbahnen ohne Betheiligung der Provinz, also mit stärkerer Subvention des Staates, ins Leben zu rufen,[1]) würde ich theilen, wenn die Realisation desselben Aussicht auf Erfolg hätte. Ich besorge aber, daß die Apellation an die Staatssubvention in der Finanzverwaltung und im Landtage keinen Anklang finden wird, solange nicht nachgewiesen ist, daß der überwiegende Betrag der Kosten für die Seitenbahn von den Nächstbetheiligten aufgebracht wird, wie das auch beim Chausseebau geschieht. Das Interesse der ganzen Provinz ist dadurch wachzurufen, daß man in Aussicht nimmt, allmählich alle Kreise, alle Städte mittels Lokalbahnen an das Eisenbahnnetz anzuschließen.

Ueber das Detail der Linie läßt sich streiten. Ich gehe heute nicht näher darauf ein.

von Bismarck."

*

„An den Professor der Rechte Dr. v. Holtzendorff in Berlin.

Berlin, den 11. März 1870.

Euer Hochwohgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 6. d. M. zu erwidern, daß, wenn auch meine eigne Ueberzeugung in betreff der Todesstrafe feststeht, ich nichtsdestoweniger gern von der Auffassung und Begründung eines mit der Sache so eingehend beschäftigten Fachmannes Kenntniß nehmen würde.

Leider aber ist meine Zeit derart in Anspruch genommen, daß ich auf eine nähere Erörterung wenigstens für jetzt verzichten und mich auf den Ausdruck meines verbindlichen Dankes für Euer Hochwohlgeboren Erbieten beschränken muß.

von Bismarck."

---

[1]) v. Kleist hatte diesen Wunsch in einem an den Grafen Bismarck gerichteten Privatschreiben vom 22. Februar 1870 zum Ausdruck gebracht.

II. Serie.

„An den Rittergutsbesitzer von Besser auf Brausen bei Rosenberg.

Berlin, den 18. Januar 1865.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die Zuschrift vom 29. November v. J. folgendes zu erwidern:

Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen, sowie nach Ihrer eigenen Darlegung und nach dem Berufsbriefe des Schullehrers vom 1. Oktober 1859 befindet sich die dortige Elementarschule in Betreff ihrer Rechtsverhältnisse in keiner anderen Lage, als diejenige sehr zahlreicher Schulen der Provinz Preußen ist, welche nur von Kindern herrschaftlicher Tagelöhner und Dienstleute besucht werden. Bei der in dortiger Provinz häufig vorkommenden Trennung des Gutsareals von den Bauerndörfern ist etwa der dritte Theil der Rittergutsbesitzer in derselben Lage wie Ew. Hochwohlgeboren, ohne deshalb den gesetzlichen Bestimmungen über öffentliche Schulen entgegentreten zu können.

Ich befinde mich unter diesen Umständen, ganz abgesehen von der seitens der amtlichen Stellen geltend gemachten Auffassung, nicht in der Möglichkeit, auf den von Ew. Hochwohlgeboren gestellten Antrag eingehen und Ihre Eingabe vom 29. November an den Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten zur nochmaligen Prüfung abgeben zu können.

Was die in Ihrer zweiten Zuschrift vom 9. d. Mts. zur Sprache gebrachte Beschwerde betrifft, so ist dieselbe gegen eine ganz spezielle Verfügung gerichtet, welche die Königliche Regierung zu Marienwerder in der Bausache des dortigen Schulhauses erlassen hat. Halten Ew. Hochwohlgeboren letztere für unmotivirt, so wollen Sie sich behufs der erforderlichen Remedur an den Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten wenden, da ich diese Angelegenheit der instanzmäßigen Entscheidung des Herrn Ministers nicht entziehen kann.

von Bismarck."

*

„An den Wortführer des Bürger-Vorsteher-Kollegiums Herrn Dr. W. König, Osterode am Harz.

Berlin, den 16. August 1866.

Die von Eurer Wohlgeboren in Gemeinschaft mit mehreren angesehenen Bürgern dortiger Stadt unter dem 4. d. Mts. überreichte Adresse, in welcher Sie die Bitte aussprechen, daß eine Zersplitterung des Königreichs Hannover vermieden und das ganze Land mit der Krone Preußen vereinigt werde, ist von mir zur Kenntniß Seiner Majestät des Königs gebracht worden.

Allerhöchstdieselben haben mich zu beauftragen geruht, Eurer Wohlgeboren und den übrigen Unterzeichnern die Zusicherung auszusprechen, daß Seine Majestät vor allem das Wohl und Gedeihen der einzelnen Länder und ihrer Bewohner im Auge haben, und daß Sie deshalb vertrauen dürfen, auch das Schicksal Ihres engeren Vaterlandes in der von Ihnen angedeuteten Richtung entschieden zu sehen. von Bismarck."

*

„An den Königlichen Generallieutenant von Barby zu Burg.

Berlin, den 14. Januar 1867.

Ew. Excellenz beehre ich mich auf die telegraphische Anfrage d. d. Burg, den 5. d. M. zu erwidern, daß die Arbeiten des Norddeutschen Reichstages bei ihrer Wichtigkeit und ihrem Umfange die ganze Thätigkeit seiner Mitglieder in Anspruch nehmen werden, und daß ich mich deshalb, bei meiner Ueberhäufung mit Geschäften und mit Rücksicht auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand, entschließen muß, auf eine Wahl zum Reichstage zu verzichten.

Indem ich deshalb Ew. Excellenz ersuche, von meiner Person absehen zu wollen, bitte ich gleichzeitig die Versicherung zu genehmigen, daß mir die Wahl in meinem Heimatkreise besonders willkommen gewesen sein würde, und daß ich das freundliche Anerbieten und den darin enthaltenen Ausdruck des Vertrauens vollkommen und mit verbindlichem Danke zu würdigen weiß.

von Bismarck."

*

„An den Königlichen Major und Landrath a. D. v. d. Knesebeck in Jühnsdorff bei Lichtenrade.

Ems, den 2. Juni 1870.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 8. April cr. unter verbindlichem Danke für Ihre gütigen Mittheilungen zu erwidern, daß ich mit Ihnen in dem Bestreben einig bin, der Landwirthschaft und dem Grundbesitz auf jede Weise, auch in der von ihnen beregten Richtung förderlich zu sein.

Soweit ich unterrichtet bin, haben auch die Anträge wegen Reform des Landes-Oekonomie-Collegiums bereits eine erwünschte Erledigung gefunden, und wenn dies in Betreff einer Ressorterweiterung des landwirthschaftlichen Ministeriums bisher noch nicht gelungen ist, so sind Eurer Hochwohlgeboren manche der entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht unbekannt.

Ein nicht zu unterschätzendes Hinderniß liegt auch darin, daß die bisherigen Herren Ressortminister sich ihrer Competenz nicht ohne Widerstreben entäußern, ein Hinderniß, was besonders dann schwer ins Gewicht fällt, wenn, wie hier beispielsweise, nach der Mittheilung des Herrn Ministers des Innern die Generallandschaftsdirectoren von Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und der Mark sich „sämmtlich, meist unter Zustimmung der übrigen Mitglieder der Directionen“, sowohl gegen die Nothwendigkeit als gegen die Zweckmäßigkeit einer Ueberweisung der landschaftlichen Credit-Institute an das landwirthschaftliche Ministerium ausgesprochen und erklärt haben, „daß sie ihre Anträge nur dahin richten könnten, das jetzige Ressort das des Ministeriums des Innern, aufrecht zu erhalten.“

Nichtsdestoweniger werden, wie ich hoffe, die in der Natur begründeten Ressortabgrenzungen je länger, desto mehr Anerkennung finden, und wird es die Aufgabe der Grundbesitzer sein, ihre Interessen auch nach dieser Richtung überall und insbesondere in den gesetzgebenden Körpern selbstständig und kräftig zu vertreten.

von Bismarck.“

*

„An den Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld.

Berlin, den 4. Mai 1872.

Die Ausführung des Nord-Ostsee-Kanals hat, wie Eurer Hochwohlgeboren ich auf das Schreiben vom 29. v. M. erwidere, seit der Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen nicht aufgehört, mein lebhaftes Interesse in Anspruch zu nehmen. Dieses Interesse hat sich nicht vermindert, ich befinde mich jedoch zur Zeit nicht in der Lage, eine Initiative in der Sache zu ergreifen, und muß daher Anstand nehmen, den Ingenieur Hansen in Pinneberg zu der von Eurer Hochwohlgeboren gewünschten Aeußerung über die verschiedenen Pläne für die Kanalanlage zu veranlassen.

von Bismarck.“

Zur Genesis der deutschen Kolonialpolitik.

Man kann in Bezug auf Bismarcks Haltung zur Kolonialfrage verschiedene Stadien unterscheiden. In den sechziger Jahren war er eine Zeit lang sehr portiert für deutsche Kolonien infolge eines Briefes, der ihm von Kanada aus über den Nutzen und die Notwendigkeit überseeischer Besitzungen für Deutschland geschrieben worden war. Er besprach die Sache mit dem General Roon, und dieser machte auf eine Reihe von Orten aufmerksam, die sich für Deutschland als Kolonien eigneten. Nach Roons Ansicht war aber dazumal die preußische Marine noch nicht weit genug, um in dieser Frage vorzugehen. Darauf erlahmte Bismarcks Interesse, obwohl es seit 1865 an fortgesetzten Anregungen von privater Seite, Kolonien zu erwerben, nicht fehlte. Als günstige Objekte für deutsche Festsetzungen wurden damals unter anderem genannt: Neu-Guinea, Borneo, die Sulu-Inseln, Curaçao, Witu, Mozambique, die Fidji-Inseln und Saigon.

Bei den Versailler Friedensverhandlungen verhielt sich Bismarck gegenüber der Tendenz, in die Kriegsentschädigung französische Kolonien (Kochinchina, Reunion) hineinzunehmen, ablehnend, weil Deutschland damals noch zu wenig Kriegsschiffe und Mannschaften für eine solche Besitzergreifung besaß, und weil Bismarck im Fall einer englischen Intervention nicht kräftig genug zu antworten imstande war.

Nach 1870/71 wurde Bismarck mit zahlreichen Kolonialprojekten bestürmt, die er aber sämtlich zu den Akten schreiben ließ, weil die deutsche Marine unter Stosch für die auswärtige

Politik in seinen Augen nicht erfüllte, was sie versprach. Als im Jahre 1874 die Rostocker Brigg „Gustav" in der Bucht von Guetario in Seenot kam und infolge der Beschießung durch die Karlisten strandete, war Bismarck äußerst erbittert, zumal die deutschen Kanonenboote „Nautilus", „Augusta" und „Albatroß" die Karlisten nicht zu züchtigen vermochten. Bismarck erging sich damals im Kreise der Hausfreunde in scharfen Klagen über die Untätigkeit der Marine und über die Schwierigkeiten, welche es ihm mache, wenn er ein Schiff in Dienst gestellt haben wolle. „Wenn wenigstens ein Husarenleutnant Admiral würde, aber immer Infanterie."

Es bezeichnete aber bereits einen Fortschritt, daß Bismarck zu Anfang der siebziger Jahre es als eine Pflicht Deutschlands anerkannte, den Handelsniederlassungen und Faktoreien, welche deutsche Firmen in der Südsee etabliert hatten, wirksamen Schutz zu gewähren. Und als Spanien 1874 die Verkehrsfreiheit auf den Palau- und Karolineninseln einzuschränken beliebte, schrieb Bismarck nach Madrid und London: „Wenn sich die Regierung Sr. Majestät des Kaisers die Verfolgung einer eigentlichen Kolonialpolitik versagt, so hat sie umsomehr den Beruf, den deutschen Handel gegen unberechtigte Eingriffe in die Freiheit seiner Bewegung zu schützen. Sie kann daher nicht zugeben, daß eine Kolonialmacht, unter Geltendmachung von älteren Theorien wie derjenigen der ersten Entdeckung oder der in früheren Jahrhunderten beliebten ideellen Verteilung transozeanischer Gebiete nach Himmelsstrichen unter die damaligen Seemächte, in jedem beliebigen Augenblick sich zur Herrin einer bisher dem freien Verkehr geöffnet gewesenen und tatsächlich herrenlosen Inselgruppe erklärt."

Als der Versuch, den Reichstag zur Gewährung einer finanziellen Aktion zu Gunsten unserer Interessen in Samoa zu bestimmen, mißlang, erhielt Bismarcks Kolonialeifer einen neuen Dämpfer, und Deutschland ist auf diese Weise um koloniale Objekte gekommen, welche, was Klima, geographische Lage und kommerzielle Bedeutung betrifft, den höchsten Anforderungen genügt haben würden. Es wären, wie ich vermute, damals noch um ein Butterbrot zu haben oder verhältnismäßig unschwer zu erlangen gewesen Formosa, die Philippinen, die Insel Fernando Po, die

Fidji-Inseln, Curaçao, Portorico, Neu-Guinea, Neu-Britannien, Nord-Borneo, Kongo, Witu, Niger, Kamerun, Transvaal, die Delagoa-Bai und andere Perlen in dem Kolonialdiadem anderer Großmächte.

Daß sich nach der Erwerbung von Angra Pequena durch Lüderitz im Jahre 1883 ein durchgreifender Wechsel von Bismarcks Ansichten in der Kolonialfrage vollzog, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Ein Beitrag zur Politik Bismarcks gegenüber Sachsen.

Dr. Paul Hassel, der verdienstvolle Leiter des Sächsischen Staatsarchivs, hat im Jahre 1900 die Zahl der von ihm verfaßten Werke um ein neues bereichert, welches betitelt ist „König Albert von Sachsen", bei E. S. Mittler & Sohn in Berlin erschienen. Der zweite Band nimmt unser Interesse besonders in Anspruch, weil Hassel bei dessen Ausarbeitung auch die politische Korrespondenz des Prinzen Albert von Sachsen mit dem König und die Berichte der sächsischen Gesandtschaft in Berlin zu Rate ziehen durfte. Wie die nachstehende Darstellung ersehen läßt, finden sich darin u. a. auch zahlreiche Hinweise auf die Politik des Fürsten Bismarck gegenüber Sachsen vor Ausbruch des Krieges von 1866 und in Bezug auf die Vollendung des deutschen Einigungswerks im Jahre 1870/71.

Wir beginnen mit den Beziehungen Bismarcks zu dem König Albert von Sachsen. Dieselben reichen in dessen Kronprinzenzeit zurück. Bei einem im März 1851 erfolgten Besuch des Prinzen Albert von Sachsen am preußischen Hofe ließ sich Bismarck, damals noch einer der Führer der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause, ihm vorstellen. Die Unterredung kam auf die politischen Ereignisse des vorigen Herbstes, und das Ergebnis des Gedankenaustausches war die beiderseitige vollkommene Uebereinstimmung in Bezug auf die verderblichen Folgen eines Bruches zwischen Oesterreich und Preußen.

Am 21. August 1870 begab sich der Kronprinz von Sachsen zu persönlicher Meldung zu dem König Wilhelm nach Pont à

Mousson. Auf dem Antlitz Wilhelms I. lag ein schmerzlicher Zug; die Erinnerung an die gewaltigen Opfer, unter denen die Siege bei Metz errungen worden waren, beherrschte sein Gemüt. Den Leistungen des XII. Korps spendete der König das höchste Lob, und den Führer der Sachsen ehrte er durch die Verleihung des eisernen Kreuzes. Als der Kronprinz sich verabschiedet hatte, fand er im Vorzimmer Moltke und Bismarck, die über die Einrichtung der Zivilverwaltung in den okkupierten Landesteilen Frankreichs lebhaft verhandelten. Der bei früherem Anlaß angeknüpfte Freundschaftsbund zwischen Moltke und dem Prinzen wurde in Pont à Mousson für alle Zeiten befestigt. Aber auch der große Kanzler trat in jener Stunde durch eine hochpolitische Unterredung, die er selbst herbeiführte, in ein nahes Verhältnis zu dem Albertinischen Fürsten. Bismarck begann damit[1]), daß bereits indirekte Friedensanträge an Preußen gelangt seien, ebenso Vermittelungsvorschläge von Oesterreich, Rußland und Italien in Aussicht stünden, und zwar zu Gunsten des Feindes. Nun habe sein König zwar das Recht, allein Frieden zu schließen, er wolle aber bei dieser wichtigen Gelegenheit nicht handeln, ehe er seine Bundesgenossen gehört habe. Er wolle daher alle nord- und süddeutschen Fürsten in einem Fürstenkongreß um sich versammeln, ehe er Bedingungen stelle oder acceptiere. Im Falle es den deutschen Fürsten unbequem sei, wolle er sich auf den Bundesrat beschränken. Als Ort bezeichnete er Nancy, eventuell Paris.

Auf die Friedensbedingungen übergehend, meinte Bismarck, der Krieg müsse positive Resultate ergeben. Als solche bezeichnete er Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen; diese Länder sollten in Besitz von Gesamtdeutschland verbleiben; dadurch werde sich ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lassen.

Hierauf kam Bismarck zum Hauptpunkt. Er hoffe bei der erwähnten Zusammenkunft die deutsche Frage regeln zu können. Zu der freiwilligen Einigung aber hoffe er wesentlich auf die Hilfe des Königs von Sachsen. Gegen Preußen herrsche noch immer

[1]) Nach einem Bericht des Kronprinzen an den König von Sachsen d. d. 22. Aug. 1870.

das Mißtrauen, es hege dynastische Gelüste; daher sei der König von Sachsen der rechte Mittelmann.

Unzweifelhaft war die Auseinandersetzung Bismarcks hauptsächlich an die Adresse des Königs Johann gerichtet; aber dies beeinträchtigt nicht die Tatsache, daß der sächsische Thronerbe der erste deutsche Fürst war, dem Bismarck seine Pläne über die Vollendung des deutschen Einigungswerkes enthüllte. Ohne Bedenken sagte der Kronprinz seine Vermittelung zu, denn er kannte die Gesinnung seines Vaters, und seine eigenen Gedanken entsprachen durchaus dem großen Ziel der deutschen Entwickelung.

Die vorstehenden Eröffnungen, welche Bismarck dem sächsischen Thronerben gemacht hatte, waren vom König Johann mit voller Zustimmung entgegengenommen worden; namentlich hatte der sächsische Herrscher sein persönliches Erscheinen in Frankreich zugesagt, wenn der Gedanke Bismarcks, die deutschen Fürsten zu den Beratungen über den Friedensschluß und die Einigung Gesamtdeutschlands heranzuziehen, Verwirklichung finden sollte. Als auf Veranlassung Bismarcks der Präsident des Bundeskanzleramts, Delbrück, dem die Aufgabe der Vorberatungen mit den süddeutschen Höfen oblag, am 4. September, während der Dresdener Siegesfeier für Sedan, in Pillnitz eintraf, erklärte sich der König zur diplomatischen Vermittelung in München gern bereit, die dann auch erfolgte.

Durch den sächsischen Thronerben von den Gesinnungen des Königs unterrichtet, setzte Bismarck die angeknüpfte Verbindung fort, indem er dem Kronprinzen von Zeit zu Zeit Nachrichten über die verschiedenen Phasen, welche die deutsche Verfassungsangelegenheit zu durchlaufen hatte, zugehen ließ. Weitere Aufklärungen gewährten die mündlichen Berichte des Ministers von Friesen, der auf Einladung Bismarcks sich am 24. Oktober in Begleitung des Geheimen Legationsrates von Watzdorf, des späteren Finanzministers, nach Versailles begab und bei den Konferenzen mit den Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten vielfach zu Rate gezogen wurde.

Als der Kronprinz Albert von Sachsen am 18. März 1871 den Oberbefehl über die deutschen Truppenkorps vor Paris übernahm, entwickelte sich zwischen ihm und Bismarck ein lebhafter

Schriftwechsel. Es war für den Kronprinzen nicht immer ganz leicht, dem Kurs der Politik des Reichskanzlers zu folgen. Im Ganzen war Bismarck geneigt, das Thiers'sche System zu stützen, aber die mangelnde Tatkraft des Chefs der Exekutivgewalt und die unregelmäßige Innehaltung der Termine für die Zahlung der Verpflegungsgelder hatte ihn in eine gereizte Stimmung versetzt. Am 27. April schrieb der Kronprinz dem König von Sachsen: „Mich beschäftigt oft der Gedanke, ob Bismarck das Gouvernement Thiers' stürzen will oder nicht? Ersteres schiene mir doch ein Fehler, denn es hieße uns ad indefinitum hier zu fesseln, was ich für die Armee und ihren Geist nicht für nützlich halte."

Im Nachstehenden wenden wir uns verschiedenen Unterredungen zu, welche Bismarck in den sechziger Jahren mit dem sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Hohenthal, dem Vater des jetzigen Vertreters Sachsens im Bundesrat, geführt hat.

Als Oesterreich im April 1863 seine bisherige neutrale Haltung in der polnischen Frage aufgab und sich an der Intervention der Westmächte für die Einführung einer konstitutionellen Verfassung und nationalen Verwaltung in Polen beteiligte, nahm Bismarck Veranlassung, in einem Gespräch mit dem Gesandten Grafen Hohenthal, zu dessen Hause er in freundschaftlichen Beziehungen stand, auf die Entstehungsgeschichte der russisch-preußischen Konvention zurückzukommen.

Kaiser Alexander II., so führte er aus, sei Anfang Februar im Begriff gewesen, dem Drängen des Großfürsten Konstantin und Gortschakows nachgebend, ein Bündnis mit Frankreich auf Grundlage der Unabhängigkeit Polens einzugehen. Um dies zu verhindern, habe Preußen sich beeilt, die Konvention abzuschließen. Bismarck entwarf sodann ein Bild von den Gefahren, denen Deutschland ausgesetzt sein würde, wenn jene feindliche Strömung in St. Petersburg wieder die Oberhand gewinnen würde. Einem französisch-russischen Bündnisse würde Italien sofort beitreten und Oesterreich durch diese Triplealliance in Verbindung mit der Revolution in Ungarn und seinen südslavischen Ländern vollständig in Schach gehalten werden, sodaß die ganze Macht Frankreichs für eine Rheinkampagne disponibel bleibe. Wer könne sagen, ob das südwestliche

Deutschland in solchem Falle in Genossenschaft mit Preußen und den norddeutschen Staaten den Kampf annehmen, oder ob nicht eine jede der jenseits des Main gelegenen Regierungen nur an sich denken werde? Wenn Oesterreich, so fuhr Bismarck fort, seine Beziehungen zu Frankreich in einer Weise ausbilde, daß dadurch Preußen selbst gefährdet werde, wenn es den Bund, den man hierorts als gemeinsame Versicherungsanstalt gegen Angriffe des Auslandes und innere Unruhen aufrecht zu erhalten wünsche, benutze, um Preußen von seiner Stellung herabzudrücken, dann allerdings werde auch er den Weg nach Paris zu finden wissen, so fremd ihm sonst der Gedanke einer französischen Allianz sei, da sie den Interessen Preußens und Deutschlands widerspreche. Zehn Jahre habe Preußen zu Frankreich in dem Verhältnis von Joseph zu Potiphar gestanden. Noch im Oktober vorigen Jahres habe er, bei seiner Verabschiedung aus Paris, dem Kaiser Napoleon gesagt: König Wilhelm wolle weder Annexionen, noch überhaupt einen gewaltsamen Einfluß auf die deutschen Fürsten ausüben.

Gerade die Unsicherheit der europäischen Verhältnisse erweckte damals in Bismarck den Wunsch, mit Oesterreich und den deutschen Regierungen zunächst in der handelspolitischen Frage zu einer Verständigung zu gelangen. Zu diesem Zwecke brachte er von neuem eine Beratung mit dem Freiherrn von Beust in Vorschlag. Die Regierungen des deutschen Zollvereins standen sich nach wie vor in zwei feindlichen Lagern gegenüber. Eine bayerische Denkschrift vom 25. April plaidierte für die Herstellung einer engeren Vereinigung unter den dissentierenden Mächten im Anschluß an Oesterreich Kam der Sonderbund zustande, so war der Zerfall des Zollvereins in eine mit Oesterreich und eine mit Preußen verbundene Staatengruppe das wahrscheinliche Ergebnis dieser Wirren.

Hier gelang es nun den Vorstellungen Beust's, der sich am 16. Mai nach Berlin begab, den Leiter der preußischen Politik soweit zur Nachgiebigkeit zu stimmen, daß das Berliner Kabinett die grundsätzliche Ablehnung der österreichischen Vorschläge fallen ließ und sich zu einer Prüfung derselben bereit erklärte. Beust selbst entwarf den Wortlaut einer Note, durch welche die Erneuerung des Zollvereins, einschließlich des französischen Handelsvertrages, und

„gleichzeitig" die Vereinbarung mit Oesterreich einer freien Konferenz überwiesen werden sollten. Bismarck blieb jedoch bei dem Ultimatum stehen: erst die Sicherstellung des Zollvereins, dann der Ausgleich mit Oesterreich. Dies der Inhalt der preußischen Erklärung vom 5. Juni, der Sachsen, unter Ablehnung des in der bayerischen Denkschrift angeregten Sonderbundes, beitrat.

Am 25. November 1863 hatte Graf Hohenthal eine längere Besprechung mit Bismarck.

„Die beiden Goßmächte, sagte derselbe, können gegenwärtig von dem Londoner Protokoll nicht zurücktreten, denn das würde der sofortige Krieg sein. Angesichts der Stellung Englands, welches als Alliierter Dänemarks auftreten würde, wäre dies ein Sprung ins Dunkle".

So deutlich schon bei dieser ersten Verhandlung der Gegensatz zwischen der sächsischen und der preußischen Auffassung hervortrat, so täuschte Graf Hohenthal sich darüber nicht, daß die fernere Entwickelung der preußischen Politik von dem Verlauf der Ereignisse abhängig sei. Ausdrücklich hatte Bismarck gesagt: die deutschen Großmächte sind „vorläufig" an das Protokoll gebunden; „in vier bis fünf Wochen", fügte er hinzu, „wird man klarer sehen".

Der Aufenthalt des Erbprinzen in Kiel, der dem Berliner Hofe von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen, wurde seit dem Wiener Frieden in den maßgebenden Kreisen als ein Eingriff in die durch das Kondominium erworbenen Rechte Preußens angesehen. Die mannigfachen Beeinflussungen, die von der Umgebung des Präsidenten auf die Presse, auf die öffentliche Meinung und selbst auf die Landesbehörden ausgeübt wurden, ließen sich allerdings nicht verkennen, ebenso wenig die Nachgiebigkeit, welche der österreichische Zivilkommissar, Halbhuber, dieser Organisation gegenüber beobachtete. „Preußen wird sich seine Position nicht nehmen lassen," äußerte Bismarck am 24. Mai 1865 gegen Graf Hohenthal, „es ist imstande, mit einem Schlage der ganzen Halbhuberei ein Ende zu machen."

Am 9. März 1866 speiste Bismarck bei dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal und hatte nach Tisch mit ihm eine

Konversation. Sie konnte dahin zusammengefaßt werden, daß Bismarck den Krieg wünschte und als ganz unvermeidlich darstellte. Den Vorgang dem Minister Beust in einem Privatschreiben vom 10. März meldend, setzte Graf Hohenthal hinzu: „Auf die Stellung des übrigen Deutschlands, die leider le cadet de ses soucis ist, sind wir nicht speziell zu sprechen gekommen. Die norddeutschen Staaten kommen von vornherein nicht in Betracht, von Süddeutschland hört man noch keine Silbe über militärische Vorbereitungen, und in Bezug auf Sachsen möchten die eventuellen Beschlüsse bereits gefaßt sein. Wenigstens kann ich Ihnen heute aus verlässiger Quelle melden, daß das einstimmige Gutachten der Fachmänner dahin gegangen ist, es müsse den Feindseligkeiten gegen Oesterreich ein Bündnis mit oder eine Okkupation von Sachsen vorausgehen."

Am 24. März 1866 erließ Bismarck an die deutschen Regierungen eine ernste, nichts weniger als friedliche Kundgebung. Dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal in Berlin hatte Bismarck schon vor dem Erlaß der Zirkularnote einige Andeutungen über seine Reformpläne gemacht, und als Graf Hohenthal das Bedenken äußerte, daß die Anregung der deutschen Frage in diesem kritischen Augenblick der Verständigung schwerlich zum Vorteil gereichen werde, mit dem Zitat aus Schillers „Wilhelm Tell" geantwortet: „Das Alte stürzt, — und neues Leben blüht auf den Ruinen."

Am 28. April 1866 hatte Preußen die sofortige Abrüstung Sachsens verlangt, widrigenfalls der König von Preußen sich gezwungen sehen würde, entsprechende militärische Maßregeln gegen Sachsen zu ergreifen. Die sächsische Antwort vom 29. April schlug dem preußischen Kabinett die Einleitung weiterer Verhandlungen in Frankfurt vor, damit ihr Gelegenheit gegeben werde, die Rechtfertigung gegen den Vorwurf feindseliger Absichten zu vervollständigen. Sie behielt sich vor, aus eigener Initiative zu diesem Mittel ihre Zuflucht zu nehmen, und erklärte, daß sie sich glücklich schätzen würde, wenn das friedliche Beispiel der Nachbarstaaten ihr die Möglichkeit gewährte, die bisher ins Leben gerufenen Maßregeln rückgängig zu machen.

Die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Hause Bismarcks eröffneten am 1. Mai dem Grafen Hohenthal, dem die Ueberreichung der sächsischen Note oblag, die Pforten des auswärtigen Ministeriums, obwohl Bismarck durch einen schweren Krankheitsfall an das Lager gefesselt war.

Mit raschem Blick die Note überfliegend, erklärte er den Inhalt derselben für nicht zufriedenstellend. Den Ereignissen vorgreifend, betrachtete Bismarck das Einverständnis zwischen Sachsen und Oesterreich bereits als eine vollendete Tatsache; nach seinen eigenen Worten sah er in der sächsischen Armee „die präsumtive Spitze des österreichischen Angriffs“. „Wie Oesterreich gegen Italien rüstet, so rüsten wir gegen Sachsen,“ bemerkte er und setzte hinzu: „es bleibt nichts übrig, als Truppen an der sächsischen Grenze aufzustellen, — was diese dann tun werden, ist eine Sache für sich.“

Bei einem Besuche, den der sächsische Gesandte Graf Hohenthal am 2. Mai 1866 Bismarck machte, begann Letzterer das Gespräch mit der Erklärung, daß er die Fortsetzung der diplomatischen Korrespondenz für erfolglos halten müsse, dann lenkte er auf ein anderes Kapitel ein. Er beleuchtete noch einmal die Vorteile, die dem sächsischen Staate aus dem angebotenen Bündnis mit Preußen erwachsen sein würden. Die Bemühungen Hohenthals, die bundesrechtliche Stellung Sachsens zu verteidigen, schnitt Bismarck zuletzt mit dem Worte ab, Oesterreich selbst habe sich durch die drohende Aufstellung seiner Truppen von der Beobachtung der bundesgesetzlichen Bestimmungen losgesagt.

Der Empfang, den Bismarck am 8. August 1866 abends dem Grafen Hohenthal, seinem langjährigen Freunde, bei dessen Rückkehr nach Berlin bereitete, war „sehr höflich, aber kühl“. Das Zwiegespräch wurde unter allerhand Rückblicken auf die Vergangenheit länger als eine Stunde hindurch fortgesponnen. An einzelnen Stellen ließ Bismarck der elementaren Kraft seiner Zornesader freien Lauf, dann wieder, sich selbst besänftigend, gab er milderen Bewegungen Raum. Er sprach mit größter Achtung von den Leistungen der sächsischen Truppen, wobei er sogleich die Bemerkung einschaltete: „Wir haben es kennen gelernt, was die Gegnerschaft

Sachsens für uns bedeutet.“ Er ließ ferner der deutsch-nationalen Gesinnung des Königs volle Gerechtigkeit widerfahren; umsomehr drückte er aber seinen Zweifel aus über die entgegenkommende Haltung des sächsischen Volkes. „Das beruht,“ sagte er, „auf einer nur den Deutschen eigentümlichen Untugend, dem Haß der Stämme, der um so größer ist, je näher ihre Verwandtschaft.“

Im Ganzen trugen seine Auslassungen ein durchaus individuelles Gepräge, während er geflissentlich vermied, auf die Friedensbedingungen, die Preußen stellen werde, näher einzugehen. Nur einen Punkt bezeichnete er von vornherein als „Präjudizialforderung“, die Einreihung der sächsischen in die preußische Armee.

Auf Hohenthal hinterließ die Unterredung den Eindruck, daß es in dem Willen der preußischen Regierung liege, die Auseinandersetzung mit Sachsen als eine dilatorische Frage zu behandeln. —

In die größte Spannung wurde die Bevölkerung von Dresden versetzt, als Bismarck zum ersten Male nach dem Kriege von 1866 in ihrer Mitte erschien. Bismarck hatte dem Freiherrn von Friesen den Wunsch geäußert, dem König Johann seine persönliche Aufwartung machen zu dürfen; es liege ihm daran, sagte er, durch diesen Schritt zu beweisen, daß er den Bund nicht vom partikularistisch-preußischen Standpunkt aus betrachte. Am Geburtstage des Königs, 12. Dezember, traf der Kanzler mit Herrn von Keudell in Dresden ein. Es waren nicht gerade stürmische Ovationen, die ihm vom Publikum dargebracht wurden, aber Bismarck selbst gelangte zu der Ueberzeugung, daß eine günstige Beurteilung der Bundesverhältnisse nach Ablauf von zwei Jahren in Sachsen die Oberhand gewonnen hatte.

Bismarck und Fürst Karl von Rumänien.

Die Bedeutung des Schriftwechsels zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Karl von Rumänien ist durch die Aufnahme desselben in Kohl's „Bismarck-Jahrbuch“ Bd. I. S. 66 und 70 f. richtig gewürdigt worden. Nun liegen mehrere neue Bände des Werkes: „Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen“ vor, welche uns einen weiteren Blick in diese politische Korrespondenz gestatten.

In einem ersten Schreiben vom Anfang Januar 1870 spricht Graf Bismarck dem Fürstenpaare seine Neujahrsglückwünsche aus und empfiehlt den Ueberbringer (Generalkonsul v. Radowitz), der den Vorzug habe, dem Fürsten bereits bekannt zu sein, und dadurch, sowie durch seine besondere Begabung die Wahl Sr. Majestät auf sich gelenkt habe. „Der politische Horizont, von Berlin aus gesehen“, fährt Graf Bismarck fort, „hat augenblicklich eine so beruhigte Färbung, daß sich nichts von Interesse darüber sagen läßt, und ich nur den Wunsch hege, daß kein unerwartetes Ereignis das neubelebte Vertrauen auf den allgemeinen Frieden in Frage stellen möge.“ —

Am 10. Januar 1871 schrieb Graf Bismarck aus Versailles an den Fürsten Karl von Rumänien. „Ich kann die inneren Verhältnisse von Rumänien und die Mittel, welche Eure Hoheit in denselben finden könnten, um die obwaltenden Schwierigkeiten zu überwinden und Ihrer Regierung einen festen Halt zu geben, nicht beurtheilen.

Ich muß annehmen, daß die in dem Charakter und der Vorgeschichte liegenden Hindernisse für ein geordnetes Staatsleben

fast unüberwindlich seien, da es Eurer Hoheit bei dem edlen Willen und den reinen Gesinnungen, die Sie beseelen, bisher nicht gelungen ist, Einrichtungen zu schaffen, auf welche Sie bei der Ausführung ihrer Intentionen Sich stützen könnten. Ob dazu noch jetzt Aussicht vorhanden ist, werden Eure Hoheit allein beurtheilen können . . . .

Was auch die Ursachen seien, und wieviel Mißverständnisse oder Einflüsterungen dazu mitgewirkt haben, es ist jedenfalls nicht gelungen, das Mißtrauen der Pforte zu beseitigen und sie zu der Ueberzeugung zu bringen, daß die Vereinigung der Fürstenthümer unter der Regierung Eurer Hoheit ihrer Lehnsherrschaft über dieselben ungefährlich sei und daß die Zustände, welche der Rücktritt Eurer Hoheit herbeiführen könnte, für die Ruhe des Orients viel bedenklicher sein würden als der jetzige.

Die englische Regierung hat niemals ein Interesse an den Donaufürstenthümern oder an der persönlichen Stellung Eurer Hoheit genommen, und die Haltung der Vertreter derselben scheint leider jetzt nicht derart, daß sie Vertrauen einflößen könnte. Wenn ich auch in London nicht gerade eine feindselige Gesinnung voraussetze, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß England seine Politik auch in dieser Beziehung nicht von der des Sultans trennen werde.

Frankreich kommt natürlich in diesem Augenblicke nicht in Betracht, außer insofern es durch Intriguen und geheime Agitationen Eurer Hoheit entgegenzuwirken suchen möchte, in der Hoffnung, Preußen dadurch zu kränken oder zu schädigen . . . .

Ich habe lange Zeit die Hoffnung gehegt, daß Eure Hoheit in St. Petersburg eine wirksame Stütze finden würden, und habe daher immer die Rücksichtnahme auf Rußland anempfohlen. Auch jetzt hege ich noch keinen Zweifel an den persönlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, welcher ohne Zweifel für Eurer Hoheit Person die besten und freundschaftlichen Wünsche hegt. Aber ich habe mich namentlich in der letzten Zeit zu meinem Bedauern überzeugen müssen, daß dieses persönliche Wohlwollen durch die traditionelle Auffassung der russischen Politik, welche der Vereinigung der beiden Fürstenthümer entgegen ist, überwogen wird. Die Thatsache, daß Eure Hoheit von Rußland keine, auch nicht

eine diplomatische, Unterstützung zu erwarten haben, ist mit dieser traditionellen Politik im Einklang, während mir für die feindliche Haltung der Wiener Politik gegen Eure Hoheit jede vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Politik mögliche logische Erklärung fehlt.

Es ist ja nur natürlich, wenn Eure Hoheit zunächst auf den hohen Chef Ihres Hauses, auf Preußen und Deutschland, blicken. Eure Hoheit wissen, wie Seine Majestät der König für Höchstdieselben gesinnt ist, aber Eure Hoheit wissen auch, daß die jetzige Kriegslage es für Deutschland unmöglich macht, in die Verhältnisse im Osten unter den oben angeführten Umständen wirksam einzugreifen.

Wenn ich das Facit aus all diesen Erwägungen ziehe, so kann ich nur zu dem Schlusse kommen, daß Eure Hoheit von außen keine Hülfe, sondern eher Uebelwollen erwarten dürfen und daher Ihre Entschlüsse nur nach Beurtheilung der Ihnen im eigenen Lande noch zu Gebote stehenden Hülfsmittel fassen müsse. Wenn Sie eine Krise erwarten, zu deren Ueberwindung Sie die besseren Elemente im Lande nicht ausreichend erachten, so scheint es eine vor allem nur durch die Rücksichten auf sich und Ihr Haus gebotene Aufgabe zu sein, daß jeder Entschluß, den sie fassen, auch wirklich als ein selbständiger und freiwilliger, nicht durch äußere Gewalt aufgezwungener erscheine, und daß die reinen und edlen Motive, welche Eure Hoheit dabei leiten würden, klar hervortreten.

Es ist mir schmerzlich, Eurer Hoheit keinen andern Rath und keine besseren Hoffnungen geben zu können. Ich weiß aber, daß die patriotische Theilnahme und herzliche Freude an den Erfolgen unserer deutschen Armee und an dem Glanze, der das verehrte Haupt unseres Königs umgiebt, selbst durch diese schmerzlichen persönlichen Erfahrungen bei Eurer Hoheit nicht getrübt werden, und schließe mit der Hoffnung, daß Ihre Wünsche für einen baldigen und gesicherten Frieden in Erfüllung gehen mögen."

Am 12. April 1872 schrieb Fürst Bismarck aus Berlin an den Fürsten Karl von Rumänien: „Eure Hoheit können an meiner Ergebenheit für Höchstdero Person keinem Zweifel Raum geben. Ich freue mich aufrichtig, wenn Eure Hoheit jetzt mit größerem Vertrauen und froherer Zuversicht in die Zukunft zu blicken Grund

haben. Meine früheren ehrerbietigen Schreiben haben Eurer Hoheit gezeigt, wie hoch ich die Schwierigkeiten Ihrer Stellung anschlage, und ich wünsche, daß Ihre jetzigen Hoffnungen nicht getäuscht werden mögen.

In der jetzt, wie zu hoffen ist, glücklich überwundenen Eisenbahnkrisis konnte die Regierung Sr. Majestät keinen andern Standpunkt einnehmen als den der Wahrung der Rechte und des Interesses der deutschen Unterthanen. Die von Eurer Hoheit beklagte Anrufung der oberlehnsherrlichen Gewalt der Pforte war durch die Lage dieser deutschen Interessen und die Grundsätze des internationalen Rechts geboten, und nur die Verblendung der Parteien in Rumänien konnte darin die Absicht einer Beeinträchtigung der Autonomie dieses Landes, wie sie durch die Verträge festgesetzt ist, erblicken."

Fürst Bismarck hebt dann hervor, daß schon zur Zeit des deutsch-französischen Krieges in Rumänien sich eine feindselige Stimmung gegen Deutschland kundgegeben habe, und daß auch neuerdings die gerichtlich verfügte Strafmilderung für die Tumulte vom 10./22. März 1871 nicht auf eine Abnahme jener übelwollenden Stimmung gegen das neue Deutsche Reich schließen lasse. —

Hierauf fährt er fort:

„Es ist uns daher unerwartet, wenn man in Rumänien, wie E. H. bemerken, die Hoffnung hegt, gerade durch Vermittelung Deutschlands eine Erweiterung der Autonomie und neue Rechte zu erlangen, und mit dieser Gewährung die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses in Verbindung bringt. Ich befürchte, daß die öffentliche Meinung in Deutschland kein Verständniß dafür haben würde, die Gunst des rumänischen Volkes zu erwerben, während wir uns sagen dürfen, daß wir den Verlust derselben weder erstrebt noch herbeigeführt haben. E. H. wissen, wie unbedingt Höchstdieselben auf das Wohlwollen S. M. des Kaisers und Königs und seiner Regierung rechnen dürfen, und daß hier auch die besten Wünsche für das Gedeihen und für die Wohlfahrt Ihres Landes gehegt werden; aber E. H. haben auch einen zu klaren Blick für die Bedürfnisse Ihres Landes, um nicht zu erkennen, daß dasselbe die Bedingungen für diese Wohlthat und

dieses Gedeihen vorzugsweise in der Entwickelung seiner inneren Verhältnisse und in der getreuen Erfüllung übernommener Verpflichtungen suchen muß, und daß der Einfluß, den das Deutsche Reich in Europa übt, dem rumänischen Volke von hohem Nutzen sein kann, wenn letzteres die hier für Rumänien noch immer vorwiegenden wohlwollenden Gesinnungen einigermaßen erwidert oder doch würdigt." —

Anfangs März 1875 schrieb Fürst Bismarck aus Berlin an den Fürsten Karl von Rumänien: „Eurer Hoheit sage ich meinen ehrerbietigsten Dank für das gnädige Schreiben, welches der Minister Rosetti mir überbracht hat. Der letztere hat hier durch seine Sachkunde und durch seine persönliche Liebenswürdigkeit in allen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht und die Verhandlungen haben zu dem vorläufigen Ziele geführt, daß deren Abschluß zu hoffen steht, wenn das hiesige Ergebniß die Genehmigung der Regierung Eurer Hoheit findet. Der Hoffnung, daß dies der Fall sein werde, gebe ich mich um so lieber hin, als kaum in einer anderen auswärtigen Unternehmung eine gleich hohe Summe deutschen Capitals angelegt sein dürfte, und als die solide Sicherstellung der Zukunft der Eisenbahnen von so entscheidendem Einfluß für die Entwickelung der reichen Hilfsquellen sein wird, mit denen Rumänien von der Natur gesegnet ist. Der Schutz, den Eure Hoheit dem Unternehmen gewähren, wird wesentlich dazu beitragen, das Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland an dem Gedeihen Rumäniens wach zu erhalten und zu fördern.

Ueber das Ergehen Seiner Majestät des Kaisers wird Herr Rosetti Eurer Hoheit aus eigener Anschauung Bericht erstatten können. Die leichten Störungen, die durch zu großes Vertrauen auf die kräftige Constitution Seiner Majestät gelegentlich herbeigeführt werden, sind mit Gottes Hülfe stets schnell und günstig verlaufen.

Mit den anfrichtigsten Wünschen für Eurer Hoheit und für der Frau Fürstin Wohlergehen und mit freudiger Theilnahme an der Consolidirung und den Fortschritten des Landes, dessen Leitung Eure Hoheit vor nunmehr bald zehn Jahren in hochherzigem Entschlusse übernommen haben, verharre ich" u. s. w. —

Am 20. Mai 1880 schrieb Fürst Bismarck aus Berlin an den Fürsten Karl von Rumänien:

„E. K. H. gnädigen Brief[1]) vom 14. März hat der Ministerpräsident Bratianu mir übergeben, und ich fühle mich in hohem Grade geehrt, daß Höchstdieselben die Gnade gehabt haben, mir eigenhändig zu schreiben. Es hat mich namentlich sehr erfreut, aus diesem Schreiben zu ersehen, daß E. K. H. trotz mancher Schwierigkeiten, welche sowohl die äußeren Beziehungen, wie die innere Lage Rumäniens mit sich bringen, mit einem sicheren Vertrauen in die Zukunft blicken, welches ich meinerseits vollständig theile.

Der letzte Krieg wird Ihrem Lande ohne Zweifel viele Wunden geschlagen haben, aber auch eine sehr werthvolle Consequenz ür die Erprobung des Selbstgefühls und der Tüchtigkeit des Heeres gehabt haben.

Daß die Errungenschaften, die der Frieden brachte, abgesehen von der Lösung der Beziehungen zur Pforte, den Leistungen und der Tapferkeit des Heeres E. K. H. nicht äquivalent waren, bedaure ich mit Höchstdemselben; aber bei der Massenhaftigkeit und dem Schwergewicht der Mächte, von welchen Rumänien umgeben ist, und bei der Schwierigkeit, zwischen denselben einen modus vivendi zu sichern, der uns einstweilen Frieden gewährt, wußte auch ich keinen gangbaren Ausweg, auf welchem sich größere Vortheile für Rumänien hätten erreichen lassen. Die Schwierigkeit der historisch gegebenen Situation ist die, daß jenseits der Donau die nationalen Anknüpfungspunkte für eine Verstärkung Rumäniens fehlen, und auf der anderen Seite die stammverwandten Bevölkerungen den beiden großen Nachbarreichen angehören, mit welchen in Frieden zu leben für die Consolidirung der Zustände ein Bedürfniß ist, und von welchen wenigstens Einen zum sicheren Bundesgenossen zu haben, immer das Ziel rumänischer Politik bleiben wird. In dieser geschichtlich gegebenen Situation war der Erwerb der Dobrudscha ein pis-aller, dessen günstige Seite — der Besitz

[1]) Das Schreiben des Fürsten Karl von Rumänien, worauf Bezug genommen wird, findet sich abgedruckt in dem Werke: „Aus dem Leben König Karls von Rumänien" Bd. IV. S. 302.

der Seeküste — in der weiteren Entwickelung der Verhältnisse sich als steigender Werth herausstellen wird.

Der Verkehr mit E. K. H. Ministerpräsidenten ist für mich dieses Mal von besonders hohem Werthe gewesen, weil in meinen eingehenden Besprechungen mit ihm und im Rückblick auf seine politische Haltung seit dem Kriege die Zweifel, welche ich früher in betreff seiner persönlichen Ergebenheit zu E. K. H. hatte, wesentlich geschwunden sind, so daß ich mich mit Vertrauen und Offenheit zu ihm ausgesprochen habe. E. K. H. haben jedenfalls einen einsichtigen und unter Umständen zu entschlossenem Handeln befähigten Rathgeber an ihm. Ich habe demselben über unsere friedlichen und defensiven Interessen, welche Oesterreich dergestalt mit uns theilt, daß sie den Charakter der Gemeinsamkeit haben, ohne Rückhalt gesprochen und glaube bei ihm Verständniß und Befriedigung gefunden zu haben. . . . ."

Den Schluß dieses Briefes bildet der Ausdruck des Dankes für die Verleihung des Sterns von Rumänien und für die Teilnahme des Fürsten Karl an Bismarcks Befinden, das noch immer viel zu wünschen übrig lasse.

Bismarck und Rumänien.

In dem vorhergehenden Aufsatz teilte ich aus dem Werke: „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“ einige historisch bedeutsame Briefe mit, welche Fürst Bismarck in den Jahren 1870 bis 1880 an diesen Fürsten gerichtet hat. Damit ist die daselbst erwähnte, auf Rumänien bezügliche Korrespondenz des ersten Reichskanzlers noch nicht erschöpft.

Am 15. Dezember 1871 schrieb Fürst Bismarck aus Versailles dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, dem Vater des Fürsten von Rumänien, er habe den letzteren gebeten, „bei seinen nach Maßgabe der inneren Situation zu fassenden Entschlüssen nur die Rücksicht auf seine persönliche Würde zu Rathe zu ziehen.“ „Die inneren Verhältnisse des Fürstenthums entziehen sich meiner Beurtheilung, und S. H. allein wird im Stande sein zu erwägen, wie weit in derselben noch Elemente zu finden sind, welche ihm die Erhaltung seiner Stellung und eine Besserung der Lage zur Durchführung seiner reinen und wohlwollenden Absichten möglich machen. . . . .

Es hat allerdings seitdem den Anschein gewonnen als ob man in Wien in der Ungewißheit über das, was auf eine Katastrophe in den Donaufürstenthümern erfolgen könne, und in der Scheu vor neuen Verwickelungen daselbst, einige Reue empfinde, gegen die Consolidation der Zustände Rumäniens gearbeitet zu haben; und wenn man von Wien aus den bisherigen Agitationen gegen S. H. ein Ziel setzt, so kann dies möglicherweise auch eine Besserung der inneren Lage herbeiführen. . . .

Die Lage der Dinge in Deutschland und Frankreich und die Größe der dort noch unerfüllten Aufgabe macht es im gegenwärtigen

Augenblicke weniger als je möglich, diese Aufgabe durch Beziehungen, welche kein unmittelbares Interesse Deutschlands einschließen, zu compliciren.

Ich glaube auch nicht, daß die diesseitige Intervention Sr. H. nützlich sein würde. S. H. hat bisher mit dem Mißtrauen zu kämpfen gehabt, daß er ein Werkzeug der preußischen Politik sei. Wenn sich jetzt in Wien eine günstigere Stimmung entwickelt, so ist das ersichtlich die Folge davon, daß durch unsere Enthaltsamkeit von jedem Anschein von Protection dies Mißtrauen einigermaßen geschwunden ist und man sich überzeugt hat, daß man in Rumänien nicht Preußen zu bekämpfen habe. Es würde aber wieder erwachen, wenn Preußen eine Initiative ergriffe.

Eben im Begriffe, mein Schreiben abzusenden, erhalte ich über Berlin noch ein Telegramm aus Bukarest vom 13. Februar.

Der Generalconsul von Radowitz meldet nämlich, daß die dortige Volksvertretung nach heftiger Debatte über den veröffentlichten Brief Sr. H. eine Resolution angenommen hat, welche zwar Ergebenheit für die Dynastie, aber nur mit Festhalten der Constitution ausspricht. Herr von Radowitz fügt hinzu, daß die antidynastischen Elemente sich zu keiner Action und eventueller Gegencandidatur haben vereinigen können, und daß S. H. jetzt von österreichischer Seite zum Ausharren ermuthigt werden. — Der russische Generalconsul von Offenberg dringe jetzt auf Verfassungsänderung; S. H. wolle indeß wegen der Finanz- und Eisenbahnfrage für den Augenblick am status quo nichts ändern und wahre sich die Freiheit seiner Entschließung."

Anfangs November 1876 schrieb Fürst Bismarck aus Varzin an den Kronprinzen des deutschen Reichs: „Die Lage des Fürsten (Karl von Rumänien) ist schwierig, obschon ich nicht überzeugt bin, daß Rußland zum Kriege schreitet, wenn sich Niemand mehr findet, der es zurückhält. . . .

Falls es zum Kriege kommt, so glaube ich, daß Fürst Karl am besten thun würde, sich gegen russische Zumuthungen nicht ernstlich zu wehren, aber ihnen auch nicht entgegen zu kommen, sondern sich auf seine Pflichten gegen die Pforte als Anstandspflichten zu berufen, der Gewalt jedoch zu weichen, die ja von Norden her wohl früher bei ihm eintreffen würde als von türkischer Seite.

Er darf sich nicht von irgend welchem Ehrgeiz, sondern nur von den Traktaten leiten lassen; seine Kräfte fallen zwischen zwei so großen Armeen nicht genug ins Gewicht, um ihm den Respekt des Siegers zu sichern, wenn er seine Macht einwirft. Die Berufung bei Europa auf Verträge bleibt ihm aber, so lange er sie hält. Es ist das immer ein Titel, wenn auch kein unumstößlicher; jedoch stets von großem Gewicht, falls der etwaige russische Feldzug mißglücken sollte. Ich urtheile hierin, als ob ich rumänischer, nicht deutscher Minister wäre, lediglich aus persönlichem Interesse für Se. Hoheit!"

Tieferen Einblick noch als aus diesen Briefen gewinnen wir in die Politik des Fürsten Bismarck gegenüber Rumänien, aus zwei Unterredungen, welche der deutsche Reichskanzler Ende der siebziger Jahre mit den Ministern Bratianu und Sturdza in Berlin hatte.

In einer am 7. und 8. April 1878 vor der Zusammenberufung des Berliner Kongresses stattgefundenen Konferenz des Fürsten Bismarck mit Bratianu sprach sich der Erstere nicht eingehend und bestimmt, sondern eher etwas orakelhaft aus. Wenn Rumänien sich Rußland willfährig erweisen wolle, was er dringend anrate, so könne es von Rußland viel fordern und erlangen — hundert Millionen und, falls es wolle, größere territoriale Kompensationen. Bessarabien sei aber für Rußland die Bedingung sine qua non, und er rate, den Widerstand aufzugeben. — Bismarck wünschte das Zustandekommen des Kongresses und arbeitete darauf hin. Im Laufe seines Gesprächs erwähnte er Bratianu gegenüber, daß Rumänien gut täte, seine Eisenbahnen zurückzukaufen und die Verhandlungen mit den deutschen Bankinstituten, welche durch den Krieg unterbrochen wären, wieder neu anzuknüpfen. —

In glänzendem Lichte zeigte sich Bismarcks Staatskunst in einer Unterredung, welche derselbe am 17. Juli 1879, also ein Jahr nach dem Berliner Kongresse, in Friedrichsruh mit dem rumänischen Minister D. Sturdza hatte.

Bismarck gab Sturdza gegenüber zu, daß der Berliner Kongreß Rumänien eine schwere Aufgabe gestellt habe; erfüllt müsse sie aber werden. Artikel 44 bilde einen integrierenden Bestandteil eines

großen, internationalen Aktes, und für ein kleines Land sei es nicht gut, außerhalb des internationalen Rechts zu bleiben: es hänge dann wie an einem Faden, an dem jeder nach Gutdünken ziehen könne. Besonders schlimm würde das für Rumänien sein, welches zwischen zwei mächtigen und gleich gefährlichen Nachbarn eingekeilt sei; Rumänien müsse sich also Freunde schaffen, und zwar uninteressierte und aufrichtige Freunde.

Für Rumänien sei es das Natürlichste, sich an Deutschland und Frankreich zu halten, also an die zwei Mächte, von denen es nicht nur nichts zu fürchten, sondern sogar Schutz und Hilfe zu erwarten habe.

Das erste, was Rumänien zu tun habe, sei, daß es den Berliner Vertrag loyal ausführe. Der Artikel 44 sei aus der Initiative Italiens und Frankreichs hervorgegangen, Deutschland habe sich dem nicht widersetzen können, weil es sich darin um allgemeine Prinzipien handle, die in allen zivilisierten Staaten herrschten — in Rußland zwar befolge man sie nicht, aber es komme auch nicht darauf an, sie von der ganzen Welt anerkannt zu sehen, sondern nur darauf, daß Rumänien sich zu dem bekenne, was im Berliner Vertrag stehe, und zwar ohne Rückhalte und ohne Hintergedanken!

Deutschland stelle keine großen Anforderungen, sondern verlange nur das, was Frankreich und Italien wollten; es werde so viel wie möglich daran mildern.

Fürst Bismarck räumte gern ein, daß man in einer so wichtigen Frage nicht im Eilmarsch, sondern in Etappen vorgehen müsse.

In Rumänien gäbe es viele Juden, und zwar seien sie in gewissen Teilen des Landes zusammengedrängt; daß früher keine einschränkenden Gesetze gegen ihre Einwanderung existiert hätten, sei ein Mangel an Voraussicht gewesen, der heute die Lage sehr erschwere. Die Rumänen müßten den Kampf auf ökonomischem Gebiete eröffnen: arbeiten und sparen, eine Bodenkreditbank auf Gegenseitigkeit gründen u. s. w. Solche Banken hätten viel dazu beigetragen, den preußischen Grundbesitz zu kräftigen.

Deuschland wünschte freundschaftliche Beziehungen mit Rumänien zu unterhalten. Bis vor einiger Zeit habe Rumänien Deutschland etwas cavalièrement behandelt. Fürst Bismarck bemerkte weiter,

er verstehe die Gefühle der Rumänen für Frankreich, aber sie hätten in Deutschland verstimmt, und es sei nie klug, jemand zu verstimmen, besonders nicht, wenn er mächtig sei. — Um nun die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien besser zu gestalten, müsse die Eisenbahnfrage aus der Welt geschafft werden!

„Ich hatte gedacht," fuhr Bismarck fort, „es handle sich um die Verstaatlichung der Bahn; leider sehe ich aber, daß der Sitz der Gesellschaft immer noch in Berlin sein wird, was nur Schwierigkeiten zur Folge haben muß, und daß eine 44jährige Amortisierung vorgesehen ist — ich hätte lieber gehabt, wenn alles mit einemmale hätte erledigt werden können!

Man muß die Anfänge dieser Angelegenheit kennen, um sich ihrer Bedeutung bewußt zu werden. Niemand trägt die Schuld, weder wir noch Rumänien, an der gegenwärtigen Lage: sie ist einmal da, und man muß zum Vorteile beider Parteien aus ihr herauskommen.

Unser Interesse daran ist bedeutend, denn es sind rund hundert Millionen Mark dort engagiert. Diese Kapitalien müssen aus einer prekären Lage herausgerissen werden, in welcher die Regierung oft verpflichtet gewesen ist, sie zu verteidigen, was jedesmal eine Spannung in den Beziehungen der beiden Staaten hervorgerufen hat. — Das Interesse Rumäniens daran, seine Eisenbahnen selbst in der Hand zu haben, ist natürlich ebenso groß.

Diese Eisenbahnangelegenheiten sind eine konstante Quelle von Mißverständnissen, die keine freundschaftlichen Beziehungen sich bilden und festigen lassen. Sie fingen an mit Dr. Strousberg, der die großen Magnaten Schlesiens in dieses Geschäft hineinzog. Diese ihrerseits zogen alle ihre Bekannten und Untergebenen hinein. Heute finden wir unter den Aktionären der rumänischen Eisenbahngesellschaft große Herren und Hofdamen, Lakaien dieser großen Häuser und selbst Droschkenkutscher — mit einem Wort fast ganz Berlin! Es sind hier also so vielfältige Interessen im Spiel, daß man nicht von ihnen absehen darf. Und mehr als das: der König selbst hat intervenieren müssen, um einige der schlesischen Magnaten zu retten, als es mit Strousberg nicht mehr weiterging! Damals hat er sich an Bleichröder gewandt. Dieser war schon reich genug, um sich nicht in eine verwickelte Lage einlassen zu brauchen, aber

er hat es doch getan, weil man ihn darum bat, und wegen der Ehren, die es ihm eingebracht hat. Bleichröder hat also die Sache in die Hand genommen, und wir sind nun verpflichtet, ihm beizustehen. Der König hat aber noch mehr getan. Er hat aus seiner eigenen Privatschatulle den großen schlesischen Herren zu Hilfe kommen müssen. Also versteht man leicht, warum jeder aus dieser peinlichen Geschichte herauskommen will. Der Kelch muß geleert werden, wir müssen die Sache austragen, im rumänischen Interesse so gut wie im deutschen.

Erledigen Sie also diese zwei Fragen so schnell wie möglich, um unter die unabhängigen Staaten zu gelangen; das ist eine große Sache und nicht zu verachten, besonders im Hinblick auf die Zukunft!

Ein unabhängiges Rumänien fällt in den orientalischen Fragen sehr ins Gewicht. Sie haben Feinde, sie müssen auch Freunde erringen. Frankreich und Deutschland sind Ihre natürlichen Freunde — die müssen Sie gewinnen und festhalten, denn Sie werden noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Zwischen Deutschland und Rumänien gibt es ohnehin mancherlei Bande, das stärkste ist der Fürst, der, ehe er Rumäne wurde, zu den unsern zählte!

Auch ein Handelsvertrag müßte abgeschlossen werden; Deutschland sieht seinen Handel mit Rumänien zum Vorteil anderer Länder abnehmen.

Rumänien hat 2500 deutsche Quadratmeilen und 5 Millionen Einwohner. Es könnte 10 Millionen haben — welche Macht wäre es dann. Heute sind seine Schulden zu bedeutend, aber mit 10 Millionen, was könnte es da nicht machen!

Die Türkei zerfällt; niemand kann ihr wieder aufhelfen! Rumänien hat eine große Rolle zu erfüllen, aber dazu muß es weise, vorsichtig und fest sein.

Ich hoffe, daß Rumänien auf der Höhe der beiden schwebenden Fragen sein wird, auf der Höhe der Lage; Deutschland wird ihm dann gerne seine Freundschaft beweisen".

Fürst Bismarck machte noch auf folgende drei Fragen aufmerksam: die Arab Tabia-Frage, die Frage der Donaufestungen Silistria, Rustschuck, Widdin und besonders Schumla — Waffen-

plätze, die gegen Rumänien gerichtet seien, und auf die Frage der Neutralisierung, welche Rumänien so oft verlangt habe, ohne sie zu erlangen, und welche ihm nur mit der Zeit, und wenn es eine starke und bedeutende Stellung als europäischer Staat errungen habe, zuerkannt werden könnte.

Am 18. August 1880 hatte Fürst Bismarck in Berlin eine Begegnung mit dem Fürsten Karl von Rumänien. Der leitende Staatsmann empfing den hohen Herrn mit ehrerbietiger Höflichkeit, derselben, die ihn schon als preußischen Ministerpräsidenten auszeichnete, als Prinz Karl ihn um seinen Rat anging (1866). Fürst Karl fand Bismarck stark gealtert in der großen Zeit, die hinter ihm lag; und auf all das, was in dieser Zeit entstanden, durch ihn geschaffen worden, bezog sich der Beginn des Gespräches, um dann bald auf die neue Heimat des Fürsten überzugehen. Alles, was Rumänien hatte durchmachen müssen. wurde besprochen; Bismarck, der seine Friedensliebe betonte, riet dem Fürsten Karl — immer in der feinen Form des älteren, erfahrenen Staatsmannes —, daß dieser sich nicht zu schroff gegen Rußland stellen möge, obgleich — oder gerade weil — er die ungeheuren Schwierigkeiten würdige, die aus Rumäniens geographischer Lage, zwischen dem mächtigen russischen Reiche und dem sich erst formierenden, unter russischem Einflusse stehenden, bulgarischen Staatswesen, resultierten. Fürst Karl entgegnete, daß eine wirkliche Gefahr für Rumänien erst dann vorliegen würde, wenn es zur Bildung eines Großbulgariens käme.

Bismarck bedauerte es, daß Rumänien nicht die erhofften Vorteile aus dem russisch-türkischen Kriege davongetragen habe; aber dem europäischen Frieden zu Liebe habe es so geschehen müssen, diesem Frieden zu Liebe, der auch die Basis des deutschen Einvernehmens mit Oesterreich bilde.

Nach mehr als einstündiger Unterhaltung bat Fürst Karl Bismarck, ihn zur Fürstin Bismarck zu bringen, mit der er dann ein allgemeines Gespräch führte über die mächtige Entwickelung Berlins und die geistige Frische des Kaisers.

Bismarck und Leopold von Ranke's Geschichtswerke über Friedrich Wilhelm IV.

Bis zum Jahre 1873 war die Zahl der Briefe, welche von dem König Friedrich Wilhelm IV. bekannt geworden waren, nur eine geringe, und sie genügte bei weitem nicht, um ihn in den verschiedenen Phasen seines Lebens kennen und sein Wesen würdigen zu lernen. Da war es denn eine Gabe von hohem Werte, als Leopold v. Ranke im Jahre 1873 einen Briefwechsel des Königs erschloß[1]), der sich über einen großen Teil seines Lebens erstreckt (1830 bis 1857) und mit einem Manne geführt wurde, der sich seines intimen Vertrauens und seiner herzlichen Zuneigung erfreute — ich meine Karl Josias Bunsen, zuletzt bis 1854 Gesandter in England.

In wessen Besitz Leopold v. Ranke den Briefwechsel vorgefunden hatte, erwähnt derselbe nicht; vermutlich befanden sich die Briefe des Königs im Besitze der Bunsen'schen Erben, die korrekterweise doch Bedenken trugen, auch diesen Teil des Bunsenschen Nachlasses zu veröffentlichen, ohne sich der Genehmigung des königlichen Bruders versichert zu haben. Es hätte für die Bunsenschen Erben nahe gelegen, den Fürsten Bismarck direkt um die Erwirkung der Erlaubnis des Königs zu dieser Publikation zu bitten, da es sich um Aktenstücke handelte, welche zumeist das Ge-

---

[1]) Das Werk erschien 1872 unter dem Titel: „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelm's IV. mit Bunsen." Verlag von Duncker Humblot, Leipzig.

biet der auswärtigen Politik betrafen; allein der Faden zwischen der Familie Bunsen und Bismarck war damals sehr dünn, und so erfuhr Bismarck die Sache von dritter Seite.

Am 7. März 1872 schrieb Bismarck aus Berlin an den Geheimen Regierungsrat und Professor Leopold von Ranke:

„Nach einer vertraulichen Mittheilung des Generals der Cavallerie Frhrn. von Manteuffel sollen Ew. Hochwohlgeboren den Briefwechsel zwischen weiland Sr. Majestät Friedrich Wilhelm IV. und dem früheren Gesandten von Bunsen bearbeitet haben und dessen demnächstige Herausgabe beabsichtigen.

Es würde mir sehr erwünscht sein, über das Thatsächliche dieser Mittheilung von Ew. Hochwohlgeboren nähere Auskunft zu erhalten, da es sich bejahendenfalls nach dem, was ich über den Inhalt jenes Briefwechsels in Erfahrung gebracht habe, vielleicht empfehlen dürfte, die Herausgabe zu beschleunigen und dadurch den sehr gangbaren Irrthum zu widerlegen: als ob die Politik des jetzt regierenden Königs Majestät zu der des hochseligen Königs sich im Gegensatz befände. von Bismarck."

Ranke wandte sich nun, um Bismarcks Wunsche entgegenzukommen, an den Ober-Schloßhauptmann Grafen Keller mit der Bitte, das Weitere zu vermitteln. Der Standpunkt des Fürsten Bismarck erhellt aus zwei Briefen, welche er an den Grafen Keller aus Berlin richtete, auf Grund deren dann später Leopold v. Ranke mit der Drucklegung der Königs-Korrespondenz vorgehen konnte. Die bisher unbekannten Bismarck-Briefe lauten wie folgt:

„Eurer Excellenz beehre ich mich in Betreff des Briefwechsels zwischen des hochseligen Königs Majestät und dem Freiherrn v. Bunsen zu erwidern, daß ich bis jetzt nur die Muße gefunden habe, von den drei mir übersendeten Heften das letzte durchzulesen. Ich füge dasselbe bei und erlaube mir, die Bemerkungen, welche Eure Excellenz am Rande finden werden, in Folgendem zusammenzufassen.

Von der Veröffentlichung verschiedener Aeußerungen des Königs über die österreichische Frage und über die katholische Frage darf man sich eine erhebliche und wünschenswerthe Wirkung

auf die öffentliche Meinung versprechen, doch würde es sich empfehlen, Manches wegen der starken Ausdrucksweise zu mildern. Gegen Anderes habe ich mein Bedenken zu erkennen gegeben, weil sein Bekanntwerden politisch nachtheilig sein würde, so einige Aeußerungen über die Türken. Die sehr interessante Mittheilung aus einem Briefe der Königin Victoria, beziehungsweise Lord Palmerston's, wird nicht ohne Zustimmung der Ersteren veröffentlicht werden können. Endlich erlaube ich mir den Vorschlag, ob nicht Herr v. Ranke mit schonender Hand es unternehmen könne, einige Auseinandersetzungen etwas zu kürzen, deren stellenweise breite Diction die Klarheit der Uebersicht zu beeinträchtigen scheint. Ich hoffe, in allernächster Zeit auch die beiden ersten Hefte lesen zu können, und bitte bei meiner bevorstehenden Abreise, daß Eure Excellenz die Güte haben wollen, Sr. Majestät meine Ansicht vorzutragen.

Genehmigen Eure Excellenz ꝛc. v. Bismarck."

„Berlin, den 4. April 1872.

In Verfolg meiner Mittheilung vom 23. v. M. beehre ich mich, Eurer Excellenz die beiden ersten Hefte des Briefwechsels zwischen des hochseligen Königs Majestät und dem Freiherrn v. Bunsen hiebei zurückzusenden, nachdem ich in Varzin die Muße gefunden habe, sie zu lesen.

Rücksichtlich der Aufnahme, welche das Werk bei dem Publicum zu erwarten hat, finde ich diese beiden Hefte noch interessanter als das dritte, und halte die Veröffentlichung des Ganzen für nützlich. Nur habe ich Bedenken gegen die vollständige Mittheilung des langen und an sich sehr anziehenden Briefes über die dem hochseligen König vorschwebende künftige Gestaltung der Kirche. Der König selbst bezeichnet ihn als einen „Sommernachtstraum" und läßt dem verständnißvollen Leser keinen Zweifel darüber, wie fern ihm die Absicht vollständiger Ausführung, wenn sie überhaupt möglich wäre, gelegen hat. Aber trotzdem ist zu besorgen, daß das große Publicum die idealistische Natur dieses „Phantasie-Gemäldes", weil es aus der Feder eines Königs geflossen, nicht richtig würdigen, vielmehr den weniger wohlmeinenden Stimmen Gehör geben würde. Ich glaube daher nur eine auszügliche Veröffentlichung dieses Briefes anrathen zu können, bei welcher, wie

auch in anderen Theilen der drei Hefte namentlich alles dasjenige beizubehalten wäre, was dem unrichtigen Vorurtheile widerspricht, als habe der königliche Briefsteller für die katholische Kirche oder für Oesterreich einen höheren Grad von Wohlwollen gehegt, als den für einen evangelischen König von Preußen natürlichen und berechtigten. Bedenken gegen einzelne Ausdrücke habe ich mir hie und da am Rande kundzugeben gestattet.

Eure Excellenz bitte ich, auch diese meine Ansicht über die anliegenden beiden Hefte Sr. Majestät dem Kaiser und König vortragen zu wollen.

Genehmigen Eure Excellenz 2c. v. Bismarck."

Das im Vorstehenden erwähnte Schreiben des Königs ist, voraussichtlich unter Berücksichtigung der Bismarck'schen Erinnerungen, in die Ranke'sche Sammlung übergegangen und von dem berühmten Geschichtsschreiber zur Vermeidung jedes Mißverständnisses mit ausführlichen Erläuterungen versehen worden.

Begegnungen Bismarcks mit dem früheren preußischen Kultusminister Grafen Zedlitz-Trützschler.[1]

Die erste Begegnung des Grafen Zedlitz mit dem Fürsten Bismarck fand im Jahre 1858 in Potsdam auf dem Bahnhofe statt. Graf Münster, damals Oberst und Kommandeur der Garde du Corps, dessen Regimentsadjutant Zedlitz war, stellte denselben Herrn v. Bismarck vor. Die Herren fuhren sodann zusammen nach Berlin, und Zedlitz hörte im Eisenbahnabteil mit großem Interesse als stiller Zuhörer die lebhafte Unterhaltung beider, mit den Petersburger und russischen Verhältnissen so genau vertrauten Herren an. Bismarck erzählte vorwiegend Erlebnisse aus dem Hof- und Gesellschaftsleben und streifte in diesen Mitteilungen auch vielfach politische Fragen. Zedlitz erhielt damals den Eindruck, einen ungewöhnlich geistvollen und vielseitig gebildeten Mann von außerordentlich energischem Charakter kennen gelernt zu haben.

Erst in den siebziger Jahren begegnete Graf Zedlitz dem Fürsten Bismarck wieder persönlich. Es war dies an den Bierabenden, welche der Reichskanzler in der Parlamentssession eingeführt hatte. Zu diesen wurden auch Leute, wie Graf Zedlitz, die in irgend einer Weise durch ihre heimische Tätigkeit oder durch ihre Arbeit auf speziell den Fürsten interessierenden Gebieten tätig

[1]) In der hier geschilderten Weise hat sich mir einmal Graf Zedlitz-Trützschler über seine Beziehungen zu dem ersten Reichskanzler geäußert. Siehe auch die „Berliner Neueste Nachrichten" Nr. 173 vom 4. April 1895.

gewesen waren, eingeladen, auch wenn sie nicht Parlamentarier waren. Diese Auszeichnung wurde dem Grafen Zedlitz öfter zu teil, wenn derselbe im Winter in Berlin war, und gründete sich wohl auf günstige Urteile, welche Bismarck über dessen Tätigkeit auf landwirtschaftlichem und provinzial-kommunalem Gebiet von ihm nahestehenden Herren erhalten hatte. Wenigstens wurde demselben dies später als Grund angegeben; es erscheint auch um deswillen wahrscheinlich, weil Bismarck sich wiederholt hierbei mit Zedlitz länger über wirtschaftliche Tagesfragen unterhielt und ein deutliches Interesse bekundete, eine Meinung über diese auch von seiner Seite zu hören. In einer dieser Unterhaltungen sprach er in sehr unverhohlener Weise seinen Unwillen über einzelne ihm dienstlich sehr nahestehende Personen aus und gebrauchte dabei die Redewendung, „sie seien in Schulmeinungen verritten und borniert, außerdem aber ohne alle Energie“. Diese unter Namensnennung geübte Kritik frappierte den Grafen Zedlitz damals auf das äußerste, und er war sich auch später darüber nicht klar, was der Fürst mit einer derartigen Aeußerung einem fast fremden und jedenfalls politisch damals einflußlosen Mann gegenüber bezweckte, wenn er nicht annehmen wollte, daß dies nur eine Form Bismarcks war, um seine (Zedlitz') Haltung solchen Eröffnungen gegenüber zu prüfen.

Zu öfteren und dienstlichen Begegnungen fand Graf Zedlitz erst Gelegenheit, als derselbe inzwischen Regierungspräsident in Oppeln geworden, in den Staatsrat berufen und für die Beratungen desselben wiederholt mit Referaten beauftragt wurde. Bei zwei derselben vertrat Zedlitz Ansichten, welche wesentlich von den Richtungslinien abwichen, die von der Regierung unter dem Einfluß des Fürsten Bismark vorgezeichnet waren. Einzelne von Zedlitz' Kollegen, welche ihm von früher näherstanden, waren der Meinung, daß er dadurch sich eine sehr abfällige Zensur seitens des Fürsten zugezogen habe. Dies ist nicht der Fall gewesen. Bismarck dachte zu groß, um einen Mann, der nichts weiter getan hatte, als seine ehrliche Ueberzeugung vertreten und von dem er wußte, daß er damit weder überhebend sein noch das Strebertum der Opposition zeigen wollte, diese Meinungsverschiedenheit persönlich entgelten zu lassen. Und er dachte nicht bloß so, sondern er handelte auch danach.

Unter den Gegenständen, in welchen die Auffassung des Grafen Zedlitz sich am entschiedensten zur Meinung Bismarcks in Gegensatz stellte, gehörte das Gesetz über die Begründung deutscher Ansiedlungen in Posen und Westpreußen. Graf Zedlitz vertrat die Ansicht, daß dies Gesetz zwar von hervorragendem Wert für die wirtschaftliche und sozial-politische Entwicklung der Provinzen sein und weit darüber hinaus wirksam sein werde, daß man sich aber über die politische Wirkung keinen zu großen Hoffnungen hingeben dürfe. Ferner war derselbe der Meinung, daß die ursprünglich geplante Organisation der Ansiedlungskommission als völlig selbständige Behörde mit dem Sitze in Berlin und losgelöst von den Behörden der allgemeinen Verwaltung ein Fehler sei. Nur die engste Verbindung mit den obersten Beamten der Provinzen, welche eine unmittelbare zwingende Einwirkung auf alle Organe der Verwaltung hätten, könne den Erfolg des schwierigen, ohne jede Analogie stehenden neuen Werkes sichern. Da der Fürst diesen Ansichten nicht beitrat, wurden die Aenderungsvorschläge des Grafen Zedlitz verworfen. Nach Verabschiedung des Gesetzes, in welchem die Organisation offengelassen war, erhielt Graf Zedlitz die Aufforderung, als Präsident der Ansiedlungkommission mit dem Sitze in Berlin unter Verleihung des Ranges und der Kompetenzen eines Oberpräsidenten an die Spitze der neuen Behörde zu treten. Zedlitz lehnte die Berufung unter Hinweis auf seine in den Beratungen des Staatsrats geltend gemachten Anschauungen über das Verfehlte dieser Organisation ab. Wenige Wochen darauf erhielt derselbe seine Ernennung zum Oberpräsidenten von Posen und zugleich zum Präsidenten der Ansiedelungskommission. Die von Zedlitz im Staatsrat als erforderlich bezeichnete Organisation wurde hierdurch tatsächlich hergestellt. Es war dies der schlagende Beweis, daß der Fürst dessen sachliche Meinungsverschiedenheit ohne jedes persönliche Nachtragen gewürdigt hatte.

Nach dieser Ernennung wurde Zedlitz öfter zu dienstlichen Vorträgen zu Bismarck über den Fortgang des Ansiedlungswerkes und sonstige Posener Angelegenheiten befohlen und ebenso mehrfach von demselben mit Einladungen beehrt. Beides steht dem Grafen als ein heller Lichtpunkt in der Erinnerung an den großen Mann. Er war in seiner geistigen Bedeutung so überwältigend, daß Zedlitz

stets nur Nehmer war und in gespanntester Aufmerksamkeit seinen dienstlichen Direktiven oder seinen hochinteressanten Erzählungen am runden Tisch lauschte. Letztere griffen auf die verschiedensten Gebiete über, brachten vielfach nur harmlose Erinnerungen aus seiner Knaben- und Studentenzeit, oft vermischt mit blitzartiger Beleuchtung einzelner politischer Charaktere jener Jahre. Oft aber wurden auch Tagesfrageu oder gewisse Ereignisse aus seinem Leben, die von Einfluß auf die politische Entwicklung hätten sein können oder tatsächlich gewesen sind, von dem Fürsten in fesselndster Form besprochen. Das letztere war namentlich dann der Fall, wenn hervorragende Parlamentarier zugegen waren. So erfuhren einmal bei Gegenwart von zwei Parteiführern die Vorschläge zur Steuerreform seitens des damaligen Finanzministers eine sehr herbe Kritik, welche den bevorstehenden Mißerfolg sowie den Sturz des Ministers vorauserkennen ließ. In einem andern Fall erzählte der Fürst, daß er in früheren Jahren in nahen Beziehungen zum letzten König von Hannover gestanden habe. Dieselben seien so intim gewesen, daß letzterer ihn einmal gelegentlich einer Meldung in Hannover bei der Durchreise zum Badeaufenthalt in Norderney aufgefordert habe, ihm schriftliche Grundzüge für die Instruktion seines Bundestagsgesandten zu geben, und später sogar das Ministerpräsidium angeboten habe. Der Fürst sagte, er sei damals nicht abgeneigt gewesen, dies anzunehmen, hätte aber die Bedingung gestellt, daß ihm zugestanden würde, die äußere Politik Hannovers im engsten Anschluß an die preußische zu führen. Daran sei die Sache gescheitert, da der König sich unter dem Einfluß gewisser Elemente hierzu nicht habe bereit finden lassen.

Auch in andrer Form hat Graf Zedlitz wenigstens indirekt viel Freundlichkeit seitens des Fürsten und seiner Gemahlin durch die große Güte erfahren, mit welcher beide seine Tochter und seine Enkel behandelten, nachdem jene einen entfernten Verwandten der Fürstin geheiratet hatte.

Bismarcks Sozialpolitik.

Ein Aufsatz des Hofpredigers a. D. Stöcker hat die Frage, wie sich der erste Reichskanzler zur sozialpolitischen Frage verhalten habe, wieder aufgerollt. Ich bin in der Lage, auf Grund einer Aufzeichnung, welche von dem Fürsten Bismarck seiner Zeit durchgesehen und mit mehreren Zusätzen und Abänderungen versehen worden ist, hierüber nachstehendes mitzuteilen:

An dem Vorwurf, Bismarck sei ein Feind der Arbeiterschutzgesetzgebung gewesen, ist nur soviel wahr, daß er von denjenigen Forderungen, welche Eingriffe in die persönliche Unabhängigkeit des Arbeiters und in seine Rechte als Familienoberhaupt bilden, indem sie ihm oder den Seinigen verbieten zu arbeiten, wann er will, nichts wissen wollte. Die Schaffung eines Normalarbeitstags und eines Normallohnsatzes hielt er für undurchführbar, aber auch die Verbote der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. zur Zeit nur erfüllbar, wenn alle Kulturstaaten dieselbe befriedigen würden. Deutschland hat aber keinen seiner Nachbarn zur Zusage oder Nachfolge bewegen können, und eventuell würde nur Deutschland das Abkommen gewissenhaft durchführen und seine Industrie die Kosten tragen. —

Ganz von der Hand des ersten Reichskanzlers ist eine mit Bleistift an den Rand einer ihm gemachten Vorlage geschriebene Bemerkung zum Alters- und Invaliditätsgesetz, welche besagt:

„Sein Interesse an der Sache war nicht mehr das ursprüngliche von dem Augenblick an, wo dem Arbeiter Beiträge zu seiner Altersversorgung zugemutet wurden; er hatte eine Versicherung auf Staats- und Reichskosten in Aussicht genommen und empfohlen, die

Mittel dazu eventuell aus dem Tabakmonopol zu nehmen. Die von ihm erstrebte politische Wirkung war nur durch diese Gratisversorgung zu erreichen. Lohnabzüge im 18. Jahre behufs knapper Pension nach einem halben Jahrhundert lagen nicht in dem Plan, der ihm bei seiner Initiative vorschwebte." —

Im Hinblick auf das soziale Unwetter, das sich (Herbst 1903) im Kohlenrevier des Ruhrgebietes zusammenzog, hat die folgende Stelle aktuelles Interesse:

„Bei Streiks soll die Regierung vor allem in die Entwickelung der Lohnfrage ihrerseits nicht eingreifen, nur Gesetz und Ordnung schützen. Die obrigkeitliche Gewalt soll weder für noch gegen die Arbeiter Partei nehmen, sie hat aber streng darüber zu wachen, daß der Lohnkampf ausschließlich auf friedlichem Wege und mit gesetzlichen Mitteln ausgetragen wird." —

An internationale Abkommen in Bezug auf den Arbeiterschutz knüpfte Bismarck keine großen Hoffnungen. Hiervon abgesehen ist aber die Behauptung, Bismarck sei ein Gegner des Arbeiterschutzes gewesen, eine Entstellung der Wahrheit. Er war nur ein Gegner des Zwangs und der Kürzung der Einnahmen der Arbeiterfamilien, soweit ihnen kein Ersatz für den Ausfall geboten wurde. Der Fürst hat an der internationalen Regelung der Arbeiterschutzfrage formell mitgewirkt, und der Umstand, daß er materiell diesen Schritt für inopportun hielt, hätte ihn zum Rücktritt nicht veranlaßt.

Die im Vorstehenden gesperrt gedruckten Worte sind durchweg Bleistiftbemerkungen des Fürsten zu der ihm von mir unterbreiteten Vorlage.

Bismarck und seine Hamburger Freunde.

In meinem vor Weihnachten 1902 erschienenen Werke: „Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde", Verlagsanstalt u. Druckerei A.-G. (vorm. J. F. Richter) in Hamburg, habe ich versucht, in Bruchstücken die freundschaftlichen Beziehungen zu schildern, die sich in den letzten 8 Lebensjahren zwischen dem Altreichskanzler und den Bewohnern seiner großen Nachbarstadt ausgebildet haben. Ich sage „in Bruchstücken"; denn es bleibt für eine neue Bearbeitung des Werkes noch vieles übrig, ich erwähne nur z. B. eine möglichst getreue Schilderung der unzähligen anmutigen Begegnungen, die der Fürst vor seinem Hause in Friedrichsruh in seinem Walde mit den Abertausenden hatte, die stundenlang harrten, bis sie den Begründer des Deutschen Reiches zu sehen bekamen. Hierzu kommen Mitteilungen, die ich erst nach dem Erscheinen des gedachten Werkes von Nahestehenden des Bismarck'schen Hauses über ihre Beziehungen zu dem ersten Reichskanzler anvertraut erhalten habe. Aus der Mappe, die ich für diese letztere Quelle angelegt habe, mögen im Nachstehenden die Bismarck-Erinnerungen von Herrn Gustav Tietgens, Hamburg, folgen.

Donnerstag, den 30. April 1891.

„Fürst Bismarck wird die Herren mit Vergnügen empfangen. Gefälligst ein Uhr. Chrysander."

lautete die telegraphische Antwort auf die Depesche des Vorstandes der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt A.-G., der in Friedrichsruh angefragt hatte, ob es gestattet sei, Sr. Durchlaucht dem Fürsten das Gesuch um eine Besichtigung des Dampfers „Fürst Bismarck" vorzutragen.

Und so fuhren der erste Vorsitzende des Aufsichtsrats der Packetfahrt, Herr Woldemar Nissen, mit Herrn Direktor Hugo Meyer und meiner Wenigkeit als zweitem Vorsitzenden zum Fürsten Bismarck.

Am Bahnhofe Friedrichsruh wartete unser ein Wagen des Fürsten. Im Schlosse angekommen, wurden wir in ein Zimmer des ersten Stocks geführt, woselbst Herr Dr. Chrysander, gebürtig aus Bergedorf, ein Schüler Schwenningers, uns mitteilte, daß der Fürst sich auf einem Spaziergange im Walde befände, indes in kurzer Zeit zurückzuerwarten sei.

Herr Dr. Chrysander erledigt mit zwei Hülfsschreibern die große Korrespondenz des Fürsten.

Gegen 1 Uhr meldet ein Diener Bismarcks Rückkunft. Im Erdgeschosse empfing uns Se. Durchlaucht mit freundlichem Händedruck.

„Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, daß Sie Ihren schönen Dampfer nach meinem Namen getauft haben."

Wir hatten dann die Ehre, der Tochter des Fürsten, Frau Gräfin Rantzau, vorgestellt zu werden. Fürstin Bismarck war unpäßlich.

Zur Frühstückstafel zugezogen, nahmen daran teil, außer den bereits Genannten, die drei jungen Grafen Rantzau, Enkel des großen Staatsmannes, und deren Hauslehrer.

Hatte sich das Gespräch bis dahin in einer etwas beengenden Form bewegt, so wurde die Unterhaltung ungleich lebhafter und, wenn der Ausdruck gestattet ist, „gemütlicher".

Man sprach von der Auswanderung und deren Zukunft.

Fürst Bismarck:

„Deutschland produziert mehr Kinder, als es gebrauchen kann."

Und als Frankreichs Wohlstand erwähnt wurde:

„Jeder Deutsche ist bei seiner Geburt um eine Flasche Rotwein zu kurz gekommen."

Ferner von der Opposition der Deutschen:

„Von einem meiner Freunde erzählte man sich, er sage jeden Morgen beim Erwachen dreimal — nein — nein —

nein -- für den etwaigen Fall, daß während der Nacht Anträge gestellt seien, denen er nicht widersprochen habe."

Von der Sozialdemokratie:

„Ganz lieb ist es mir, daß mein Lebensalter wohl nicht mehr so weit reichen wird, daß ich die Zeit mitzumachen habe, in der die Umwälzungen stattfinden, wo möglicherweise die rote Fahne statt der blau-weiß-roten Trikolore uns gegenübersteht. Zu kurieren ist die Sozialdemokratie wohl kaum, aber hoffentlich bleibt man in Deutschland fest und sicher, gibt die Zügel nicht aus der Hand. — Alsdann ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß, wie vor hundert Jahren, die Herren Franzosen die Liebenswürdigkeit haben, für uns das Bad auszubaden. Man wird dann zur Raison kommen.

Geheilt werden die Sozialisten nicht eher, als es zu spät ist, wie ein junger Lebemann, der tapfer Rotwein trinkt, erst an ärztliche Hilfe glaubt bezw. den Arzt um Ratschlag und Hilfe angeht, wenn sich Gicht und Podagra einstellen. — Zu spät. —"

Von den Arbeiterverhältnissen, den Streiks in Rheinland, Westfalen:

„Die Herren Agitatoren haben ein ungleich angenehmeres, gemütlicheres Leben in den Städten und im Westen. Nette Bierhäuser und Kneipen. Anders auf dem Lande in Ost- und West-Preußen, Pommern 2c.

Der Arbeiter im Osten besitzt noch die gute Eigenschaft, daß er zum Könige hält und nicht eher zu klagen anfängt, als bis er verhungert."

Von der heute stattfindenden Stichwahl zum Reichstag im 19. Hannoverschen Wahlkreise zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Sozialisten Schmalfeldt:

„Ich habe in meinem Leben ganz andere Aufregungen durchgemacht als die heutige, und ich werde mich über den Ausgang dieser Wahl nicht besonders echauffieren. Wenn ich voraussetzen könnte, daß Krakehl entstände, würde ich überhaupt nicht annehmen. Sonst aber würde ich für die braven Kehdinger gern eintreten."

Herr Nissen gegen Schluß der Mahlzeit:

„Wir haben gewartet bis jetzt, um Eure Durchlaucht um die Ehre zu bitten, unsern Schnelldampfer „Fürst Bismarck" zu besuchen, in der Hoffnung, nach Tische eine günstige, bejahende Antwort zu erhalten."

Der Fürst:

„Das wollen Sie mir sagen, daß man nach der Mahlzeit leichter eine bejahende Antwort erhält als zuvor? Ich habe stets dahin gewirkt, daß die Sitzungen des Reichstages möglichst abends stattfänden. Schon die alten Deutschen waren bekanntlich morgens niemals zu bejahenden Beschlüssen zu veranlassen.

Freilich wird abends nach dem Genusse der Mahlzeit und des Weines die Zahl der Ordnungsrufe sich erheblich vermehren. Mancher persönliche Zusammenstoß würde stattfinden, indes die Sache selbst leidet sicherlich nicht darunter."

Man sprach von dem Stapellauf des Dampfers „Fürst Bismarck", vom Zerschmettern der Flasche Schaumwein an den Bug des Schiffes.

„Ich erinnere mich meiner wilden Jugendzeit, wo gewettet wurde, eine volle Flasche Champagner beim Werfen gegen die Wand zu zerschellen, das gelang nur in einzelnen Fällen. Der dicke Unterteil der Flasche fliegt gegen die Wand und die Bouteille bleibt unbeschädigt."

Eine Mitteilung, die Fürst Bismarck mit sichtlichem Interesse entgegennahm, war die von dem jüngst an Bord des Dampfers „Fürst Bismarck" auf der Probefahrt von dem Vize-Admiral Hollmann ausgebrachten Trinkspruch auf Seine Durchlaucht. Direktor Meyer hatte desselben erwähnt.

Der Fürst:

„Mit den Salzwasserleuten habe ich immer auf gutem Fuße gestanden — Stosch ausgenommen. Als Reichskanzler stand ich eigentlich über dem Marine-Minister; da ich indes nicht gern über Sachen rede, die ich nicht verstehe, wäre ich ganz gut mit dem Herrn fertig geworden. Nicht so mit Herrn von Stosch, der außer mit der Marine, sich auch mit

der Politik zu beschäftigen beliebte, namentlich mit der inneren Politik in Berlin."

Von den deutschen Arbeitern:

„In allen Erwerbszweigen dreht sich der Arbeiter mit der Zeit und mit der Notlage und geht, wenn es sein muß, zu einem andern Gewerbe über. Die Weber im Eulengebirge bilden eine Ausnahme, sie sind durch die Fabrikarbeiter distanziert. Trotzdem glauben sie das von den Vätern ererbte Gewerbe fortsetzen zu müssen."

Von Bordeaux-Wein:

„Seitdem Schwenninger hier als Haustyrann herrscht, bin ich auf sauren Moselwein gesetzt."

Von den beiden Ulmer Doggen, die während der Mahlzeit sich zu beiden Seiten des Fürsten niedergelassen hatten:

„Tyras war dressiert und hat mir manche Kosten für einen neuen Rock verursacht. Wenn jemand mit einer Papierrolle hinter mich trat, sprang er ihn an und zerriß ihm den Rock. Der Hund erlaubte nicht, daß sich mir jemand bewaffnet näherte. Ganz perplex war er, wenn ich auf dem Schießstande selbst die Flinte ergriff."

Auf die Frage, welche Hamburger Herren für den erhofften Besuch des Fürsten an Bord einzuladen seien, erwiderte Bismarck nach kurzem Zögern:

„Die Damen und Herren von der Verwaltung der Packetfahrt sind für mich in dieser Beziehung der bequemste Ankergrund."

Als vom Anbordgehen gesprochen wurde, meinte die Gräfin Rantzau: „Da müssen wir wohl die Strickleitern hinaufklettern?", worauf der Fürst:

„Wenn ich auch schon bei Jahren bin, ich kann doch noch ganz gut vierfüßig gehen und klettern."

Als die Zeit besprochen wurde, wann es dem Fürsten gefallen würde, den seinen Namen tragenden Dampfer zu besichtigen, fragten wir, ob der um 11,28 morgens von Friedrichsruh abgehende, um

12 Uhr in Hamburg eintreffende Zug genehm sein würde. Der Fürst wandte sich an die Gräfin Rantzau:

„Ja, das Frühaufstehen, das ist hier so ein eigen Ding. — Meine Tochter kommt spät herunter, sie sagt, sie korrespondiere morgens."

Auf unsere Bemerkung: „Die Inaugenscheinnahme des Dampfers sollte möglichst ein Vergnügen sein und nicht durch zu frühes Aufstehen beeinträchtigt werden, paßt Ew. Durchlaucht der 12 Uhr 10 Minuten-Zug besser?"

Der Fürst: „Ja, meine Herren, den 12,10 Zug würde ich vorziehen, auf die Zeit der Rückkunft kommt es hier so genau nicht an."

Mit Bezug auf das seit mehreren Stunden anhaltende Regenwetter äußerte der Fürst:

„Für mich als Landmann paßt das feuchte Wetter ganz wohl, nicht aber für mich als Patient. Da treten heftige Gesichtsschmerzen auf, wie elektrische Glocken und Klingeln zieht mir das durch den Kopf."

Nach dem Frühstück wurde Bismarck die große Tabakspfeife gereicht; uns wurden Zigarren angeboten. Herr Nissen und ich dankten. Der Fürst:

„Was, die Herren rauchen nicht? Das scheint ja leider sehr überhand zu nehmen. Schlimm für das Tabaksmonopol, für das ich auch heute noch eintrete. Wir kriegen das Monopol doch noch mal, wenn die Finanzen schlecht stehen und wir Geld haben müssen."

Es wurde erwähnt, daß Herr Karl Schurz in New York der Vertreter der Packetfahrt sei, worauf Bismarck äußerte:

„Daß ich den Schurz nach Jahren bei mir sah, das haben mir einzelne Hochkonservative ordentlich übel genommen. Da hieß es, „dieser Demokrat ꝛc." — und doch hat der mich seit Kinckels Befreiung stets interessiert."

Sidney Whitman, der bekannte Publizist und Verfasser des „Imperial Germany", hatte den Fürsten wenige Tage zuvor besucht. Wir sprachen über dieses Buch, worauf der Fürst bemerkte:

„Mr. Whitman schreibt recht hübsch und sehr anerkennend über die deutschen Zustände.“

Auf die Frage: Ist Mr. Whitman Publizist von Profession? äußerte Bismarck:

„Doch nicht. Bis zum dreißigsten Jahre war er, wie das in England vielfach vorkommt, Bummler — gentleman —, dann studierte er deutsche Verhältnisse und schrieb — Whitman spricht ganz gut deutsch, wenigstens genügend für die leichte Unterhaltung.“

Als die Rede auf die englische Sonntagsruhe kam, und auf das in dem Buche von Busch erwähnte Flöten Bismarcks in den Straßen Hulls, wiederholte der Fürst die Worte seines derzeitigen Begleiters:

„Pray, it is not allowed to whistle on sunday morning.“

Zum Schluß der Mahlzeit erhob der Fürst sein Glas und stieß mit uns an:

„Auf ferneres gutes Gedeihen der Packetfahrt!“

Dann wurde uns das Fremdenbuch vorgelegt zur Eintragung unserer Namen; dabei äußerte der Altreichskanzler:

„Das Buch hat meine Frau eingeführt. Es entstanden früher schon einmal Meinungsverschiedenheiten, wenn dieser und jener bei uns gewesen war. Häufig hatte meine Frau Recht, zuweilen aber auch ich.“

Um drei Uhr verabschiedeten wir uns, unser Ersuchen, um die Ehre eines Besuches Sr. Durchlaucht an Bord des Dampfers „Fürst Bismarck“ wiederholend.

Auf der Rückfahrt schrieb ich unter Beihilfe meiner beiden Gefährten das vom Fürsten Gehörte möglichst wortgetreu nieder.

In hoher Begeisterung gedachten wir des soeben Erlebten — des „eisernen Kanzlers“, unter dessen Leitung das von ihm geeinte Deutschland zur Größe und Macht gelangte.

Der erste Fackelzug der Hamburger in Friedrichsruh.[1]

Der „Reichstags-Wahlverein von 1884“ hat sicher seine Verdienste um die Pflege des Bismarck-Kultus in Hamburg; aber ich war doch nicht ganz exakt unterrichtet und verkleinerte das Verdienst des gesamten Hamburg, wenn ich auf Seite 242 meines Buches „Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde“ schrieb, es sei Ende März 1890 „auf Veranlassung“ des gedachten Vereins eine große Anzahl von Hamburger Bürgern zusammengetreten, um dem Fürsten den ersten Friedrichsruher Fackelzug darzubringen. Die Sache verhielt sich vielmehr folgendermaßen:

Als die Kunde von Bismarck's Entlassung und der Umstände, die diese Entlassung begleiteten, nach Hamburg drang, bemächtigte sich der besseren Schichten der dortigen Bevölkerung eine schmerzliche, heftige Erregung. Unzählige Hamburger fragten sich: „Was können wir tun, wie „ihm“ unsere Liebe zeigen, unsere Treue und Anhänglichkeit?“ Etwas Außergewöhnliches verlangte Jeder, eine Huldigung für den gestürzten Riesen, weit hinaus gehend über normales Maaß!

In einem kleinen Kreis entstand die Idee eines Fackelzuges, zu dem die Hamburger hinauseilen sollten aus ihren Mauern nach dem fast eine Stunde Bahnfahrt entfernten Friedrichsruh. Zum Träger dieser Idee machte sich Herr W. Staelin; seinem Eifer aber wollte es zunächst nicht gelingen in den, zu Führern geeigneten Herren die nötige Zuversicht eines Erfolges zu wecken! „Ja, wenn

[1] Nach Mitteilungen von Herrn W. Staelin (Hamburg).

der Fürst in Hamburg wäre" hieß es, „aber ob das Feuer der Begeisterung so hell lodert, daß der schwerfällige Hamburger hinauswandern wird, die Fackel zu tragen?" Vorstands-Mitglieder des Reichstags-Wahlvereins hatten Competenz-Bedenken, die Sache „als Verein" in die Hand zu nehmen, selbst Herr Eduard Isaakson, der damalige Geschäftsleiter des Vereins, der später — insbesondere auch als Vereinsvorsitzender — der eifrige und unermüdliche, auch opferwillige Hauptveranstalter aller folgenden sechs Fackelzüge war. — „Wenn" und „aber" von vielen Seiten, bis am 26. oder 27. März Herr W. Staelin an der Börse den Rechtsanwalt und jetzigen Reichstags-Abgeordneten Dr. Semler traf, und ihn anredete: „Herr Dr., Sie waren doch Corpsstudent, Sie wissen, wie begeisterte Jugend große Männer ehrt, Sie haben Mut in der Brust, — was halten Sie von einem Fackelzug in Friedrichsruh an Bismarck's Geburtstag zu Bismarck's Ehren?" — „Mensch, kommen Sie mit!" war Dr. Semler's ganze Antwort, und ohne Rücksicht auf sein eigenes oder Staelin's Börsengeschäft zog er ihn mit, hinaus, über die Straße in sein kaum 100 Schritt entferntes Bureau.

Im stillen Zimmer waren die beiden Herren rasch klar — Staelin überließ Herrn Dr. Semler seinen Gedanken, Dr. Semler bürgte dagegen für die Ausführung. — Einmal festen Willens zur Tat, schien alles Andere sich als selbstverständlich zu ergeben, und so waren in kurzer Stunde erörtert: Kosten-Beitrag der Teilnehmer, Kostendeckung, Komité, Aufruf. Kosten-Beitrag: nur Ersatz der Eisenbahnfahrt; am Geldpunkt durfte die patriotische Tat nicht scheitern; Kostendeckung: wer dem Komité beitritt, muß dafür pro rata aufkommen; Komité: ohne ernste Auswahl, wer von Bismarck-Freunden guten Namens in den Weg kam, sollte aufgefordert werden, zu unterzeichnen; Aufruf: sofort zu Papier gebracht, wie das Feuer des Augenblickes ihn eingab.

Dem sich gebildeten Fackelzug-Komitee, das viele Vorstandsmitglieder des Reichstags-Wahlvereins umfaßte, trug denn dieser Verein kein Bedenken, seine Räume und seine Angestellten zum Kartenverkauf zur Verfügung zu stellen; der Verein brauchte es nicht lange zu tun, nach 24 Stunden glänzte an seiner Tür das Plakat „Ausverkauft" und ließ Hunderte betrübt und enttäuscht

umkehren, die dann so nach Friedrichsruh eilten und die Tausende mehrten, die, im Herzen voll inniger Teilnahme, der Huldigung zuschauten.

So groß die Begeisterung bei diesem ersten Hamburger Fackelzug war, so klappte doch Manches nicht, jedenfalls wohl annähernd nicht so, als bei den später besser und sorgsamer vorbereiteten des Hamburger Reichstagswahl-Vereins von 1884. Auch der Fürst brachte etwas Verwirrung in die Veranstaltung. Es war verabredet, ihm am Nebeneingang, dem Landhaus gegenüber, die Huldigung darzubringen; Bismarck erschien aber plötzlich im Wege am Hauptportal, als der designierte Sprecher, Herr Dr. Nolte und das folgende Musikkorps bereits vorüber waren und traf gerade auf das übrige Gros des Komitees. Da empfanden viele der Herren zum ersten Mal die durchbohrende Gewalt seiner Augen. Dem Fürsten Bismarck gerade gegenüber standen ein erster, im hohen Grade redegewandter Hamburger Rechtsanwalt und Herr Staelin, — aber, förmlich gebannt, brachte keiner der Beiden ein Wort der Anrede hervor in den fünf Minuten, die vergingen, bis Herr Dr. Nolte endlich zurückgeholt war, trotzdem der Fürst, ersichtlich auf eine Anrede wartend, zweimal die Anregung gab durch seine wiederholte Frage: „Sie kommen aus Hamburg?"

Spätere Fackelzüge an Bismarcks Geburtstag übernahm der „Reichstagswahl-Verein von 1884"; sie blieben Ruhmesblätter in seinem und im Leben Hamburgs, aber sie waren doch in der Hauptsache eine liebgewordene Huldigung. Man ging mit, weil man den Alten im Sachsenwald gern einmal in der Nähe sehen wollte, weil man ihn doch seiner Frau, seinen Kindern zeigen mußte, weil man „immer" dabei gewesen war, weil man gern sich dauernd dankbar zeigen wollte.

Den ersten Fackelzug aber brachte Hamburg und brachte ihn in flammender Erregung und glühender Begeisterung für den jetzt entlassenen, seiner Macht entkleideten großen Fürsten, es erwarb sich damit ein Verdienst an das es damals nicht dachte, — es gab dem Fürsten den Glauben wieder an menschliche Liebe und Dankbarkeit, die nicht aus selbstsüchtigem Trieb geboren! —

„Fürst Bismarck" als Schiffsbezeichnung.

Wer denkt bei dieser Ueberschrift nicht an das stolze Schiff der Hamburg-Amerika Packet-Gesellschaft, das mit dem größten Luxus ausgestattet, den Namen des ersten Reichskanzlers in alle Welten trägt? Zum ersten Mal ist meines Wissens Bismarck um die Erlaubnis, einem neu konstruierten Schiffe seinen Namen zu geben, zu Anfang des Jahres 1866 von dem Stralsunder Schiffskapitän August Holtz angegangen worden. „Gerne wählt der Schiffer" — so stellte der Kapitän dem Ministerpräsidenten vor — „einen Namen, der weit vom Vaterland, ja überall, wohin er sich wendet, einen Achtung gebietenden Klang hat, dessen Träger nach seiner Ueberzeugung den Schutz der Vorsehung besonders verdient. Kein Name vereinigt diese Eigenschaften mehr in sich, als der Eurer Excellenz. Unter Hochdero kräftiger Führung der Staatsgeschäfte haben nicht nur Preußens Heere und Marine neue Lorbeeren erworben, gewinnt nicht nur die Sicherheit im Innern, auch unsere auswärtigen Handelsbeziehungen sind überall hin, bis in die fernsten Länder, erweitert worden. Ew. Excellenz sind nicht nur Beschützer unserer politischen Größe, sondern auch unseres friedlichen Handelsverkehrs. Mit einem Worte, ich möchte meinem Schiffe den Namen geben: „Minister-Präsident Graf von Bismarck." Wenn Ew. Excellenz mir dies gestatten, auch vielleicht höchstselbst einen Rhederei-Anteil an dem Schiffe nehmen möchten, so würde mich beides sehr glücklich machen; ich würde mein Schiff mit Stolz durch die Wellen lenken und mit Zuversicht guten Erfolgen entgegensehen."

Hierauf antwortet Bismarck in einem bisher unveröffentlichten Briefe d. d.

„Berlin, 8. Febr. 1866.

Eure Wohlgeboren benachrichtige ich auf Ihr Schreiben vom 25. Januar d. J., daß ich gerne meine Einwilligung dazu ertheile, wenn Sie Ihrem Schiffe meinen Namen geben wollen. Ich würde es jedoch vorziehen, wenn mein amtlicher Charakter nicht einen Theil des Schiffsnamens bildete, sondern der kürzere „Graf von Bismarck-Schönhausen“ gewählt würde. Von ganzem Herzen spreche ich Ihnen mit meinem Dank für die mir ausgedrückten freundlichen Gesinnungen zugleich den Wunsch aus, daß die Hoffnungen sich erfüllen mögen, welche Sie auf das Gelingen Ihres Unternehmens setzen. v. Bismarck.“

Am 28. Februar 1866 bat hierauf der Stralsunder Schiffskapitän den Grafen Bismarck um eine Beschreibung und Zeichnung seines Wappens, da dasselbe den Spiegel des Schiffes zieren sollte. Daran knüpfte sich die neuerliche Anfrage, ob Bismarck nicht einen Rhederei-Anteil an dem Schiffe übernehmen wolle. Hierauf erging folgende bisher gleichfalls unveröffentlichte briefliche Antwort ab.

„Berlin, den 9. März 1866.

Eure Wohlgeboren übersende ich Ihrem Wunsche gemäß eine Beschreibung und Zeichnung meines Wappens, indem ich dabei bemerke, daß auf dem Spiegel des Schiffes wohl nur der blaue Schild mit dem darauf befindlichen Wappenbilde anzubringen sein möchte. Was die Uebernahme eines Rhederei-Antheils betrifft, so würde ich Ihrem desfallsigen Vorschlage sehr gerne zu entsprechen bereit sein, wenn ich nicht grundsätzlich jede Betheiligung an kaufmännischen und ähnlichen Geschäften ablehnen zu müssen glaubte. Ich bedauere daher auch im vorliegenden Falle hiervon keine Ausnahme machen zu können. v. Bismarck.“

Fürst Bismarck
und der Nord-Ostsee-Kanal.

Bereits in der Mitte der siebziger Jahre drang Fürst Bismarck darauf, daß über den Eisenbahnen, die ihm vorzugsweise am Herzen lagen, die Wasserstraßen nicht vergessen werden möchten. Ihm schien es, daß die Kanalentwicklung in Deutschland mit jener in Frankreich, England und Rußland nicht gleichen Schritt gehalten habe. Sein Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Nord-Ostsee-Kanal, für dessen Zustandekommen er unermüdlich gewirkt hat. Bei der Fülle des Stoffes hat nur ein verschwindend kleiner Teil der einschlägigen Schreiben Bismarcks — er schätzte die Zahl der betreffenden Korrespondenzen auf *Hunderte* — in mein Werk: „Aktenstück zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" aufgenommen werden können. Zur Ergänzung des bereits bekannten Stoffes lasse ich im Nachstehenden noch eine Anzahl bisher veröffentlichter Briefe folgen, welche Bismarck in der Sache an einzelne Interessenten gerichtet hat.

„An die

Direktion der Diskonto-Kommandit-Gesellschaft zu Berlin.

Berlin, den 6. Mai 1864.

Mit lebhaftem Interesse habe ich aus dem gefälligen Schreiben vom 27. v. Mts. die Vorschläge wegen Bildung einer Aktien-Gesellschaft zur Herstellung eines für größere Seeschiffe tauglichen Kanals zwischen der Ost- und Nordsee entnommen. Die technischen Voruntersuchungen sind bereits eingeleitet, und sobald sich ein

Näheres übersehen läßt, wird der Herr Minister für Handel, mit dem ich wegen der Angelegenheit in Berathung getreten bin, den Herren Unterzeichnern jenes Schreibens darüber eingehende Mittheilung machen.

Die Königliche Regierung wird der Angelegenheit gern jedwede Förderung angedeihen lassen, und ich ersuche die Direktion, den übrigen Herren Unterzeichnern hiervon ebenfalls Kenntniß zu geben.

v. Bismarck."

„An den

Schiffs-Registrator Herrn Hugo Hübbe in Hamburg.

Cottbus, den 23. Juni 1864.

Eurer Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 13. d. Mts. habe ich mit lebhaftem Interesse entgegengenommen und spreche Ihnen für die Anlage desselben meinen besonderen Dank aus. Es ist mir angenehm zu hören, daß dies Buch in unserer Marine vielfachen Gebrauch findet, bei welchem es nicht verfehlen kann, segensreiche Wirkungen hervorzubringen.

Die Bemerkungen, welche Eure Wohlgeboren über die Wichtigkeit des Lister Tief[1]) und seine Bedeutung für den freien Gebrauch des Nord-Ostsee-Kanals machen, sind mir sehr schätzbar gewesen, und werde ich dieselben bei den weiteren Verhandlungen, deren Verlauf sich nicht übersehen läßt, nicht unberücksichtigt lassen.

v. Bismarck."

„An den

Handelsminister außer Diensten, Herrn Freiherrn von der Heydt.

Berlin, den 4. Februar 1865.

Eurer Excellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 30. v. Mts. in Betreff des Nord-Ostsee-Kanals[2]) ganz ergebenst zu erwidern, daß die Entscheidung der darin angeregten

[1]) Das „Lister Tief" galt ehedem als der Schlüssel zum Nord-Ostsee-Kanal, und man behauptete: wer im Besitze einer entsprechenden Kriegsflotte das „Lister Tief" inne habe, beherrsche die Mündung der Elbe.

[2]) Freiherr von der Heydt beabsichtigte die Konstituierung einer Gesellschaft zur Erbauung des Nord-Ostsee-Kanals.

Fragen durch das Ergebniß diplomatischer Verhandlungen bedingt ist, welche sich im Augenblicke noch der Veröffentlichung entziehen.

Was die Herstellung des Kanals und insbesondere die Modalität der Betheiligung des Staats an dem Unternehmen betrifft, so ist die Berathung, welche zwischen den betreffenden Ministerien darüber schwebt, noch nicht abgeschlossen.

Sobald sich das Ergebniß derselben übersehen läßt, werde ich nicht unterlassen, Eurer Excellenz ganz ergebenst davon Mittheilung zu machen, um Ihre gefällige Vermittelung behufs der weiteren Verständigung mit den Unternehmern zu erbitten.

v. Bismarck."

Fürst Bismarck und Eduard v. Simson.

Aus den im Jahre 1900 bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen Erinnerungen aus Eduard von Simsons Leben, zusammengestellt von B. v. Simson, wissen wir, daß Simson, wie mancher seiner Parteifreunde, infolge der Ereignisse von 1866 aus einem politischen Gegner ein Bewunderer Bismarcks geworden ist. Umgekehrt trug auch Bismarck Simson manche Aeußerung, die dem liberalen Abgeordneten in der Konfliktszeit entschlüpft war, nicht nach, und mit keinem späteren Reichstagspräsidenten stand der erste Reichskanzler so gut, wie mit Simson. Wenn Bismarck im Reichstag dem ersten Präsidenten Simson gegenüber einen Wunsch äußern wollte, so geschah dies entweder, indem er sich dem Sitze Simsons näherte, oder ihn in einem Konferenzzimmer sprach, häufig aber auch mittels einiger formloser Worte, die Bismarck mit Bleistift auf einen Oktavbriefbogen hinwarf, und die er dann vom Bundesratstisch aus durch einen Boten zum Reichstagspräsidenten hinauf befördern ließ. Von der formlosen Korrespondenz, die sich daraus zwischen Bismarck und Simson entwickelte, lasse ich nachstehend einige unveröffentlichte Stücke folgen. Man erwarte aber keine Enthüllungen, es sind bloß Belege für das gute Einvernehmen zweier der deutschen Nation teuren Männer.

Bleistiftnotiz Simsons auf Oktavblatt, ohne Unterschrift und ohne Datum.

„Es ist soeben ein Schlußantrag eingegangen.“

Darunter Bleistiftnotiz Bismarcks ohne Unterschrift.

„Ich bitte um das Wort vorher.“

Auf Oktavbriefbogen (mit Tinte) ohne Datum.

„Wird es möglich sein, daß ich Sie einen Augenblick spreche?

v. Bismarck."

Bleistiftnotiz Bismarcks ohne Unterschrift (Jahr 1867).

„Ich beabsichtige um die Ehre zu bitten, daß hohes Präsidium am nächsten Sonnabend bei mir dinirt.

Convenirt Ihnen der Tag?"

Bleistiftnotiz Bismarcks auf Oktavbriefbogen ohne Unterschrift.

„An

Dr. Simson.

19. März 1869.

S. M. der König wollen den Herrn Präsidenten heute gegen 4 Uhr empfangen."

Anschreiben Simsons auf Oktavbriefbogen.

„Ew. Durchlaucht

haben, wie ich hoffe, seit Ihrem vertraulichen Schreiben an den Büreaudirektor des Reichstags die Tagesordnung alle Mal sofort nach Schluß der Sitzung erhalten.

27./4. 71. Simson."

Darunter Bleistiftnotiz Bismarcks.

„Mit verbindlichstem Danke und stets rechtzeitig."

*

„An den

Präsidenten des Deutschen Reichstages

Herrn Dr. Simson,

Hochwohlgeboren, hier.

Berlin, den 15. Mai 1871.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für das mit dem gefälligen Schreiben vom 13. d. Mts. mir freundlichst übersandte Exemplar des Hirth'schen Parlaments-Almanachs für 1871.

Empfangen Eure Hochwohlgeboren die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Bismarck."

*

„An den
Vollzugs-Ausschuß des Central-Comités zur Errichtung eines Denkmals zu Ehren des Freiherrn vom Stein, z. H. des Präsidenten des Reichstags, Königl. Appellationsgerichts-Präsidenten Dr. Simson.[1])

Berlin, den 13. Mai 1872.

Dem Vollzugs-Ausschuß sage ich für die freundliche Mittheilung vom 8. d. M. über die Vollendung des zu Ehren des weiland Freiherrn vom Stein bei Nassau zu errichtenden Marmorstandbildes meinen verbindlichsten Dank und bedaure, daß mein Gesundheitszustand mir heut noch nicht gestattet, den Besuch in der Victoria-Straße zu machen.

v. Bismarck."

---

[1]) Der Ausschuß hatte es für seine Pflicht erachtet, dem Fürsten — welcher im Jahre 1870 eine so lebhafte und werktätige Teilnahme an der Förderung des nationalen Unternehmens gezeigt — von der Vollendung des Marmorstandbildes mit dem Hinzufügen Anzeige zu machen, daß dasselbe vor der Ueberführung nach dem Rhein noch etwa 14 Tage in der Werkstatt des Künstlers Johannes Pfuhl, Victoria-Straße 29a, zur Ansicht ausgestellt sei.

Bismarck und die Parlamentarier.

Die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu den Parlamentariern sind in meinem vor etwa zehn Jahren erschienenen dreibändigen Werke mit dem in der Ueberschrift gewählten Titel leider nur sehr lückenhaft geschildert worden. Manche Fragen waren damals noch zu akut, um bereits der Oeffentlichkeit übergeben zu werden, der erste Reichskanzler war noch am Leben, mancher Abgeordnete hielt mit seinen Erinnerungen zurück, weil er dachte, dieselben vielleicht selbst dereinst herauszugeben, bei anderen waren andere Motive für ihre reservierte Haltung maßgebend.

Eine Ergänzung meiner ursprünglich parlamentarischen Enquête war deshalb von Haus aus in Aussicht gestellt worden. Ich gehe jetzt an dieselbe heran und beginne mit dem Landesdirektor und Vize-Präsidenten des Herrenhauses, Freiherrn Otto v. Manteuffel, dessen Bekanntschaft mit dem Fürsten Bismarck bis in den Anfang der fünfziger Jahre zurückreicht.

Aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist bekannt, daß derselbe damals fast regelmäßig bei dem Vater unseres Parlamentariers, dem letzten Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelms IV., abstieg, so oft Bismarck die parlamentarischen Arbeiten oder der Befehl des Königs nach Berlin beriefen. Bismarck wohnte und aß regelmäßig im Hause seines Chefs, so auch an dem Tage, da er sich mit dem Abgeordneten von Vinke duellierte; für den Fall, daß Bismarck verletzt zurückkehren würde, war auf seinen Wunsch, damit ihm geistlicher Zuspruch nicht fehle, der General-Superintendent

Büchsel nach der Wilhelmstraße 76 geladen worden, der sich denn auch dort einfand.

Umgekehrt wohnte der Ministerpräsident Freiherr v. Manteuffel mit seinem Sohne Otto bei dem Bundestagsgesandten von Bismarck-Schönhausen in Frankfurt a. M., als der erstere im Jahre 1858 den Prinzen von Preußen auf seiner Reise von Ostende nach Baden-Baden begleitete. Im Kriege von 1866 sah der junge Otto Manteuffel, damals Fähnrich im Thüringischen Husaren-Regiment Nr. 12, Bismarck bei der großen Parade bei Lundenburg, kurz nach dem Nikolsburger Frieden; nach der Schlacht von Königgrätz hatte der preußische Ministerpräsident die Freundlichkeit, dem früheren Minister Manteuffel brieflich mitzuteilen, daß sein Sohn glücklich und unverletzt aus der Entscheidungsschlacht hervorgegangen sei. In der Kampagne von 1870/71 sah der junge Manteuffel, damals Adjutant beim General-Kommando des 4. Armeekorps (General Gustav von Alvensleben), Bismarck im Großen Haupt-Quartier zu Bar le Duc bei der Empfangnahme des Befehls für das 4. Armeekorps; der Bundeskanzler erkannte den Sohn seines früheren Chefs sogleich und sprach nicht nur längere Zeit mit demselben in liebenswürdiger Weise, sondern schrieb über diese Begegnung auch dem Vater Manteuffel, um denselben über das Befinden seines Sohnes zu beruhigen. Auch nach den Schlachten von Beaumont und Sedan griff der vielbeschäftigte Bundeskanzler zur Feder, um den früheren Chef zu verständigen, daß sein Sohn unverletzt aus den blutigen Kämpfen hervorgegangen sei. Am Schlusse des Krieges mit Frankreich erkrankte der junge Manteuffel im Mai 1871 in Clermont sur Oise lebensgefährlich am Typhus; nur durch das persönliche Eingreifen Bismarcks wurde es ermöglicht, daß der alte Minister Manteuffel und dessen Gemahlin ohne die geringste Behinderung und mit dem kürzesten Zeitaufwand über Belgien durch die Armeen hindurch an das Krankenlager ihres Sohnes eilen konnten. Ihm verdankte es der alte Minister auch, daß der Transport des Sohnes von Clermont bis in die Heimat in einem separaten Krankenwagen und auf dem kürzesten Wege stattfinden konnte.

Im Jahre 1877 im zehnten Wahlkreise des Regierungs-Bezirks Frankfurt a. O. in den Reichstag gewählt, besuchte Manteuffel die

erste parlamentarische Soirée Bismarcks in dieser Legislaturperiode. Als der spätere Präsident des Reichstags, von Seydewitz, damals Vorsitzender der konservativen Fraktion, Manteuffel dem Reichskanzler vorgestellt hatte, sagte der letztere zu dem jungen Parlamentarier: „Kommen Sie sogleich zu meiner Frau, wir wollen sehen, ob sie Sie wiedererkennt.“ Von jetzt ab war Manteuffel ein regelmäßiger Besucher aller parlamentarischen Soireén Bismarcks und vielfach auch zu größeren und kleineren Diners desselben zugezogen. Bei dem Ableben des Ministers Manteuffel richtete Bismarck einen teilnehmenden Brief an den trauernden Sohn, worin gesagt war, daß er (Bismarck) die Verdienste des Dahingegangenen um den preußischen Staat wohl zu schätzen wisse. Als Manteuffel sich kurze Zeit später für diese verbindlichen Zeilen bedankte, kam das Gespräch auf volkswirtschaftliche Fragen, und Manteuffel erklärte, daß er mit dem letzten Erlöse von seinem Kiefernholz zufrieden sei. „Ja,“ erwiderte Bismarck, „Kiefernholz kann unter Umständen ein schönes Stück Geld einbringen; es ist aber großen Schwankungen unterworfen, und ich ziehe doch Laubwald vor. Der Laubwald ist mit preußischen Konsols zu vergleichen, der Kiefernwald dagegen kommt mir vor wie ein Spekulationspapier.“ Ganz kurze Zeit darauf wurde Manteuffel von Bismarck in ganz kleinem Kreise (anwesend waren noch die Fürstin, Graf Bill und Rottenburg und der Botschafter Graf Solms) zu Tisch geladen. Als nach der Suppe ein Zwischengang serviert wurde, sagte Bismarck zu seiner Gemahlin: „Warum gibst du uns nicht den Caviar, den der Kaiser von Rußland mir gestern geschickt hat?“ Darauf wurde ein Diener in den Eiskeller geschickt, welcher am jenseitigen Ende des großen Gartens, auf der Seite der Königgrätzer Straße, liegt, und es vergingen gut 10 Minuten, bis derselbe mit dem in der Originalverpackung servierten Caviar zur Stelle war. Bei dem parlamentarischen Diner vom 26. März 1889, welches der Kaiser Wilhelm II. mit seiner Gegenwart beehrte, fand Manteuffel den Fürsten Bismarck in der denkbar besten Laune. Nachdem sich der Kaiser zurückgezogen hatte, knöpfte Bismarck den Kürassierkoller auf, sodaß man seine weiße Weste zu sehen bekam; dann machte er es sich auf der Chaiselongue bequem und trank zuerst Kognak und dann Bier, die aus Herrn v. Helldorf, den Freiherrn v. Ow, Huehne und Manteuffel

und dem Grafen Kleist-Schmenzin und einigen andern Herren gebildete Korona durch köstliche Erzählungen aus den Kampagnen von 1866 und 1970/71 erfreuend. Als sich das Gespräch dem jungen Kaiser zuwendete, illustrierte Bismarck sein Verhältnis zu den ersten drei Kaisern wie folgt: „Wenn ich den alten Herrn für einen Gedanken gewinnen wollte, so brauchte ich dazu mitunter eine ganz geraume Zeit. Bei dem Kaiser Friedrich war das Durchsetzen einer Sache unter Umständen wegen der anderweitig sich geltend machenden Einflüsse noch viel schwieriger. Während bei dem jetzigen Allergnädigsten Herrn ich den Ball nur zu werfen habe, so fängt er denselben mit seinem lebendigen Geiste schon in der Luft auf."

Bei dar Gratulation anläßlich des achtzigsten Geburtstages des Altreichskanzlers saß bei dem Frühstück in Friedrichsruh auf der einen Seite des Hausherrn Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode, der Präsident des Herrenhauses, auf der anderen Seite von Koeller, der Präsident des Abgeordnetenhauses; dem Fürsten Bismarck gegenüber saßen von Levetzow, welcher eben das Präsidium des Reichstages niedergelegt hatte, und von Manteuffel als Vizepräsident des Herrenhauses. Ueber Politik wurde bei Tische nicht gesprochen. Das Aussehen des Fürsten war wunderbar, sein Appetit und Durst auf gleicher Höhe; Professor Schweninger ging unter den Gästen umher, selbst die Gläser mit Champagner füllend. Als Bismarck nach der Meinung seines Leibarztes genug Champagner getrunken hatte, sagte der Kanzler zu seinen Gästen, jetzt müsse er zu Moselwein, „seiner Drainage", übergehen; der leichte Wein war ihm also ein Mittel, um die schädlichen Stoffe des Champagners aus seinem Körper zu entfernen. Sodann wandte sich das Gespräch landwirtschaftlichen Fragen zu, und Bismarck bemerkte in überaus humoristischer Weise: „Der schlechte Boden, den wir teilweise in den Provinzen Pommern, Brandenburg und Westpreußen haben, sollte rationellerweise nicht mit Feldfrüchten bebaut, sondern zu Wald gemacht werden." Auf den Einwurf, wovon die Grundbesitzer denn dann wohl leben könnten, da der Wald doch erst nach zwei Menschenaltern Erträge abwerfe, erwiderte der Fürst: „Die Erträge kommen viel schneller, wenn eine der betreffenden Gegenden eine große Fläche guter und dicht-

bestandener Schonungen hat, dann ändern sich bald die jagdlichen Verhältnisse, dann bekommen wir reichlich Hochwild, auch wieder Wölfe, vielleicht sogar Bären. Rothschild, Bleichröder und Hansemann pachten uns dann die Reviere ab und geben uns mehr, als der dürftige Roggen einbringen kann." Die Liebenswürdigkeit des Fürsten zeigte sich bis zur Verabschiedung seiner Präsidialgäste, die er zu Fuß bis zum Bahnhof begleitete, unter kräftigem Händedruck beim Verlassen des Zuges.

Bismarck und Richard Wagner.

Der im Jahre 1901 in den „Bayreuther Blättern" veröffentlichte Briefwechsel zwischen Bismarck und Wagner aus dem Anfang der Siebziger-Jahre wird den Verehrern und Freunden des großen Staatsmannes ebenso willkommen gewesen sein, als denjenigen des einzigen Dichterkomponisten. Die Kundgebungen sind für beide Teile höchst charakteristisch. Bismarck macht daraus kein Hehl, daß Wagner's Musik ihn zuweilen geradezu zur Opposition veranlaßt habe; er freut sich aber doch über die Erfolge, die der gewaltige Tonschöpfer seinen Werken im In- und Auslande verdankte, und wünscht ihm noch viele Siege daheim und draußen. Richard Wagner sucht in seinem drei Jahre später an Bismarck gerichteten Schreiben den Kanzler für den Kulturgedanken zu erwärmen, der ihn beseelte, und welchem er mit den angestrengtesten Bemühungen seines ganzen Lebens einen der Nation verständlichen Ausdruck zu geben sich angetrieben gefühlt hatte. Die Unterstützung, welche der König Ludwig von Bayern dem Werke Wagner's hatte angedeihen lassen, genügte diesem offenbar nicht; er wollte für dasselbe noch eine höhere Autorität in Bewegung setzen. Man sollte dereinst auch nicht sagen können, daß der wehrhafte Held der Neugeburt Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert dem Bayreuther Werke gegenüber ebenso fremd und kalt geblieben sei, als Friedrich der Große der Neugeburt des deutschen Geistes durch unsere großen Dichter der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Um Bismarck für seine Ideen zu gewinnen, bat ihn der Meister, seine Schrift „Deutsche Kunst und deutsche Politik" einer Lektüre zu unterziehen, und zwischen den Zeilen des schönen

Wagner-Briefes findet der Leser die Erwartung desselben, daß der Kanzler für seine Ziele gewonnen sein würde, sobald er sich mit deren Wesen bekannt gemacht habe.

Bismarck war sein ganzes Leben lang ein höflicher Mann, und es müßte ein seltsames Versehen die Hände im Spiel gehabt haben, wenn Wagner auf seine Zuschrift ohne Antwort geblieben sein sollte. Wie dem auch sei, der Meister fühlte sich keineswegs entmutigt, und als denselben einmal die Geschäfte nach Berlin riefen, gab er im Reichskanzler-Palais seine Karte ab, worauf er alsbald mit einer Tischeinladung Bismarck's bedacht wurde. Voll Hoffnung betrat der Meister das Haus des ihm bis dahin persönlich unbekannten, allmächtigen Ministers; bot sich ihm doch jetzt die Gelegenheit dar, dem letzteren seine Wünsche vorzutragen, etwaige Einwendungen zu hören und festzustellen, bis zu welchem Grade man in der Wilhelmstraße geneigt war, materiell etwas für seine Sache zu tun.

Bismarck empfing Richard Wagner in kleinem Familienkreise mit derselben ausgesuchten Kourtoisie, wie wenn er etwa den Minister eines verbündeten Staates zu begrüßen gehabt hätte.

Ein Freund von mir war einmal in Varzin zugegen, da er an dem ersten Tage die Frau des Botschafters Fürsten Reuß und am folgenden Tage die Frau des Pfarrers seines Nachbardorfes empfing, und da war in der Art, wie der Hausherr die Prinzessin aus dem sächsischen Hause und die einfache Landpredigersfrau zu Tisch führte, auch nicht die kleinste Nuance zu beobachten. Wagner führte also die Fürstin Bismarck zu Tisch, und es hätte den Meister gewiß nicht überrascht und ihm das Vorbringen seines Anliegens erleichtert, wenn Bismarck ihm auch nur ein klein wenig von der Bewunderung ausgesprochen hätte, die Wagner allerorts in der überschwänglichsten Weise zu finden gewohnt war. Woher sollte aber Bismarck diesen Enthusiasmus nehmen, da er nie die Zeit gehabt hatte, Theater zu besuchen, und da er die Schöpfungen Wagners niemals anders als in Fragmenten auf dem Klavier, im Konzertsal oder von Militärmusiken zu vernehmen die Gelegenheit gehabt hatte. Aber auch abgesehen hievon, lag es so gar nicht in der Gewohnheit Bismarcks, Jemandem Weihrauch zu streuen; er, der stets die größten Ansprüche an sich gestellt hatte, nahm hohe

Leistungen Anderer wie etwas Selbstredendes hin. Vielleicht wollte er auch nicht geradezn Hoffnungen erwecken, die in seinen Augen zur Zeit auf keinen Fall einen Erfolg hatten. Genug, man sprach bei Tisch von vielen politischen Sachen, nur nicht von dem, was Wagner's Sinn bewegte Die olympische Ruhe Bismarck's schnitt dem Meister das Wort in der Kehle ab, und nach Tische war es soweit gekommen, daß kurze Zeit Bismarck an einem und Wagner an einem andern Tische saßen, um Bismarck die Herren, um Wagner die Damen. Die beiden größten Genien, welche das neunzehnte Jahrhundert hervorgebracht, hatten auf einander keine sich in irgend einem praktischen Ergebnisse verdichtende Anziehung ausüben können. Wie zwei große Mühlsteine tat Einer dem Andern Eintrag. Beide hatten Noten geschrieben, welche die ganze Welt in Erstaunen setzten, aber Wagner war seit 1848 von seiner Begeisterung für Kaiser und Reich abgesehen, über politische Dinge erhaben, und Bismarck sah in der Musik für sich persönlich in der Hauptsache nur ein Beruhigungsmittel für seine im Dienste des Vaterlandes geschwächten Nerven, und diesen Zweck erfüllten ihm Beethoven, Chopin, Weber und Mendelssohn wohl besser, als Wagner, Liszt, Brahms oder Berlioz. Heterogene Größen sollen sich eben hüten, sich zu nähern; denn bestenfalls gehen sie, wie Wagner von Bismarck, nicht völlig befriedigt auseinander.

Das Eine steht fest, daß sich von dieser Tischeinladung ab in die Begeisterung Wagner's für Bismarck ein Tropfen Wermut gemischt hatte, und es gab einen Tag im Leben des Meisters, da die Verstimmung, die er von der Wilhelmstraße nach Hause gebracht hatte, auf ein Haar auch die Freundschaft zwischen Wagner und Lenbach gesprengt hätte. Es war der Tag, an welchem das Vorspiel zu „Parsifal“ zum erstenmal dem König von Bayern in dem Münchener Hof- und National-Theater zu Gehör gebracht werden sollte. Die Aufführung war auf eine Nachmittagsstunde bestimmt, und nur Cosima Wagner und einige Getreue, darunter Lenbach, durften, von dem Könige nicht gesehen, dem musikalischen Ereignisse beiwohnen. Zur Glockenstunde, da Ludwig II. sein Erscheinen zugesagt hatte, war der Meister am Dirigentenpult; Minute auf Minute ging dahin, die Königsloge blieb noch immer leer. Man konnte Wagner wiederholt ungeduldig nach der Uhr greifen sehen;

nun unterhielt er sich mit dem ersten Geiger, nach kurzen Zwischenräumen immer wieder den Kopf nach der großen Mittelloge kehrend. Der König schien heute ganz vergessen zu haben, daß die Pünktlichkeit die Höflichkeit von seinesgleichen sei. Der Meister durfte annehmen, daß sein großer Mäcen kaum den Augenblick erwarten könne, wo er ihm sein letztes Wort offenbarte, und nun ließ er über eine Viertelstunde auf sich warten, so daß sich vom Dirigenten aus des ganzen Orchesters eine Unruhe bemächtigte.

Endlich kam Leben in die Hofloge, Hofbedienstete machten sich geschäftig zu tun, und als Ludwig II. erschienen war und Platz genommen hatte, klopfte Wagner an das Pult, und das Vorspiel begann. Der König war von dem in seiner Art einzig dastehenden Tonwerk überwältigt, und wie Einen, der nach langem Harren einen ersten Trunk getan, ergriff auch ihn die Sehnsucht nach nochmaligem Genuß. Ein weniger feinfühliger Komponist als Wagner würde sich über den Wunsch des Königs nach einer da capo-Aufführung gefreut haben; ihm aber kam die Wiederholung wie eine Art von Profanation vor, und nur mit innerem Widerstreben nahm er zum zweitenmale den Taktstock in die Hand, um der hohen Weisung zu entsprechen. Die Begeisterung des Königs hatte sich nach der zweiten Aufführung womöglich noch erhöht; sie fand aber einen Wagner noch mehr befremdenden Ausdruck in dessen Begehren, zum Vergleiche mit „Parsifal“ nun auch noch die „Lohengrin“-Ouvertüre vorgespielt zu bekommen. Das war für Wagner, an dessen feines Nervensystem der Tag schon zu große Ansprüche gestellt hatte, denn doch zu viel. Den Taktstock an den Kapellmeister abgeben und das Orchester verlassen war eins.

Es war vereinbart, daß nach der Separat-Vorstellung ein paar Getreue, darunter Lenbach, bei Wagner speisen sollten. Als es Zeit war, zu Tische zu gehen, bemerkte Cosima Wagner den Gästen, ihr Gemahl sei überaus gereizt nach Hause gekommen, vor Aufregung jetzt krank; man werde mit dem Speisen beginnen müssen, ohne auf ihn zu warten. Im Laufe des Mahles stellte sich indessen zu allgemeiner Freude der Meister ein, jedoch in fieberhaft erregter Stimmung; er hatte sichtbar das Bedürfnis, sich Luft zu machen, und wo jetzt das Gewitter einschlug, da ging es nicht ohne Flammen ab. Zuerst kam natürlich der König an die Reihe. Die Großen

und Mächtigen der Erde dächten nur an sich, und mit einem nichts Gutes verkündenden Blick Lenbach aufs Korn nehmend, fuhr er fort: „Ob König oder Kaiser oder Bismarck, sie sind sich Alle egal.“ Der Umstand, daß Lenbach Bismarck in Schutz nahm, goß nur noch Oel ins Feuer. „Lassen Sie mich doch mit Ihrem Bismarck in Ruh'! Zeigt er auch nur das geringste Verständnis für das, was außerhalb seines Berufes liegt? Aber auch auf politischem Gebiete kann ich ihn nicht von Fehlern freisprechen. Nach Sedan mußte er mit den Franzosen unbedingt Frieden schließen, wenn er weitsichtig war. Durch die Fortsetzung des Krieges bis vor Paris hat er die beiden Nationen auf ein Jahrhundert getrennt.“ Und nun gab ein Wort das andere, und im Verlaufe des Rededuells zwischen Wagner und Lenbach entschlüpfte dem Letzteren das Scherzwort: „Wagner's Musik sei ein Güterzug nach dem Himmelreich.“ Als Wagner mit geröteten Wangen die Tischgesellschaft wieder verlassen hatte, erhob sich auch Lenbach, und er wollte nach Hut und Stock greifen, doch blieb er, von Cosima zurückgehalten; kurze Zeit später trat Wagner, ganz beruhigt, in den Kreis zurück, Lenbach in der liebenswürdigsten Weise die Hand reichend und durch den Zauber seiner Konversation alsbald die ganze Tischgesellschaft in seinem Banne haltend.

Nach dieser Episode zu dem Hauptthema zurückkehrend, bietet vielleicht noch ein Gespräch Interesse, welches ich in Friedrichsruh mit dem Altreichskanzler über Richard Wagner führte. Man hatte sich von der Abendtafel erhoben, der Fürst hatte sich auf seiner Chaiselongue bequem gemacht, die liebliche Baronin Merk hatte ihm die lange Pfeife angezündet; jetzt, dachte ich, ist der Moment günstig, den hohen Hausherrn etwas zu interviewen. „Darf ich an Eure Durchlaucht eine Anfrage richten, die mir schon lange auf der Zunge brennt? Richard Wagner soll von seinem Besuche bei Eurer Durchlaucht ein klein wenig enttäuscht nach Hause gegangen sein. Lag es denn nicht in Ihrer Macht, etwas für ihn zu thun?“ Der Fürst erwiderte: „Ich habe den illustren Gast mit all der Rücksicht empfangen, die ihm gebührt. Nur trat ich ihm mit leeren Händen gegenüber. Die Förderung von Kunst und Wissenschaft gehört, wie Sie wissen, nach der Reichsverfassung nicht zu den Gegenständen, auf welche sich

die Kompetenz des Reiches erstreckt. Es steht allerdings nichts im Wege, daß auch hiefür von reichswegen Gelder bewilligt werden. Ich erinnere an die Beiträge des Reiches für die Ausgrabungen in Olympia, für das Germanische Museum und für einzelne literarische Unternehmungen von nationaler Bedeutung. Der Reichstag könnte also immerhin auch für ein Kulturwerk, wie es die Bayreuther Festspiele sind, eine Summe votieren. Zu der Zeit aber, da Wagner eine solche Förderung im Auge hatte, waren die Verhältnisse danach nicht angetan. Es hätte erst der Beweis erbracht werden müssen, daß es nicht auch so gehe. Auch weiß ich wahrlich nicht, ob der König von Bayern nicht gefunden hätte, daß wir, wenn wir von Berlin aus Wagner's Bestrebungen fördern, in seine Jagdgründe einbrechen wollen. Ein Mäcen ist für eine Sache von dieser Art weit förderlicher als der umständliche Apparat von Bundesrat und Reichstag."

„Ich verstehe" — erwiderte ich — „aber hätte dann nicht aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds etwas für Wagner's Werk ausgeworfen werden können?"

„Derselbe wäre hiefür" — entgegnete der Altreichskanzler, „nicht ausreichend gewesen; auch vergessen Sie ganz, daß der alte Kaiser Alles weniger war, als ein eingefleischter Wagnerianer. Die Sache war damals aussichtslos, doch ändern sich die Zeiten und die Menschen, und Manches, was ich mit Aufwendung aller Kräfte nicht durchgebracht hätte, fällt einem späteren Kanzler spielend in den Schoß." Damit griff der Fürst nach einem Zeitungsblatt.

Lenbach's Verhältnis zu Bismarck.

In der Kunstgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts nimmt Professor Franz v. Lenbach in Deutschland unstreitig mit die erste Stelle ein. Keiner unserer Maler — und wer wohl im Auslande? — kann sich mit ihm an Bedeutung messen; und auch als Mensch ist Lenbach so originell, geistvoll und hinreißend, daß er, wo immer er erscheint, alsbald zum gefeierten Mittelpunkt der Gesellschaft wird. Dabei ist er Alles, was er geworden ist, durch sich selbst geworden; die Unabhängigkeit ist sein Lebenselement, und zwar sowohl die soziale als die künstlerische, er malt nur denjenigen, der ihm gefällt; nicht um die Schätze Arabiens würde er sich dazu verstehen, ein Porträt contre coeur anzufangen. Seine Freigebigkeit kennt keine Grenzen; zu Hunderten zählen die Bilder, die er an seine Freunde verschenkt hat; die Jagd nach der Gunst der Fürsten überläßt er Anderen; er lebt nur der eigenen Kunst, jeder Effekthascherei und Moderichtung unzugänglich.

Lenbach fand, als er den Zenith seines Könnens erreichte, ein ungemein günstiges Feld für seine künstlerischen Bestrebungen. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hätte er lange nicht die Männer vorgefunden, die er brauchte, um auch populär zu werden, einen Richard Wagner, Liszt, Döllinger, Moltke, Kaiser Wilhelm und endlich Bismarck. Man kann sich denken, wie sehr sich Lenbach gerade für den Gründer des deutschen Reiches interessierte, dessen Kopf für ihn ganz geschaffen zu sein schien, und dessen Bild von Meister Lenbach's Hand zu besitzen natürlich der sehnsüchtigste Wunsch zahlreicher Galerien und Privater war. Aber Bismarck galt noch 1870 Malern und Bildhauern als sehr unnahbar. Schon

wenn er einem Photographen auf ein paar Minuten sitzen sollte, war die Sache mit größten Schwierigkeiten verbunden; nun erst gar von einem Maler seine kostbaren Stunden sich rauben lassen, das wäre gerade nach seinem Geschmack gewesen. Die Politik absorbierte ihn bis dahin vollständig; dazu kam, daß ihn im Jahre 1866 die Bildhauerin Elisabeth Ney unverantwortlich gequält hatte. Seitdem erklärte er bei jeder Zumutung nach dieser Richtung, daß ihm das Sitzen gräßlich sei.

So hatte auch Professor Schaper für das im Jahre 1879 enthüllte Bismarck-Denkmal in Köln keine eigentliche Sitzung zugestanden erhalten; er mußte sich mit der Erlaubnis begnügen, den Fürsten ein- oder zweimal in seinem Hause zu sehen. Erst für die zum Bismarck-Jubiläum (1885) hergestellte Büste bekam Schaper Gelegenheit, den Fürsten so eingehend zu studieren, daß er sogar die Größenverhältnisse des Kopfes mit dem Zirkel abmessen durfte.[1]) Schaper hatte bei diesem Anlasse eine unliebsame Begegnung mit dem Reichshunde, der, als er seinen Herrn durch Schaper bearbeiten sah, auf denselben losspringen wollte, und er wäre sicher nicht mit heiler Haut davongekommen, hätte nicht Bismarck Tyras den Standpunkt gründlich klargemacht.

Ein ähnliches Abenteuer mit dem Reichshund hatte Anton von Werner, als derselbe im Juli 1880 in Friedrichsruh eine Studie für sein Berliner Kongreßbild machte. Auch hier verlief die Sache nicht glatt. Schon nach fünf oder zehn Minuten erhob sich der Fürst, und Werner mußte sich damit begnügen, denselben nach Tisch zu zeichnen und seine Bewegungen zu skizzieren. Als der Fürst, von dem Reichshund gefolgt, eintrat und Werner's mit dem Malstock ansichtig wurde, rief er demselben zu: „Um Gotteswillen, legen Sie den Stock weg, Tyras springt Ihnen sonst an die Kehle!“

Die erste Begegnung Lenbach's mit Bismarck erfolgte in Kissingen, kurz nach dem Kullmann'schen Attentat (13. Juli 1874). Von dort aus war an Lenbach, der gerade in Nürnberg weilte, von der Frau Marco Minghetti's die Anfrage gekommen, ob er

---

[1]) Man findet die hauptsächlichsten Maße in meinem Werke: „Fürst Bismarck. Neue Tischgespräche und Interviews,“ Seite 119.

nicht Bismarck kennen lernen wolle. Lenbach reiste nach Kissingen und wurde Bismarck vorgestellt. Es folgte eine längere Unterredung, in der Bismarck interessante Streiflichter auf verschiedene Fragen warf.

Infolge der Bismarck durch die Verwundung auferlegten Ruhe und Schonung erfolgte damals aber weder eine Einladung Lenbach's noch der Donna Minghetti zu Tisch; auch malte Lenbach den Fürsten bei dieser Gelegenheit nicht.

Ueber den Anlaß zu seiner ersten Einladung bei Bismarck in Gastein, zwischen dem 24. August und 15. September 1878, erzählt Lenbach:[1]) „Ich besuchte in Gastein eine Familie, die im oberen Stockwerke des Hauses wohnte, dessen unteres Bismarck mit seiner Familie innehatte. Als ich zu meinen Freunden im oberen Stockwerk[2]) emporsteigen wollte, sah ich unten die Fürstin, welche mich so grüßte, wie man Bekannte zu grüßen pflegt. Bei meinen Freunden oben angelangt, erzählte ich ihnen von dieser Begegnung, und sie erklärten mir darauf, ich müsse nun auf alle Fälle bei Bismarcks einen Besuch machen. Ich weigerte mich und sagte, dazu hätte ich nicht das geringste Recht. Man drang aber in mich und sagte mir, ich müsse wenigstens meine Karte abgeben. Das tat ich denn auch und ging dann zum Essen. Als ich darauf wieder aus dem Hotel kam, begegnete ich dem Fürsten, der mich sehr freundlich grüßte und mir sagte, er sei eben im Begriffe gewesen, mir einen Gegenbesuch zu machen. „Da muß ein Irrtum vorliegen," sagte ich; „Durchlaucht müssen mich da mit dem seligen Rubens verwechselt haben." Der Fürst fragte mich, ob ich schon gegessen habe, und ich hatte die Geistesgegenwart, nein zu sagen, obwohl ich noch mein Dessert in den Zähnen spürte. Bismarck sagte nun: „Ah, da kommen Sie mit mir; ich esse heute allein." Er war in einer schrecklichen Stimmung. Eine Anzahl von Geheimräten hatte den großen Mann mächtig aufgeregt, und der Fürst machte seinem Ingrimme gegen dieselben ohne Umstände Luft. Auch sagte er, er sei in der Stimmung, jeden für einen Spitzbuben zu halten, der ihm nicht klar

[1]) Entnommen dem Aufsatze von Dr. W. Wyl in München: „Gespräche mit Franz v. Lenbach," in der „Deutschen Revue," Januarheft 1896.

[2]) Frau von Wertheimstein aus Wien.

und deutlich das Gegenteil beweise. Darauf sagte ich: „Da möchte ich Eure Durchlaucht nur bitten, mich recht oft einzuladen, damit ich Ihnen für meine Person das Gegenteil beweisen kann."

In demselben Jahre erhielt Lenbach von der Direktion der königlichen National-Galerie in Berlin den Auftrag, den Reichskanzler für diese Galerie und ihre Sammlung berühmter deutscher Männer der Neuzeit zu malen. Damit kam er zur Ausführung seines ersten Porträts vom Fürsten Bismarck. Er reiste zu diesem Zwecke zu Weihnachten 1878 nach Friedrichsruh. Damals sagte der Fürst scherzend zu Lenbach: „Ich habe zwar geschworen, nicht mehr zu sitzen, aber ich kann diesen Eid ja umgehen, indem ich Ihnen stehe!" Der erste Entwurf des Bildes befriedigte aber Lenbach, der den Fürsten noch nicht hatte genügend studieren können, nicht. Das Bild war ähnlich, es war ja ein Lenbach, aber dennoch, das sagte Jeder, fehlte etwas: das Sprechende, Packende des Ausdruckes, namentlich der Augen. Er klagte, als er dies Bild in das Reichskanzler-Palais brachte, dem Geheimrat v. Tiedemann seine Not, und dieser versprach, zu helfen. Tiedemann ließ in dem Saale, der die Arbeitsräume des Kanzlers von den Bureaux der Reichskanzlei trennt, die Staffelei mit dem Lenbach'schen Bilde aufstellen und rechts und links davon besondere Wandlampen anbringen. Während der Abendstunden wartete nun Lenbach in dem Zimmer Tiedemann's der Dinge, die da kommen sollten.

Als Tiedemann eines Abends den Fürsten besonders gut aufgelegt fand, stellte er ihm vor, indem er betonte, daß keiner seiner Vorträge ein Staats- oder Dienstgeheimnis betreffe, wie es doch eigentlich gleichgiltig sei, ob er diese Vorträge in seinem Arbeitszimmer oder in dem Vorsaale entgegennehme, und machte ihm den Vorschlag, hinauszutreten und in Gegenwart Lenbach's ihn (Tiedemann) weiter anzuhören.

So geschah es denn auch. Rasch wurde ein Sessel für den Fürsten herbeigeschafft, Tiedemann nahm einige Schritte von ihm mit seinen Akten Platz, und Lenbach trat vor die Staffelei. Während Tiedemann, um ihm möglichst viel Zeit zu verschaffen, mit einer Umständlichkeit und Weitschweifigkeit referierte, die nach den Gepflogenheiten der Reichskanzlei geradezu unerhört war, sah Lenbach dem Fürsten mehrere Minuten fest ins Auge

und fuhr dann mit dem Pinsel durch das Bild, daß einem angst und bange hätte werden können. Aber schon nach einer Viertelstunde gewahrte man, daß eine erstaunliche Veränderung vor sich gegangen, in die Gesichtszüge war Bewegung gekommen, das Auge, ernst und tief, blickte jetzt den Beschauer an, wie wenn es wirkliches Leben habe. So entstand das erste Lenbach'sche Bismarck-Porträt, ein Kniestück, stehend, in den auf die Lehne eines Stuhles gelegten Händen der schwarze Filzhut.

Von da ab wurde Lenbach im Hause Bismarck bald heimisch. „Die Fürstin," so erzählte er selbst, „die außerordentlich viel Bekanntschaften und Beziehungen hatte, kannte eine Masse Leute, die auch zu meiner Bekanntschaft gehörten, und so stellte sich bald und leicht ein behagliches Verhältnis her. Ich genierte mich auch nicht und sagte immer, was mir gerade auf die Zunge kam. Eines Tages klagte mir die Fürstin ihr Leid. „Da habe ich meinen Mann geheiratet," sagte sie, „und jetzt habe ich nichts von ihm; er arbeitet Tag und Nacht auf seinem Bureau. Da habe ich zwei Söhne, an denen ich mich zu erfreuen gedachte, und die sind nun auch Tag und Nacht im Geschirr." — „Ja, Durchlaucht," sagte ich, „warum haben Sie auch in eine solche Beamtenfamilie hineingeheiratet!"

Während seines mehrfachen Aufenthaltes in Rom malte Lenbach im Auftrage einer Münchener Kirchengemeinde auch den Papst Leo XIII., welchem das freundliche Verhältnis des Künstlers zum Fürsten Bismarck hierbei bekannt wurde. Lenbach erzählte darüber:

„Der Papst interessierte sich außerordentlich für Bismarck und stellte tausend Fragen über ihn. Bismarck war offenbar der Einzige, in welchem er einen ihm ebenbürtigen Diplomaten, einen geistigen Rivalen anerkannte.

Durch die vielen Gespräche, die er mit mir über Bismarck hatte, wurde Leo's Interesse an dem deutschen Staatsmanne immer lebendiger, und es kam endlich so weit, daß er ein Bildnis des Fürsten zu haben wünschte. Eines Tages kam Mocenni zu mir, der auch ein wenig Deutsch kann. Er sagte mir geheimnisvoll, der Papst wolle von mir ein Bildnis des Fürsten Bismarck, aber nicht eines, das ich vielleicht vorrätig hätte, sondern ein frisches,

das eigens für Se. Heiligkeit gemalt werden müsse. Bald danach verließ ich Rom, wo es schon sehr heiß zu werden anfing, und begab mich nach Deutschland. In Varzin, 5. bis 14. August 1884, teilte ich dem Reichskanzler mit, daß ihn der Papst bestens grüßen lasse, und daß er ein Bildnis von ihm zu haben wünsche; zugleich überreichte ich dem Fürsten eine nach dem Papst gemachte Studie, welche sich jetzt im Museum zu Schönhausen befindet. Der Fürst schien durch die Geschichte amüsiert und sagte schmunzelnd: „Ich bin neugierig, wie das weitergehen wird.“ Zugleich erklärte er sich bereit, mir für das vom Papst bestellte Bild zu sitzen. Ich malte mein Bild und nahm es im nächsten Frühjahr nach Rom. Der Papst hat aber dieses Porträt nie gesehen. Französische, von Jesuiten inspirierte Blätter erhoben einen ungeheuren Lärm darüber, daß der heilige apostolische Palast im Begriffe stehe, durch das Bildnis eines verruchten Erzketzers, noch dazu des Vaters des Kulturkampfes, entweiht zu werden, und es dauerte nicht lange, so stimmten auch deutsche Blätter in diesen Chorus ein. Ich erhielt im Palazzo Borghese einen Besuch des damaligen Staatssekretärs des Papstes, des Kardinals Jakobini. Derselbe brachte mir die Nachricht, daß binnen wenigen Wochen wegen des Bismarck-Bildes eine Entscheidung getroffen werden würde. Es vergingen Wochen, es vergingen Monate — im Vatikan blieb alles still und von dem Bismarck-Bilde war keine Rede mehr. Anstatt in dem heiligen Palaste, für den es ursprünglich bestimmt war, befindet es sich nun in der profanen Gallerie der guten Stadt Breslau.“

* * *

Aus den Gesprächen, welche Lenbach mit Dr. W. Wyl in München geführt hat, mögen hier noch einige Stellen, die sich auf Bismarck beziehen, erwähnt werden.

Im Hause Bismarck herrscht ein ganz eigentümliches Treiben. Es ist immer sehr viel Lärm um ihn herum. Jeder plaudert, mit wem er will; das stört Bismarck durchaus nicht, er ist es zufrieden, wenn die Maschine des Hauses weiter geht und wenn er dabei nicht zu direkt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Für Bilder, die von ihm gemacht werden, interessiert er sich nicht. Wäre er nie gemalt, modelliert oder photographiert worden, so würde er in dieser Hinsicht nicht das geringste Bedürfnis

empfinden. In dieser Beziehung war Moltke sein vollständiges Gegenteil. Der ließ sich von Jedermann malen und modellieren und hatte seine Freude daran; jeder Künstler konnte ihn dazu haben.

Freunde im gewöhnlichen Sinn hatte Bismarck meiner Ansicht nach überhaupt nicht, und ich glaube nicht, daß Männer von solcher Größe je dergleichen gehabt haben. Er haust sozusagen in sich; er erlebt sich, er blickt gedankenvoll zurück auf die ungeheure Summe seines Lebens. Sein Gehirn arbeitet unablässig, sodaß ich ihn einmal fragte, ob diese ewige Arbeit seines Kopfes ihm nicht Beschwerden verursache. Darauf sagte er: „Allerdings, ich kann manchmal deshalb nicht schlafen.“ Bismarck ist einsam, er kümmert sich nicht viel um das, was um ihn vorgeht, seine Gespräche sind mehr Monologe als sonst etwas. Dabei übt er doch auf Alle, die ihm nahe kommen, einen wahrhaft unsäglichen Zauber aus.

Bismarck hat jetzt (1896) eine milde Würde, die er früher nicht hatte. Das ist auch das einzige Zeichen hohen Alters, das sich an ihm entdecken läßt, denn sonst sind seine Sinne, besonders Gehör und Gesicht, ausgezeichnet. Ich bin, wie ich Ihnen schon gesagt habe, wie das Kind im Hause; das ist viel und ist wenig. Ich gehöre eben zu denen, um die der Fürst sich nicht zu kümmern und vor denen er sich nicht zu genieren braucht. Ja, wenn ich ein großer Politiker wäre, ein alter Diplomat, ein Parteiführer, das wäre etwas Anderes, da gäbe es direkte Berührungspunkte zwischen uns. Man muß ihm etwas zu bieten haben, damit er sich mit Einem beschäftige. Meine Kunst interessiert ihn, wie ich Ihnen wiederholt gesagt, nicht. Er hat keine Freunde im gewöhnlichen Sinne; er nimmt die Menschen für das, was sie ihm bieten, ist aber gegen alle freundlich, gut und leutselig. So steht er allein mit seiner rastlosen Geistesarbeit, eine unaufhörlich rotierende Presse, die kein Papier mehr zu bedrucken hat. Er ist blühend gesund und voll Humor, er hat Spaß an dem Kultus, der mit ihm getrieben wird, besonders mit Rücksicht auf seine Familie, die sich ja so darüber freut. Ich fragte ihn einmal (das war vor 1890), warum er denn eine Uniform trage, er sei doch erhaben über solche Dinge; jeder Briefträger in Berlin habe ja eine Uniform. „Ja,“ sagte er, „mir ist das Zeug bequem, denn ich brauche da

nicht so oft mit den Anzügen zu wechseln, und dann hätte ich bei meinem alten Kaiser in Civil nicht die Hälfte von dem durchgesetzt, was ich in Uniform erreicht habe."

Drollig geht es oft bei Tafel zu. Jedermann ist da willkommen, wer gerade im Hause ist, ein Photograph, ein Inspektor, der wegen einer Hagelversicherung gekommen ist, ein Forstmann Bismarck spricht mit dem ihm Unbekannten, schänkt ihm Wein ein, läßt ihn neben einem eben anwesenden Gesandten sitzen, und wenn der Mann fort ist, so fragt er: „Wer war denn der Kerl eigentlich?" Dergleichen ist schon mit ganz einfachen Forstgehilfen passiert. Nach Frack oder dergleichen fällt es Niemandem ein, zu fragen. Bei Tisch interessieren den Fürsten die Menschen nur als solche; wer zu sprechen weiß, ist ihm willkommen, und wer sich aufs Zuhören versteht, ist es doppelt. Er ist eben ein Demokrat im reinsten und besten Sinne des Wortes, und das sind schließlich alle wahrhaft genialen Leute.

Bismarck ist noch heute kein Philister und verachtet die Philister gerade so lebhaft, wie er es in jungen Jahren getan hat. Je näher man ihn kennen lernt, desto stärker hat man den Eindruck, er verkörpere den Begriff eines Vaters, eines Vaters von fünfundvierzig Millionen Menschen. Natürlich muß er als solcher manchmal hart erscheinen, wie ja auch ein Vater dann und wann strenge auftreten muß.

Dabei ist er auch ein rührend guter Mensch, wovon ich mich auf unseren langen Spaziergängen oft und oft überzeugen konnte. Es gibt auf seinem Gute zerstreut viele kleine Häuschen, in welchen Taglöhner-Familien wohnen. Obwohl er sich beim Eintritt tief bücken muß, geht er in jedes solche Häuschen hinein, schaut sich die Zimmer an und den kleinen Garten. Er fragt nach den Kindern, er weiß genau, daß hier oder dort noch im vorigen Jahre ein Spargelbeet gestanden. Ein richtiger Patriarch, so menschlich in jedem Betracht. Er gibt sich immer so behaglich. Begegnet er irgend einem armen Teufel, sei es ein Weichensteller oder ein Taglöhner, so drückt er ihm in der Regel einen Thaler, häufig auch ein Goldstück in die Hand. Das geschieht so oft, als er ausgeht, und er geht alle Tage aus.

Seine Güter arrondiert er beständig und bewaldet immer wieder neue Strecken. Er hat (1890) auf diese Art in letzter Zeit sechstausend Morgen bepflanzt. Er muß eben organisieren, muß für die Zukunft schaffen, und erst seine Enkel werden den Nutzen davon haben. Auf diese Art kann man sagen, daß er keinen Kreuzer Geld in der Tasche hat, denn er gibt alles in der geschilderten Weise aus.

Bismarck's jetzige Situation (nach seiner Entlassung) läßt sich leicht begreifen. Er war immer Politiker, immer stand er mitten drin in den Geschäften. Jetzt ist er plötzlich wie der Fisch, der ans Land geworfen ist. Er ist ein geborener Arbeiter, ein geborener Geschäftsmann. Ihm zu sagen, daß er nicht mehr Staatsgeschäfte besorgen soll, ist gerade so, als wenn man mir sagen würde, ich dürfe nicht mehr malen.

Bismarck hat eine kolossale Fähigkeit, zu beobachten und Eindrücke in sich aufzunehmen. Seine Freude ist es jetzt, das zum Vorschein kommen zu lassen, was sich ohne Unterlaß in ihm produziert. Er interessiert sich für die Gestalten, welche die Eindrücke in seinem Kopfe annehmen, und daher seine Freude am Monologisieren. Er preßt seine Gedanken in die denkbar knappsten und präzisesten Formen. Nie hascht er nach Effekt, sagt auch selten etwas „Außerordentliches", aber die Form, in der er auch das Gewöhnlichste sagt, könnte nicht präziser, nicht fesselnder sein.

Er hat von jeher zwei Dinge getan, gearbeitet und sich gehen lassen, seiner Natur nie den geringsten Zwang auferlegt. Alles, was nach diesem einzigen Manne kommen wird, Fürsten und Reichstage, wird immer Glas sein, immer wird man dahinter seine ungeheure Gestalt sehen. Und ist er einmal tot, dann wird es ganz ebenso sein. Den Mann kann man nicht herausdrücken aus dem Leben der Nation, aus der Geschichte. Über alle Leute ragt er wie eine Pyramide empor. So ein Mann ist ein Triumph der Menschheit, er ist mehr wert als ein ganzes Reich.

Übrigens ist Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage (nach der Entlassung) nicht zu bedauern. In jenen Tagen, wo man ihn mit Lorbeern überschüttete und darunter fast erstickte, war er lange nicht so glücklich wie heute. Er ärgert sich jetzt das überflüssige Fett weg, die Aufregung hat also für ihn nur Gutes. Hat er

doch im ganzen und großen ein außerordentlich glückliches Dasein hinter sich. Das höchste Glück des Menschen liegt darin, daß er seine Kräfte betätigen kann. Aber es muß das in der rechten Weise geschehen, wie es zu den Kräften jedes Einzelnen paßt. Bismarck hat nicht nur das Glück gehabt, daß er seine Kräfte verwerten konnte, er hat auch den ihm entsprechenden großartigen Wirkungskreis gefunden. Das Forum seiner Tätigkeit war die ganze Welt. Alles, was er jemals gesagt hat und sagen wird, das bleibt in der Welt, es kann nicht mehr heraus. Er war in der Lage, sich selbst in der interessantesten und ausgiebigsten Weise zu erleben. Er war immer nur Politiker und hat in dieser großartigen Einseitigkeit als Staatsmann, Diplomat und als Volkswirt geplant und geschafft. Er konnte seine Kräfte bis auf die Neige verwerten. Jetzt hat er die Genugtuung, daß bis zu seinem letzten Atemzuge jedes seiner Worte aufgeschnappt und aufbewahrt wird. Von ihm kann man wie von einem großen Dichter sagen: Er ist immer da, so wie Homer, Shakespeare und Goethe immer da sind.

Ich habe erzählt, wie Bismarck sich damit unterhält, seine Gedanken in präzisester Form an den Tag zu bringen. Er begleitet diese echt künstlerische Tätigkeit mit den Bewegungen eines modellierenden Bildhauers. Für gewöhnlich ist seine Hand energisch, aber beim Sprechen wird sie ganz weich und modelliert durch rundliche Bewegungen der Finger jeden Satz, ja jedes Wort seiner Rede. Er modelliert oder skandiert gewissermaßen die Form für jeden in ihm aufsteigenden Gedanken.

Der Fürst hat unermüdliche Augen. Abends nach Tisch sieht er eine Masse von Büchern und Zeitungen durch und raucht dabei seine vier Pfeifen. Das geht so fort von halb 9 bis halb 11, um welche Stunde er meistens schlafen geht. In diesen zwei Stunden liest er beständig. Er steht ungefähr um halb 10 Uhr auf; in neuester Zeit ist er machmal sogar schon um 8 Uhr aufgestanden. Im Essen ist er jetzt gegen früher ziemlich mäßig. Am liebsten sind ihm alle geräucherten Sachen, besonders Fische. Er trinkt einen mittelmäßig guten Moselwein und darf nichts Anderes trinken. Bier ist ihm verboten. Seine Pfeife füllt er mit ordinärem holländischen Knaster. Früher rauchte er immer starke Havanna-Zigarren. Da bemerkte er aber plötzlich, daß er

nicht mehr schlafen könne, und da kam er auf die Idee, der Mensch vertrage von irgend etwas nur ein gewisses Quantum; sei er damit durchtränkt, so widerstehe es ihm. Er macht sich eben auf Alles einen Vers. Zum Frühstück nimmt er ein paar Eier und Milchkaffee. Suppe gibt es nie im Hause.

Ich bin der Ansicht, daß Bismarck sehr alt werden wird. (1896 erzählt.) Er sieht so gesund aus wie möglich und steht heute noch auf der Höhe seiner geistigen Kraft; er ist namentlich von einer unerhörten Schlagfertigkeit.

Früher hieß es immer, Bismarck sei ein Tyrann, aber sie halten alle zu ihm, die Leute, die er angeblich zu Tode geschunden hat. Auch seine alten Diener sind noch immer da: es ist eben Alles verliebt in ihn.

Er macht nicht den Eindruck eines abnormen Menschen, sondern einfach den der Spitze der Gescheitheit.

Zwischen dem alten Kaiser und Bismarck herrschte übrigens keineswegs ein eigentliches intimes Verhältnis. Der Kaiser war dem Fürsten gegenüber immer von der ausgesuchtesten Liebenswürdigkeit, aber nie und nimmer ohne eine gewisse Förmlichkeit. Zum Beweise diene das folgende, in Babelsberg vorgekommene kleine Begebnis. Bismarck wurde ins Schloß zum Vortrag gerufen. Der Kaiser, der bekanntlich ein Steinleiden hatte, war gerade recht unwohl. Als aber Bismarck eintrat, erhob er sich mühsam und schmerzhaft von seinem Stuhle und ging dem Fürsten entgegen. Er ließ ihn dann zum Vortrag neben sich sitzen, und als alles vorüber war, so hätte Bismarck im Hinblick auf den leidenden Zustand seines „alten Herrn“ für sein Leben gerne gesagt: „Bitte, Majestät, bemühen Sie sich nicht“; das wäre aber um keinen Preis angegangen. Er mußte es daher dulden, daß der arme, von bösen Schmerzen gepeinigte Greis abermals aufstand und ihm bis zur Tür das Geleite gab. So förmlich höflich war der Kaiser namentlich seit der Zeit geworden, wo er Bismarck in den Fürstenstand erhoben hatte. Er hielt eben stets darauf, Jedermann alle ihm gebührende Ehre zu erweisen.

* * *

Ein andermal gab Lenbach folgende Geschichte zum besten: Um das Jahr 1880 besaß die Gräfin Rantzau ein allerliebstes

weißes Hündchen, welches der „Reichshund“ eines Tages überfiel und verletzte. Der Vorgang versetzte Bismarck in große Aufregung, wovon Lenbach und der Minister eines fremden Staates Zeugen wurden. Beide waren zur selben Stunde erschienen; Lenbach, als Vertrauter des Hauses, wurde in das Vorzimmer des Kanzlers geführt, der Diplomat in den nebenan befindlichen Empfangssalon. Plötzlich öffnet sich die Tür von Bismarck's Arbeitszimmer, derselbe tritt mit einer Reitpeitsche in der Hand heraus, durchschreitet das Vorzimmer nach flüchtiger Begrüßung Lenbach's, begibt sich in den Empfangssalon, versucht vergeblich zu sprechen und kehrt wieder zu Lenbach zurück. Hier findet Bismarck endlich wieder Worte und teilt dem Meister mit, er habe eben den „Reichshund“ gezüchtigt, so lange er den Arm zu heben imstande gewesen wäre, die Aufregung und körperliche Anstrengung habe ihn aber vollständig der Sprache beraubt. Er malte sich sodann den Schrecken und die Verwunderung des im Empfangssalon befindlichen Diplomaten aus, als dieser ihn mit der Reitpeitsche in der Hand durch die Tür hervortreten, mit dem Worte ringen und sich dann wieder nach den Wohnräumen zurückziehen sah. Derselbe wurde dann auf den anderen Tag zur Audienz gebeten. Bismarck aber scherzte und meinte, dem schade es nicht, es wäre ein „Roter“. —

Am 1. April 1887 war Lenbach von Rom nach Berlin gereist nur zu dem Zweck, um die Feier des Geburtstages Bismarcks mitmachen zu können.

Am 16. April 1889, an welchem Tage Lenbach bei dem Reichskanzler gleichfalls zu Mittag speiste, wollte sich Bismarck überzeugen, wie sich seine seit Anfang April in Berlin anwesende Tochter und deren Mann, Graf Ratzau, im Palais häuslich eingerichtet hatten. Beim Besuche schnappte der Reichshund nach dem Meerschweinchen, das sich die Gräfin aus München mitgebracht hatte, und weg war es! Darob großer Schmerz; die Gräfin in Tränen, der Fürst niedergeschlagen wegen des seinem Kinde angetanen Schmerzes. Lenbach mußte alle seine Überredungskünste anwenden, um die trübe Stimmung zu verscheuchen, was ihm schließlich auch gelang. Er malte darauf den Fürsten und die Fürstin.

Am folgenden Tage (17. April) war Lenbach wieder in der Wilhelmstraße Nr. 77 Tischgast. „Wann werden Durchlaucht nach

Varzin gehen?" fragte Lenbach. — „Sobald ich irgend kann und so lange es angeht. Ach, könnte ich ganz dort bleiben." Die Sehnsucht Bismarck's nach längerer Zurückgezogenheit läßt sich bis in die Siebziger Jahre verfolgen. In Friedrichsruh hörte Moriz Busch ihn sagen: „Am wohlsten ist mir in Schmierstiefeln, weit weg von der Civilisation." Und bald nachher: „Am besten ist mir da zu Mute, wo man nur den Specht hört."

Über die Entstehung einer Skizze zu dem in der Berliner National-Gallerie befindlichen Porträt Bismarck's von Lenbach erzählte der Fürst einmal Moriz Busch, dem Verfasser von „Graf Bismarck und seine Leute": „Wir waren hier in Friedrichsruh im Gespräch begriffen, und ich blickte eben nach einem Zuge von Vögeln auf, da sagte Lenbach: „Halt, so ist's gut, jetzt stille halten!" und dann entwarf er die Skizze."[1])

Auch mit Crispi unterhielt sich Bismarck bei Gelegenheit seines Besuches in Friedrichsruh am 22. August 1888 über Lenbach: „Gegenwärtig ist er in München, er verdient, so viel er nur will."

Vor vielen Jahren verhalf Lenbach einmal dem Professor Begas zu einer Tischeinladnng, als dieser Künstler von Bleichröder den Auftrag zur Herstellung einer Büste des Reichskanzlers erhalten hatte. Begas hat seine damals bereits fertige Büste mitgebracht und genoß das Glück, daß Fürst Bismarck nach Tisch ihm etwa eine halbe Stunde lang saß. Als nach Verlauf derselben der Fürst sich die Büste besah, machte derselbe noch eine kleine Ausstellung, die dem Künstler die Gunst zutrug, daß Bismarck noch einmal sich in Positur setzte. Begas, der in fieberhafter Tätigkeit jede Sekunde ausnützte, war besonders durch das Auge des Fürsten hingerissen. „Nein, dieses Auge," bemerkte er, zu Lenbach gewendet, „sehen Sie nur, wie es über alles hinwegsieht!"

„Sie machen mir da," erwiderte der Kanzler, „ein sehr zweifelhaftes Kompliment."

Mit Bismarck's Entlassung änderte sich das Verhältnis Lenbach's zu Friedrichsruh nicht, im Gegenteil, es wurde noch lebendiger, da der Altreichskanzler jetzt mehr als ehedem in der Lage war, diejenigen zu empfangen, die er als seine Freunde be-

[1]) Die Zeichnung stellt den Fürsten fast im Profil und nach aufwärts in die Ferne blickend da.

trachtete. Bismarck hatte ihm einmal gesagt: „Sie können zu mir kommen, so oft Sie wollen; jedesmal sind Sie mir willkommen." Nach und nach machte es sich, daß bis 1896 einschließlich kein Weihnachten, kein Neujahr und kein 1. April verging, da Lenbach nicht der Gast des Fürsten Bismarck gewesen wäre.

Lenbach besitzt eine große Sammlung von goldenen und silbernen Krügen, die ihm Bismarck immer zu Weihnachten zum Geschenke gemacht. In verschiedene Krüge schrieb Bismarck mit einem Nagel seinen Namen ein.

Am 16. August 1890 erzählte Bismarck beim Frühstück in Kissingen, daß er Lenbach zweimal zu seinem im Duisburger Rathause befindlichen Porträt gesessen, und wie Lenbach ihn dabei gezwungen, den großen Roten Adler-Orden anzulegen. Lenbach erscheine mitunter plötzlich bei ihm, mache Skizzen, stecke die gelungenen ein und werfe die anderen in die Ecke, so daß der Fürst habe anordnen müssen, die letzteren zu zerstören, damit kein Mißbrauch damit getrieben werde.

Es ist ein hübscher Zug Lenbach's, der nicht unerwähnt bleiben soll, daß er auch weniger begünstigten Sterblichen verhalf, zu Bismarck zu gelangen. — Wie diplomatisch wußte er doch dem Dichter Adolf Wilbrandt zu einer Einladung zu verhelfen. In den letzten Tagen des Dezember 1890 in Friedrichsruh zu Gast, warf Lenbach beim Diner über den Tisch hin: „Der Wilbrandt kommt von Rostock, um mich zu besuchen. — Er bringt auch seinen Buben mit. — Er möcht' auch gern Durchlaucht kennen lernen. Wie machen wir das, Durchlaucht?"

„Wir laden sie zum Essen ein," antwortete der Fürst, und am 30. Dezember war Wilbrandt's sehnsüchtigster Wunsch erfüllt.

In einer Schilderung seines Aufenthaltes in Friedrichsruh erzählt Wilbrandt unter Anderm auch folgende Episode: Nach Aufhebung der Tafel habe er mit der Gräfin Wilhelm Bismarck und Lenbach die Skizzen betrachtet, welche Lenbach in den letzten Tagen nach dem Reichskanzler und den jüngeren Mitgliedern der Familie entworfen hatte.

„Wir scherzten dann hinüber und herüber; es ward eines der scheingroben Scharmützel daraus, wie sie zwischen Lenbach und mir nach alter, heiterer Übung immer einmal wiederkehren. Plötz-

lich stand die hohe Gestalt des Fürsten da. Er hatte wohl eine Weile zugehört. Sein ruhig schalkhaftes Auge hatte einen stummen Frageblick. „Er mißbraucht gern seine geistige Überlegenheit, Durchlaucht,“ sagte ich zur Erklärung, auf Franz Lenbach deutend. Mit einem Ausdrucke männlicher Anmut, der diesem großen Gesicht ganz eigen und nicht wohl zu beschreiben ist, lächelte der Fürst ein wenig; dann erwiderte er in seiner langsam formenden, doch immer behaglich sicheren Art: „Er mißbraucht sie auch dazu, von den Leuten Karikaturen zu machen,“ indem er auf die alten und neuen Skizzen blickte. Ich erfuhr sonach, daß es sozusagen ein Hausbrauch war, die Lenbach'schen Bismarck-Bilder Karikaturen zu nennen. Im Ernst wird man sie wohl nirgends höher schätzen, als dort; wer hätte denn auch, außer Bismarck selbst, so viel dafür getan, ihn der Welt bekannt zu machen, als der Altbayer aus Schrobenhausen, den ein gleichsam symbolisches Schicksal mit dem Altmärker verband! Die Genialität des Malers, durch leidenschaftlich bewundernde Liebe verklärt, grub sich in das Genie des Staatsmannes bis in den Kern seiner Form hinein, wie sie auch das große Moltke-Problem der schaffenden Natur künstlerisch aufzulösen wußte. Die beiden norddeutschen Helden haben ihm vor allem dadurch gedankt, daß sie an seinem nie versagenden süddeutschen Humor reinste Freude fanden, sich daran „ergänzten“. Lenbach ist in Friedrichsruh wie ein Kind des Hauses, und wenn er in den Achtziger Jahren sein Malzelt in Berlin aufschlug, wie oft tauchte dann der lange, hagere Moltke zwischen den Leinwänden auf, um — etwa vor einer saftlos theoretischen Reichtagsrede fliehend — sich an Lenbach's Urfrische und Mutterwitz zu erquicken.“

Am 2. Januar 1892 traf Lenbach in Friedrichsruh mit Frau Vilma Parlaghy, einer seiner früheren Schülerinnen, zusammen, welcher der Fürst gleichfalls eine Sitzung gewährte.

Nachdem Lenbach Ende Juni 1892 in Wien an den Festlichkeiten aus Anlaß der Vermählung des Grafen Herbert teilgenommen, hatte er das seltene Glück, den Fürsten auf seiner Reise nach Kissingen am 24. Juni in München als Gast bei sich aufnehmen zu dürfen.

Am Sonntag, den 26. Juni, mittags 12 Uhr, erfolgte — in der Begleitung Lenbach's — die Abreise nach Augsburg unter

einem Enthusiasmus, der jeder Beschreibung spottete. Am 1. Juli schrieb mir Lenbach: „Die Tage des „Reichsungeheuers“ waren merkwürdig genug: er wurde rasend gefeiert, noch ärger als in Dresden und Wien. Schade, daß Sie nicht dabei waren.“

* * *

Am 1. April 1894 war Lenbach in Friedrichsruh, als der Abgesandte des Kaisers, Flügel-Adjutant Graf Moltke, als Geburtstagsgabe Sr. Majestät einen aus Stahlblech gefertigten Küraß überbrachte, ein Meisterwerk des Militär-Effekten-Fabrikanten A. Kucke in Berlin. Beigegeben waren Bandelier mit Cartouche und General-Obersten-Epauletten. Der Fürst war über das kaiserliche Geschenk erfreut. Er ließ sich von Herrn Kucke den Küraß sofort anlegen und machte dem Fabrikanten, vor dem Spiegel stehend, das Kompliment, daß sein Werk gut gelungen sei; der Panzer sitze ihm ausgezeichnet, bemerkte er auf die entsprechende Frage des Grafen Moltke, er mache ihm keinerlei Beschwerden. Professor v. Lenbach erklärte sofort, den Fürsten in dem neuen Panzer malen zu wollen.

Am 1. April 1895 war Lenbach in Friedrichsruh gegenwärtig bei dem Empfange der Rektoren und Professoren der verschiedenen Hochschulen.

Nach der Rückkehr von Friedrichsruh oder schon mit diesem Poststempel hatte ich jedesmal Gelegenheit, von Lenbach etwas über seine im Sachsenwalde gewonnenen Eindrücke zu erfahren. — Hier einige Auszüge und Notizen: 30. Dezember 1892: „Dem Halbgott und der Fürstin geht es gut. Beide bei bestem Humor.“ — Neujahr 1892: „Bei Fürstens geht es gut, namentlich das Weltwunder selbst befindet sich sehr gesund; nur der Handelsvertrag gefällt ihm nicht. . . Und so geht es halt wieder abwärts.“ — 4. April 1893: „Der Fürst ist ein bischen müde von all den Festfreuden. Außer uns war auch Levi und Wißmann vorhanden.“ — Weihnachten 1893: „Es geht dem Fürsten zwar besser, er hat sogar geraucht, er sieht schöner aus als je, allein er leidet sehr viel, einmal hier, einmal da — bestenfalls nur an neuralgischen Gesichtsschmerzen.“ — 26. Dezember 1894: „Dem Fürsten geht es äußerlich scheinbar gut, er sieht rosig und unverändert aus,

noch der alte Glanz im Auge; aber im übrigen sehr lebensüberdrüssig. . . Vorüber sind freilich gerade die härtesten Tage." Vier Wochen vorher (am 26 November) war dem Fürsten seine treue Lebensgefährtin durch den Tod entrissen worden. — 4. Januar 1896: „Ich fand den Fürsten schön wie immer und in guter Stimmung; aber die Gesichtsschmerzen quälten ihn arg und verhinderten schon seit zehn Tagen jeden Aufenthalt im Freien. Er war bei bestem Appetit. Am Sylvester-Abend wurde Punsch getrunken und nach 12 Uhr noch einmal zu Tisch gegangen. Der Fürst schloß sich nicht aus. „Je eher es zu Ende ist, um so besser." Zum 18. Januar (Fest der Kaiser-Proklamation) kommt er auf keinen Fall nach Berlin, er käme sich dort wie Banquo's Geist vor. — Bismarck liest unglaublich viel."

Vom 11. bis 18. Februar 1896 war Lenbach in Friedrichsruh, um im Auftrage des Kaisers für das Reichskanzlerpalais ein Porträt des Fürsten Bismarck anzufertigen.

Lenbach hatte einmal mit Erlaubnis des Fürsten Bismarck den Direktor der Löwenbräu-Aktien-Gesellschaft in München, Kommerzienrat Herterich, mitgebracht, einen höchst intelligenten Mann, der an die Spitze der Sammlungen für das Bismarck-Denkmal am Starnberger See gestellt war. Der Fürst war bereits bei Tische und lud beide Herren ein, an dem Frühstück teilzunehmen. Lenbach fand das Aussehen Bismarck's weniger gut, das Kinn etwas spitz, den Kopf schmal und blaß, sodaß die achtzig Jahre ihre Spuren doch in das Gesicht gegraben hatten; die Stimmung war eine angeregte. Im Laufe der nächsten Tage traf auch noch der Direktor des Bürgerlichen Brauhauses in München in Friedrichsruh als Gast ein, der dem Fürsten kurz vorher fünf Fässer Bier gespendet hatte.

Der Fürst war wegen der starken Gesichtsschmerzen, welche ihm den Schlaf behinderten, nicht alle Tage ausgegangen. Er rauchte außergewöhnlich viel (schon vor Tisch eine Pfeife), blieb mittags bis halb 3 Uhr und abends bis nach 11 Uhr im Salon und speiste mit gutem Appetit. Am Tage der Abreise Lenbach's (Dienstag den 18.) war das Befinden besser. Über Politik wurde viel gesprochen. Der Unter-Staatssekretär der Südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, hatte einen guten Eindruck zurückgelassen.

An der deutschen Kolonial-Politik bemängelte Bismarck, daß unsere „Assessoren“ dort mit Gewalt alles civilisieren wollten. Man solle doch die Schwarzen in ihrer Sklaverei belassen; sie fühlten sich wohl in einem Verhältnis, das schon Tausende von Jahren bestanden habe. In Freiheit gesetzt, gehe es ihnen wie Pferden, die man aus dem Stall in die Freiheit treibe und die damit dem Verhungern ausgesetzt würden. Bismarck hatte ein Buch über die Kolonisation von Ost-Afrika in die Hände bekommen und erzählte auf Grund desselben, wie die Boers sich dort niedergelassen hatten. Sie wurden anscheinend an die Küste verschlagen, siedelten sich zuerst am Meere an, nur etwa 40 an der Zahl, ließen dann Weiber kommen, und nahmen dann nach und nach von dem Hinterlande Besitz.

Am 1. April 1896 treffen wir Lenbach bereits wieder unter den Geburtstagsgästen, von dem Fürsten mit „Guten Morgen Apelles!“ begrüßt. Daran reiht sich ein letzter Aufenthalt vom 3. bis 6. Juni 1896

Wenn wir jetzt von dem großen Meister scheiden, so tun wir es, indem wir an die Worte erinnern, welche Bismarck am 25. Juni 1892 bei dem Besuche der Münchener Kunstausstellung auf eine ihm von den Künstlern dargebrachte Ovation sprach:

„Es freut mich, durch den Pinsel Lenbach's hier mich so verewigt zu sehen, wie ich der Nachwelt gern erhalten bleiben möchte!“

Moltke und Bismarck.

Dem deutschen Volke ist es im vergangenen Jahrhundert beschieden gewesen, zwei Männer zu gebären, welche durch ihre Genialität, Tatkraft und Vaterlandsliebe die Welt in Staunen gesetzt haben: Bismarck und Moltke.

Wie dieselben ihren Beruf verstanden, haben sie in gelegentlichen Kundgebungen verlautbart. Bismarck definierte die Politik als die Kunst des Möglichen, und Moltke die Strategie als die Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf die Kriegführung. Aus solchem vernünftigen Geiste heraus haben sie gewagt und gehandelt und von ihren Kriegszügen der harrenden Nation des Reiches Herrlichkeit heimgebracht. Bis zur Vorbereitung des Krieges von 1866 war das beiderseitige Verhältnis ein vorzügliches. Moltke sah in Bismarck den Mann, der aus einem tüchtigen Generalstabsoffizier einen großen Feldherrn machen konnte, und Bismarck hinwiederum hatte bei den zahlreichen Besprechungen, welche er seit der Uebernahme des Ministeriums mit Moltke über die Frage der Leistungsfähigkeit der Armee gehabt, die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser kaltblütige und berechnende Kopf bei dem Waffengang mit Oesterreich die preußischen Fahnen zum Siege führen würde. Der Eine also brauchte den Anderen, um sein Ziel zu erreichen, und dieses aufeinander Angewiesensein bildete den Zement für ihre beiderseitigen engen Beziehungen.

In dem Kriege von 1866 hat Moltke die von Bismarck auf ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt, nicht in demselben Maße sind die Herren im großen Generalstab mit Bismarck zufrieden

gewesen; so mußte Moltke es erleben, daß der König in der wichtigen Frage eines Angriffs auf Florisdorf sich für die Ansicht Bismarcks, welcher für einen Linksabmarsch und Ueberschreitung der Donau bei Preßburg eingetreten war, gegen das Votum seiner Generäle entschied. Das war ein herber Schlag für die Generalstäbler, welche mit Moltke die Auffassung vertraten, daß mit der Kriegserklärung die Heeresleitung die Staatsgeschäfte zu übernehmen und erst nach Beendigung des Krieges an das „Civil“ zurückzugeben habe, während nach Bismarck's Ansicht die ganze Kriegführung von der Gesamtpolitik des Staates während der Dauer eines Feldzuges in keinem Augenblick zu trennen ist.

Als zu Beginn des Jahres 1867 die Luxemburger Frage auftrat, sollte nach Moltke dieser Anlaß entschieden zu einem Kriege mit Frankreich benutzt werden. — „Ich halte“ — bemerkte Moltke im Foyer des Reichstags einem freikonservativen Abgeordneten gegenüber — „leider diesen Krieg binnen jetzt und fünf Jahren für absolut unvermeidlich, und innerhalb dieser Frist wird sich das heute unbestreitbare Uebergewicht unserer Organisation und Bewaffnung durch Frankreichs Anstrengungen täglich zu unseren Ungunsten mehr ausgleichen. — Je früher wir also handgemein werden, desto besser. Der gegenwärtige Anlaß ist gut. Er hat einen nationalen Charakter, man benutze ihn also.“

Bismarck erkannte zwar die Richtigkeit von Moltke's Darlegungen an, erklärte aber zugleich, daß er es niemals würde verantworten können, das Elend eines Krieges über sein Land heraufzubeschwören, wenn das Land diesen Krieg nicht, wie das bei dem Feldzuge gegen Oesterreich der Fall gewesen, zur Wahrung seiner vitalen Interessen oder seiner Ehre bedürfe. Die wie immer fundierte subjektive Ueberzeugung eines Regenten oder Staatsmannes, daß der Krieg dereinst doch hereinbrechen werde, könne einen solchen nicht rechtfertigen. Unvorhergesehene Ereignisse könnten die Lage ändern und das scheinbar Unvermeidliche abwenden. In einer zweiten großen Frage entschied sich der König für Bismarck gegen Moltke's Auffassung, und die Zeit hat dem Kanzler rechtgegeben, denn das Jahr 1870 bot für Deutschland einen viel besseren casus belli, und die Ausbildung der süddeutschen Heere hat in den vier Jahren von 1866 bis 1870 Fortschritte gemacht, die für die Ueber-

legenheit der deutschen Kriegsmacht im Jahre 1870 schwer ins Gewicht fielen. —

Als bei Beginn des französischen Krieges das große Hauptquartier Berlin verließ, war der Kanzler in seinem Coupé unfreiwilliger Ohrenzeuge eines im Nebencoupé mit lauter Stimme geführten Gesprächs, in welchem namentlich General von Podbielski hervorhob, diesmal sei dafür gesorgt, daß Bismarck sich um die militärischen Dinge nicht zu bekümmern haben werde. Fast schüchtern warf der dem Kanzler befreundete Kriegsminister von Roon ein: „Aber er muß doch wissen, wann er Frieden zu machen hat."

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es in Versailles über die Frage der Beschießung von Paris. Bismarck drängte, auch aus politischen Erwägungen, auf baldige Beschießung. Moltke wollte die Frage, wann der artilleristische Angriff auf Paris zu beginnen habe, nur auf Grund militärischer Gesichtspunkte entschieden wissen. „Politische Momente können nur insoweit Berücksichtigung finden, als sie nicht etwas militärisch Unzulässiges oder Unmögliches beanspruchen."

Bei dieser prinzipiellen Meinungsverschiedenheit gestaltete sich das Verhältnis Bismarck's zu Moltke in Versailles recht ungünstig; es kam zu unfruchtbaren Auseinandersetzungen, zu einer Art Kraftprobe, die den überarbeiteten Kanzler sehr gereizt haben muß; es war die Zeit, da er Vertrauten gegenüber kein Hehl daraus machte, daß Moltke wohl ein tüchtiger Feldherr sei, daß ihm aber das politische Verständnis völlig abgehe.

Wenige Jahre nach dem Friedensschluß zu Frankfurt a. M. hatten die verstärkten französischen Rüstungen, namentlich das Cadregesetz vom 12. März 1875, wodurch das französische Heer mit einem Schlage um 144000 Mann vermehrt wurde, die Berliner Militärpartei, an deren Spitze sich Moltke befand, lebhaft beunruhigt. Während diese letztere die Auffassung vertrat, daß entweder Frankreich veranlaßt werden müsse, seine Heeresziffern angemessen herabzusetzen, oder Deutschland einem französischen Angriff zuvorzukommen habe, genügte es Bismarck, den französischen Machthabern zu zeigen, daß die deutsche Regierung stets auf der Wacht und durchaus vorbereitet sei, einem französischen Angriff entgegenzutreten. Im Jahre darauf kam Bismarck im Reichstage auf diese

Angelegenheit zu sprechen. Er begründete sein Verhalten in zum Teil drastischen Ausdrücken. Ohne Zweifel waren seine Ausführungen bis zu einem gewissen Grade gegen den Grafen Moltke und die anderen Militärs gerichtet, welche dem Präventivkriege zuneigten.

Ebenso hat Fürst Bismarck dem Ansinnen der Kriegspartei im Jahre 1877 widerstanden, als hohe Offiziere nicht müde wurden, den Präventivkrieg gegen Rußland zu predigen, und unsere auswärtige Politik geradezu der Furchtsamkeit und Marklosigkeit beschuldigt wurde.

Man sieht, die Anschauungen Bismarck's und Moltke's gingen in recht wesentlichen Punkten auseinander; ein jeder glaubte, auch in dem Ressort des Andern etwas zu verstehen, und ein jeder war verstimmt, wenn es herüberschallte: ne sutor ultra crepidam. Als Sieger ging bei allen Meinungsverschiedenheiten — auch in der einen weiteren Differenzpunkt bildenden Frage des Nordostseekanals — Bismark hervor; bei Moltke blieb das Gefühl eines, der wiederholt überstimmt worden ist. Nun frage ich, wo ist der Mensch, der sich hierüber völlig hinwegsetzt und der mit völligem Gleichmut zusieht, wie die Nation das Verdienst der Einigung Deutschlands, woran Moltke als Militär doch auch einigen Anteil zu haben glaubte, zu drei Viertel dem leitenden Staatsmann zuschrieb? Der Schlachtenlenker Moltke kehrte 1871 in die zwar bedeutsame, äußerlich aber doch bescheidene Generalstabsstellung zurück, wie er sie im Jahr 1870 verlassen hatte. Bismarck's Ruhm, Glanz und Staatskunst erreichte dagegen erst in den nächsten zwanzig Jahren ihren Höhenpunkt, und die Friedenspolitik, die er inaugurierte, wurde dem Andern, der nicht ungern noch ein viertes Mal das Uebergewicht der deutschen Waffen manifestiert hätte, der Grund zur Inaktivität. Wo in der ganzen Geschichte ist ein Feldherr, der persönlich von seinen in seiner Art einzig dastehenden Siegen so wenig gehabt hat, als Moltke? Was wäre in Frankreich aus einem Feldherrn geworden, der solche Siege erfochten?

Es ist ein hübscher Zug von Bismarck, daß er keine Gelegenheit vorübergehen ließ, die durch seine eigene machtvolle Figur gedrückte Stellung Moltke's in den Vordergrund zu stellen. Es war im Jahre 1885, als der Kanzler in einer Rede im Reichstage

ausrief: „Wollen Sie den Mann sehen, dem wir die Wiederherstellung des Deutschen Reiches verdanken, dann blicken Sie dahin!“ Und er zeigte auf den greisen Feldmarschall, der hierbei mit keiner Wimper zuckte.

Das Telegramm, das Bismarck bei dem Ableben des ruhmreichen Strategen (24. April 1891) an die Familie richtete, war in den wärmsten Ausdrücken abgefaßt. In den Ansprachen, welche Bismarck nach seiner Entlassung hielt, finden sich zahlreiche Stellen, wo der Fürst mit geflissentlicher Anerkennung von Moltke spricht, und es war Bismarck, wie ich persönlich aus seinem Munde weiß, unlieb, wenn durch die Veröffentlichung irgend eines herben Wortes aus seinem Munde in der Versailler Zeit die alten, der Geschichte angehörigen Gegensätze verschärft wurden.

Anerkennende Aeußerungen Moltke's über Bismarck sind dagegen nicht aufzufinden, und nichts ist bezeichnender als die Tatsache, daß Moltke ein populäres Werk über den Krieg von 1870/71 verfassen konnte, worin Bismarck's auch nicht mit einem Worte gedacht ist. Die Lücke sagt mehr, als spaltenlange Ausführungen.

Bismarck und Viktor v. Scheffel.

Scheffel stand von Haus aus der Politik Bismarcks keineswegs sympathisch gegenüber, er war mit Herz und Seele Großdeutscher, hatte seinen Schwur der Reichsverfassung von 1849 geleistet und sah, wie viele mit ihm, den Krieg von 1866 als ein Verbrechen und als einen preußischen Raubzug an. Seiner großdeutschen Anschauungsweise ist Scheffel konsequent bis zum Jahre 1870/71 und auch vielleicht noch darüber hinaus treu geblieben. Und wenn er auch später seinen Frieden mit dem neuen Deutschen Reich geschlossen hat und seinem ehrwürdigen Kaiser und dem gewaltigen eisernen Kanzler Dank und Bewunderung darbrachte, es klang bei ihm immer ein Schmerzgefühl mit durch, daß es nicht das „ganze Deutschland“ sein konnte.

Ein deutlicher Beweis für diese Auffassung ist Scheffels wenig bekannte Erwiderung an Felix Dahn auf die Zusendung von Dahns Gedicht:

Macte senex imperator
Barba blanca triumphator!

Dahn schrieb dabei an Scheffel: „Und deine Leyer, Joseph Viktor Scheffel schweigt!!!“ Scheffel antwortete darauf in gleichem Versmaße, wie Dahns Gedicht, diesem:

Felix lyram tetigisti
Ipse Sedan qui vidisti
Et Gulielmum Caesarem!

Post pugnarum gravitatem
Si vidissem libertatem
Jubilans concinerem!

Anton v. Werner, welcher Scheffel bereits seit dem Jahre 1862 lieben und schätzen gelernt hatte, war es, welcher die Annäherung zwischen dem Dichter und dem Begründer des Deutschen Reiches vermittelte. Bereits im Jahre 1876 hatte Anton v. Werner dem Fürsten Bismarck, der Scheffel am 15. Februar dieses Jahres zum 50. Geburtstag gratuliert hatte, im Auftrag des letztern ein Exemplar des von Anton v. Werner illustrierten „Gaudeamus“ überreicht, welches der Fürst mit freundlichem Wohlwollen entgegennahm. Der Dichter, darüber hocherfreut, schrieb am 1. Januar 1877 aus Karlsruhe an Anton v. Werner:

„Daß Bismarck sich am „Gaudeamus“ freut, ist eine stattliche Anerkennung. Bei Stephan, dem Oberpostmeister, bitte ich gelegentlich meinen Gruß zu vermelden, da ich ihn persönlich hier bei Stößer kennen lernte und als Musterbild eines nicht hinkenden Boten sehr verehre.“

Zur Entstehungsgeschichte des bekannten Anton v. Wernerschen Bildes, welches Bismarck, die lange Pfeife rauchend, in die Lektüre von Scheffels „Gaudeamus“ vertieft darstellt, lasse ich das Tagebuch Anton v. Werners sprechen, welches besagt:

> „Am 15. Januar 1877 war ich zum Fürsten Bismarck zum Diner eingeladen. Ich war mit Geheimrat v. Obernitz, welcher immer da zu sein scheint, der einzige Gast und saß bei Tisch zwischen dem Fürsten und der Fürstin Bismarck, welche ich zu Tisch geführt hatte. Das Leben im Hause des Fürsten macht einen unglaublich behaglichen, familiären Eindruck, dem jedes Spürchen ceremoniellen Beschränktseins benommen ist. Die Unterhaltung verbreitet sich leicht und fließend über alle Gebiete: Politik, Litteratur, Tagesneuigkeiten, Geschichte und so weiter. Bismarck interessierte sich für Scheffels Persönlichkeit und bedauerte, daß er ihn nicht seinen Lauenburgern als Reichstagskandidaten empfohlen habe. . . . Nach Tisch und nachdem er seine lange Pfeife angezündet hatte, holte er „Gaudeamus“ (v. Scheffel) vor und las oder deklamierte mit sichtlichem Vergnügen die Gedichte vom „Guano“, „schwarzen Walfisch von Askalon“ „die Rodensteiner“ und andere; die Fürstin hatte inzwischen Papier und die langen Bismarck-Bleistifte geholt, und ich

zeichnete ihn zweimal, was ihm und seiner Frau und den Kindern, Gräfin Marie und ihren Brüdern, viel Spaß machte."

Die Einführung Scheffels bei dem Reichskanzler erfolgte durch den Kissinger Badearzt des Fürsten Bismarck, den Geheimen Hofrat Dr. Oskar Diruf sen. Der letztere war mit dem Dichter seit den Universitätsjahren eng befreundet, da Diruf und Scheffel im Verein mit den Landsleuten des ersteren aus Franken und mehreren norddeutschen Studenten im Jahre 1846 in Heidelberg die noch bestehende burschenschaftliche Studentenverbindung „Frankonia" gegründet hatten. Vom Jahre 1847 bis 1853 waren Diruf und Scheffel, da ersterer von 1851 bis 1858 als praktischer Arzt in Neapel tätig war, persönlich getrennt. Im Jahre 1853, dem Geburtsjahr von Scheffels erster Publikation (Trompeter von Säckingen), trafen die Studienfreunde wieder in Neapel zusammen und blieben fortab in lebhaftem Briefwechsel. Im Jahre 1858 nach Deutschland zurückgekehrt und seitdem in Kissingen ansässig, wurde Diruf häufig von Scheffel brieflich wegen seiner Gesundheit konsultiert, woran sich dann ein wiederholter Kurgebrauch des Dichters in Kissingen schloß. Scheffel folgte dabei noch etwa drei- bis viermal Dirufs freundschaftlicher Einladung in sein Haus, das er dann etwa vier Wochen lang in seinem gewohnten Zimmer, das noch heute den Namen „Scheffelzimmer" führt, bewohnte, Dirufs einfachen Tisch teilend und durch seine reizenden Erzählungen und Schilderungen würzend. Im Laufe des Jahres 1877, da Fürst Bismarck in Kissingen weilte und Diruf denselben während seines Aufenthaltes daselbst täglich besuchte, gab Scheffel dem Jugendfreunde den Auftrag, bei dem Reichskanzler anzufragen, ob ihm seine Aufwartung genehm sei, was der Fürst auch bejahte, worauf Scheffel von dem Kanzler und seiner Gemahlin sehr freundlich empfangen und mehrmals zu Tisch geladen wurde.

Am 22. Juni 1877 schrieb Scheffel von Kissingen aus an Anton v. Werner:

> „Fürst Bismarck war mir mehr als freundlich, ich war zweimal bei dem Gewaltigen zu Tisch und liebe ihn und die Seinigen in ihrer Eigenart."

Man kann sich denken, daß Bismarck an dem Dichter Gefallen fand, welcher uns durch Lust und Laune, schalkhaften Humor, tiefen Ernst und immer aus vollem Herzen soviel Köstliches geschenkt hat; und wohltuend berührten den Kanzler jedenfalls die kraftvolle Gestalt mit den hinter der Brille so freundlich blickenden Augen, die Wärme und der Ton seiner breiten süddeutschen Aussprache und die mit Bescheidenheit gepaarte Offenheit seines Wesens.

Seiner Verehrung für den Fürsten Bismarck gab Scheffel am 1. April 1885, dem siebzigsten Geburtstag des Reichskanzlers, in folgenden Versen Ausdruck:

„Viel Feind', viel Ehr'!
Ein Held hat's schwer,
Doch Sieg nach Krieg
Und Ruhm, der blüht
In Nord wie Süd,
Freut um so mehr!"

Ein letzter Besuch Scheffels bei Bismarck erfolgte in Berlin ungefähr am 20. September 1885. Zum erstenmal seit seiner Studentenzeit sah Scheffel jetzt Berlin wieder, um seinen Sohn Viktor als Avantageur bei den Garde-Ulanen daselbst einzuführen. Scheffel war damals bereits kränkelnd, und wenig freudig klangen die Worte, mit denen er den alten Freund Anton v. Werner begrüßte: „Du, weischt — i merk' das — Alter kommt."

Noch am Tage seiner Ankunft in der Reichshauptstadt erhielt der Dichter im Hotel du Nord auf den Abend eine Einladung in das Reichskanzlerpalais.

Fürst Herbert v. Bismarck war im August 1877 einige Tage bei Viktor v. Scheffel in Radolfszell zu Besuch, die mit Baden und Ausflügen in der Umgebung ausgefüllt wurden. Die Politik wurde nur flüchtig gestreift, umsomehr wurden Erinnerungen aus dem Kriege von 1870/71 ausgetauscht; waren doch beide über den Rhein gezogen, der Fürst als Kombattant, und Scheffel unmittelbar nach Weißenburg und Wörth zum Besuch der Schlachtfelder. Noch ehe sich die Sonne über dieselben gesenkt hatte, erkannte das prophetische Auge des Dichters bereits die welthistorische Bedeutung der deutschen Siege, das Morgenrot der auch von ihm ersehnten deutschen Einheit ahnend.

Professor Thudichum bei Bismarck.

Die Unterhaltungen am Bismarck'schen Tische erhoben sich häufig, besonders zu Beginn der Tafel, wo Jeder das Erlebte und seine Neuigkeiten zum Besten geben durfte, nicht über das Niveau das die daselbst anwesenden Damen zu bestimmen beliebten. Trat aber eine politische, historisch oder allgemein wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit in den sympathischen Kreis, dann verstummten wohl bald die mitunter geräuschvoll geführten Konversationen der dii minores, und wenn der Tischgast es verstand, Bismarck au sein Thema zu bringen, so gab derselbe gerne Rede und Antwort wie wenn es sich um ein förmliches Interview handelte. Ein Gast dieser Art, der das Zeug zu einem Eckermann hat, war am 2. September 1887 in Kissingen an der fürstlichen Tafel, der rühmlichst bekannte Tübinger Rechtslehrer Professor Dr. Thudichum. Thudichum hat über die denkwürdigen Stunden, die derselbe bei dem ersten Reichskanzler verlebte, eine Beschreibung hinterlassen, die bisher ungedruckt blieb, obwohl vorausgesetzt werden darf, daß Fürst Bismarck nichts gegen deren Veröffentlichung eingewendet haben würde. Das Beispiel Anderer, die sich mit solchen Unterredungen brüsteten, schreckte Thudichum wesentlich zurück, dieselben dem Drucke zu übergeben. Auf meine Einwendung, daß er diesem Verdachte niemals ausgesetzt sein würde, und daß er sein Material der Geschichte nicht vorenthalten dürfe, stellte er mir dasselbe zur Verfügung, worauf ich zurücktreten kann, um dem berühmten Rechtslehrer das Wort zu geben.

„Den geliebten großen Kaiser Wilhelm I. von Angesicht zu Angesicht zu sehen und ihm freudige Huldigungen darzubringen,

war uns Süddeutschen zuweilen glückliche Gelegenheit geboten, da der Kaiser auf seinen Reisen oder bei den großen Manövern fast alljährlich im Süden des Reiches erschien und dabei der erwartungsvollen Sehnsucht aller Schichten des Volkes in freundseliger Weise Rechnung zu tragen pflegte. Sehr häufig befand sich der große „Schlachtendenker“ Moltke unter seiner Begleitung, und wurde so ebenfalls für Millionen eine bekannte Erscheinung. Ganz anders aber stand es mit Bismarck; seit der Unterzeichnung des Frankfurter Friedens hat er die berühmte Main-Linie, deren Beseitigung das Werk seiner wundervollen Staatskunst war, selten überschritten, meistens nur im Fluge, immer in den schwerwiegendsten Geschäften, allen Huldigungen fast geflissendlich ausweichend. Nach der Reichshauptstadt zu reisen, um seiner ansichtig zu werden, war selbst während des Tages des deutschen Reichstages oder des preußischen Landtages eine höchst unsichere Rechnung, und so blieb als die einzige gute Gelegenheit dazu ein Besuch von Kissingen übrig, nach dessen Heilquellen ärztliche Gebote den Reichskanzler ziemlich regelmäßig hinführten.

Im August 1887 gehörte auch ich zu den Zuschauern, die so so oft als möglich an der Saline Spalier bildeten und sich nicht sattsehen konnten an den Zügen des Mannes, der Deutschland in den „Sattel gesetzt“ und durch jahrzehntelange Riesenarbeit dem Deutschen die politischen Kinderschuhe ausgezogen und ihn zu einer höheren politischen Denkart, wie sie dem Bürger eines europäischen Großstaates ansteht, langsam, aber erfolgreich erzogen hat. Bei dem, der das Alles miterlebt und seine beste Kraft darangesetzt hatte, den Taten Bismarks mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen, seine zahllosen diplomatischen Noten, Denkschriften, Gesetzentwürfe und parlamentarischen Reden zu lesen und wieder zu lesen und zum System zu ordnen, stieg dann begreiflicherweise der lebhafte Wunsch auf, die Stimme des Kanzlers mit eigenen Ohren zu hören, glücklichenfalles vielleicht Gelegenheit zu erhalten, einige politische Fragen an ihn richten zu dürfen. Im Mai 1883 hatte ich dies vergeblich in Berlin zu erreichen gesucht, da Bismarck damals so leidend war, daß er im Reichstage gar nicht erschien und Besuche nicht annahm; hier in Kissingen lagen jetzt die Dinge nicht besser; um von der endlosen Arbeit Erholung zu finden, war

er hieher gekommen, dessenungeachtet noch ununterbrochen mit allen wichtigeren auswärtigen und inneren Staatsgeschäften belastet geblieben und von deutschen und auswärtigen Staatsmännern amtlich oder nichtamtlich aufgesucht; wer sollte da nicht Scheu tragen, sich auch noch vorzudrängen, und welche Aussicht bestand, solche glücklichen Minuten zu erobern? Zwei Wochen fast hielt mein Entschluß, den Kanzler nicht zu stören, stand, bis einige Freunde in mich drangen, die Bescheidenheit nicht zu übertreiben; ich sei der Erste gewesen, der im Jahre 1867 akademische Vorlesungen über das Verfassungsrecht des neuen Norddeutschen Bundes und des Zollvereines gehalten habe, und zwar auf einer süddeutschen Universität, und seitdem seien die politischen und staatsrechtlichen Gedanken Bismark's von keinem Staatsrechtslehrer entschiedener vertreten worden als von mir, neuerlich noch in dem Werke „Bismarck's parlamentarische Kämpfe und Siege“ (Erste Abteilung, Tübingen, Mai 1887); ich stehe also keineswegs jedem anderen Privatmanne gleich, und es sei keineswegs unwahrscheinlich, daß ich empfangen werde. Diesen Vorstellungen gab ich endlich nach und wurde dann am 2. September, am Sedanstage, freudig überrascht durch ein Telegramm folgenden Inhaltes: „Der Reichskanzler Fürst von Bismarck bittet Herrn Professor, ihm die Ehre erweisen zu wollen, heute 6 Uhr abends bei ihm zu speisen. Anzug Ueberrock.“ Außerdem waren, wie sich zeigte, nur noch zwei andere Herren geladen, der Reichstags-Abgeordnete und Bismarck'sche Gutsnachbar von der Osten und der evangelische Stadtpfarrer Beck, während den am Morgen verreisten katholischen Stadtpfarrer die Einladung nicht mehr erreicht hatte.

Das Folgende ist der Wortlaut des von mir gleich am andern Morgen niedergeschriebenen, bis jetzt noch nicht veröffentlichten Berichtes über diesen Abend.

Wir wurden zuerst in ein kleineres Zimmer zur Frau Fürstin geführt und von dieser mit so freundlicher Einfachheit empfangen, daß man sich bald heimisch fühlte; nach einer Weile trat der Fürst ein, reichte Jedem nach der Reihe die Hand und wechselte einige Worte. Welch eine weiche Hand, und wie wuchtige Depeschen versteht sie doch zu schreiben!

Da gemeldet wurde, daß das Essen bereit sei, sagte der Fürst: „Der Herr Professor als der Aelteste wird wohl die Fürstin zu Tisch führen“; und als wir im anstoßenden sehr geräumigen Speisezimmer angelangt waren, wurde mir die zweite freudige Ueberraschung zu teil, meinen Platz zur Rechten der Fürstin und zur Linken des das schmale Ende des Tisches einnehmenden Fürsten angewiesen zu sehen.

Die Fürstin reichte dem Fürsten einen offenen Brief hin, und als Bismarck die Anrede „Lieber Großpapa!“ gelesen hatte, bemerkte er scherzend: „So, der ist an mich gerichtet; das ist aber sehr schlimm, daß du mir meine Briefe eigenmächtig öffnest“, worauf die Fürstin diesen Vorhalt erfolgreich mit dem Beweise abschlug, daß der Brief lediglich die Beilage eines an sie selbst gerichteten gebildet habe. Während der Fürst vergnügter Miene die Zeilen des kleinen Enkels musterte, kam ich im Laufe der Unterhaltung mit der Frau Fürstin auf die Nürnberger Ausstellung und das dort ausgestellte Bild des Fürsten von der Hand v. Lenbach's zu reden, indem ich bemerkte, daß dasselbe wegen seiner Unfertigkeit noch zu wünschen übrig lasse, worauf die Fürstin versetzte: man muß allerdings wissen, daß Lenbach keine Zeit zum Malen hatte, als etwa eine halbe Stunde nach Tisch beim Kaffee; die Augen sind allein fertig geworden und vortrefflich. Ich dankte für die Aufklärung, im Stillen allerdings mit dem Vorbehalt, daß des Fürsten Augen gegenwärtig einen etwas anderen Eindruck hervorriefen, als zur Zeit der Entstehung des Lenbach'schen Bildes, nämlich den der größten Ruhe und Bestimmtheit. Augen von dieser Größe, mit solchen riesigen dunklen Pupillen, hatten mich in meinem ganzen Leben noch nicht angeschaut; die Blicke mit ihnen zu kreuzen, kam mir manchmal wie eine Art von Wagnis vor, und ich konnte mich lebhaft in die schwierige Lage von Diplomaten versetzen, welche die Aufgabe hatten, dem vor ihnen stehenden riesigen Kanzler mit den mächtigen Augen und der olympischen Ruhe etwas zu ihren Gunsten abzudringen.

Der Fürst hatte inzwischen das landwirtschaftliche Gespräch mit Herrn von der Osten verlassen und andere Fragen aufgegriffen, darunter die der neuen Orthographie, die er mißbilligte; als ich klagte, daß der einzelne Schriftsteller wenig mehr gegen dieselbe zu

unternehmen vermöge, weil die Korrektoren der Druckereien die neue Schreibart durchführten, und hinzusetzte, daß es meiner Ansicht nach die Zuständigkeit eines Kultusministers übersteige, die staatliche Geschäfts- und Gesetzessprache mittelbar zu ändern, versetzte der Fürst: „Die Sprache des Königs darf von keinem Beamten geändert werden.“ Dann bildeten vorwiegend rechtsgeschichtliche Dinge den Gegenstand der Unterhaltung: der Gang der Kolonisation von Ost- und Westpreußen, wie es komme, daß östlich der Weichsel oberdeutsch, westlich derselben platt gesprochen werde, wie die Sprachgrenze in Westfalen laufe, ob die salischen Franken von der fränkischen Saale, an deren Ufer wir uns ja befanden, herstammten und ihren Namen hätten, wobei der Fürst überall ausgebreitete und genaue Kenntnisse entwickelte und manches mir unbekannt Gewesene einflocht. So ehrenvoll es mir nun auch erscheinen konnte, dem Fürsten als Rechtshistoriker nicht unbekannt zu sein, so hätte ich mich, ehrlich gestanden, zehnmal lieber über Politik und Staatsrecht unterhalten, die nun längst im Mittelpunkte meines Interesses standen. Ich hatte im voraus überlegt, ob es möglich sein werde, des Fürsten Ansicht über Organisation der obersten Reichsämter und des preußischen Ministeriums, über Minister-Anklage, über den Bundesrat, über das Verhältnis des preußischen Landtages zum Reichstage vernehmen zu können, und war schlüssig geworden, die ersteren Fragen wegen ihres zu großen Umfanges ruhen zu lassen, die anderen aber bei guter Gelegenheit anzuregen; allein diese Gelegenheit blieb immer aus und wurde schließlich durch die Reichshunde zunichte gemacht, welche im Saale lustig mit einander spielten und dann zu ihrem Herrn herankamen und die Rebhuhnknochen beschnupperten, schließlich auch, gegen die Dressur, fröhlich verzehrten.

Als man sich vom Tisch erhoben hatte, reichten Fürstin und Fürst uns Allen die Hand, die Fürstin aber erhielt von ihrem Gemahl einen Kuß auf die Stirne; jeder Anwesende wird dabei wohl seine Betrachtung gemacht haben, wie groß und vorbildlich uns der Reichskanzler auch als Haus- und Familienvater dasteht, wie der häusliche Herd, der Verkehr mit der edlen Gemahlin und den Kindern seine hauptsächlichste Erholung bildete von den erschöpfenden Arbeiten seines Amtes, und welcher Segen es war, daß

sich die mehrmals gefährdete Gesundheit seiner Gemahlin immer wieder glücklich befestigt hatte.

Es wurden nun Cigarren gereicht, welche die Meisten, übrigens mit Ausnahme von mir selbst, trotz der Anwesenheit der Fürstin, „die daran gewöhnt sei“, kühnlich anzündeten; der Fürst aber ließ sich seine lange Pfeife bringen und anzünden und nahm auf einem gepolsterten Langsessel Platz, indem er um Entschuldigung bat, daß er das linke Bein auf demselben ausstrecke; aber Dr. Schweninger, der heute abgereist sei, habe möglichst vieles Liegen dringend anempfohlen. Eine Lampe wurde herbeigebracht, deren Licht den Kopf des Reichskanzlers so prächtig beleuchtete, daß man nur bedauerte, nicht Maler zu sein, um sich dieses denkwürdige Bild für alle Zeiten fixieren zu können. Das Glück wollte, daß ich auch jetzt wieder dem Reichskanzler gerade gegenüber zu sitzen kam.

Von einem untergeordneten Gegenstande nahm nunmehr der Reichskanzler Veranlassung zur Erörterung der Frage, welcher Unterschied bestehe zwischen den auf einer Universität und auf bischöflichen Seminarien gebildeten katholischen Klerikern, und bemerkte dazu:

„Die auf den Universitäten gebildeten Kleriker sind keineswegs friedfertiger gesinnt, sondern rüsten sich dort nur mit besseren Waffen aus, um den Kampf mit um so größerer Heftigkeit zu führen, wie man an dem Beispiel des Breslauer Frantz sehen kann, der ein Zögling der Universität ist. Das Universitätsstudium muß viele der Gescheiterten doch zur Erkenntnis bringen, daß es mit ihrer Sache nichts ist, und den Unwillen über diese Entdeckung lassen sie dann in der Anfeindung Anderer los. Ein im bischöflichen Seminar Erzogener wird wenigstens seinem Bischof williger folgen, und es also dann wesentlich auf den Bischof ankommen. Gegenwärtig haben wir glücklicherweise friedliche Bischöfe, und der einsichtsvollste von allen ist der Papst Leo XIII.“

Geheimrat v. Rottenburg erstattete Anzeige von dem Einlauf des Schreibens einer Nordamerikanerin, einer geborenen Mann aus Kurhessen, worin sie anzeigte, daß sie dem Reichskanzler eine echte Friedenspfeife zum Geschenk übersende, welche ihr Mann von einem Indianerhäuptling eigenhändig erhalten habe. Es erregte diese Mitteilung natürlich Heiterkeit, und der Fürst meinte, man

werde dafür danken müssen. Meine Bemerkung, es werde dies doch nicht eine Anspielung enthalten sollen, veranlaßte den Fürsten zu folgenden Aeußerungen:

„Es ist in den letzten 17 Jahren schwerlich Jemand mehr für die Erhaltung des Friedens bemüht gewesen als ich, und es ist dasselbe uns ja auch gelungen, obwohl es manchmal recht schwer war. Durch einen Krieg könnten wir auch nach keiner Seite hin mehr etwas gewinnen, weder im Westen noch im Osten. Die Letten und Esthen zu Deutschen zu machen, würde eine allzu schwere Aufgabe sein, und durch jeden Krieg mit Rußland, auch wenn wir bis Petersburg vordrängen, würde sich die Lage der Deutschen in den Ostseeprovinzen nur verschlimmern."

Als Pfarrer Beck bemerkte, es sei aber doch sehr traurig, wie jetzt die Deutschen dort bedrückt würden und wie man dort jetzt auch die evangelische Religion bedrängte, antwortete der Reichskanzler: „Gewiß ist das zu beklagen; ich kenne das aus bester Quelle, aber wir können da nicht viel tun."

„Bald nach dem Jahre 1870", fügte ich hinzu, „war an vielen Orten Deutschlands ein lebhaftes Begehren nach der Annexion von Deutsch-Oesterreich zu verspüren; in einer studentischen Versammlung in Tübingen zum Beispiel, in welcher ich für „Freundschaft" mit Oesterreich gesprochen hatte und dann ein damaliger Kollege mich übertrumpfte und Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland forderte, fand die letztere Meinung stürmischen Beifall, und die meinige unterlag."

Fürst Bismarck: „Das Wünschenswerte ist jetzt durch das Bündnis mit Oesterreich erreicht. Wir können dort nicht mehr annehmen, als man uns freiwillig gibt. Die böhmische Schüssel mit dem czechischen Kloß würde auch ein schweres Gericht für uns werden, und dürfte es doch sehr die Frage sein, ob Wien Lust hätte, sich mit der Stellung einer Provinzial-Hauptstadt zu begnügen. Die Oesterreicher haben freilich zum Teil seltsame Vorstellungen von unseren Bundespflichten und wähnen, wir müßten ihnen zur Wahrung aller möglichen Interessen, wie jetzt in Bulgarien, Beistand leisten."

„Nicht bloß das," versetzte ich; „gar Viele halten Deutschland auch für berufen, ihnen aus der finanziellen Schwierigkeit zu

helfen, durch Herstellung einer Zollgemeinschaft; wenigstens hörte ich vor etlichen Jahren bei meiner Anwesenheit in Wien einen Reichsrats-Abgeordneten diese Forderung stellen."

Fürst Bismarck: „Eine Zollgemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn ist nicht gut ausführbar; sie muß namentlich an dem Umstand scheitern, daß ein erheblicher Teil der dortigen Bevölkerung von den Gegenständen, welche Zolleinnahmen liefern, wenig verzehrt; die Ungarn bauen ihren Wein und Tabak selber u. s. w.; es würde also jeder Maßstab für die Verteilung der Zolleinnahmen fehlen. Wie schwer es ist, den wirklichen Verbrauch zu schätzen, haben wir im Zollvereine erfahren; der Stadt Frankfurt am Main wurde für ihre Bevölkerung wegen des größeren Verbrauches ein Quadruplum zugestanden, und dieses entsprach wahrscheinlich noch nicht dem wirklichen Mehrverbrauche. Schleswig-Holstein verbraucht an zollpflichtigen Waren vielleicht sogar zehnmal mehr als andere deutsche Landschaften."

Ich bemerkte: „Es möge wohl in dieser Tatsache, neben der Einführung der Klassen- und Einkommensteuer, der Grund der Unzufriedenheit mit der Einverleibung in Deutschland zu suchen sein; dessenungeachtet aber seien die Schleswig-Holsteiner von dem Vorwurfe der Undankbarkeit nicht freizusprechen, daß sie bis in die neueste Zeit vorwiegend reichsfeindlich gewählt hätten; sie, die durch Deutschland vom dänischen Joche befreit wurden, seien viel weniger zu entschuldigen, als die Württemberger, wo der Mangel an nationalem Sinn mit historischen Verhältnissen zusammenhänge, auch von Seite etlicher Minister vor 1870 Manches verfehlt worden sei "

Fürst Bismarck: „Die Schleswig-Holsteiner mußten aber dafür ehemals sehr hohe Amtssporteln bezahlen (der Reichskanzler führte dann einzelne Beispiele an, daß sich Amtsleute kleiner Aemter auf 30- bis 40000 Mark jährlich gestanden hätten); auch waren sie der Willkür der Beamten preisgegeben, namentlich die zu Meierrecht sitzenden Bauern, welche jetzt fortschrittlich wählen, konnten wegen geringer Nachlässigkeiten um ihr ganzes Recht gebracht werden. Württemberg und auch Franken hat sich bei den letzten Reichstagswahlen sehr gut gehalten" — was ich freudig bestätigte.

Eine glücklich eingetretene Pause wagte ich nun schnell zu benutzen, um eines meiner Anliegen anzubringen, mit folgenden Worten: „Darf ich mir eine Frage erlauben bezüglich der Stellung des Bundesrates in der Reichsverfassung, nämlich ob es nicht bedenklich erscheint, den Bundesrat in so umfassender Weise zum Teilhaber der Regierungsgewalt zu machen; denn wenn auch in einigen Richtungen dem Kaiser freies Verfügungsrecht bleibt, so sind die Regierungsrechte des Bundesrates doch schon jetzt sehr ausgedehnt und könnten es voraussichtlich künftig noch mehr werden, zum Beispiel wenn sich das Reichs-Eisenbahnprojekt, welches in den Verträgen mit Braunschweig und Anhalt jüngsthin wieder in Erinnerung gebracht worden ist, verwirklichen sollte. Eine solche Frage lag besonders früher nahe, als man noch mit der Möglichkeit einer ultramontanen Regierung in Bayern rechnen zu müssen glaubte, was ja jetzt glücklicherweise nicht mehr der Fall ist; sie bleibt aber auch so noch berechtigt, da Zeiten kommen können, in welchen die Regierungen nicht mehr so fest zusammenhalten und gehalten werden als gegenwärtig."

Fürst Bismarck: „Der Bundesrat ist ein notwendiges Gegengewicht gegen den Reichstag; für einen Reichstagsbeschluß ist niemand greifbar verantwortlich; eine Majorität ist ein anonymes Ding; dem muß etwas Aehnliches, die Majorität der Regierungen im Bundesrat, gegenübergestellt werden können. Wenn ihm nicht der Bundesrat als Deckung zur Seite stünde, würde sich schwerlich Jemand finden, der die Bürde des Kanzleramtes auch nur zwei bis drei Jahre auf sich nehmen möchte. Für Beschlüsse des Bundesrates ist der Reichskanzler nicht verantwortlich; er hat im Bundesrat nur etwas zu sagen, insofern er zum Bevollmächtigten Preußens darin ernannt ist. Verantwortlich ist er nur für die Verfügungen des Kaisers, und er kann einen Bundesratsbeschluß nur unter der Voraussetzung tatsächlich hindern, daß der Kaiser mit ihm einverstanden ist und der Kaiser sich weigert, den seine Entlassung anbietenden Reichskanzler zu entlassen."

Auf meine Bemerkung, daß ich den Wert des Bundesrates stets anerkannt hätte, zu einer Zeit, als noch viele National-Liberale nach einem Herrenhause gerufen hätten, versetzte Fürst Bismarck:

„Wollte man ein Herrenhaus schaffen, so würden alle Angelegenheiten doppelt beraten werden und die Maschine sehr viel langsamer und schleppender arbeiten; aber ein Gewinn würde daraus für das Reich nicht erwachsen.

Es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß alle Teile des Reiches durch die Macht der materiellen Interessen zusammengehalten werden; ich habe daher vorgeschlagen, zu dem System der indirekten Steuern überzugehen, womit ein Großstaat allein bestehen kann. Diese Interessen, namentlich das Tabakmonopol, erschienen mir als die Klammern, mit denen alle Teile fest zu umfassen seien; denn ein Staat, der vom Reiche erhebliche finanzielle Vorteile hat, schädigt sich selbst, wenn er sich von ihm entfernt.

Zur Zeit des Zollvereins haben Viele das Tabakmonopol empfohlen, die es später bekämpften; so war zum Beispiel Delbrück früher dafür und hielt es nur für unausführbar in Verbindung mit Oesterreich-Ungarn; nachher übernahm er die Führung der Opposition in der Frage."

Ich bemerkte: „Das Verhalten Delbrück's in einer anderen Angelegenheit, nämlich der des Zollanschlusses von Hamburg, sei mir besonders schmerzlich gewesen, da Delbrück früher große Dienste geleistet, namentlich auch im Reichstage in staatsrechtlichen Fragen sich als sachkundiger und schlagfertiger Redner bewiesen habe; man wisse freilich, daß entlassene Minister manchmal sonderbare Wege gingen; man müsse sich aber besonders wundern über den Mangel an staatsmännischer Klugheit, sich so zu engagieren ohne Sicherheit gegen die Gefahr, in der Minorität zu bleiben."

Fürst Bismarck: „Delbrück war gewiß ein sehr geschäftskundiger Beamter, den ich ungern scheiden sah; er erklärte mir aber, daß seine Gesundheit ihm die Fortführung des Amtes nicht erlaube, da ihm andernfalls der Arzt eine Gehirnerweichung in Aussicht gestellt habe."

Auf alle von irgend einer Seite angeregten Fragen war der Reichskanzler mit der größten Bereitwilligkeit eingegangen, hatte sie in gedämpfter und bedächtiger Sprache ausführlich beantwortet und mehrmals mit solcher Vertiefung in dieselben, daß ihm die Tabakspfeife ausging, was dem Herrn Pfarrer erwünschte Gelegenheit gab, Feuer zum Wiederanzünden zu bringen. Meine Augen

hatten das leider nicht wahrgenommen; ich war ganz Ohr und faßte mir schnell den Mut, die Erlaubnis zu einer neuen Fragestellung zu erbitten: „Das Nebeneinanderbestehen von zwei so großen Vertretungen, wie der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus, welches in keinem anderen Großstaat seinesgleichen habe, hielte ich vorläufig zwar für unentbehrlich, wie schon bei den jüngsten Maßregeln gegen das Polentum klar geworden sei; ich teilte auch nicht die national-liberale Idee, wonach die preußischen Reichstags-Abgeordneten das preußische Abgeordnetenhaus ausmachen sollten; da indessen mit der weiteren Ausdehnung der Reichsgesetze die Zuständigkeit der Landtage sich noch weiter verringern werde, während auf der anderen Seite im Falle einer Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Preußen[1]) das preußische Abgeordnetenhaus noch zahlreicher werde als gegenwärtig, so werde das Unzuträgliche des jetzigen Zustandes sich noch steigern. Ein Hauptübel des letzteren sei die Häufigkeit der Wahlaufregung, namentlich, seitdem die Wahlzeiten für Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht mehr zusammenfallen, und es sei der Prüfung wert, ob sich außer der Verlängerung der Wahl- und Etats-Perioden nicht noch andere Gegenmittel finden ließen."[2])

Fürst Bismarck: „Die Wahlaufregung ist gewiß schädlich, doch bei den Landtagswahlen viel geringer wegen der indirekten Wahl. Das preußische Abgeordnetenhaus bleibt eine wichtige Stütze für die Regierung, wenn einmal im Reichstage eine reichsfeindliche Majorität vorhanden ist, wie sich bei den Maßregeln gegen die Polonisierung gezeigt hat. Uebrigens bietet das Nebeneinanderbestehen zweier verschiedener Wahlsysteme eine sehr wertvolle Gelegenheit, die Wirkung derselben zu vergleichen, und das preußische zeigt den großen Vorteil, daß keine Sozial-Demokraten gewählt werden."

---

[1]) Davon war damals in den Zeitungen viel die Rede.

[2]) Im folgenden Monat November 1887, wurde im Reichstag von Konservativen, Reichspartei und National-Liberalen ein Antrag auf Verlängerung der Wahlperiode von drei auf fünf Jahre eingebracht und angenommen, und im Februar 1888 gelangte im preußischen Landtage ein Gesetzentwurf über Verlängerung der Wahlperiode für das Abgeordnetenhaus zur Annahme.

Inzwischen war es 8 Uhr geworden, sodaß Geheimrat v. Rottenburg das Zeichen zum Aufbruch gab. Mit freundlichem Händedruck wurden wir entlassen, und von der Fürstin, welche sich inzwischen an einer anderen Seite des Saales in kleinem Kreise unterhalten hatte, in freundlichster Weise mit einer Zigarre auf den Heimweg beschenkt. Neben dem beglückenden Hochgefühle, solche Stunden in der Nähe des größten Staatsmannes unseres großen Jahrhunderts haben verbringen zu dürfen, trug man noch ein Anderes mit nach Hause, ein gesteigertes Bewußtsein der Pflicht der Bescheidenheit in politischen Urteilen, und die Erkenntnis, wie sehr die glückliche Durchsetzung großer politischer Gedanken mitbedingt erscheint durch die Zaubermacht einer großen Persönlichkeit.

Tübingen, 18. Oktober 1900. F. Thudichum.

Bismarck und David Hansemann.[1])

Schon auf dem ersten vereinigten Landtag war Bismarck gerade gegen Hansemann mit besonderem Eifer in die Schranken getreten; Bismarck trieb hierzu nicht nur eine abweichende Ansicht in den einzelnen, zur Beratung stehenden Fragen, er handelte vielmehr in instinktiver Abneigung gegen das ihm fremde Wesen der rheinischen Liberalen, die Ende der vierziger Jahre Einfluß auf sein von dem Blute preußischer Edelleute gedüngtes Land und den von ihnen geschaffenen Staat zu gewinnen begannen. Nach der Ernennung Hansemann's zum Finanzminister in dem Ministerium Camphausen (29. März 1898) wandte sich Bismarck auf dem zweiten vereinigten Landtag wiederum vorzugsweise gegen Hansemann als die signifikanteste Persönlichkeit unter den Vertretern des Bürgertums, welche jetzt das Siegespanier der neuen Zeit über dem Grabe der Bismarck teueren Vergangenheit hißten. Bismarck hatte Hansemann's Worte und Argumente im ersten Vereinigten Landtag gut im Gedächtnis behalten, und suchte ihn jetzt mit seinen eigenen Waffen zu schlagen; denselben Vorwurf, den Hansemann als Abgeordneter der früheren Finanzverwaltung gemacht hatte, bekam er nun von seinem Gegner zu hören. Die Ernennung Bismarck's zum Gesandten in Paris erfüllte Hansemann mit Besorgnis, weil derselbe als Gesandter am Bundestage trotz seiner reaktionären Gesinnung der schärfste Gegner Oesterreichs und aller friedlichen Einigungsbestrebungen innerhalb des deutschen Bundes geworden war. Diese Wahrnehmungen bestärkten Hansemann in der Ueberzeugung, daß Bismarcks politischen Anschauungen ein leitender Gedanke fehle, und er glaubte wie so viele andere, die Bismarck

[1]) Als Quelle für diese Darstellung gilt das Werk: „David Hansemann" von Alexander Bergengrün, Berlin, Guttenberg'scher Verlag.

nur aus der Ferne zu beobachten die Gelegenheit hatten, daß ein übermütiges Kraftgefühl und ein, durch persönlichen Ehrgeiz bestimmter Tatendrang am Ende die hervorragenden Eigenschaften dieses Staatsmanns sein möchten. Wenn Hansemann ferner von Bismarck vernahm, daß derselbe einer politischen Annäherung an Frankreich, wenn nicht gar einer Allianz mit ihm das Wort redete, so bestärkte ihn das in der Meinung, daß Bismarck die Interessen seines Landes auf das Spiel setze.

„Das Gerücht, v. Bismarck-Schönhausen solle preußischer Gesandter (in Paris) werden," schrieb er aus Nürnberg während seiner Verhandlungen mit den süddeutschen Höfen über die Zollvereinsreform am 10. September 1861 an Auerswald, „macht einen sehr schlechten Eindruck nicht nur in den Regierungskreisen der Mittelstaaten, sondern auch bei den Bewohnern derselben; bei den Regierungen, weil der Genannte bekanntlich eine Allianz Preußens mit Frankreich und Rußland sehr wünscht; bei jenen Bewohnern noch außerdem, weil er nach seinen Präzedentien ein Kreuzritter oder ein unzuverlässiger Renegat sein muß. Ich meinesteils würde diese Wahl ebenfalls beklagen, weil sie ein neues Motiv zum Mißtrauen Oesterreichs und der Mittelstaaten gegen Preußen darbieten würde und weil, abgesehen davon, der Kreuzritter Bismarck kein geeigneter Vertreter des konstitutionellen Preußens in Paris ist." Als Bismarck dann wirklich Gesandter in Paris geworden war und Hansemann die Gewißheit gewonnen hatte, daß Preußen um des französischen Handelsvertrags willen selbst vor einer Sprengung des Zollvereins nicht zurückscheuen werde, schien ihm eine abschüssige Bahn betreten zu sein, die Preußen in eine verhängnisvolle Abhängigkeit von Frankreich bringen müsse. Die unbedingte Verpflichtung Preußens auf den Handelsvertrag wäre der feindseligste Akt gegen die anderen Zollvereinsstaaten, schrieb er am 31. Juli 1862 an von der Heydt; und das künde man drei Jahre vorher an, ohne zu wissen, was alsdann rätlich sein werde. „Daß die Regierung einen so gefährlichen und höchstwahrscheinlich so unheilvollen Schritt thun könne, würde ich für unmöglich halten, wenn ich nicht sähe, daß man jetzt bereits Bismarck-Schönhausensche Politik treibt." Einen womöglich noch ungünstigeren Einfluß auf Hansemann machten die ersten öffentlichen Kundgebungen Bismarcks nach der Ernennung

zum Ministerpräsidenten, die Ankündigung einer Blut- und Eisenpolitik, die Aufforderung an Oesterreich, seinen Schwerpunkt nach Pest zu verlegen und der Hinweis auf den zu schmächtigen Leib Preußens. „Hier herrscht jetzt — so schrieb Hansemann im Juni 1863 — die Reaktion, wozu die unweisen Demokraten die Veranlassung gegeben haben — also naturgemäß. Nur schade, daß die Reaktion zugleich Junkerpartei ist, welche die wirklichen konservativen Elemente größtenteils ausschließt und deshalb Mühe haben wird, das Land dauernd zu beruhigen." Nach außen und nach innen sah Hansemann nur eine völlig verfahrene Lage. „Und doch scheint es mir unmöglich, daß ein Ministerium Bismarck imstande sei, die Lage zu verbessern. Ohne einen neuen Premier sehe ich daher keinen Ausweg, wie schwer auch eine gute Neubildung des Ministeriums sein mag."

Betrachtet man diese Urteile und vergleicht man sie mit dem, was von der wirklichen Weltlage, von den Absichten und dem Charakter des so hart angefochtenen Staatsmannes damals allein bekannt war, so wird man sie entschuldbar finden. Wie sollte damals, zur Zeit des heißesten Konfliktes mit der Volksvertretung der außen Stehende ahnen, daß Bismarck die Eierschalen des Junkertums längst abgestreift hatte; daß seine auswärtige Politik mehr als ein zielloses Reizen Oesterreichs und der Mittelstaaten, mehr als ein Buhlen um die Gunst Frankreichs und Rußlands, mehr als ein frivoles und hochmütiges Verletzen der nationalen Empfindung war? In diesem falschen Lichte erschienen Hansemann anfangs auch noch der dänische Krieg und die rücksichtslose Eigenmächtigkeit, mit der die beiden Großmächte unter Bismarck's Führung den Forderungen der diesesmal mit dem Bundestag einverstandenen Nation Trotz boten und ihre eigenen unverstandenen Wege gingen. Als aber der Knäul sich zu entwirren begann, als ein großer militärischer, diplomatischer Erfolg nach dem andern errungen und schließlich auch noch auf handelspolitischem Gebiet das Feld behauptet wurde, da stutzte Hansemann zuerst und schließlich machte der kluge, erfahrene Mann einen Strich unter seine bisherige politische Rechnung. Er bekannte von Bismarck überwunden zu sein. Am 23. Juli 1864 schrieb Hansemann aus Schlangenbad einem großdeutschen Publizisten in Wien einen Brief, der mit nachstehenden Sätzen schloß:

„Nun muß ich Ihnen das Bekenntnis ablegen, daß ich zu zweifeln anfange, ob meine Verdammung der kleindeutschen, preußischen Politik richtig, und nicht vielmehr der Bismarck'sche Weg der zweckmäßigere gewesen ist, denn unverkennbar hat er große Erfolge errungen (folgt eine Aufzählung derselben auf dem Gebiete der auswärtigen und der Handelspolitik). Ich muß also eingestehen, daß er klüger und voraussichtiger als ich gewesen ist; jetzt haben wir noch zu sehen, ob er im Maßhalten eben so klug sein wird, oder ob er, durch das Glück berauscht, zu viel auf einmal erreichen will und dadurch das Erreichte und Erreichbare etwa wieder einbüßt. Besteht er glücklich diese Probe, so muß man freilich ganz zu der Ansicht übergehen, daß der National-Verein von Sybel und Bismarck doch nicht auf so verkehrtem Wege wandeln wie ich es bisher geglaubt hatte. Da Sie stets auf meine politischen Ansichten in Beziehung auf die deutsche Frage Wert gelegt haben, dachte ich, daß ich Ihnen nicht vorenthalten dürfe, in welcher Wandlung derselben ich mich befinde."

Die Ueberzeugung, daß der kraftvolle Wille und die geniale Staatskunst Bismarck's Preußen einer neuen und großen Zukunft entgegenführe, hat Hansemann mit ins Grab genommen. Von der Wandlung in Hansemann's Ansichten hat Bismarck damals nichts erfahren. Er hat in ihm bis zuletzt einen politischen Gegner gesehen und bekämpft, — aber auch geachtet. Nach vielen Jahren bekannte er dem ältesten Sohne Hansemann's: im Grunde — sei David Hansemann der einzige Staatsmann der Revolutionszeit gewesen, der ihm Respekt einflößte, — und dem Großsohne Hansemann's hat er einmal erklärt, daß er als Ministerpräsident glücklich gewesen wäre, einen Finanzminister wie Hansemann zur Seite zu haben. Diese späteren Aeußerungen Bismarck's erklären vielleicht auch eine auffallende Tatsache. Bismarck macht in den „Gedanken und Erinnerungen" aus seiner Abneigung gegen die liberalen Koryphäen der vierziger Jahre kein Hehl. Er nennt sie mit Namen: Camphausen, Beckerath, Vincke, — und sagt von jedem, warum er ihm unsympatisch war. Hansemann, mit dem er doch so oft und so heftig zusammengestoßen war, wird von ihm dort gar nicht erwähnt.

Franz von Defregger und Gabriel von Seidl in Friedrichsruh.

Unter den vielen Deputationen, welche am 1. April 1891 in Friedrichsruh eintrafen, befand sich auch eine der Münchner Künstlerschaft, bestehend aus den Professoren Franz v. Defregger und Gabriel v. Seidl, dem genialen Erbauer des National-Museums und des Künstlerhauses in München. Die Herren wurden alsbald von dem Grafen Herbert in den Speisesaal geführt, wo Fürst Bismarck am Ende der Frühstückstafel saß. Nach einer kurzen Ansprache an den greisen Staatsmann wurden dieselben gebeten, an dem Tische Platz zu nehmen, an welchem u. a. der Herzog von Ujest, Adolf Woermann, Professor Schweninger, Graf Bill, das Rantzau'sche Ehepaar und der Bruder des Fürsten Platz genommen hatten. Der Fürst sah sehr wohl aus und war in bester Laune. Als ein besonders alter, köstlicher Schnaps gereicht wurde, wandte er sich an seine Gemahlin: „Das ist doch der vom Kaiser von Rußland?" Und als der Hausherr das erstaunte Gesicht seiner Gäste sah, bemerkte er: „Sie wundern sich vielleicht über das Geschenk? Der Kaiser von Rußland sagte einmal zu mir, er wüßte eigentlich nicht, wie er mir noch eine Auszeichnung verschaffen könnte; die höchsten Orden besäße ich, und er sei buchstäblich in Verlegenheit, was er mir geben solle. Darauf erwiderte ich: Majestät, ich würde an Ihrer Stelle etwas ganz anderes wählen, als eine Dekoration, etwa ein Pferd, Wein, Naturalien, kurz etwas Materielles. Derartige Gaben kommen immer zur guten Stunde. Der Kaiser lachte über meinen Einfall, und siehe da, kurze Zeit darauf kam von St. Petersburg eine große Sendung von köstlichem Wein und ebenso vortrefflichen

Schnäpsen an mich an, mit denen ich noch jetzt an besonders festlichen Tagen mir und meinen Gästen eine Freude bereiten kann."

Nach dem Frühstück zog sich Fürst Bismarck etwas zurück, um demnächst mit dem Herzog von Ujest eine Spazierfahrt zu unternehmen. Während die meisten Deputationen den Rückweg in die Heimat antraten, wurde den beiden Münchner Künstlern die Ehre zuteil, auch noch zur Mittagstafel im kleinen Kreise der Familie geladen zu werden. Wiewohl das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Altreichskanzler damals den höchsten Grad der Spannung hatte, erhob sich Bismarck doch während des Diners und sagte: „Ich trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Königs und Kaisers." Nach Tisch machte es sich Bismarck, der Interimsuniform mit weißer Weste trug, auf der Chaiselongue behaglich. Unter anderm erzählte er, wie er beim Friedensschluß vom Jahre 1866 darauf gedrungen, daß in den Beziehungen zu den süddeutschen Staaten für diese kein Anlaß zu nachhelliger Verstimmung, also kein Stachel zurückbleibe. Bei Oesterreich habe er dasselbe Ziel vor Augen gehabt; die Erreichung desselben sei ihm aber sehr erschwert worden durch die weitgehenden Wünsche der Militärs und des Königs. „Man muß bei derartigen Gelegenheiten nie mehr nehmen, als man braucht, und nie so viel, als man kann, weil das darüber leicht zur Last werden kann. Den großen Fehler, diesen Grundsatz nicht zu beachten, haben häufig die Franzosen gemacht."

Später kam die Rede auf die verschiedenen deutschen Stämme, und Professor Gabriel v. Seidl sagte, daß sich im bayerischen Gebirge, bezw. in den Voralpen der Isarwinkler (aus der Vorderriß bis Tölz und Wolfratshausen) ganz scharf von anderen Gegenden, sogar von dem nahen Tegernseer, unterscheide; der erstere zeichne sich aus durch großen Wuchs, durch eine gewisse aristokratische Haltung, durch Gemessenheit und Ruhe, die dem viel lebhafteren und kleinen Tegernseer abgehe. Es sei ein Unterschied wie zwischen der schweren und der leichten Kavallerie. Bismarck bemerkte: „Leute, wie Sie sie von der Isargegend geschildert haben, sind mir vielfach bei den Soldaten aufgefallen, und wenn ich sie nach ihrer Heimat fragte, so nannten sie meistens die dortige und die Regensburger Gegend." Diese Bemerkung war Herrn v. Seidl um so interessanter, weil

auch er eine gewisse Aehnlichkeit zwischen diesen letztgenannten beiden Rassen zu beobachten Gelegenheit hatte.

Als die Sprache auf die rheinische Bevölkerung kam und Prof. v. Seidl die Ansicht aussprach, daß die hundertjährige Anwesenheit der römischen Legionen in der dortigen Bevölkerung entschieden Spuren zurückgelassen habe, äußerte Bismarck: „Gewiß, Sie können das in Mainz, Köln und Trier beobachten.“ Und nun fing derselbe an von den Legionen, welche in diesen Städten lagen, mit einer Sachkenntnis zu sprechen, als ob es sich um die heutigen Bonner Husaren und Deutzer Kürassiere oder das erste Garde-Regiment in Potsdam handelte. Die Annahme, daß die vierte spanische Legion, die in Mainz lag, sich aus Spaniern rekrutierte, bezeichnete er als unzutreffend.

Als die Rede auf die Schönheit der Räume kam, äußerte Bismarck, daß er dafür eigentlich kein Auge habe. Ein Raum, der hell, sonnig, luftig und bequem möbliert sei (er deutete mit sichtbarem Behagen mit Hand und Auge auf den Raum, in dem man sich befand), sei für ihn ein Bedürfnis; erfülle er diese Voraussetzung, so habe er, für seine Person, keine weiteren Wünsche.

Schließlich lud Bismarck die beiden Münchner Künstler ein, sich auch noch den Fackelzug zu besehen, welchen ihm bei eintretender Dunkelheit die Hamburger Bürgerschaft brachte. Sich hinter ihm aufstellend, sahen sie die glänzende Ovation und wie er drei- bis viertausend Händedrücke entgegennahm, und sie hörten die Rede mit an, welche Bismarck auf die Ansprache Woermans hielt. Der Abzug der Fackelträger zwischen den Bäumen des Sachsenwaldes bot ein imposantes Bild.

Bismarck und Professor Reinhold Begas.

Mitte Juni 1901 wurde in Berlin das National-Denkmal für den Fürsten Bismarck zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Siegesdenkmal in Gegenwart des Kaiserpaares, der Angehörigen des großen Kanzlers und Aller, die dem Fürsten im Leben besonders nahe gestanden haben, enthüllt. Aus diesem Anlasse werden einige Bemerkungen über die Beziehungen des großen Kanzlers zu dem Meister, aus dessen Werkstatt das imposante Denkmal kommt, willkommen sein.

Es mögen etwa fünfzehn Jahre her sein, als sich Professor Begas mit dem Gedanken trug, für sich eine Büste des Fürsten Bismarck herzustellen. Begas hatte den Kanzler bis dahin bereits unzähligemale gesehen, eine persönliche Begegnung hatte aber noch nicht stattgefunden, und so war der Meister denn genötigt, die Arbeit mit Hilfe von Photographien herzustellen. Das war aber natürlich nur ein Notbehelf, und deshalb vermittelte der im Hause Bismarck's stets gerne gesehene, mit Begas seit vielen Jahren befreundete Münchener Maler Franz v. Lenbach, daß der berühmte Bildhauer mit einer Tischeinladung beim Kanzler erfreut wurde. Bei dieser Gelegenheit trug Begas demselben die Bitte vor, ihm für seine Bismarck-Büste eine kurze Sitzung zu gewähren. Schon diese erste Begegnung kam Begas sehr zu statten; er hatte ein paar Stunden lang das Glück, Bismarck zu beobachten, besonders nach Tisch, als derselbe die Pfeife anzündete und in gewohnter Weise geschäftliche Eingänge besah, die Zeitungen las und in der ihm einzigen Weise die Tischgenossen durch Erzählungen aus dem

Schatze seiner politischen Erinnerungen erfreute. Bei dieser Gelegenheit bewunderte Begas besonders das Auge Bismarck's, und er ließ sich Lenbach gegenüber im Flüsterton zu der Bemerkung hinreißen: „Nein, dieses Auge — und wie es über Alles hinwegsieht!“ „Sie machen da,“ bemerkte Bismarck, dem diese Worte nicht entgangen waren, „ein für einen Diplomaten wenig schmeichelhaftes Kompliment.“ Beim Abschied setzte Bismarck einen der nächsten Tage zur Sitzung fest. Begas erschien pünktlich um 12 Uhr und brachte die Büste mit, die er in seinem Atelier bereits disponiert hatte. Der Fürst hatte zugesagt, eine halbe Stunde zu sitzen. „Meinen Kopf zum Pfande,“ entgegnete Begas, „daß ich Eure Durchlaucht nicht länger aufhalten werde.“ Zuerst ging's in die Garderobe, aus der sich Begas eine Uniform wählte, und zwar eine bereits getragene, die durch die Falten interessant war. Dann ging's an die Arbeit und Begas nahm zunächst mit dem Holzzirkel an Bismarck's Kopf die Maße, die Augenweite, den Durchmesser des Schädels, die Profile von oben 2c. In der Zeit, da Begas an der Büste selbst arbeitete, plauderte Bismarck in reizender Weise, und erzählte unter Anderm, wie er den noch sichtbaren Schmiß bekommen und was es für ein Hieb gewesen. Als Begas nach Umfluß der halben Stunde die Büste wieder in den mitgebrachten Kasten befördern wollte, bemerkte Bismarck: „Sind Sie denn schon fertig,“ und als der Meister erwiderte, das unbedingt Nötige sei gemacht, saß Bismarck ihm aus freien Stücken noch eine volle weitere Stunde. Der frische geniale Meister hatte auf den Kanzler ersichtlich den besten Eindruck gemacht; denn beim Abschied sagte er demselben: „Wenn Sie so weit sind, daß Sie Ihrer Sache sicher sind, will ich Ihnen zum Abschluß bereitwillig noch einmal sitzen.“ Und so geschah es auch. Begas erhielt außerdem in den nächsten Tagen eine Einladung zu einer parlamentarischen Soirée im Reichskanzler-Palais, bei welcher Gelegenheit er wiederum sich der besonderen Güte des hohen Hausherrn zu erfreuen hatte. Im Laufe des Abends kam derselbe auf den Künstler zu, erkundigte sich nach dem Stande seiner Arbeit und sagte darauf zu ihm: „Ich habe dort am Tische mit Stephan zu sprechen, kommen Sie mit, und setzen Sie sich mir gegenüber.“ Das Meisterwerk, welches auf diese Weise entstand, wurde demnächst von der Berliner National-

Gallerie erworben. Ende 1889 fertigte Begas dann eine nicht minder gelungene Bismarck-Büste, welche sich im Besitze des Grafen, jetzigen Fürsten Guido Henckel-Donnersmarck, befindet.

Etwa vor vier Jahren erhielt Professor Begas von der Jury für das jetzt enthüllte National-Denkmal für den Fürsten Bismarck einstimmig die Ausführung zugebilligt. Während Begas bereits an der Arbeit war, veranlaßte der Leibarzt des Alt-Reichskanzlers, Geheimer Rat Professor Schweninger, daß der Künstler noch einmal Bismarck sehen durfte. Einer Einladung desselben folgend, reiste Begas am 17. Mai 1898, also etwa sechs Wochen vor dem Hingang des Begründers des Deutschen Reiches, nach Friedrichsruh.

Bismarck's Befinden ließ damals recht zu wünschen übrig. Der Fürst mußte sich bereits des Rollstuhls als Kommunikationsmittel bedienen und litt stark an Gesichtsschmerzen. Infolge dessen waren die Besuche in dem ehemals so gastlichen Hause fast ganz eingestellt worden. Seit seinem letzten Geburtstag (1. April) hatte man nur von zwei einzigen Besuchern im Sachsenwalde gehört, von dem Grafen Waldersee und dem früheren Botschafter Freiherrn v. Stumm, und nach dem Begas'schen Besuche nur von dem General v. Massow und dem Grafen Henckel-Donnersmarck. Die Beobachtungen, welche Professor Begas damals zu machen Gelegenheit hatte, verdienen deshalb ein besonderes Interesse.

Begas traf in Friedrichsruh zum Frühstück ein und fand dort den Professor Schweninger, den Grafen Rantzau und Gemahlin und Dr. Chrysander. Bismarck wurde auf dem Rollstuhl in den Speisesaal gefahren und begrüßte den Bildhauer in der liebenswürdigsten Weise; man sah ihm die Krankheit schon an; er klagte über seine Gesichtsschmerzen, zu deren Linderung Cocaïn gebraucht wurde, und über das Bein, das er, auch bei Tisch, ausgestreckt halten mußte. Dagegen konnte Begas wahrnehmen, daß sein Humor und seine Geistesfrische nicht gelitten hatten. In alter Weise beherrschte er bei Tisch das Gespräch, bald mit liebenswürdigem Scherz, bald mit Satire in allen Dingen den Nagel auf den Kopf treffend. Nicht mit einer Silbe verriet Bismarck den Unmut, den er über den Gang der Dinge innerlich empfand, und als das Gespräch auf den Zweck führte, der Begas nach Friedrichsruh geführt hatte, bemerkte der greise Fürst: „Gott, was

wollen Sie mir denn ein glänzendes Denkmal setzen! Stellen Sie mich dar, auf Krücken gehend."

Nach Tisch las der Fürst seine Zeitungen, während die Herren eine Partie Skat spielten. Bei der Abendmahlzeit meldete Begas dem Fürsten, er sei im Park ausgerutscht, habe sich das Knie verrenkt und könne kaum gehen. „Nun, so legen Sie sich mal hier hin," bemerkte Bismarck, und dann zum Diener gewendet: „Holen Sie mir meine Stöcke!" Darauf wählte derselbe einen aus, der von einer jungen Buche geschnitten war, und schenkte denselben Begas als Andenken.

Begas blieb noch die Nacht und den folgenden Tag im Schlosse; er erhielt das Schlafzimmer angewiesen, das in der Regel für einen Besuch des Kaisers reserviert blieb. Gearbeitet hat der Meister draußen nichts; es war ihm nur darum zu tun, noch einmal einen lebendigen Eindruck von Bismarck zu erhalten und dann unter dessen Eindruck zu Hause zu arbeiten. Wiewohl Niemand, selbst Schweninger nicht, ahnte, daß die Tage des Fürsten bereits so sehr gezählt seien, hatte Begas doch das Gefühl, daß er dem Einzigen für immer Lebewohl sagen müsse, und deshalb wollte er beim Abschied die Hand Bismarcks küssen. Doch Bismarck wehrte ab. „Ach nein, dies nicht. Da geben Sie mir lieber einen Kuß auf den Mund." Zwei Monate später (30. Juli) hatte der nationale Held seine Augen zum ewigen Schlummer geschlossen.

Noch einmal Bismarck und Simson.[1])

Als ich zu Anfang der neunziger Jahre an die Ausarbeitung meines Werkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" ging, versäumte ich nicht, die Koryphäen unter denselben persönlich aufzusuchen, und dieselben über ihre persönlichen Beziehungen zu dem ersten Reichskanzler zu interviewen. Das führte mich auch zu dem damals bereits achtzigjährigen Reichsgerichtspräsidenten a. D. Eduard von Simson. Mit freundlicher Bereitwilligkeit ging er auf mein Anliegen ein, alsbald in voller Frische und Lebendigkeit mir erzählend, wie er Bismarck zuerst kennen gelernt und wie sich in einer langen Kette von Jahren ihr Verhältnis immer freundlicher gestaltet habe. Nachdem er mir diejenigen Aufschlüsse erteilt hatte, welche sich in meinem eingangs erwähnten Werke niedergelegt finden, fragte ich Simson, ob er denn nicht auch Briefe von Bismarck habe, die ich in meinem Buche mit aufnehmen könnte. Die Frage bejahend, geleitete mich Simson an sein Archiv und entnahm demselben auf den ersten Griff ein mit „Bismarck" überschriebenes Aktenkonvolut, das er mir bereitwillig mit nach Hause gab, damit ich mir in Ruhe die erforderlichen Abschriften besorgen könnte. In Bezug auf die Publikation der betreffenden Bismarckbriefe machte Simson später Einschränkungen, wohl von der Annahme ausgehend, daß eine Gesamtpublikation derselben für sein eigenes Memoirenwerk vorbehalten bleiben möchte. Simson, damals bereits ein achtzigjähriger, besaß noch ein staunenswertes Gedächtnis; ein paar Stellen, auf deren genaue Redaktion es ihm ankam,

[1]) Vgl. oben S. 114.

diktierte er mir in die Feder, und zwar so formvollendet, daß das Manuskript sogleich hätte in die Druckerei wandern können. Die kürzlich erschienenen Memoiren Simsons[1]) geben mir Anlaß, die Beziehungen desselben zu dem Fürsten Bismarck noch etwas näher in das Auge zu fassen.

Simson lernte Bismarck bereits 1849 als Abgeordneten der zweiten Berliner Kammer und als Kollegen im Erfurter Parlament kennen. In der letzteren Versammlung hatte Bismarck einen kleinen Konflikt mit dem Präsidenten Simson, dadurch veranlaßt daß Bismarck in seiner Eigenschaft als Schriftführer die Berichterstatter der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" und der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", Roederbanz und v. Rochau, mit Entziehung des Rechts auf der Journalistentribüne bedrohte. Hinsichtlich des Herrn Roederbanz, der deswegen an den Präsidenten in angemessener Form schrieb, wurde das Verfahren Bismarcks seitens des Präsidiums nicht gutgeheißen, dagegen Herrn v. Rochau, weil er dem Schriftführer in verletzender Weise geantwortet hatte, die Karte zur Journalistentribüne in der Tat entzogen, was einen Protest der Vertreter der Zeitungen hervorrief, die dem Bureau ihre Karten zurückschickten. Der Vorfall hatte keine erheblicheren Folgen, weil er beinahe schon mit dem Schluß des Parlaments zusammenfiel, indessen knüpfte sich an ihn auch eine lebhafte Erörterung zwischen dem Schriftführer und dem Präsidenten. Als Bismarck hierbei die Andeutung fallen ließ, seine Lage gegenüber v. Rochau könne vielleicht nur von einem Edelmanne gewürdigt werden, bezog sich Simson ihr gegenüber auf seine uralte Abstammung — eine Entgegnung, die Bismarck höflich aufnahm.

In den parlamentarischen Verhandlungen Berlins zu Anfang der fünfziger Jahre standen Simson und Bismarck auf entgegengesetztem Standpunkt. Simson macht bei Würdigung der parlamentarischen Größen jener Zeit die Bemerkung: „Bismarcks Genie blieb noch unerkannt, wenn auch nicht seine Originalität." (S. 298).

Als Bismarck im September 1862 die Leitung des preußischen Ministeriums übernahm, machte derselbe Simson einen

---

[1]) Eduard von Simson. Erinnerungen aus seinem Leben. Zusammengestellt von B. v. Simson. Leipzig, Verlag von S. Hirzel, 1900.

Besuch in einem Chambre garni in der Behrenstraße. Bismarck legte dem Parlamentarier, dem er wenige Monate vorher durch den Regierungsrat Zitelmann (Mai 1862) Grüße aus Frankfurt a. M. übersandt hatte, und seinen Parteigenossen ein Zusammengehen mit ihm nahe. Er ließ auch mit der Offenheit, die ihn charakterisierte, die Ziele seiner Politik deutlich genug durchblicken. Allein Simson, obschon er begriff, daß einzelne ihm gesinnungsverwandte Patrioten, mit denen er jedoch nicht in völliger Uebereinstimmung blieb, den Eintritt dieses Ministers mit günstigen Erwartungen begrüßten, teilte diese Hoffnungen nicht. Er stand seiner Politik noch durchaus ohne Vertrauen gegenüber und verhielt sich seiner Aufforderung gegenüber vollkommen ablehnend.

Erst der Verlauf und die Ergebnisse des Krieges von 1866 stimmten Simson, wie unzählige andere, um und machten auch ihn zu einem Bewunderer der Bismarck'schen Staatskunst.

Mitte Dezember 1870 führte Simson die Reichstagsdeputation nach Versailles. Am 16. Dezember gegen 8 Uhr abends langten die Abgeordneten daselbst bei heftigem Regen an. Kurz darauf suchte der Geheime Legationsrat von Keudell Simson mit der Nachricht auf, daß Graf Bismarck durch ein Fußleiden an das Haus gefesselt sei, aber womöglich bald eine Unterredung mit ihm zu haben wünsche. Simson erbot sich, Keudell sofort zu dem Kanzler zu begleiten, und benutzte dazu gleich die Extrapost, die ihn nach Versailles gebracht hatte. Er nahm an, daß es sich um eine kurze Unterredung, von höchstens einer Stunde, handeln würde. Statt dessen kam er von Bismarck erst, als der Tag bereits dämmerte, und empfand einen förmlichen Schreck, als er beim Heraustreten den Postillon, den er ganz vergessen hatte, noch immer mit seinem Wagen in der glücklicherweise nicht kalten Dezembernacht vor dem Hause halten fand.

Bismarck hatte ihm sofort gesagt, die Abgeordneten müßten sich auf einen längeren Aufenthalt in Versailles gefaßt machen, da er unpäßlich sei und den König nicht sprechen könne. Darauf gingen beide an den Versuch, eine Erwiderung auf die Adresse des Reichstags zu entwerfen. Bismarck hatte dabei den Wortlaut der Antwort vor sich, die Friedrich Wilhelm IV. mehr als zwei Jahrzehnte früher der gleichfalls von Simson geführten Deputation

erteilt hatte. Er benutzte sie anscheinend mehr, um unliebsame Anklänge daran zu vermeiden, indem er es zugleich als einen „Witz der Geschichte" bezeichnete, daß Simson zum zweiten Male der Ueberbringer eines ähnlichen Auftrages wie im Jahre 1849 sei.

Die Aeußerungen des Kanzlers waren Simson zum Teil nicht ganz verständlich, da er erst in späterer Zeit erfuhr, daß der Empfang der Deputation auf gewisse Bedenken und Schwierigkeiten gestoßen war und mindestens nicht in so feierlicher Form stattfinden sollte, wie es nachher geschah.

In Simsons Nachlaß finden sich zwar nur wenige Blätter, welche von dem Verkehr zwischen Bismarck und ihm in der Zeit der Reichsgründung Zeugnis geben. Sie deuten jedoch auf ein persönliches Wohlwollen des Fürsten gegen ihn. In einem Briefe vom 10. Februar 1869 bezeugt er sogar ausdrücklich „die Gefühle persönlicher Sympathie und Verehrung, mit denen ich Ihnen von unserer geschäftlichen Beziehung im Erfurter Parlament her stets ergeben gewesen bin und die dadurch nicht beeinträchtigt wurden, daß wir über die Wege, auf welchen unserem Vaterlande zu dienen sei, mitunter abweichende Meinungen hatten und verfochten, obschon wir über das Ziel im Grunde einig waren." „Ich hoffe", heißt es in demselben Briefe, „daß die Formalitäten der Neuwahl sich rechtzeitig erledigen und daß der Reichstag die gewohnte Leitung auch in den ersten Tagen seines Zusammentritts nicht entbehren wird. Mit Gottes Hilfe werden wir dann die vor zwei Jahren gemeinsam begonnene Arbeit auch gemeinsam fortsetzen. Ihren Abschluß, soweit die geschichtliche Entwickelung Abschlüsse kennt, werden unsere Kinder gewiß, wir vielleicht erleben."

An dem ersten Geburtstage, den der Ministerpräsident nach seinen großen Erfolgen erlebte, 1. April 1867, ließ ihm Simson in der Sitzung des norddeutschen Reichstages einen Glückwunsch zugehen, der, wie folgende Antwort zeigt, freundlich aufgenommen wurde:

> Da ich in diesem Augenblick nicht beikommen kann, so sage ich auf diesem Papiere meinen herzlichsten Dank für Ihre freundlichen Geburtstagswünsche, die mir nach dem Maße meiner aufrichtigen Verehrung für Sie vor anderen wertvoll sind und zu Herzen gehen. **v. Bismarck.**

Ein andermal hatte Simson Bismarck Heinrich von Kleists „Katechismus der Deutschen nach dem Spanischen, zum Gebrauch für Kinder und Alte" mitgeteilt, die er unter seinen Autographen in der Originalhandschrift des Dichters besaß. Er empfing ihn mit einem Billet zurück, nach dem die Schrift auf Bismarck allerdings keinen großen Eindruck gemacht zu haben scheint:

Mit verbindlichstem Danke. Aus den feinen und mit Geschmack vorgetragenen Beobachtungen des berühmten Verfassers ersehe ich mit einigem Behagen, daß auch begabtere Redner mit demselben Wasser kochen respective in ihm gekocht werden wie unser Einer.

Der Ihrige
v. B.

Als im Jahre 1873 der Schah von Persien, Nassr-ed-din, gleich den anderen Hauptstädten Europas, auch Berlin besuchte, war das Gespräch auf die alten Perser, die Geschichten von Cambyses, wie sie im Herodot stehen, gekommen. So erklärt sich das scherzhafte Blättchen, mit dem der Reichskanzler den Präsidenten des Reichstages benachrichtigte, daß der Schah den angekündigten Besuch einer Reichstagssitzung verschoben habe:

Mittwoch.

Verehrter Herr Präsident.

Cambyses besucht uns morgen nicht, weil er einer Einladung nach Potsdam folgt, er hat sein Vorhaben auf Freitag verschoben. Ich bin an Windwechsel in hohen Regionen sonst weniger gewöhnt, wenn auch immer darauf gefaßt, hier aber kann er noch öfter eintreten und es ist schade um das menu[1]) von morgen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich der Ihrige
v. Bismarck.

Natürlich konnte der Verkehr nicht immer so harmloser Natur sein. Eine andere Zuschrift aus derselben Zeit enthält eine Beschwerde wegen vorzeitiger Benutzung amtlicher stenographischer Berichte in den Zeitungen:

---

[1]) Gemeint ist die Tagesordnung des Reichstages.

Privatbrief.

Berlin, den 20. Mai 1873.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich darauf aufmerksam zu machen, daß die amtlichen stenographischen Niederschriften der im Reichstag gehaltenen Reden, ehe sie corrigirt sind, zu Mittheilungen für die Presse benutzt werden. Ich finde in einem Reichstagsbericht, der gleichlautend in einer Reihe von Zeitungen zu erscheinen pflegt, Ausdrücke, die ich nicht gebraucht und deshalb bei der Revision corrigirt hätte, nachdem sie von den Stenographen irrthümlich niedergeschrieben worden waren.

Wie Eure Hochwohlgeboren geneigt sein werden, jedem Abgeordneten das Recht zu wahren, daß die stenographische Aufzeichnung seiner Aeußerungen im Reichstag an keinen andern als an ihn behufs der Correctur, und am wenigsten an Journalisten zur Benutzung für die Presse gelange, so ist diese Rücksichtnahme für amtliche Organe der Regierung und insbesondere für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in erhöhtem Maße ein Bedürfniß.

Empfangen Eure Hochwohlgeboren den erneuten Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

v. Bismarck.

Eine undatierte Notiz, mit Bleistift auf einem Oktavblatt geschrieben, die den Kanzler im Kampf um sein Werk zeigt, lautet:

Ich hatte gehofft, vor der Tagesordnung das Wort zu erhalten. Ich fürchte, meine Botschaft nicht mehr rechtzeitig anbringen zu können, wenn es so weiter geht. Die heutige Sitzung wird Zeugniß vor Europa dafür ablegen, wie schwer es war, in diese tapfere Nation etwas Einheit zu bringen. Einigkeit ist es noch nicht.

Am 9. Februar 1876 kam Bismarck im Reichstag Simson auf dem Präsidentenstuhl begrüßen. Er klagte noch sehr, namentlich über die Mühsal, die ihm das Stehen bereite.

Bereits im Oktober 1878 kam die Berufung Simsons in das Reichsgericht in Leipzig in Frage; da diese Versetzung durchaus nicht in dessen Wünschen lag, so bewog der Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Friedberg Simson, darüber doch erst mit dem Reichskanzler zu sprechen, welcher sich lebhaft dafür interessierte.

Als Simson demnächst von Bismarck empfangen wurde, entfernte sich eben der Feldmarschall von Manteuffel, der zum Statthalter von Elsaß-Lothringen bestimmt war. Der Kanzler empfing ihn mit den Worten: „Sie sind also hergekommen, um uns einen Korb zu geben?“ Er teilte ihm ferner mit, als er mit der Liste der Kandidaten für das Reichsgerichts-Präsidium zum Kaiser gekommen wäre, sei dieser ihm mit der Bemerkung ins Wort gefallen: „Ich habe schon meinen Kandidaten“, und als Bismarck erwiderte: „Majestät, es ist wahrscheinlich derselbe, der auf meiner Liste obenan steht“, habe sich die Uebereinstimmung ihrer Ansichten ergeben. Sodann stellte der Fürst ihm die Vorzüge der Leipziger Stellung unter dem Gesichtspunkte vor, daß sich ein passenderer Abschluß seines Lebens als an der Spitze des Reichsgerichts kaum möchte ersinnen lassen. Er hat dann auch in einer seiner Sonnabendsoiréen seiner Befriedigung über die Besetzung dieses Postens durch Simson Ausdruck gegeben. Simson schied von dem Fürsten mit der Zusicherung, daß er die Angelegenheit mit einem Familienrat in Frankfurt a. O. erörtern und das Ergebnis dieser Besprechung ihm unverzüglich mitteilen wolle.

Am andern Morgen schrieb er dem Fürsten, daß er in der Unterrednng mit den Seinigen keinen Anhalt für seine Bedenken gefunden hätte und sich zur Verfügung stelle.

Simsons Ernennung zum Präsidenten des Reichsgerichts und zum kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rat erfolgte unter dem 23. April 1879. Die Patente waren von einer amtlichen Zuschrift des Reichskanzlers vom 25. d. M. begleitet, in welcher Fürst Bismarck mit zu Herzen gehender Freundlichkeit hinzufügte:

> Eure Excellenz wissen schon aus meinen mündlichen Mittheilungen, wie sehr ich mich freue, daß Seine Majestät der Kaiser durch diese Auszeichnung Hochdero Verdienste von Neuem anerkannt haben und wie lebhaft ich wünsche, daß Gott Ihnen für lange Zeit Gesundheit verleihe, um Ihre langjährige Arbeit an der Herstellung und Befestigung des Reichs auch in der Stellung eines ersten Richters im Reich fortzusetzen.

Als der fünfzigjährige Gedenktag der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments nahte, empfing Simson im Mai 1898 eine

Zuschrift von 9 anderen überlebenden Mitgliedern der alten Erbkaiserpartei mit der Bitte, dem Fürsten Bismarck als dem Manne, der das von ihm einst vergebens erstrebte Ziel erreicht, den Ausdruck ihrer Dankbarkeit zu übermitteln.

Simson entsprach dieser ehrenvollen Aufforderung seiner alten Kollegen und empfing darauf folgende Antwort:

Friedrichsruh, 24. Mai 1898.

Euer Excellenz

gefälliges Schreiben vom 15. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und bitte den Ausdruck des letzteren den Herren Unterzeichneten übermitteln zu wollen.

Diese Kundgebung von Männern, welche dem Gange der nationalen Entwicklung seit einem halben Jahrhundert nicht nur beobachtend, sondern auch beeinflussend nahe gestanden haben, bildet eine erfreuliche Anerkennung der Politik meines verstorbenen Herrn vor einem berufenen politischen Areopag.

In der Hoffnung, daß Euerer Excellenz Gesundheitszustand besser sein möge, als der meinige, bin ich mit wiederholtem Ausdruck meines Dankes für die mir mit Ihrer Zuschrift erzeigte hohe Ehre

Euer Excellenz
ergebenster
v. Bismarck.

Der Unterschrift dieses nur ein paar Monate vor Bismarcks Hinscheiden erlassenen Schriftstücks glaubt man es anzusehen, daß sie nicht ohne große Mühe bewerkstelligt ist, und ein Jahr darauf ruhte auch der Empfänger im Grabe.

Die nach Bismarcks Entlassung und auch wieder nach seinem Tode in der Presse vereinzelt aufgetauchte Erzählung, Simson habe zum Sturz des Reichskanzlers beigetragen, ist eine absurde Erfindung.

Miquel über Bismarck.

Unter der großen Zahl bedeutsamer deutscher Politiker, deren Bekanntschaft ich meinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ verdanke, steht obenan der Finanzminister Dr. Johannes Miquel. Auf eine Empfehlung seines Parteifreundes v. Eynern empfing er mich am 22. April 1893, abends ³/₄10 Uhr, in seinem Ministerhotel am Kastanienwäldchen. Nach kurzer Begrüßung trug ich ihm mein Anliegen, nähere Aufschlüsse über seine Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck zu erlangen, vor, worauf er sich bereit erklärte, auf alle meine Fragen Rede und Antwort zu stehen. Mit Hilfe der gleich nach der Unterhaltung gemachten Aufzeichnungen will ich versuchen, die Miquel'schen Bemerkungen im Nachstehenden so genau wie möglich wiederzugeben.

„Es gab“ — bemerkte Miquel — „von den großen bewegenden Fragen der inneren Politik im Reich und in Preußen kaum eine, die Bismarck nicht mit mir erörtert hätte. Bei diesen Verhandlungen zeigte er sich stets im hellsten Lichte. Voller Ideen, kühn in Ergreifung selbst der gewagtesten Mittel, vor allem überaus offen und ehrlich. Ich muß anerkennen, daß Bismarck mir niemals eine Unwahrheit gesagt, niemals ein Versprechen gebrochen hat. Er schenkte mir stets den reinsten Wein ein, und ließ mich bis auf den Grund des Bechers sehen. Auch in Fragen der auswärtigen Politik lüftete er mir den Schleier, so oft er es für den gegebenen Zweck nötig hielt, zum Beispiel bei Vorlagen, die Geldbewilligungen für militärische Zwecke betrafen.

Ich fehlte, so oft ich in Berlin war, bei keiner parlamentarischen Soiree des Kanzlers und war oftmals auch in kleinstem Kreise sein

Tischgast. Wenn ich den Fürsten sprechen wollte, meldete ich mich ohne weiteres bei ihm zum Besuch an, wie bei einem andern Sterblichen, erhielt andererseits auch häufig von ihm Einladungen zu einer Besprechung im Kanzler-Palais.

Aufzeichnungen über die mit Bismarck geführten Gespräche besitze ich nicht, wohl aber eine große Anzahl von Briefen des Kanzlers, die bis in das Jahr 1866 zurückreichen. Vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 wurde ich um 2 Uhr nachts in sein Arbeitszimmer geführt, um über die Haltung Hannovers während des drohenden Konfliktes Aufschluß zu geben. Nach den ersten Schlachten brachte Bismarck die Frage einer Personalunion Hannovers und Preußens zur Sprache. Dem widersprach ich aber auf das lebhafteste; da wollten wir doch lieber ganze Hannoveraner bleiben. Bald darauf schrieb mir Bismarck aus Nikolsburg, die Phase sei bereits überwunden. Bismarcks Aufgabe war jetzt, seinen durch die Siege hochgestimmten König zur Mäßigung und Einschränkung der Annexionen zu bewegen. Nach 1866 sagte Bismarck zu mir: „Wer einmal, so wie ich in Königgrätz, die Leiden eines Krieges gesehen, der sieht sich vor, bis er einen zweiten beginnt."

Lasker war das Unglück der nationalliberalen Partei wegen seines Doktrinarismus. Die Beschlüsse der nationalliberalen Partei über das Septennat im März 1874 teilte ich dem Fürsten Bismarck am Krankenlager mit. Er ließ sich überreden, daß eine Festlegung des Militäretats auf sieben Jahre acceptiert werden könne; er müsse aber noch mit dem Kaiser sprechen. Als auch dieser nachgab, ließ Bismarck Roon kommen, um ihm das Kompromiß mitzuteilen. Dessen erstes Wort war: „Dann werde ich meinen Abschied nehmen müssen." Nur allmählich fügte Roon sich in den Gedanken.

Ein charakteristischer Zug Bismarcks war seine Fähigkeit, die Volksseele zu lesen. Als er im Jahre 1887 vorhatte, wegen des Widerstandes, den der Reichstag der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres entgegensetzte, den Reichstag aufzulösen, befand ich mich augenblicklich in Frankfurt a. M. Ich riet, sich mit Bewilligung der geforderten Mittel auf eine kürzere Frist an Stelle des Septennats zu begnügen. Bismarck aber fühlte genau heraus, daß er die Majorität der Wähler auch für das Septennat auf seiner Seite

habe; er löste kaltblütig auf, und die Neuwahlen haben seinen Kalkul, er werde einen besseren Reichstag bekommen, als richtig erwiesen.

Auch in der Kirchenfrage konsultierte mich Bismarck wiederholt, obwohl er wußte, daß ich hier seinen Standpunkt nicht billigte. Eines Tages während des Kulturkampfes überraschte der Kanzler mich und Bennigsen mit der Mitteilung, daß er den Erzbischof von Köln ohne weiteres wieder in sein Amt einsetzen wolle. Ich und Bennigsen stellten Bismarck die Inopportunität eines solchen Vorgehens dar, er blieb aber auf seinem Standpunkte. Die Unterhaltung wurde schließlich so scharf geführt, daß wir beide zur Tür hinausgingen fast ohne uns von Bismarck verabschiedet zu haben. Im Vorzimmer trafen wir einen preußischen Minister, der eben zu Bismarck gehen wollte. „Den werden Sie heute in einer schönen Aufregung vorfinden," meinten wir. Aber es kam ganz anders. Bismarck erzählt dem eintretenden Minister in der gelassensten Weise seine Meinungsverschiedenheit mit uns mit dem Beifügen, er müsse jetzt zugeben, daß wir ganz recht gehabt hätten.

In der Zolltarif-Reform vom Jahre 1879 trat ich nicht so sehr hervor als Varnbüler. Ich war niemals ein fanatischer Freihändler, noch ein enragierter Schutzzöllner, war aber überzeugt, daß die heimische Industrie einen gewissen Schutz nicht entbehren könne. Seinen klaren Blick hat Bismarck auch darin gezeigt, daß er die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat richtig erkannt, und hieraus seine Konsequenzen gezogen hat. Ich würde dem Fürsten Bismarck aber noch ganz neue Mittel haben nennen können, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen.

Bei der Polenfrage war ich es, der dem Kanzler den Vorschlag des 100-Millionen-Fonds für die Ansiedelungen machte. Ich setzte ihm die vier entscheidenden Punkte auf, die in schnellster Zeit seine Genehmigung fanden.

Meine Mitwirkung an der Verstaatlichung der Eisenbahnen ist bekannt; als ich im Abgeordnetenhaus meine Rede für die Verstaatlichung gehalten hatte, erklärte Maybach: „Nun brauche ich nicht auch noch zu sprechen." Bismarck wollte anfangs bekanntlich Reichseisenbahnen, ich setzte ihm aber auseinander, daß dieses Projekt keine Aussicht auf Realisierung haben werde, daß man

vielmehr in Preußen mit der Verstaatlichung vorgehen müsse. Auch die Frage der sogenannten Garantien, die bei der Eisenbahnverstaatlichung beschlossen wurden, kann ich im Wesentlichen als mein Werk bezeichnen; leider sind sie nicht durchgeführt worden, wie ich es mir dachte.

Ueber Bismarcks Art der Entlassung lassen Sie mich lieber schweigen; drei Wochen vor der Krisis war ich in Berlin, und ich wußte genau, daß es so nicht weiter gehen könne. An der jetzt zustande gekommenen äußeren Versöhnung des Altreichskanzlers mit dem Kaiser habe ich gearbeitet, so viel in meinen Kräften war. Die Haltung, die Bismarck jetzt einnimmt, gefällt mir; er hat sich offenbar in seine Situation allmählich gefunden. Welchen Einfluß würde er haben, wenn er in einer Krisis, so z. B. vor einem Kriege, im Reichstag erscheinen würde? Zu gern würde ich einmal nach Friedrichsruh gehen, aber ich sehe ein, nach Lage der Verhältnisse kann ich dies nicht. Und doch wäre es gut, wenn Bismarck mit politischen Persönlichkeiten mehr Fühlung hätte.

Als Standort für das deutsche Bismarck-Denkmal schlug ich dem Grafen Wilhelm v. Bismarck in Hannover einen bergartigen Hügel an der Elbe zwischen Hamburg-Cuxhaven vor, wo alle von der Nordsee einlaufenden Schiffe sofort den auf einem gewaltigen Sockel stehenden Titanen sähen. Graf Wilhelm hat aber davon nichts wissen wollen.

Meine Steuerpläne beruhen im Wesentlichen auf den Grundgedanken, die Bismarck im Jahre 1879 bei der Revision des Zolltarifs entwickelte. Wenn Bismarck auf diesem Gebiete demnächst nichts förderte, so hatte das lediglich darin seinen Grund, daß ihm die Leute fehlten, die seinen Gedanken Fleisch und Blut geben konnten.

Meine eigenen Finanzvorschläge beruhten auf einem so organischen Plane, daß sie mir nicht ein Stückchen herausnehmen konnten. Sie sehen, auch nicht ein wesentlicher Abänderungsvorschlag ist durchgegangen."

Ueber den Kaiser Wilhelm II. äußert sich Miquel sehr anerkennend; es gäbe für einen Minister keinen besseren Herrscher. „Er hat einmal einem zweistündigen Vortrag von mir ruhig zugehört, und durch seine Einwürfe stets großes Verständnis gezeigt. Er

hört jede andere Ansicht an, bekämpft sie eventuell, nachdem er sich aber hat überzeugen lassen, hält er fest zu dem Minister. Selbst Graf Zedlitz fiel nicht durch die Schuld des Kaisers."

„Dienstag" — fuhr Miquel nach einer kurzen Pause fort — „kommt also Ahlwardt mit seinen Akten daran." Die Aussicht auf die betreffende Reichstagssitzung und die angeblichen Enthüllungen Ahlwardts erfüllten Miquel augenscheinlich mit Unbehagen von den vorgebrachten Gemeinheiten bleibe bekanntlich immer etwas hängen. Ein Mittel, Ahlwardt mundtot zu machen, gäbe es nicht; das wäre noch gefährlicher, wenn man die öffentliche Verhandlung verhindern wollte.

Bismarck-Erinnerungen Robert v. Keudells.

Im Winter 1901 hatte ich während eines ganzen Monats fast alle Tage das Glück, mit dem Botschafter z. D. Robert v. Keudell, dem damaligen Nestor aus Bismarks diplomatischem Generalstab, zu verkehren, um von demselben Informationen für eine kleine Broschüre einzuziehen, die sein Verhältnis zu dem Fürsten Bismarck schildern sollte. Auf die Frage, wie Keudell (während er deutscher Botschafter in Rom war) bei dem Fürsten Bismarck in Ungnade gefallen sei, bemerkte er: „Ich wurde von Berlin aus nicht über alle politischen Vorgänge auf dem Laufenden erhalten, so daß ich, als die Verhandlungen über die Verlängerung des italienisch-deutschen Allianzvertrages schwebten, ohne die erforderliche Instruierung war. Dadurch wurde ich zur Untätigkeit gezwungen, und ich habe mir schließlich den Vorwurf aus Berlin zugezogen, ich hätte es an dem nötigen Interesse fehlen lassen. Unter solchen Umständen bin ich ausgeschieden."

Auf die Frage, ob wir, abgesehen von seinen schönen Bismarck-Briefen, nicht noch eigene Denkwürdigkeiten von Keudell zu erwarten hätten, bemerkte er:

„Ich bin daran, meine Papiere zu sichten, und will sehen, ob sich darin so viel Interessantes findet, daß sich der Druck empfiehlt. Sehr viel Material steht mir für die Zeit zur Verfügung, da ich zumeist in der unmittelbaren Nähe Bismarcks lebte; damals führten die meisten von unseren Vertretern im Auslande — neben der amtlichen Berichterstattung — eine umfangreiche Privatkorrespondenz

mit mir, von der sie hofften, daß sie im gegebenen Fall auch unter die Augen Bismarcks gelangen würde."

Einmal sagte Bismarck zu Keudell: „Ich bin so mächtig geworden wie ein Souverän und kann nicht mehr entsetzt werden, nur mehr absterben."

Keudells Bismarck-Buch gibt keinen Aufschluß darüber, ob der gestürzte Reichskanzler seinem alten Gehilfen noch einmal die Hand gereicht habe. Keudell antwortete:

„Gewiß, der Fürst hat nach seiner Entlassung gern gestattet, daß ich ihn einmal in Varzin aufsuchte. Er war da von einer gewinnenden Liebenswürdigkeit. Schon vor dem Frühstück kam er zu mir auf das Zimmer, um bei einer Flasche Moselwein sein Herz auszuschütten und Erinnerungen auszutauschen."

Noch wenige Monate vor Keudells Ableben schrieb er mir aus Königsberg i. d. M. mehrmals nach Nizza, so am 11. Januar 1903: „Die Zeit vom 20. Dezember bis 20. Januar ist für mich die schwierigste des Jahres; ich gleiche jetzt mehr einem abgehetzten Lasttiere als einem vernünftigen Menschen. Ihre freundlichen Wünsche erwidere ich von Herzen — für 03. Die Ziffer 3 in der Jahreszahl hat mir immer Glück gebracht, möchte das sich auch bei Ihnen bewähren, Gesundheit vor allem!"

Am 20. Februar 1903 dankte mir Keudell für die Ueberreichung meines Buches „Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde". „Jetzt hat man alles zusammen, was ein freundliches Licht auf die ersten Jahre nach dem Rücktritt des Fürsten werfen kann. Auf Seite 82, alinea 5 geben die Bemerkungen des Fürsten über die Bekämpfung der sozialdemokratischen Gefahr eine Bestätigung der Mitteilungen, die Sie und ich aus verschiedenen Quellen über den wahren Grund der Verabschiedung erhalten haben."

Bismarck und Sir Edw. Malet.

Wenn man die lange Zeit in Erwägung zieht, da Bismarck in der Politik tätig war, so kann es nicht Wunder nehmen, daß er mit manchen Diplomaten-Familien in zwei Generationen zu tun hatte. Der Vater des jetzigen Reichskanzlers, den Bismarck noch in die diplomatische Laufbahn einführte, war gleichzeitig mit ihm deutscher Bundesgesandter in Frankfurt a. M., unser Botschafter in Konstantinopel ist der Sohn des mit Bismarck in Frankfurt a. M. wirkenden badischen Gesandten Freiherrn v. Marschall. Graf Bray, unter Bismarck lange Jahre deutscher Gesandter in Belgrad, ist der Sohn des bayerischen Staatsmannes, mit welchem Bismarck 1866 nach Königgrätz in Berlin den Frieden zwischen Preußen und Bayern verhandelte. Der englische Diplomat Sir Edw. Malet, welcher elf Jahre als englischer Botschafter in Berlin wirkte, ist der Sohn Alexander Malets, welcher lange Jahre als britischer Minister bei dem Bundestag der Kollege des Altreichskanzlers war. Die Beziehungen Preußens und Englands waren damals ungetrübte; denn erst beim Beginn der dänischen Wirren zeigten sich die Beklemmungen Englands, verursacht durch die Furcht, Preußen möchte sich zu einer Seemacht gestalten und Englands Einfluß auf dem Meere Einhalt gebieten. Das persönliche Verhältnis zwischen Bismarck und Alexander Malet gestaltete sich zu einem freundschaftlichen, und hierzu trug nicht wenig die Aehnlichkeit ihrer Neigungen im Privatleben bei. Wenn die Politik sie nicht absorbierte, gaben sich beide mit Vorliebe den Beschäftigungen eines Landedelmannes hin: Reiten, Schießen, Fischen, allen Vergnügungen im Freien. Es bestand zwischen ihnen eine Gemeinsamkeit der an-

geborenen Neigungen in Bezug auf das, was ich den Feiertagsteil ihres Daseins nennen möchte, sie kamen niemals auf politische Angelegenheiten zu sprechen, die ihre Freundschaft und ihren gemeinsamen Sport hätten schädigen können.

Auch mit dem Sohne Malets, dem vorletzten englischen Botschafter in Berlin, lebte Bismarck auf gutem Fuße, wiewohl es an ernsten kolonialen Differenzpunkten zwischen dem Deutschen Reich und England während seines Berliner Aufenthaltes nicht fehlte. Sir Edward Malet hat kürzlich einen Band Denkwürdigkeiten erscheinen lassen, worin er eine anziehende Schilderung des günstigen Eindrucks gibt, welchen Bismarck auf ihn gemacht hat; am interessantesten ist in dem Buche eine Schilderung über die Gespräche, welche Bismarck mit demselben am 15. September 1870 in Meaux behufs Einleitung von Friedensverhandlungen mit den französischen Machthabern geführt hat.

Der britische Botschafter in Paris sollte einem Auftrage seiner Regierung zufolge an Bismarck die Anfrage richten, ob er geneigt sei, mit der Regierung der Nationalverteidigung zu verhandeln, und beauftragte den damaligen Legationssekretär Edw. Malet mit der Ueberbringung einer entsprechenden Depesche in das preußische Hauptquartier. Letzterer brach am 13. September 1870 von Paris auf und erreichte nach vielen Schwierigkeiten am 15. September Meaux. Hier erfuhr er, daß der König und Bismarck gegen Abend eintreffen würden. Nachdem er Bismarck in einem offenen Wagen hatte ankommen und vor einem Hause absteigen sehen, ließ er sich durch einen Offizier bei Bismarck melden. Schon nach wenigen Minuten wurde er von Bismarck empfangen und übergab ihm seine Depesche.

Bismarck empfing den Abgesandten sehr freundlich. Er sprach mit großer Achtung von den Eltern desselben[1]), frischte alte Frankfurter Erinnerungen auf und illustrierte die Stellung Deutschlands gegenüber Frankreich in diesem Augenblick durch eine Anekdote über ein Vorkommnis aus der Kinderzeit Malets. Er sagte: „Obgleich Sie fast noch ein Kind waren, hatten Sie Ihre besonderen Ansichten über Damen, und ich erinnere mich einer Gelegenheit, wo

---

[1]) Die ersten Worte Bismarcks waren: „Wie ähnlich sind Sie Ihrer Mutter.“

Ihre Mutter einen Ball geben wollte und Sie sehr darauf bedacht waren, daß eine gewisse Dame eingeladen werden sollte. Unglücklicherweise berechtigte sie ihre gesellschaftliche Position nach Ihrer Mutter Ansicht nicht zu einer Einladung, und als Ihre Mutter taub gegen Ihre Bitten blieb, warfen Sie sich auf den Fußboden und sagten, Sie würden nicht eher wieder aufstehen, als bis die Bitte gewährt sei. In derselben Weise haben wir uns auf dem Boden Frankreichs niedergelassen und werden nicht früher wieder aufstehen, als bis unsere Forderungen zugestanden sind."

In Bezug auf die empfangene Depesche äußerte sich Bismarck wenig befriedigt. Er werde antworten, daß er vor dem Eintritt in Friedensverhandlungen wissen müsse, welche Garantien die Regierung der Nationalverteidigung geben könne, daß sie zu Verhandlungen ermächtigt sei. Nachdem Bismarck eine kurze Erwiderung auf die Depesche entworfen und zur Ausfertigung in die Kanzlei gegeben hatte, verbreitete er sich ausführlich über die Lage der Dinge in Frankreich und sagte ungefähr:

„M. Favres Antwort ist nichts als Redensarten. Erkennt Bazaine die gegenwärtige Regierung an? Tut es die Flotte? Einen Waffenstillstand lehnen wir auf jeden Fall ab, er könnte nur für Frankreich vorteilhaft sein. Die französische Regierung kann nicht glauben, daß es irgend welchen Zweck hat, hervorzuheben, daß das Kaiserreich, nicht das französische Volk den Krieg führe. Nicht ein Deputierter, mit Ausnahme der jetzt die Regierung führenden, hat dagegen gesprochen, und diese Regierung handelte, nun sie die Gewalt erlangt hat, betrügerisch, indem sie das Volk zu dem Glauben verleitete, daß es den Kampf fortsetzen könne, und ihm in den Kopf setzte, daß die Vermittelung der neutralen Mächte dem Lande aus der Lage, in die es durch seine Niederlage geraten, heraushelfen würde. Das ist der siebenundzwanzigste innerhalb zweier Jahrhunderte von den Franzosen gegen Deutschland geführte Krieg, und ein jetzt geschlossener Friede, der Frankreich seinen früheren Gebietsumfang beließe, würde lediglich ein Waffenstillstand sein, der so lange dauerte, bis sie ihre Streitkräfte wieder ergänzt und Verbündete gefunden hätten. Ich stand allein, als ich den Krieg in der Luxemburger Frage verhinderte, weil ich glaubte, daß das damals herrschende Uebelwollen mit der Zeit

nachlassen und verschwinden werde, aber ich habe mich geirrt, und es ist sicher, daß, solange Frankreich durch den Besitz von Straßburg und Metz in der Lage ist, Deutschland anzugreifen, wir einer Aufeinanderfolge von Kriegen ausgesetzt sein werden. Ich habe in dieser Weise bloß wie ein alter Freund zu Ihnen gesprochen.

Ich wünschte, es würde bekannt, daß wir nicht das geringste Verlangen haben, den Weg zu beeinflussen, wie Frankreich regiert sein will. Wir haben auch ferner den Kaiser als Souverän von Frankreich in den von uns besetzten Provinzen angesehen; das ist aber lediglich ein Akt der Höflichkeit und soll in keiner Weise eine bestimmte Politik anzeigen. Es ist uns gleichgiltig, ob Frankreich eine Republik oder eine Orleanistische Monarchie ist oder unter Heinrich V. steht.

Was die Friedensbedingungen anbetrifft, so verlangen wir Elsaß oder Lothringen nicht; Frankreich kann sie unter solchen Bedingungen behalten, welche sie dazu ungeeignet machen, als Hebel in einem Kriege gegen uns zu dienen, aber wir müssen auf Straßburg und Metz bestehen. Straßburg wird binnen kurzem unser sein. Wir hören, daß man in Metz bereits die Pferde aufißt, und wir glauben, daß es bald fallen wird. Der Plan gegen Paris ist, ihm alle Verbindungen abzuschneiden, was wir mit 70,000 Mann Kavallerie zu tun in der Lage sein werden. Fünfzehn Divisionen Kavallerie werden genügen, alle Zufuhr abzuschneiden und Paris zur Uebergabe zu veranlassen; aber wenn es nötig ist, es in Brand zu setzen, werden wir auch nicht davor zurückschrecken. Eine stattliche Armee wird durch den Fall Straßburgs frei und auf Kosten des Landes leben. Jedes weitere durch die provisorische Regierung Frankreichs veröffentlichte Dokument hat die Friedensaussichten vermindert. Sie hätte frei hervortreten und sagen sollen: „Das Kriegsglück war gegen uns, und wir müssen versuchen, Frieden unter so leichten Bedingungen zu schließen, als wir erreichen können.“ Anstatt dessen sagte die Regierung, während die östlichen Provinzen tatsächlich in unserem Besitz sind, sie werde nicht einen Zoll Landesgebiet, nicht einen Stein ihrer Festungen aufgeben, und bringt eine Geldentschädigung für den Krieg in Vorschlag.

Es ist unmöglich, nicht in Erwägung zu ziehen, wie ihre Haltung gegen uns gewesen sein würde, wenn der Ausgang des

Feldzuges umgekehrt gewesen wäre. Würden sie einen Augenblick gezaudert haben, die gänzliche Auflösung Deutschlands durchzusetzen? Und sie verlangen von uns, Geld anzunehmen, woran wir keinen Mangel haben, und Frankreich so zu belassen, wie es bei Beginn des Krieges war.

Ich bitte Sie, wenn Sie zurückkehren, zu sagen, daß wir weder Kinder noch Narren sind."

Nachdem die von Bismarck unterzeichnete Depesche ausgefertigt und versiegelt aus der Kanzlei zurückgekommen, übergab sie Bismarck dem britischen Diplomaten und bemerkte dabei: „Nun will ich Ihnen als Freund noch ein weiteres Wort sagen. Wenn ein Mitglied der Regierung der Nationalverteidigung mich besuchen will, so werde ich es freundlich empfangen." Auf die Frage des Abgesandten, ob er diese Botschaft überbringen dürfe, erwiderte Bismarck: „Ja, die Depesche, welche Sie bringen, enthält meine spezielle Antwort auf Lord Granvilles Anfrage, aber Sie können wiederholen, was ich zu Ihnen gesagt habe. Wenn jemand kommt, so braucht er nicht besorgen, nicht gehörig empfangen zu werden."

Gegen elf Uhr abends verabschiedete sich Malet von Bismarck, der dabei zu ihm bemerkte: „Ich würde Ihnen mein Pferd leihen, aber auf Parlamentärflaggen ist gefeuert worden. Ich hoffe, daß Sie glücklich durchkommen werden, aber ich kann nicht riskieren, daß mein Pferd erschossen wird."

Am anderen Morgen erschien eine preußische Eskorte, die den englischen Diplomaten bis zu den französischen Posten brachte. Der mündliche Bericht Malets über Bismarcks Aeußerungen zu ihm gab den Anlaß zu der berühmten Zusammenkunft Jules Favres mit Bismarck in Ferrières.

Geheimer Hofrat Dr. Oscar Diruf sen. und Bismarck in Kissingen.

Unter den Aerzten, welche sich durch ihre erfolgreiche Behandlung des Fürsten Bismarck ein dauerndes Andenken und den Dank der Nation erworben haben, wird neben dem sehr tüchtigen früheren Leibarzte desselben, Oberstabsarzt Dr. Struck, und dem Geheimrat Schweninger, stets der Kissinger Badearzt des Kanzlers, Dr. Oscar Diruf sen., zu nennen sein.

Oscar Diruf, 1824 geboren, besuchte nach der am 19. Mai 1849 erfolgten Doktorpromotion bis 1851 die größeren Krankenanstalten in Leipzig, Prag, Wien, Paris. Später in Edinburg weilend, erhielt er er einen Ruf als Arzt der deutschen Kolonie in Neapel, wohin er sich im September 1851 begab; dort eröffnete sich ihm bald eine lebhafte ärztliche Praxis, besonders unter den dort wohnenden Ausländern. Die im Jahre 1854 dort ausgebrochene äußerst heftige Choleraepidemie steigerte, da auch viele neapolitanische Aerzte selbst der Seuche entflohen waren, fast bis zur äußersten Leistungsfähigkeit dessen ärztliche Praxis.

Der am 1. Januar 1858 erfolgte Tod seines einzigen Bruders, der die Stelle eines praktischen Arztes in Bad Kissingen bekleidete und 5 Doppelwaisen hinterließ, veranlaßte ihn, in die Heimat zurückzukehren und sich in Kissingen niederzulassen, woselbst sein Berufswirken gleichfalls von glücklichen Verhältnissen begleitet war. Unter den zahlreichen, die Hebung des Kurortes beabsichtigenden wissenschaftlichen Arbeiten Dr. Oscar Dirufs sei hier nur eine etliche zwanzig Druckbogen umfassende größere Monographie über Kissingen

erwähnt, die sechs Auflagen erlebte und welcher auch eine in englischer Sprache geschriebene Ausgabe folgte.

Die Bekanntschaft mit dem Fürsten Bismarck verdankt Dr. Diruf dem erwähnten Dr. Struck, welcher denselben Bismarck empfahl, damals Diruf selbst noch nicht persönlich, sondern nur durch seine literarischen Arbeiten kennend. Am Abend des 4. Juli 1874 (vormittags 11 Uhr war der Kanzler von Berlin das erste Mal zum Gebrauch des Bades in Kissingen eingetroffen) ließ Fürst Bismarck den Geheimrat Dr. Oscar Diruf sen. um 5 Uhr zur ersten ärztlichen Beratung nach seiner Wohnung rufen. Die beabsichtigte Kissinger Trink- und Badekur war damals für den Fürsten eine dringend notwendige, da sein durch andauernde starke geistige Arbeit, Anstrengungen und Gemütsaufregungen im Berufe sehr in Anspruch genommenes Nervensystem einer gründlichen Erholung bedurfte und zu der allgemein bekannten, schon länger bestehenden Neigung zu sehr schmerzhaften neuralgischen Affektionen neuerdings noch weitere lästige funktionelle Störungen der Gesundheit hinzugetreten waren.

Bei den dem hohen Patienten im Hinblick auf seinen ernsten Leidenszustand zu gebenden (besonders diätetischen) Vorschriften lag es für den Arzt nahe, zugleich hierbei auf das allzu hohe Körpergewicht Rücksicht zu nehmen und herabsetzend auf dasselbe zu wirken, was sich bekanntlich leicht mit der Kissinger Kur verbinden läßt.

Schon einige Tage vor dem Eintreffen des Fürsten hatte der älteste Sohn, Graf Herbert Bismarck, die Wohnung für die Seinigen ausgewählt. Sie war sehr bequem und schön gelegen und befand sich in dem damals nur aus Hochparterre und erstem Stock bestehenden Hause von Oscar Dirufs Neffen, Sanitätsrat, später Hofrat Dr. Edmund Diruf,[1]) auf dem rechten Saaleufer in der oberen Saalestraße, welche später den Namen Bismarckstraße erhielt. Dort ist die Straße nur auf einer Seite mit Privathäusern und Hotels bebaut. Die Straßenfront des betreffenden Hauses hat freie Aussicht nach Osten, Nordosten und Südosten auf die Saale,

[1]) Der Umstand, daß Fürst Bismarck im ersten Jahre seines Kissinger Aufenthaltes 1874 im Hause von Dr. Edmund Dieruf wohnte, hat vielfach zu dem Irrtum beigetragen, der Neffe von Oscar Diruf sei der Arzt des Fürsten Bismarck gewesen.

auf die grünen Wiesenflächen zu beiden Seiten des Flusses, den ganzen östlichen Stadtteil und die sich hinter demselben erhebenden, meist von Waldungen gekrönten Bergrücken. An die Westseite des Hauses schließt sich ein ziemlich geräumiger, englisch angelegter, von schönen Bäumen beschatteter Garten mit fahrbarem Hofraum.[1])

Der Fürst befand sich in den ersten Tagen seines Kissinger Aufenthaltes, gleich seiner Familie, ziemlich behaglich und befriedigt. Nur fiel ihm das allzu lebhafte Verlangen des Publikums, den berühmtesten Mann des Jahrhunderts möglichst nahe zu sehen, sichtlich lästig, zumal da Einzelne die schuldige Rücksicht auf den leidenden Zustand des Fürsten, der in diesem Kurorte vor allem Ruhe und Erholung erwartet hatte, nur allzu sehr außer Acht ließen. Bei jedem Ausgange zu Fuße umdrängte von allen Seiten eine große Schar Neugieriger jeden Alters, Standes und Geschlechts den Fürsten so nahe, daß er sich mitunter nur mit Mühe vorwärts bewegen konnte, und zwar nicht bloß in den Straßen der Stadt; denn ein Häufchen der unverzagtesten Neugierigen verfolgte ihn oft auch bis ins Freie außerhalb der Stadt. Besonders in den üblichen Trinkstunden war an den Quellen im Kurgarten beim Erscheinen des Fürsten das Gedränge um ihn beinahe ein gefährliches, sodaß Dr. Oscar Diruf schon am vierten Tage der Kur sich veranlaßt sah, aus Rücksicht für die Gesundheit des Patienten demselben pflichtgemäß zu raten, den Morgentrank von der Quelle direkt nach Hause holen zu lassen und sich dabei im stillen Hausgarten zu ergehen, dessen hinteres Pförtchen zugleich einen der Beobachtung entzogenen Ausgang in den überall nahen Wald mit seinen zahlreichen, um diese Zeit einsamen Spazierwegen gestattete. Dieser Rat wurde sehr gerne befolgt. Die für den behandelnden Arzt abfallenden Klagen und Vorwürfe des Publikums, besonders nachdem auch die Presse demselben allein das sparsame Erscheinen des Fürsten in der Oeffentlichkeit aufs Kerbholz geschnitten hatte, konnte derselbe ruhig hinnehmen. Die später vom kgl. Bade-Kommissariate und dem Stadtmagistrate gemeinschaftlich in der Kissinger Saale-Zeitung erlassene Bekanntmachung des dringendsten

[1]) Die nachstehenden Ausführungen über das Kissinger Attentat hat der Geh. Hofrat Dr. Oscar Dieruf s. Z. meinem Freunde Hans Blum für dessen Werk: „Fürst Bismarck und seine Zeit“ (cf. Bd. V, S. 196) zur Verfügung gestellt.

Wunsches, den Fürsten bei seinem öffentlichen Erscheinen nicht mehr zu belästigen, hatte noch weiteren Erfolg. So konnte der Fürst seine Kur — abgesehen von der vorübergehenden Störung durch das Attentat am Montag, den 13. Juli — doch mit sichtlichem Vorteil für seine Gesundheit gebrauchen.

„An diesem 13. Juli kurz vor 1 Uhr, unmittelbar vor der Ausfahrt des Fürsten nach seinem auf der königlichen Saline zu nehmenden Bade, befand sich Dr. Oscar Diruf in einer ärztlichen Unterredung mit dem Fürsten in dessen Arbeitszimmer im ersten Stockwerke des früher beschriebenen Hauses, als der Kammerdiener mit den Worten eintrat: „Durchlaucht, der Wagen ist vorgefahren." Dr. Diruf wollte sich entfernen, der Fürst aber sagte: „Bleiben Sie doch noch und gehen Sie zu meiner Tochter, die Sie in ihrem Zimmer erwartet und auch zu sprechen wünscht."

Dr. Diruf entsprach diesem Wunsche, begab sich in das Zimmer der Komtesse Marie, nahm Platz und begann das Gespräch, während der Fürst an der Rückseite des Hauses den im Hofraum wartenden Wagen, eine offene Kalesche, bestieg. Diese bog sodann um die nordöstliche Ecke des Hauses und nahm an dessen Straßenseite den Weg gegen die Brücke hin. Wie stets zur Ausfahrtzeit des Fürsten, hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, durch deren Reihen der Wagen langsam vorrückte. Während dieser noch am Hause hinfuhr, hörte Dr. Diruf plötzlich einen Knall und sah eine Wolke von Pulverdampf vor dem ihm zunächstliegenden Fenster aufsteigen. Was geschehen, war ihm sofort klar, da der Eindruck des früheren Cohen'schen Attentates, dessen Einzelheiten der Reichskanzler seinem behandelnden Arzt zufällig am Tage vorher (am 12. Juli) ausführlich erzählt hatte, noch frisch in seinem Gedächtnis haftete.

Nach einigen an die erschrockene Tochter des Kanzlers gerichteten beruhigenden Worten war Dr. Diruf rasch unten auf der Straße und bahnte sich durch die Menschenmenge mit vieler Mühe den Weg zu dem bereits aus dem Wagen gestiegenen Fürsten. Dieser zeigte demselben die von dem Pulver des aus nächster Nähe abgefeuerten Schusses stark geschwärzte Wunde am rechten Handgelenke, und mit den Worten: „Lassen Sie uns vor allem aus dem Gedränge hier wegkommen und fahren Sie mit!" bestieg er sofort wieder den Wagen. Dr. Diruf folgte ihm zwar in den Wagen,

bat jedoch dringend, lieber nicht weiter zu fahren, sondern sofort ins Haus zurückzukehren, um vor allem die Verletzung zu waschen, gründlich zu untersuchen und verbinden zu lassen. Erst nach einigem Widerstreben ward seiner Bitte nachgegeben, und Dr. Diruf begleitete den Fürsten in seine Wohnung hinauf. Nachdem derselbe die Wunde und deren Umgebung von der aus Pulverniederschlag und Blut gemischten schwarzen Kruste befreit hatte, fand er eine etwa zwei Zentimeter lange und $^{3}/_{4}$ bis 1 Zentimeter breite flache Verletzung, auf deren Grunde man deutlich die vollständig entblößte, aber glücklicherweise unverletzte Pulsader (Radialarterie) pulsieren sah. Außerdem war die bedeckende Beinhaut ohne Verletzung des Knochens selbst vollständig hinweggerissen; die Blutung aus den umgebenden kleinen Blutgefäßen war gering und rasch gestillt .....

Während Dr. Diruf noch mit dem Verbande beschäftigt war, kam die von dem Vorfalle bereits schonend unterrichtete Fürstin von einem Ausgange nach Hause. Das freundliche Lächeln des Fürsten bei ihrem Empfange beruhigte sie sichtlich. Unmittelbar darauf brachte der Kammerdiener die Nachricht, daß der in das Gefängnis des kgl. Bezirksamtes eingelieferte Täter Ludwig Kullmann heiße und ein junger Böttchergeselle aus Neustadt-Magdeburg sei. Zugleich legte der Diener die dem Kullmann abgenommene Waffe, ein kleines schlechtes einläufiges Pistol, neben dem Fürsten auf den Tisch. Bismarck verlangte nun, um die Beweggründe des Täters festzustellen, sofort nach dem Bezirksamt zu fahren und diesen zu sprechen. Dirufs Bedenken und Einwände in Bezug auf die nötige Ruhe und Schonung der frischen Wunde wurde durch die Einladung des Fürsten, ihn zu begleiten, abgeschnitten, und so hatte derselbe denn auch Gelegenheit, bei dem von dem Fürsten angestellten Verhöre mit zugegen zu sein.

Der Täter, 21 Jahre alt, etwas unter mittelgroß, blaß und mager, sehr einfach, fast ärmlich gekleidet, machte im Ganzen den Eindruck eines ziemlich unbedeutenden, aber frechen und fanatischen Burschen. Die Frage des Fürsten: „Kennt Ihr mich?“ beantwortete Kullmann mit lautem „Ja“, dagegen mit Nein die Frage, ob er Bismarck schon früher gesehen habe. Auf die Frage, weshalb er die Tat begangen, antwortete er ziemlich rasch: „Wegen der Maigesetze!“ — Auch nannte er, wie Bismarck später im Reichstage

erzählte, das Zentrum seine Fraktion. — Alle an ihn gestellten Fragen beantwortete Kullmann mit großer Frechheit und ohne jeden Versuch irgend einer Beschönigung seiner Tat. Doch war interessant zu sehen, daß derselbe den festen Blick des Fürsten nicht ertragen konnte, sondern immer sofort die Augen niederschlug. Auch alle die übrigen Ergebnisse der späteren Untersuchung stellte Bismarck in diesem ersten Verhör schon fest. Kullmann hatte bis vor acht Tagen in Neustadt-Magdeburg gearbeitet, war dort Mitglied des katholischen Gesellenvereins gewesen und hier fanatisiert worden. Seine Tat hatte er ohne Anstiftung oder Mitwirkung eines Andern schon seit einem Vierteljahr ersonnen und die Pistole mit zwei Rehposten geladen. Den Papierpfrof hatte Dr. Diruf schon vorher selbst im Wagen des Fürsten gefunden, es waren Papierstücke der „Magdeburgischen Zeitung“. Der Fürst schloß das Verhör mit den Worten: „Das ist nicht schön, wenn Landsleute aufeinander schießen.“

Die Ruhe und Fassung des Fürsten während des Attentates und unmittelbar nach demselben war bewundernswert. Einen wesentlich tieferen Eindruck aber machte dieser erneute Angriff auf das teuere Leben bei seiner Gemahlin und allen Angehörigen. Namentlich in den ersten Stunden nach der Greueltat war bei ihnen das Vorhaben, Kissingen auf Nimmerwiedersehen zu verlassen, fast schon zum festen Entschluß gereift. Dagegen erachtete Dr. Diruf es als seine dringende Pflicht vorzustellen, daß die Gesundheits-Verhältnisse des Fürsten unbedingt die Fortsetzung und Durchführung seiner Kur verlangten, deren Erfolg wohl schwerlich von irgend einem anderen Kurorte zu erwarten sei. Außerdem erscheine das Leben des Fürsten bei der nun sicherlich verdoppelten Wachsamkeit der Polizei und Beamten nirgends so sorgsam behütet wie in Kissingen. So wurde denn das Vorhaben der Abreise der fürstlichen Familie zur hohen Freude der Kurgäste und der ganzen Bürgerschaft aufgegeben, und dieser verhängnisvolle 13. Juli gestaltete sich sogar in seinem weiteren Verlaufe zu einem bedeutungsvollen Festtage für alle Einwohner Kissingens.

Schon den ganzen Nachmittag wogte eine gewaltige Menschenmenge vor dem Diruf'schen Hause und brach in Hochrufe aus, so oft der Fürst an einem Fenster sich zeigte. Die Telegraphenbeamten

arbeiteten mit übermenschlicher Anstrengung, um die Kunde von dem ruchlosen Mordversuch und die freudige Stimmung über die Errettung des Fürsten in alle Welt zu tragen. Eine Deputation des Stadtmagistrats brachte dem Fürsten die Glückwünsche der Gemeinde dar. Am Abend wurde in der evangelischen Kirche ein starkbesuchter Dankgottesdienst gehalten, danach aber von etwa tausend Ortsbürgern und Kurgästen dem Fürsten ein Fackelständchen gebracht. Während desselben beglückwünschte eine Abordnung der Kurgäste den Reichskanzler. Das Wort führte der tapfere Hofopernsänger Lederer.

Während einer der kurzen Pausen des Ständchens erschien der Fürst, mit verbundener rechter Hand, auf dem Balkon, und plötzlich trat unten nun lautlose Stille ein, sodaß Bismarcks Worte weithin deutlich vernehmbar waren. Er sprach: „Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme. Danken Sie mit mir Gott, daß seine Hand mich so sichtbar geschützt hat. Weiter ein Wort über die Sache zu reden, ziemt mir nicht, sie ist dem Urteil des Richters übergeben. Das aber darf ich wohl sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben geweiht habe — der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für diese große Sache hätte sterben müssen, was wäre es weiter gewesen, als was Tausende unserer Landsleute taten, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfelde ließen. Das große Werk aber, das ich mit meinen schwachen Kräften habe beginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zu Grunde gerichtet werden, wie das ist, vor dem mich Gott gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten deutschen Volkes. In dieser Hoffnung bitte ich mit mir ein Hoch zu bringen auf das geeinigte deutsche Volk und seine verbündeten Fürsten." Ein das Tal weithin durchbrausendes Hoch der Menge folgte diesen Worten. Die Kissinger Liedertafel sang darauf das Lied vom treuen deutschen Herz, und zum Schlusse stimmte die Kurkapelle „Die Wacht am Rhein" an, die von der Menge mitgesungen wurde.

Bei der während des Ständchens stattfindenden einfachen Abendmahlzeit der fürstlichen Familie im Balkon-Salon, an welcher

dieses Mal auch Dr. Diruf teilnahm, trat nach dem ernsten Tage sichtlich wieder eine wohltuende Heiterkeit hervor, und auch der Humor des Fürsten brach wieder durch. Seine erst später bekannt gewordenen Worte: „Die Sache ist zwar nicht kurgemäß, aber es scheint eben zu meiner Stellung zu gehören, von Zeit zu Zeit angeschossen zu werden," stammen aus jener Zeit, und zwar sind sie entweder an jenem Abend oder am folgenden Tage gesprochen worden.

Der Fürst hatte selbst sogleich nach dem Vorfall telegraphisch an den Kaiser Wilhelm berichtet, der sich damals auf dem Wege nach Gastein in München als Gast des Königs von Bayern aufhielt. Von beiden Herrschern trafen auch sehr bald Glückwunschtelegramme ein. Ueberhaupt häuften sich die eingelaufenen Glückwunschdepeschen schon an jenem Abend außerordentlich.

Die Kur des Fürsten konnte schon nach zwei Tagen fortgesetzt werden. Er machte, mit dem Arm in der Binde, seine täglichen Spaziergänge, und die Wunde heilte gut binnen zwei Wochen. Die Beweglichkeit des anfangs steifen Handgelenkes stellte sich auch nach einigen Wochen wieder vollkommen ein, nur blieb leider eine gewisse Schwäche im Gelenk zurück, die sich besonders beim Schreiben geltend machte. Die Trink- und Badekur des Fürsten hatte für seine Gesundheit einen vortrefflichen Erfolg, sodaß dieselbe — in den späteren Jahren nur als Badekur — seither, wie bekannt, fast alljährlich, bis zum Jahre 1893 wiederholt wurde.

Der Fürst wohnte aber in den folgenden Jahren nicht wieder in der Stadt Kissingen bei seinem Aufenthalte daselbst, sondern auf der den Bädern nahen sog. oberen Saline in einem malerischen Gebäude, von welchem aus ihm auch ein bequemer Fußweg zum nahen Walde hergestellt wurde. Jedes Jahr wurde er mit großen Ovationen, Flaggenschmuck aller Häuser u. s. w., besonders auch im ersten und in den folgenden Jahren nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, in Kissingen empfangen.

Daß er so lange Jahre hindurch Bad Kissingen regelmäßig wieder besuchte, ist der beste Beweis, daß ihm die dortige Kur immer gut bekam und einen wesentlichen Anteil an der Erreichung seines hohen Alters haben mochte.

Bismarck als Forstmann.

John Booth hat kürzlich ein anziehendes Buch erscheinen lassen,[1]) worin er in einem besonderen Artikel den Anteil, den Fürst Bismarck an der offiziellen Einführung ausländischer Holzarten in den deutschen Wald hatte, anschaulich schildert. Es fiel John Booth nicht schwer, die Aufmerksamkeit eines Mannes, der von jeher das lebhafteste Interesse am Park und am Walde hatte, und der keine Gelegenheit versäumte, für Erholung und Gesundheit zu sorgen, auf die Naturalisation der ausländischen Holzarten zu lenken, und Bismarcks Interesse daran war von dem Augenblicke an in steter Zunahme, als John Booth ihm die Holzabschnitte der vielen, vor 50 Jahren von seinem Vater gepflanzten Exoten, die der Sohn hatte schlagen lassen, vorwies. Lange Zeit beschaute der Kanzler die Stücke, und er ließ sich von seiner Gemahlin ein Metermaß geben und maß und zählte die Jahresringe. Ueber den Einwand der Gegner der ausländischen Holzarten, die da behaupteten, dieselben eigneten sich wohl für den Park, aber nicht für den Wald, ging Bismarck spöttisch hinweg. „Wenn der Baum," so meinte er, „im Park oder Garten allen ihm gebotenen künstlichen Chikanen Widerstand geleistet hat, so ist mir für sein Gedeihen im Walde nicht mehr bange. Mit solchen falschen Argumenten muß man in dieser Frage nicht fechten."

Bismarck beteiligte sich selbst an den Pflanzungen, die John Booth in Friedrichsruh vornahm, welche Beschäftigung so heilsam auf seine Stimmung und Gesundheit einwirkte, daß er zu John

[1]) Die Einführung ausländischer Holzarten in den preußischen Staatsforsten unter Bismarck und anderes. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1903.

Booth gelegentlich bemerkte: „Wenn wir hier jetzt noch einige Wochen zusammenpflanzen könnten, dann wäre ich wieder gesund."

Am 13. März 1880 las John Booth dem Kanzler eine Denkschrift vor, welche die Frage erörterte, wie regierungsseitig die Frage der fremden Holzarten weiter zu behandeln sei; sie hatte anscheinend einen guten Eindruck auf Bismarck gemacht; denn Graf Wilhelm Bismarck wurde beauftragt, noch am selben Abend den Minister Dr. Lucius zum nächsten Tag zu Tisch einzuladen, — auch John Booth wurde wieder eingeladen, damit dieser Gegenstand gemeinsam beraten werden konnte.

Am 6. März 1885 richtete der Kanzler aus Berlin die nachstehenden, bisher unveröffentlichten Zeilen an John Booth:

> „Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihr freundliches Anerbieten, den ausländischen Bestand des Sachsenwaldes zu vergrößern. Oberförster Lange wird sich wegen der Anlage der Pflanzungen mit Ihnen in Verbindung setzen, und ich hoffe, daß unter Ihrer bewährten Directive die neuen Culturen ein ebenso gutes Wachsthum haben werden wie die bisherigen.
>
> Ihren Entschluß, von Flottbeck nach dem Grunewald überzusiedeln, begrüße ich mit Freuden, weil auch ich der Meinung bin, daß ein Einfluß auf unsere Waldwirthschaft von der Bedeutung des Ihrigen nur entsprechend nützlich wirken kann, wenn er im Centralpunkt domicilirt ist und die Pflanzenschulen dort allen Interessenten leicht zugänglich sind.
>
> Der märkische Sand wird außerdem die Gelegenheit geben, der Welt zu zeigen, was für Resultate bei geschickter und sachverständiger Behandlung selbst auf dürftigem Boden sich erzielen lassen.
>
> v. Bismarck."

Selbst Ausländer rühmten fortan Bismarcks Tätigkeit in forstlicher Richtung; so schrieb im Jahre 1887 Graf Visart, der Präsident des oberen Forstrats in Brüssel: „Ce grand homme est admirable sous ce rapport. Sans effort et sans fatigue il embrasse tout à la fois et rien n'est trop grand ou trop petit pour lui. Même

dans les forêts il restera une trace de sa force et de son génie." Bismarck bemerkte einmal Herrn von Keudell gegenüber in Varzin beim Vorbeireiten an einer neu angelegten Schonung: „Wenn meine politischen Taten längst vergessen sind, so wird diese Pflanzung beweisen, daß ich gelebt habe." Nun, bescheidener, glaube ich, kann man von sich nicht sprechen.

Ein Bismarck-Interview des amerikanischen Journalisten Wolf v. Schierbrand.

Das Maiheft 1902 des „Century illustrated Monthly Magazine" bringt einen Aufsatz, betitelt: „Conversations with the four German Chancellors" aus der Feder von Wolf v. Schierbrand. Der Leser, der den Verhältnissen ferne steht, wird sich sagen, was muß doch Herr Wolf v. Schierbrand für ein vertrauenswerter und vortreffliche Beziehungen besitzender Mann sein, da er bei vier deutschen Kanzlern aus- und einging, den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh und Varzin besuchen durfte, und zwar noch zwei Monate vor seinem Ableben, also zu einer Zeit, da er selbst für seine nächsten Freunde nicht mehr zu sprechen war. Und wie diskret muß dieser Reporter sein, da er es über sich brachte, die Aeußerungen des Altreichskanzlers über hochpolitische Fragen Jahre lang bei sich zu behalten.

Herr Wolf v. Schierbrand hat seine guten Gründe gehabt, das Interview, das wir jetzt kennen lernen, nicht zu Bismarcks Lebzeiten zu veröffentlichen, denn sicher hätten in diesem Falle die „Hamburger Nachrichten" eine geharnischte Erklärung dagegen gebracht. Herr v. Schierbrand ist von der Zeit, da er in Berlin als Vertreter der assoziierten Presse von Amerika fungierte, hier noch wohlbekannt, wenn auch nicht gerade in sehr vorteilhafter Weise. Sehr auffallend war die Tatsache, daß, während er sich den Anschein gab, der deutschen Sache sympathisch gegenüber zu stehen, zur Zeit seines Berliner Aufenthaltes fortwährend Korrespondenzen und Notizen in die amerikanische Presse gelanaten, welche sich über die leitenden

Persönlichkeiten in Deutschland wenig günstig äußerten und zuletzt in gehässige Unwahrheiten ausliefen. Darüber zur Rede gestellt, leugnete Wolf v. Schierbrand hartnäckig, der Verfasser der betreffenden Korrespondenz zu sein, indessen gelang es der deutschen Regierung, festzustellen, daß ein besonders bösartiger Artikel gegen die Person des deutschen Kaisers aus seiner Feder stamme, obwohl er auch hier versichert hatte, denselben nicht geschrieben zu haben.

Nach dieser Festnagelung wurde derselbe im September 1901 aus Deutschland ausgewiesen, für welche Maßregelung er sich jetzt zu rächen sucht, und er weiß natürlich, daß für diesen Zweck nichts geeigneter ist, als Mißtrauen und Unfreundlichkeit zwischen den beiden Völkern zu säen. Was Wolf v. Schierbrand in dieser Beziehung selbst erfindet, kann. da er hüben und drüben hinlänglich bekannt ist, kein Unheil anrichten. Da er jetzt aber dazu überging, auch die Autorität Bismarcks ins Feld zu führen, so ist es Zeit, seiner Aktion entgegenzutreten. Sehen wir uns darum sein letztes Friedrichsruher Interview etwas näher an. Herr Wolf v. Schierbrand schreibt, er habe am 26. Mai 1898, also etwa 4 Wochen nach dem Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges, den Altreichskanzler in Friedrichsruh besucht, um dessen Ansicht über diesen Krieg zu erfahren: „Ich war" — so erzählt der Berichterstatter — „bestürzt, als ich an diesem Tage zu Bismarck geführt wurde; sein Gesicht zeigte tiefe Runzeln und eine gelbe Pergamenthaut; der mächtige Körper war gebeugt und eingesunken; seine Hände zitterten, wie von Fieberfrost, selbst als er den starken Stock aus Eichenholz ergriffen hatte. Alles kündigte die bevorstehende Auflösung an; die Stimme war rauh und hohl, und nur das Auge zeigte, daß das Bismarck war; aus ihrem Stahlblau schoß noch Feuer; seine geistigen Fähigkeiten waren — darüber konnte kein Zweifel sein — unberührt geblieben. Der große Tisch vor ihm war mit deutschen, englischen, französischen und russischen Zeitungen bedeckt, manche davon mit blauen Strichen am Rande versehen. Dr. Chrysander sagte, daß Bismarcks Interesse an der auswärtigen und inneren Politik so lebhaft sei, wie jemals, außer, wenn er von Schmerzen überwältigt werde, was manchmal stundenlang währe. Nach einigen einleitenden Bemerkungen sagte mir Bismarck in seiner kurzen und etwas

burschikosen Manier, ich soll mich ihm gegenüber setzen; dann sah er mich eine Weile an; schließlich brach er das Schweigen durch eine Frage über die Situation in Amerika und Manila. Ich sprach etwas über die Stellung Europas, welche durchaus nicht zu freundlich gegenüber Amerika war, und von da zur Monroe-Doktrin war nur ein Schritt. Jetzt wurde Bismarck, von dem ich wußte, daß er ein ausgesprochener Feind dieser Idee war, erregt. „Der ganze Krieg ist nicht zu rechtfertigen," stieß er heraus — „nach allen Gründen internationaler Billigkeit. Es ist ein Krieg unter einem Vorwand, nur zum Zwecke der Beute gegen eine untergehende Macht geführt. Die Vereinigten Staaten beklagen sich, daß Kuba, eine spanische Kolonie, schlecht verwaltet worden sei; und wenn auch, Kolonien sind oft schlecht verwaltet; ich glaube, wenn die Amerikaner selbst einmal Kolonien haben werden, daß sie keine Ausnahme hierin machen werden. Das ist aber kein guter Grund, den Eigentümer zu vertreiben. Andere Mächte sind unter solchen Umständen niemals eingeschritten. Die Kreolen und westindischen Mischlinge sind schwer zu regieren, und es ist unmöglich, sie je zu befriedigen. Die Amerikaner werden später finden, daß sie eine herbe Nuß sind. Beute, Beute, alles andere ist Vorwand, das sieht man auch an Ihrem Vorgehen auf den Philippinen. Die Amerikaner nennen unser Europa abgelebt. Nun, daran muß etwas sein, sonst hätte das vereinigte Europa Front gemacht, um diesen unrechtmäßigen Krieg zu verhindern."

„Und die Monroe-Doktrin?" — wagte ich zu bemerken.

„Das ist eine Art von Frechheit, die echt amerikanisch und unentschuldbar ist," sagte Bismarck zornig, und seine Augen glühten. „Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht wie die Engländer. Sie haben von Alters her profitiert von der Uneinigkeit und dem Ehrgeiz auf dem europäischen Kontinent. Dieses unverschämte Dogma, welches keine einzige europäische Macht anerkennt, hat dadurch floriert. Und wie werden Sie es durchsetzen, und gegen wen? Die interessierten Mächte sind jetzt, wo Spanien kalt gestellt ist, in der Hauptsache England und Frankreich, die zwei leitenden Seemächte. Werden Sie diese mit Ihrer zwerghaften Flotte aus den amerikanischen Gewässern vertreiben?

Die Monroe-Doktrin ist ein Gespenst, das am hellen Tage verschwindet. Außerdem hat die amerikanische Auslegung dieser Idee fortwährend geschwankt, und jahrelang war sie ganz begraben; es gibt keine Definition der Idee, welche allgemein in Ihrem Lande angenommen wird. Ich erinnere mich eines Zwischenfalls während des Krieges zwischen Chile und Peru, welcher zeigt, daß damals die Monroe-Doktrin praktisch tot war. Wir hatten Information, wonach wir argwöhnten, daß die Washingtoner Regierung entweder als unberufener Friedensstifter oder als Schiedsrichter sich hier einmischen wollte. Damals sowohl wie heute vertrat Mr. White die Vereinigten Staaten in Berlin, ich schickte Lothar Bucher aus dem Auswärtigen Amte zu ihm, um, wenn möglich, in Erfahrung zu bringen, ob die betreffenden Gerüchte auf Wahrheit beruhten oder nicht. Mr. White versicherte ihn des Letzteren, aber ich bestand auf etwas Bestimmterem als auf seinem bloßen Glauben, und darauf schrieb White unter Buchers Augen ein Kabeltelegramm an seine Regierung und empfing die Antwort, welche die Gerüchte dementierte und weiterhin die Versicherung gab, daß kein solcher Schritt jemals beabsichtigt worden sei. Und so stellte es sich auch heraus: Damals also war die Monroe-Doktrin so gut wie tot." Hier machte Graf Rantzau eine Bemerkung mit der Absicht, dem Gespräch eine andere Wendung zu geben, was auch gelang. Bald darauf verabschiedete ich mich, und zwei Monate später verkündeten die Totenglocken in ganz Deutschland das Hinscheiden des hochbetagten Staatsmannes."

Die dem Fürsten Bismarck in dem vorstehenden Interview in den Mund gelegten Bemerkungen haben nicht durchweg den Stempel der Glaubwürdigkeit. Erstens war es niemals Bismarcks Gepflogenheit, Journalisten gegenüber anderen Nationen schlechte Motive, wie z. B. Beutegier, unterzulegen. Zweitens lag es Bismarck absolut fern, ein Volk, von dem er bisher stets mit großem Wohlwollen und Interesse gesprochen hatte, durch den Kanal seiner eigenen Presse — denn Wolf v. Schierbrand stand damals vor dem Altreichskanzler als Vertreter der ganzen amerikanischen Presse — beleidigen zu wollen. Am 26. Mai 1898 dachte Niemand, weder in Amerika noch in Deutschland, an eine künftige Kolonialpolitik der Vereinigten Staaten, und es war von einer Situation

in Manila, welche Anlaß zu definitiven Entschlüssen der Regierung geben konnte, noch gar nicht die Rede. Die Ereignisse entwickelten sich zwar rasch, aber noch zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensprotokolls vom 12. August 1898, also nach dem Tode Bismarcks, waren alle Fragen der kolonialen Expansion und der Zukunft der Philippinen fast gänzlich in der Schwebe. Nachdem die zwar kleine, aber anerkannt tüchtige Marine der Vereinigten Staaten von Amerika sich bewährt hatte — wenn auch der Sieg amerikanischerseits offenbar übertrieben wurde —, wird ein Staatsmann wie Bismarck gewiß nicht von derselben wegwerfend als einer „zwerghaften Flotte" gesprochen haben. Was aber endlich den Zwischenfall im südamerikanischen Kriege betrifft, so verhalten sich die Tatsachen genau umgekehrt, als sie von Wolf v. Schierbrand geschildert wurden. Die Monroe-Doktrin war damals keineswegs so gut wie tot, sondern Bismarck wußte, daß gerade dieser Zwischenfall das Gegenteil bewies. Die Mission Lothar Buchers zu Mr. White bezweckte die Anfrage, ob die Vereinigten Staaten zusammen mit Deutschland und England eine gemeinsame Intervention zur Beendigung des Krieges annehmen würden. Und Mr. Whites Antwort war, daß nach dem feststehenden Grundsatz der Monroe-Doktrin die Regierung der Vereinigten Staaten, wenn überhaupt, allein vorgehen würde, und daß dieselbe vorkommenden Falles eine Intervention von europäischen Mächten auf das Entschiedenste zurückweisen müsse. Nicht Bismarck, sondern der amerikanische Gesandte in Berlin schlug vor, diese seine Antwort durch eine Anfrage in Washington offiziell bestätigen zu lassen; dies geschah, und der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck beruhigte sich bei diesem Ergebnis. Das Interview enthält, wie man sieht, eine Reihe nicht zutreffender Darlegungen, und es kann die Tendenz des Verfassers, seine Landsleute jenseits des Oceans aufs neue gegen uns aufzuhetzen, angesichts der Bemühungen der Kaiserlichen Regierung, recht gute Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu schaffen, nicht scharf genug getadelt werden.

Eine Unterredung mit Sybel über Bismarck.

Am 9. April 1894 traf ich mit Heinrich v. Sybel bei Wildenbruch zusammen. Ich fand ihn auffallend gealtert, geistig aber noch frisch und elastisch wie ein Fünfziger. Bei dieser Gelegenheit erzählte mir Sybel:

„Als ich im Jahre 1878 eines Tages in mein Bureau kam, fand ich alles in größter Aufregung. Bismarck hatte den Chef der Reichskanzlei, Geheimrat von Tiedemann, mit dem strikten Befehl geschickt, daß die lateinischen Lettern bei den amtlichen Publikationen der königlich preußischen Staatsarchive nicht mehr angewandt werden dürften. Der Kanzler hatte die Vorlage eines bezüglichen Ordreentwurfs angeordnet.

Ich ging sogleich ins Kanzlerpalais und ließ mich beim Fürsten melden. Im Vorzimmer befand sich ein General, der sich vergeblich bemühte, eine Audienz zu erhalten, welche mir sofort bewilligt wurde. Der Kanzler nahm die erste Publikation der preußischen Staatsarchive: Lehmann, „Preußen und die katholische Kirche seit 1640" in die Hand und beharrte mit Entschiedenheit auf seine mir durch Tiedemann übermittelte Anordnung. „Was würden Sie dazu sagen, wenn Sie die Werke eines französischen Klassikers in deutschen Typen lesen würden?" Sybel stellte ihm vor, daß der Verleger Hirzel in Leipzig den Wunsch ausgesprochen habe, die Publikationen in lateinischen Typen zu drucken. „Dann werde ich mit Ihrem Verleger auf Kriegsfuß zu stehen kommen," sagte der Fürst, worauf ich erwiderte: „Das ist nicht nötig, da Hirzel ein glühender Verehrer Eurer Durchlaucht ist, dem Ihre Wünsche Befehle sind."

Bismarck hatte anfangs ab irato verlangt, daß die beiden schon erschienenen Bände von Lehmanns Werk über die katholische Kirche in Preußen nochmal, und zwar in deutschen Lettern, gedruckt werden sollten; er stand jedoch von diesem Verlangen später auf meine Vorstellung ab, und ich setzte sogar durch, daß auch noch die ferneren Bände dieses Werkes ausnahmsweise in lateinischen Lettern gedruckt werden dürften. Meine Vorstellung, daß die deutschen Typen, wie Grimm nachgewiesen, nur eine Verstümmelung der lateinischen Lettern seien, ließ er nicht gelten, ja er verlangte sogar, daß jeder, der die königlichen Staatsarchive benutze, sich verpflichte, seine Veröffentlichungen in deutschen Typen erscheinen zu lassen.

Natürlich wurde dem Wunsche Bismarcks entsprochen; in lateinischen Typen erschien nur noch der bereits im Druck befindliche II. Band der Publikationen („Friedrich Wilhelm I." von Stadelmann), der III. Band („Hessisches Urkundenbuch" von Wyß) dagegen bereits in deutschen Typen."

Auch von Bismarcks Memoiren wußte Sybel mir bei dieser Gelegenheit zu erzählen. Mit einer gewissen Befriedigung — mir kam es vor, als fürchte er davon eine Beeinträchtigung des Wertes seiner eigenen Geschichtswerke über die Bismarcksche Zeit — sagte er mir: „Sie bleiben besser ungedruckt." Ihm fehle draußen in Friedrichsruh das Material. Bucher diktiere er diverses; letzterem falle die Aufgabe zu, den Stoff zu sichten und zu verarbeiten. Ihm (Sybel) habe Bismarck übrigens selbst gesagt, er gebe den Plan auf.

Wenige Wochen nach dieser Begegnung in Berlin traf ich mit Sybel in Friedrichsruh zusammen und überzeugte mich dort, daß der Stand des Memoirenwerkes glücklicherweise ein anderer war, als er vermutet hatte. Sybels Besuch bei dem Fürsten hatte zum Zweck, sich über verschiedene unaufgeklärt gebliebene Punkte in der Fortsetzung seines Werkes „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." Aufklärung zu verschaffen. Sybel war bekanntlich ebenso wie mir von Caprivi die Erlaubnis zur Benutzung der Ministerialakten zu unseren Publikationen versagt worden. Um sicher zu gehen, blieb ihm nichts übrig, als sich bei Bismarck hinsichtlich mancher unaufgeklärter Punkte selbst Rat zu holen, der ihm auch nicht versagt blieb.

Bismarck-Erinnerungen aus dem Jahre 1870 und 1871.

Auf den 14. Februar 1870 rief ein allgemeiner Familientag die Mitglieder der Familie Bismarck nach Berlin. Zur lebhaften Freude der Träger des großen Namens, welche sich im Hotel de Rom unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers, Grafen Bismarck, versammelt hatten, wurden die sämtlichen Erschienenen von demselben auf den folgenden Tag zum Diner in das Palais Wilhelmstraße 76 geladen. Frau H. von Bismarck, geborene von Brandenstein, seit einem Jahre vermählt mit Claus von Bismarck, damals Leutnant im Hannoverschen Jäger-Bataillon Nr. 10, welche gleichfalls zu den Geladenen zählte und jetzt in Eberswalde wohnt, berichtet über diese denkwürdige Tischeinladung wie folgt:

„Das Jahr 1866 lag hinter uns, und schon damals sah man mit Staunen und Bewegung auf den großen Mann mit dem klaren Blick, dem sprechenden Geist und der festen Hand, der im Namen und im Sinn seines königlichen Herrn angefangen hatte, die Geschicke der deutschen Lande zu leiten. Wer ihm einmal in die wunderbaren Augen geschaut, die einem förmlich bis in den Grund der Seele hinein zu leuchten schienen, der wird diesen Blick niemals wieder vergessen.

Man kann sich daher auch wohl denken, wie gehoben und stolz ich mich fühlte, als der Kanzler mir den Arm bot mit den Worten: Er möchte sich erlauben, das jüngste Glied der Familie zu Tisch zu führen. Wir gingen der übrigen Gesellschaft voraus, und ich hatte Mühe, meine Schritte den seinigen, die so weit aus-

griffen, anzupassen. Einige jüngere Schwäger und Vettern, an denen wir vorüber kamen und die meine gewiß höher geröteten Wangen richtig deuten mochten, traten ehrfurchtsvoll zur Seite und raunten sich zu: „Sie sieht uns garnicht mehr!“ was mir natürlich ein fröhliches Lächeln entlockte.

Als wir an die Tafel traten, faltete der Kanzler, hinter seinem Stuhl stehend, angesichts der ziemlich zahlreichen Versammlung einen Moment die Hände zum stillen Tischgebet. Darauf setzten wir uns nieder, und es dauerte nicht lange, so war ich auch schon im unbefangensten und heitersten Gespräch mit meinem so verehrten Tischnachbar, ohne mich im geringsten, wie ich anfangs fürchtete, von seiner Größe bedrückt zu fühlen.

Seine Gemahlin, Gräfin Bismarck, saß uns gegenüber und beteiligte sich zuweilen an unserer Unterhaltung, wobei sie ihren Gatten nur mit „Ottochen“ anredete.

Sie klagte unter anderm, daß in Varzin die alten, eisernen Oefen sich sehr schlecht heizten, und rief über die Tafel hinüber: „Es hilft Dir wirklich nichts, Ottochen, Du mußt mir neue Oefen setzen lassen!“ worauf Bismarck lachend antwortete: „I bewahre, ich denke nicht daran, das ist mir viel zu teuer! Ich verpflichte mich aber, Dich mit diesen alten Oefen aus jeder Stube hinauszuheizen!“ Ich weiß nicht, wie wir darauf kamen, aber ich sah mich veranlaßt, dem Kanzler die Geschichte von den beiden Gleichen, wie die Sage sie berichtet, zu erzählen. Jedem, der durch Thüringen gereist ist, werden die malerisch gelegenen, ganz gleichen Burgruinen, auf zwei gleich hohen, einander gegenüber liegenden Bergen, aufgefallen sein. Auch hat er dann wohl irgendwo die sich daran knüpfende Legende gelesen oder gehört von dem Grafen Gleichen, der seine schwarze Lebensretterin aus einem Türkenkriege mit heimbrachte und zu seiner zweiten Gattin erhob, mit Zustimmung seiner ersten Gemahlin und unter ausdrücklicher Genehmigung seines Landesherrn. Wie er jeder von ihnen nach gleichem Muster eine Burg bauen ließ und dann abwechselnd auf der einen oder der andern bei ihnen weilte. Das Wunderbarste dabei schien mir immer, daß die beiden Frauen ein Freundschaftsbündnis geschlossen haben sollten, welches niemals durch Eifersucht gestört wurde. Ich hatte gar kein Verständnis für diesen Grad von Selbstverleugnung

der ersten Gräfin Gleichen, deren Schicksal mich immer besonders interessierte, da sie demselben Geschlecht entstammte wie ich.

Daher frug ich denn auch den Kanzler, ob er es nicht mindestens höchst eigentümlich fände, daß sie eine zweite Frau neben sich geduldet habe? worauf er lächelnd meinte: „Nein, das kann ich ganz verstehen.“

„Ich hätte es nie zugegeben!“ erklärte ich sehr entschieden.

„Aber, liebe Cousine, versetzen Sie sich doch einmal in die Lage der Gräfin Gleichen. Nehmen Sie an, Ihr Mann, den Sie doch sehr lieben, wäre vom sicheren Tode und aus der Gefangenschaft von Barbaren nur durch den Opfermut und die Liebe einer Anderen gerettet, welche dadurch vielleicht ihre Heimat und alles verloren hätte, dann würden Sie im gleichen Fall gewiß ebenso gehandelt haben.“

„Nein, niemals!“ rief ich, zu seiner größten Belustigung.

Zur Linken des Grafen Bismarck saß seine einzige Schwester, Frau v. Arnim, welche er bekanntlich sehr liebte und auch vielfach ins Gespräch zog.

Es wurde ungemein schnell serviert, sodaß wohl nicht viel über eine Stunde vergangen sein mochte, als wir uns erhoben und mein Tischnachbar mich in das Zimmer seiner Gemahlin führte, wohin uns auch die übrigen Damen folgten. Er verabschiedete sich dann einstweilen von mir mit einem ritterlichen Handkuß, indem er meinen Handschuh zurückstreifte, worauf ich nicht wenig stolz war.

Während der Hausherr in seinem Zimmer mit Vettern und Schwager (Herr v. Arnim meldete sich bei mir als „Kontrebande“, wie er sagte, unter allen Bismarcks) eine Zigarre zu dem durch ihn salonfähig gemachten Bier rauchte, hielten wir, im Halbkreis um den brennenden Kamin sitzend, im behaglichen Damenzimmer noch ein gemütliches Plauderstündchen, und die einfache, herzgewinnende Art der Gräfin Bismarck machte, daß auch dieses zu einer mir sehr lieben Erinnerung gehörte.

Als ich zum Abschied noch einmal meine Hand in die des großen Vetters (wir nannten ihn zu jener Zeit unter uns den „Renommieronkel“) legte, machte er noch einen Scherz über meine ihm so klein erscheinende Hand und nannte mich seine „grüne“ Cousine, da ich die Frau des grünen Vetters wäre und ein grün

gestreiftes Kleid, das ich mir allerdings zu Ehren meines Jägermannes angeschafft hatte, trüge.

In höchst gehobener Stimmung verließen wir das Kanzleramt, ahnungslos, was der kommende Sommer für Umwälzungen und ernste Zeiten für das deutsche Vaterland bringen würde. Fröhlich berichteten wir am andern Tage von den so reizend verlebten Stunden. Ich hatte zu einem älteren Freund, als nach Empfang der Einladung ins Kanzlerhaus von meinem Schwiegervater die Vermutung ausgesprochen war, Graf Bismarck würde mich wohl bei dem Familiendiner zu Tisch führen, geäußert: „Ach, das wird mich aber so befangen machen, daß ich gewiß etwas Dummes sage!"

Wie ich ihm nun hinterher erzählte, daß mir tatsächlich die liebenswürdige Art und Weise des berühmten Mannes sofort alle Befangenheit genommen und ich nun doch nichts Dummes gesagt hätte, blickte mich der General schelmisch an und sagte: „Wissen Sie das so genau, gnädige Frau?"

Ich aber lachte vergnügt und erwiderte: „Ja, ganz genau!"

Es war keine Ueberhebung, die mich dies behaupten ließ, sondern nur ein Gefühl der Dankbarkeit."

*

Frau H. v. Bismarck hatte noch ein zweites Mal das Glück, ihrem großen Namensvetter zu begegnen, und sie berichtet hierüber wie folgt:

„Der Krieg mit Frankreich war zu Ende und den Friedenspräliminarien sollte nun der endgültige Friedensschluß folgen. Deutscherseits war er bereits unterzeichnet; es fehlte nur noch die Ratifikation der französischen Nationalversammlung in Paris. Dieselbe verzögerte sich etwas und Fürst Bismarck, welcher Ende Mai von Berlin nochmals nach Frankfurt a. M. gereist war, zur Unterzeichnung des wichtigen Protokolls, konnte das Eintreffen des zustimmenden Telegrammes daselbst nicht abwarten, sondern trat die Rückreise nach Berlin an. Sein Weg führte über Merseburg, meine Heimatsstadt, wo ich die schwere Kriegszeit verlebt hatte.

Das Gerücht, der Fürst würde nachmittags unsere Stadt passieren, verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und zur angegebenen Zeit strömte Jung und Alt nach dem Bahnhof, in der Hoffnung, den berühmten Mann sehen und begrüßen zu dürfen.

Meine Verehrung und Liebe für den großen Vetter zog mich ebenfalls hinaus, und etwas zaghaft betrat ich, in der Hand ein Bouquet Rosen und blühender Lorbeerzweige, den Perron. In demselben Moment brauste der Zug heran, der Salonwagen des Fürsten hielt, und die kraftvolle Gestalt in Kürassier-Uniform erschien im Rahmen des Kupeefensters.

Einen Schritt vortretend, reichte ich unter brausendem Hurraruf der anwesenden Menge dem Gefeierten mein Bouquet und frug, als er es mir dankend abnahm: „Ich weiß nicht, ob sich Durchlaucht meiner noch entsinnen, ich bin die Frau vom grünen Vetter."

„Ach ja, natürlich, die grüne Cousine. Wie freue ich mich, Sie hier zu sehen."

Nochmals reichte er mir die Hand und dann sagte er: „Zum Dank für das schöne Bouquet will ich Ihnen auch etwas Neues erzählen, was noch Niemand weiß. Soeben erhielt ich auf der vorigen Bahnstation (Korbetha) die Depesche hier, daß die Ratifikation der französischen Nationalversammlung erfolgt sei, womit nun alle Feindseligkeiten vor der Hand beendet sind."

Lauter Jubel brach nach diesen Worten unter den Versammelten aus.

Ich frug darauf, ob denn nun bald alle Truppen heimkehren würden? worauf der Fürst meinte: „Alle nicht, einige müssen noch in Frankreich zurückbleiben, bis die Milliarden ausgezahlt sind; aber," fügte er hinzu, indem er an den im Gewächshaus erblühten Rosen roch, „ehe alle Rosen verblüht sein werden, sind sie alle wieder da!"

Auf die begierige Frage, welche Armeekorps zuerst heimkehren würden, nannte er darauf geduldig alle diejenigen, welche bereits dazu bestimmt seien. „Vom 2. Korps," sagte der Fürst unter anderm, „kommt im nächsten Monat eine Division, die andere bleibt vorläufig noch zurück."

„Nun," rief ich, „Durchlaucht, dann muß aber die Division, bei welcher mein Mann steht, nämlich die dritte, heimkehren!" worauf er lachend erwiderte — „Nun wohl, ich werde es Majestät bestellen."

Eine Frau aus dem Volke mit einem einige Monate alten Kinde auf dem Arm drängte sich jetzt vor und rief Bismarck in

ziemlich grobem Tone zu: „Da sehen Sie mal den Jungen, der hat seinen Vater noch nicht gesehen; der ist Landwehrmann und mußte Weib und Kind verlassen, um in den Krieg zu ziehen. Warum kommt er denn nun nicht wieder, ich mag mich nicht mehr allein plagen.“ Während ein mißmutiges Gemurmel durch die Menge ging, verfinsterte sich einen Moment der Ausdruck in den klaren wunderbaren Augen des großen Mannes, dann sagte er aber freundlich und ruhig: „Beruhigen Sie sich, Frau, er wird bald kommen und seinen Jungen auf den Arm nehmen können.“ Statt der einen Minute, welche der Zug planmäßig halten sollte, waren 13 Minuten vergangen. Der Zugführer hatte nicht gewagt, durch das Signal zur Abfahrt unser Gespräch zu unterbrechen. Doch nun winkte ihm der Fürst zu, da er sich des verlängerten Aufenthaltes plötzlich bewußt zu sein schien. Mit herzlichem Händedruck verabschiedete er sich von mir und meinen Begleiterinnen, und so lange der Zug in Sicht war, winkte er uns mit dem Bouquet noch Grüße zu. Als ich auf dem Nachhausewege hie und da meine Befriedigung aussprach über die in Aussicht gestellte Rückkehr der verschiedenen Truppen, meinten Verschiedene, das würde wohl nicht stimmen, das habe der Kanzler nur alles so aus Courtoisie gesagt; denn woher sollte er das wissen? Dem widersprach ich jedoch lebhaft und behauptete, es würde sich bestimmt alles so verhalten, denn Bismarck wisse sehr wohl, daß auf jedes seiner Worte scharf geachtet würde und welchen Wert man ihnen beilege.

Ich hatte Recht, denn genau zu der vorhergesagten Zeit rückten die verschiedenen Truppen in ihre Garnisonen ein.“

Eine unveröffentlichte Bismarck-Rede.

Als nach dem Kriege von 1866 in Berlin für zwei neue Volksvertretungen ein Unterkommen zu schaffen war, für den Reichstag des norddeutschen Bundes und für das deutsche Zollparlament, ging es ähnlich zu wie bei einer Familie, welche unerwartet Zuwachs erhält. Man behalf sich eben, so gut es ging, und ließ, in Ermangelung eines anderen Sitzungssaales, den Reichstag im Herrenhause und das Zollparlament im Abgeordnetenhause tagen. Nach der Gründung des Deutschen Reichs mußte der letztgenannte Sitzungssaal am Dönhoffplatz auch für die durch die Abgeordneten aus Süddeutschland verstärkte Mitgliederzahl des Reichstags ausreichen; die Räumlichkeiten erwiesen sich jedoch als so knapp, daß bereits acht Tage nach der Reichstagseröffnung die Regierung von dem Abgeordneten Miquel über ihre Absichten in betreff eines neuen Parlamentshauses interpelliert wurde. Das erste Projekt der Regierung, wonach das Reichstagshaus im Garten des für das Reichskanzleramt (Wilhelmstr. 74) erworbenen Grundstückes zu stehen kommen sollte, fand im Reichstag keinen Anklang; mehr Aussicht hatte der Vorschlag des Abgeordneten Karl Braun, noch Bedacht zu nehmen für eine provisorische Unterkunft, „denn wir wissen, daß wir hier schlecht logiert sind in jeder Beziehung.“ Einige Wochen später erklärte der Reichstag die Errichtung eines würdigen Reichstagsgebäudes für ein dringendes Bedürfnis; demgemäß sollte ein passender Bauplatz ermittelt, ein Bauprogramm aufgestellt und bis zur Vollendung des Baues durch eine Kommission aus Mitgliedern des Bundesrats, Delegierten des Reichstags und Kommissarien der preußischen Regierung auf tunlichste

Beseitigung der Mängel des gegenwärtigen, provisorischen Zustandes Bedacht genommen werden.

Diese Reichstagsbaukommission beschloß, auf dem Hofe der bisherigen, eben nach Charlottenburg verlegten Kgl. Porzellanmanufaktur einen Saal mit Umfassungswänden aus Fachwerk herzustellen, während auf das Vorderhaus der Manufaktur in der Leipziger Straße ein Stockwerk aufgesetzt werden sollte, um genügend Räumlichkeiten für Kommissionszimmer zu gewinnen. Bei den Verhandlungen wurde, wie Eugen Richter in seinen Erinnerungen „Im alten Reichstag" erwähnt, von den Technikern die Möglichkeit bestritten, diese Bauten schon bis zur Herbstsession fertigzustellen. Zur Beseitigung dieses von den preußischen Baumeistern ausgehenden Widerspruchs begab sich Fürst Bismarck am 10. Juni 1871 selbst in die Reichstagsbaukommission und ergriff hier das Wort, um nochmals den dringenden Wunsch auszusprechen, daß vor allem die Herstellung eines Provisoriums ins Auge gefaßt werden müsse, welches den unerträglichen Uebelständen des jetzigen Zustandes baldige Abhilfe gewähre und die Notwendigkeit beseitige, auch nur die bevorstehende Herbstsession noch in dem bisherigen Lokale abzuhalten. Diese Uebelstände seien so groß, daß man bei Ausführung eines Provisoriums, auf dessen Vollendung vielleicht noch zwei Jahre gewartet werden müsse, nicht umhin könne, auch für diesen Zeitraum noch ein vorläufiges Auskunftsmittel zu schaffen. Das vor einigen Jahren in Wien errichtete provisorische Reichsratsgebäude und ebenso das in wenigen Monaten hergestellte Sitzungslokal des Abgeordnetenhauses zeige, in wie kurzer Frist ein solcher interimistischer Bau bei Anspannung aller Kräfte vollendet werden könne, sofern man in Bezug auf Solidität des Baues nicht über das durch den Zweck gebotene Maß hinausgehe. Was damals möglich gewesen, müsse mit den entwickelten Hilfsmitteln gegenwärtig um so leichter zu erreichen sein, und man werde eventuell auch die Heranziehung fremder Techniker nicht zu scheuen haben. Fürst Bismarck empfahl, ganz bestimmt einen auf demnächstigen Wiederabbruch berechneten Bau ins Auge zu fassen, wobei man von dem demnächstigen Belieben des Abgeordnetenhauses ganz unabhängig bleibe. Ein leichter Bau werde auch umsomehr genügen, als doch zu hoffen stehe, daß der Bau des definitiven Par-

lamentsgebäudes nicht mehr als etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen werde. Von dem Reichskanzler wurde demnach in erster Linie auf eine Ueberdachung des ersten Hofes der Porzellanmanufaktur und Einrichtung desselben zum Sitzungssaal unter Vornahme lediglich der nötigsten Umbauten als einen Plan hingewiesen, mittels dessen dem unmittelbar vorliegenden Bedürfnisse ohne erheblichen Zeitverlust entsprochen werden könne. Eventuell würde man der Erweiterung des Abgeordnetenhauses, wobei auch die weitere Zuziehung des Grundstücks des Geheimen Zivilkabinetts nicht ganz ausgeschlossen erscheine, ernstlich näherzutreten haben. Auf die Mängel des jetzigen Sitzungslokals des Reichstags eingehend, bezeichnete Bismarck als solche neben der unpassenden Räumlichkeit für den Bundesrat mit ihren Nebenräumen und der schlechten Ventilation namentlich auch die große Beengtheit des Raumes, und führte aus, von wie großer Wichtigkeit es für das Wohlbefinden der Abgeordneten sei, wenn die Lokalität wenigstens eine einigermaßen freie Bewegung gestatte und wo möglich auch Gelegenheit biete, sich zeitweilig in frischer Luft zu erholen. Auf die mit einer Vergrößerung des Sitzungsraums verbundene Erschwerung der Akustik sei dem gegenüber ein geringeres Gewicht zu legen. Jenem Bedürfnis aber dürfte durch den Umbau des Hofes der Porzellanmanufaktur in erwünschter Weise zu entsprechen sein. Nicht nur stehe dabei der Garten des Herrenhauses behufs der Erholung offen, sondern es werde auch der den Sitzungssaal alsdann umgebende Komplex von Gebäuden bei entsprechender Benutzung die Freiheit der Bewegung wesentlich erhöhen und zugleich voraussichtlich dem Sitzungssaal einen Schutz gewähren, welcher einen leichten Bau desselben umsomehr rechtfertige.

Nach dieser (bisher unveröffentlichten) Rede Bismarcks erklärten auch die Berliner Bauverständigen die Herstellung bis zum Herbst für ausführbar, und so konnte am 16. Oktober 1871 der Reichstag seine Sitzungen in dem neuen Reichstagsgebäude Leipziger Straße 4/5 beginnen, worin er 23 Jahre lang bis zur Uebersiedelung in das neue Reichstagsgebäude am Königsplatz getagt hat.

Persönliches vom Fürsten Bismarck.

Die Reihen derjenigen, die über den ersten Reichskanzler aus eigener Anschauung etwas zu erzählen wissen, lichtet sich von Jahr zu Jahr. Dies wäre nun für die Bismarck-Forschung nicht bedenklich, wenn nur alle diejenigen, die ihm nahe gestanden, mit ihren Erinnerungen nicht so ängstlich zurückhalten möchten. Die Gründe für diese Reserve liegen auf den verschiedensten Gebieten. Bald ist es eine übertriebene Scheu, intime Mitteilungen zu verwerten, bald bei aktiven oder früheren Beamten die Besorgnis, das Amtsgeheimnis zu verletzen; hier die Unfähigkeit, das Erlebte literarisch zu gestalten, dort das Versagen des Gedächtnisses, das durch Aufzeichnungen nicht unterstützt werden kann, zumeist aber eine gewisse iners moles und die Scheu, Züge von dem großen Kanzler mitzuteilen, die am Ende in das Bild desselben, wie es jetzt nun einmal feststeht, nicht passen könnten. In letzteren Beziehungen mögen sich die glücklichen Besitzer von Bismarck-Erinnerungen doch vollständig beruhigen. Die Figur des Begründers des Deutschen Reiches steht in ihrem Gefüge so felsenfest da, daß sich daran nichts mehr rütteln läßt. Es mögen noch hunderte Buschs, Grunerts und Diest-Dabers erstehen — Bismarck bleibt in der Weltgeschichte Bismarck; man kann an der Pyramide hin und her kratzen, ihre Gestalt bleibt unveränderlich.

Man braucht deshalb aber nicht sogleich in das Extrem zu fallen und zu sagen: „Wir wollen nichts Neues mehr von Bismarck wissen; wir kennen ihn sattsam; oder hast du wirklich etwas Sensationelles, ganz Neues zu erzählen?" Es ist bereits ein Verdienst, bekanntes, das im Laufe der Zeit vergessen, in der Erinnerung

aufzufrischen; vielleicht findet der Leser aber in der folgenden Skizze auch einige neue Züge, die ich teils selbst an Bismarck zu beobachten die Gelegenheit hatte, teils zuverlässigen Gewährsleuten und Freunden seines Hauses verdanke.

*

Bei den Vorträgen, welche Bismarck gehalten wurden, mußten die zur Erörterung gelangenden Sachen von seinen Räten auf das sorgfältigste vorbereitet sein; denn Bismarcks Zeit war kurz bemessen. Der Fürst liebte die größte Knappheit. „Es handelt sich um diese Frage" . . „Der springende Punkt ist der und der" . . „Es ließe sich dagegen einwenden" ꝛc. und dann noch das kurze Votum des Vortragenden. Dann notierte sich der Rat sofort die Entscheidung und verfügte dann in der Regel, ohne daß Bismarck etwas von der Sache mehr sah. Die Verantwortung des Vortragenden wurde dadurch eine noch größere.

Bis zu Rottenburgs Zeiten wollte Bismarck ständig keinen expedierenden Sekretär aufs Land, also nach Friedrichsruh oder Varzin, mitnehmen; es gab Zeiten, wo der Fürst überhaupt kein fremdes Gesicht sehen wollte. Daß Bismarck von seinen Räten oder den Ministern keinen Widerspruch dulden wollte, trifft nicht zu. Es kam nur darauf an, die richtige Form zu finden. Es ist wahr, Bismarck ertrug es nicht, wenn einer seiner Untergebenen gegen einen ihm erteilten Auftrag Bedenken erhob, die er dann sofort mit dem ganzen Arsenal seines Verstandes und seiner Dialektik erstickte. Der Untergebene tat besser, die Weisung schlankweg entgegenzunehmen und den aufgetragenen Entwurf auszuarbeiten. Bei späterer Begegnung mit dem Chef konnte er jedoch ganz wohl wagen, zu sagen: „Durchlaucht, in der mir aufgetragenen Sache ist mir doch nachträglich ein Bedenken aufgestoßen, worüber schwer hinwegzukommen ist." — „Sie haben Recht," antwortete dann vielleicht Bismarck, „lassen wir es" — oder „dann machen Sie es so." — —

Es kam vor, das Bismarck seinen Räten stundenlang diktierte. Dabei liebte derselbe es, im Zimmer auf- und abzugehen; auf Augenblicke versank er in stummes Nachdenken, dann aber schüttelte er eine wahre Flut von Gedanken heraus, und es ging so rasch,

daß der Nachschreibende, wenn er nicht stenographieren konnte, oft nur die Stichworte hinwerfen konnte. Mitunter gab Bismarck buchstäblich nur den Gedankengang, die Form und Fassung seinem Untergebenen überlassend. In sein Bureau zurückgekehrt, kam für den letzteren also erst die Hauptarbeit der Redaktion und Reinschrift, und auch hier gab es kein langes Ueberlegen, denn noch unter der Tür hatte Bismarck dem Rate zugerufen: „Nicht wahr, in zwei Stunden erhalte ich die Reinschrift."

Selbstverständlich verlangte der Fürst von seinen Beamten die größte Diskretion im Dienste. Er sah es nicht gern, wenn einer der Beamten des politischen Ressorts sich viel in der fremden diplomatischen Gesellschaft bewegte. Tatsächlich lebten die, welche mit besonders wichtigen Geschäften betraut waren, in der auffallendsten Zurückgezogenheit, zumal ihre Tätigkeit ihnen des Abends keine Möglichkeit gewährte, sich den Zerstreuungen der Wintersaison hinzugeben. Aber trotz dieser Diskretion, die der Dienst verlangte, dachte Bismarck von den großen Geheimnissen der Diplomatie nicht gerade sehr ängstlich. Er meinte, schon nach wenigen Momenten verliere das Bekanntwerden gewisser Vorgänge im diplomatischen Leben an seiner Bedeutung. Denn inzwischen könnten wieder Umstände eingetreten sein, die jene Vorgänge in anderem Lichte erscheinen ließen. „Wer kann denn mit voller Sicherheit trotz jener Kenntnis schließen, daß ich auch jetzt noch so handeln würde, wie zwei Monate früher?" Man weiß übrigens, mit welcher auffallenden Offenheit er selbst zuweilen über scheinbar geheime Dinge sprach. Freilich handelte er dabei wohl mit der Berechnung des Königs Agesilaus, daß gerade solche Enthüllungen bei dem Zuhörer nicht vollen Glauben finden würden. Bismarck war zu seinen Räten immer von ausgesuchter Höflichkeit, und der Verkehr wickelte sich in den angenehmsten Formen ab; nur persönliche Unpünktlichkeit und das Verschleppen resp. Liegenlassen einer Sache monierte er mitunter in recht ernster Weise.

Es ist nicht zu leugnen, daß Bismarck an seine Untergebenen die höchsten Anforderungen stellte und daß sich mancher derselben im Dienste buchstäblich aufgerieben hat. Auf der anderen Seite kannte aber auch Bismarck für sich keine Schonung; er fragte nicht, ob er, wenn es abends nach 10 Uhr noch eine Arbeit zu erledigen

gab, dann wohl auch einschlafen könne. Eines Tages war der Minister Maybach bei Bismarck in Varzin, um demselben über die Verstaatlichung der Eisenbahnen Vortrag zu halten. Man hatte unter Tags stundenlang gemeinsam gearbeitet, zu Abend gespeist, die Zeitungen gelesen und bei der Pfeife geplaudert. Als die Stunde des Schlafengehens kam, geleitete der Hausherr seinen Gast in das Schlafzimmer, und hier wurde, da Maybach sich am folgenden Tage verabschieden wollte, das ganze Vortragsthema noch einmal durchgenommen. Man kam überein, daß Maybach alle in Betracht kommenden Fragen in einer Denkschrift erörtern sollte, die als Basis für die weiteren Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts und schließlich im Staatsministerium dienen mochte. „Wie wäre es — bemerkte Bismarck zu dem sich bereits zum Schlafengehen anschickenden Kollegen —, wenn ich Ihnen das Promemoria rasch diktierte?" „Ja, wenn es Ew. Durchlaucht in so später Stunde keine zu große Mühe und Störung macht?" — „Ach was," erwiderte Bismarck, „auf eine schlaflose Nacht mehr oder weniger kommt es nicht an." Im nächsten Augenblicke saß Maybach am Tische, und Bismarck diktierte ihm, ohne auszusetzen, eine Stunde lang eine Denkschrift, welche die ganze Frage erschöpfte. Daß Bismarck die seiner sonstigen Wirksamkeit fern liegende Frage mit einer solchen Virtuosität in allen finanziellen und technischen Einzelheiten beherrschte, erfüllte Maybach mit höchster Bewunderung.

*

Am liebsten verhandelte Bismarck, wenn es sich um parlamentarische Fragen handelte, mit Dr. Lucius und mit von Kardorff, wenngleich er auch auf den letzteren vorübergehend verstimmt war. Graf Bethusy-Huc war ihm zu phantastisch, Dietze-Barby kam als Politiker weniger in Betracht, war aber als Sprachrohr gut zu verwenden. Von den Konservativen verhandelte er am liebsten mit Minnigerode und Helldorf, Miquel stand ihm nicht so nahe wie Bennigsen.

*

Man irrt, wenn man annimmt, die mitunter köstlichen Gespräche, welche Bismarck auf seinen parlamentarischen Soiréen

führte, seien alle extemporisiert gewesen. Zumeist gab natürlich ein Wort das andere; manches von dem Gesagten war aber vorher ebenso wohl überlegt, als ob es sich um eine Reichstagsrede gehandelt hätte.

*

Den Weisungen des früheren Leibarztes Dr. Struck folgte Bismarck nicht leicht. Eines Tages, da der Fürst über schlechten Magen klagte, verordnete ihm Struck Huhn und Reis; Bismarck sollte überdies die Mahlzeit auf seinem Zimmer einnehmen. Der Diener trägt dieselbe auf; Bismarck ärgert sich über das Gericht: „Was giebt es oben?“ — „Servieren Sie mir das Diner von oben.“

Bevor Dr. Schweninger die ärztliche Behandlung des Reichskanzlers übernahm, hatte er bekanntlich bereits dessen Jüngstgeborenen, den Grafen Bill, wunderbar kuriert. Der Uebernahme Bills in die Behandlung Schweningers gingen eingehende, sich zwei Tage hindurchziehende Verhandlungen voraus. Schweninger sagte ihm unumwunden: „Wenn Sie sich, Herr Graf, nicht verpflichten, mir ein ganzes Jahr unbedingt zu folgen, so gebe ich mich zu Ihrer Behandlung nicht her.“ Nachdem Bill alle gewünschten Zusicherungen gegeben, wurde vereinbart, daß derselbe dem nach München zurückkehrenden Dr. Schweninger einen ausführlichen Lebenslauf einsenden solle (derselbe wurde 16 Seiten lang), und daß die weitere Behandlung auf Grund der von dem Grafen Bill periodisch einzureichenden Krankheitsgeschichte stattfinden solle. Graf Bill unterzog sich der vorgeschriebenen Kur mit größter Gewissenhaftigkeit; er machte keine Diners mehr mit und sandte, meistens spät nachts, Telegramme auf Telegramme nach München, wenn er über einen Punkt von Schweninger Aufschluß haben wollte. Eines dieser Telegramme, womit der Arzt tief in der Nacht geweckt wurde, lautete: „Darf ich Sauerkohl essen? Bei Ihnen nennt man das Kraut.“

Als Graf Bill später seinen Besuch in München angekündigt hatte, erwartete ihn Schweninger auf dem Bahnhof und war bereits im Begriffe, sich zu entfernen, als ein Herr auf ihn zutrat und zu dem erstaunten Arzte bemerkte: „Ich bin Bismarck.“ Selbst

Schweninger hätte nicht geglaubt, daß der ehedem wie ein Greis an das Ruhebett gebannte Patient, frisch wie ein Fisch, elastisch wie ein junger Mann, und mit einem Körpergewichtsverluste von 45–50 Pfund sich je so bei ihm melden würde. Schweninger, Graf Bill, Paul Lindau unternahmen demnächst eine Tour in den Bayerwald, woran sich der Besuch der Bayreuther Festspiele anschloß. Nachher bestieg der Graf mit Schweninger den höchsten in Bayern gelegenen Berg, die Zugspitze, und legte den Weg in 22 Stunden zurück; selbst für einen geübten Bergsteiger eine respektable Leistung. In dieser Zeit konnte Graf Bill dem Reichskanzler melden, daß ihm Schweninger zum erstenmal erlaubt habe, ein Beefsteak zu verspeisen.

Im September 1882 wurde Schweninger von dem Grafen Bill nach Varzin eingeladen, bei welcher Gelegenheit der Münchener Arzt den Reichskanzler zum erstenmal sah; dieser trug damals den weißen Vollbart, von dem er eine Linderung der neuralgischen Gesichtsschmerzen erhoffte. Bei der Vorstellung bedankte sich Fürst Bismarck bei Schweninger für die erfolgreiche Herstellung seines Sohnes, und sagte schon damals zu seiner Familie: „Ich möchte Schweninger auch gern haben, und hoffe, daß es sich später machen wird.“ Im Frühjahr 1883 besuchte Schweninger den Grafen Bill in Berlin auf der Durchreise nach Danzig; dort erhielt er ein Telegramm des Grafen, so schnell als möglich zu seinem Vater zu kommen. Bei der ersten ärztlichen Visite, welche der Münchener Arzt dem Kanzler machte, verhehlte dieser ihm nicht die Schwierigkeiten bei seiner Behandlung: „Sie geben mir eine Verordnung — wenn Sie fort sind, kommt ein anderer, der alles wieder über den Haufen wirft. Wenn Sie mich also behandeln wollen, dann bitte ich, daß Sie mir das Opfer bringen und bei mir bleiben.“ Schweninger erwiderte: „Nichts lieber als dies. Ich gebe eine Verordnung, wenn sie aber nicht befolgt wird, so gehe ich. Unter der Voraussetzung also, daß ich bezüglich Ihrer Behandlung Herr bin, und daß nichts geschieht, was ich nicht billigen kann, komme ich sehr gern zu Ew. Durchlaucht.“ Gleich darauf erfolgte der Umzug Schweningers von dem Hotel ins Kanzlerpalais. Sein Gepäck war nicht groß; er hatte fast nichts bei sich, und kaufte sich einen Anzug aus der „Goldenen Hundertzehn“.

Die Behandlung des Fürsten Bismarck nahm anfangs einen günstigen Verlauf, da sich der Patient den ärztlichen Anordnungen strenge fügte. Nach einiger Zeit erkrankte Bismarck aber an Magenkatarrh, verbunden mit Gelbsucht, infolge des eigenmächtigen Genusses von Buttermilch. Als Schweninger erfuhr, daß der Fürst seine Anordnungen übertreten hatte, sagte er kategorisch: „Erlauben Durchlaucht, daß ich heute weggehe." Abends war im Kanzlerpalais ob dieses seines Entschlusses große Verstimmung. Nach längeren Verhandlungen verstand sich Schweninger, zu bleiben, wenn der Fürst nach Friedrichsruh gehe und dort ganz seinen Weisungen gemäß lebe. Die Abreise nach Friedrichsruh und ein längerer Urlaub erfolgte am 2. Juli, und von da ab datiert die fortschreitende Besserung in Bismarcks Befinden.

*

Als die „Deklaranten" aufkamen, wurden deren Namen in das schwarze Buch eingetragen, welches der Portier im Kanzlerpalais erhielt. Wer darin stand und Besuch machte, wurde nicht vorgelassen und bekam nicht einmal eine Karte Bismarcks zugeschickt. In dieses schwarze Buch kam demnächst auch noch eine Anzahl sonstiger mißliebiger Persönlichkeiten.

*

Zu dem Abgeordneten Dietze-Barby sagte Bismarck einst: „Ich habe meinen Beruf verfehlt. Ich hätte Landwirt oder Großindustrieller werden sollen." Derselbe Gewährsmann war auch in Versailles anwesend, als daselbst die Kapitulation von Paris unterzeichnet wurde. Bismarck fragte Jules Favre, ob die Unterzeichnung vor oder nach Tisch erfolgen sollte. Als sich der letztere für die Unterzeichnung vor Tisch aussprach, sagte Bismarck mit einem schmunzelnden Seitenblick zu seinem Hausfreunde: „Frische Fische, gute Fische."

*

Es ist erstaunlich, was Fürst Bismarck in seinem Leben seinen Augen zutrauen durfte. Die amtlichen Aktenstücke, welche er während seiner 40jährigen Dienstzeit nicht nur lesen, sondern auch studieren mußte, möchten aufgehäuft allein schon einen Berg abgeben, welcher

die Siegessäule weit überragt. Wollte man die Briefe, Bücher und Zeitungen hinzufügen, welche er gelesen hat, so möchte der Sitzungssaal des Reichstages für diese Unmasse von Papier kaum ausreichen. Dabei war seine Lektüre eine so intensive, daß er sich mit der geistigen Aufnahme nicht begnügte; es drängte ihn, seiner zustimmenden oder abweichenden Ansicht sogleich in Form von Marginal-Bleistiftbemerkungen Ausdruck zu geben. Mit der Wiedergabe dieser in knappster Fassung gehaltenen, überall den Nagel auf den Kopf treffenden Marginalien könnte man ein hochinteressantes Buch füllen. Mir liegt, um nur ein Beispiel zu erwähnen, eine Broschüre, betitelt Heft 14, II. Jahrgang „Der neue Kurs" vor, deren Leitartikel, betitelt „Belfort", Bismarcks Kritik lebhaft herausgefordert hat. Nach Bismarcks Randbemerkungen enthielt dieser Artikel einen ganzen Rattenkönig von Geschichtsfälschungen gegen seine Person. Zu der Behauptung, es habe lange bedurft, um Bismarck überhaupt mit dem Gedanken, französisch sprechende Landesteile zu fordern, zu versöhnen, machte Bismarck ein großes Fragezeichen; ebenso gleich zwei zu der Angabe, die Franzosen hätten beim Friedensschluß geglaubt, der neue Krieg werde ausbrechen, noch bevor Frankreich von den Deutschen geräumt wäre. Nach weiteren Randbemerkungen Bismarcks bestand allerdings die Wahrscheinlichkeit, daß sich die auswärtigen Vertreter einmischten, wenn von Deutschland außer Metz auch Belfort in die Präliminarien einbezogen würde.

*

Nach Tisch liebte es Bismarck, Reminiscenzen zu erzählen. Man brauchte nur anzuklopfen, etwa so: „Durchlaucht, wie war es doch bei der Begegnung mit Jules Favre in Ferrières?" Einmal sagte Bismarck: „Der Wunsch, einen Sohn zu bekommen, ist oft der Vater mancher Töchter."

Für Napoleon fühlte Bismarck eine gewisse Sympathie, aber er hielt lange nicht so viel von ihm als beispielsweise von Cavour, in dem er eine Art von Rivalen erblickte.

*

Daß Bismarck ohne alles Vorurteil auch von nicht approbierten Personen ärztliche Hilfe annahm, ist m. W. bisher nicht bekannt.

Eines Tages traf ein dem Kanzler persönlich nahestehender Abgeordneter ihn krank im Bett. „Ich muß jetzt von Ihnen Abschied nehmen", bemerkte Bismarck, „mit mir geht's zu Ende. Ich trage die Schmerzen nicht länger." „Ach was, Durchlaucht — an Schmerzen ist noch keiner gestorben. Halten Sie etwas von der Weisheit von Schäfern? In meiner Nähe ist einer, der bereits die wunderbarsten Erfolge seiner Kuren aufzuweisen hat. Man braucht ihm nur eine gewisse Substanz zu schicken, so erkennt er die Krankheit und kuriert dieselbe."

„Würde sich denn noch heute jemand finden, um zu ihm zu reisen? Wann geht der nächste Zug?"

„Um 2 Uhr, Durchlaucht. Ich selbst bin bereit, noch heute ihn aufzusuchen und alles zu vermitteln."

Die Sache war rasch abgemacht und der Schäfer diagnostizierte, daß die Galle in das Blut getreten sei; wenn es eine kräftige Natur sei, so könne dem Patienten geholfen werden mit einem Thee, dessen Ingredienzien er sofort aufschrieb und der morgens, mittags und abends genossen werden müsse. Honorar verlangte der Schäfer nicht, er ließ es sich aber gefallen, daß der Abgeordnete 3 Mark auf das Fensterbrett niederlegte. Abends 10 Uhr kam der Hausfreund mit dem Rezept wieder zu Bismarck, der es sich besah und dabei bemerkte: „Wenn das Getränk morgens, mittags und abends genommen werden kann, so kann man es auch abends, morgens und mittags nehmen." Es wurde rasch angefertigt und noch an demselben Abend eingenommen. Nach drei Tagen fühlte sich Bismarck merklich besser. Darauf schickte der Fürst den Hausfreund noch ein zweites Mal zu dem kundigen Manne und gab ihm noch unter der Tür den Auftrag: „Fragen Sie, ob es nicht angeht, den Zucker aus dem Rezept zu streichen. Ich nehme lieber den bitteren Thee." Nach Verlauf von einigen Tagen war der Kanzler wirklich hergestellt.

*

Den Geh. Rat Lothar Bucher behandelte der Fürst mit einem gewissen Respekt; Buchers eminentes Gedächtnis kam ihm in seiner Stellung um den Kanzler wunderbar zu statten. Wenn der Fürst

beispielsweise bemerkte: „Sagen Sie, Bucher, wann haben wir dem Reichstag die Vorlage über die Errichtung des Reichsjustizamts gemacht?“ so konnte er sicher sein, sofort die zutreffende Antwort zu erhalten.

Im Jahre 1890 traf ich in Friedrichsruh mehrfach mit L. Bucher zusammen. In Berlin hatte ich Bucher das letzte Mal im Café Josty zu einer Zeit getroffen, da keiner auch nur ahnte, daß wir einen Bismarck „außer Dienst“ erleben würden. Was lag näher, als daß seine Entlassung den nächsten Stoff unserer Aussprache in Friedrichsruh bildete. Der äußere Grund zu derselben und ihre Modalitäten waren bekannt, und mein Interesse drehte sich mehr um die Frage, ob denn die Katastrophe einen Mann mit dem Blicke Bismarcks überrascht und ob es kein Mittel dagegen gegeben haben würde. „Sie berühren da eine Frage,“ bemerkte Bucher, „die erst vor einigen Tagen von einem alten Anhänger Bismarcks unten während des Tabakkollegiums erörtert worden ist. Es gibt noch heute Leute, die da glauben, Bismarck sei durch die Entschließung des Kaisers, ihn fallen zu lassen, überrascht worden; aber es hat an Anzeichen, die den Sturm verrieten, nicht gefehlt. Schon in Friedrichsruh — also vor der Rückkehr nach Berlin — hat der Fürst gewußt, daß sich etwas vorbereitet. In Berlin ist die Frage seines Rücktritts zwischen ihm und dem Kaiser alsbald sine ira erörtert und nur der Zeitpunkt desselben noch ausgesetzt worden; die Katastrophe kam also nicht wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Nun kennen Sie aber doch auch den Fürsten; er war nie der Mann, der mit dem Kopf durch die Wand geht, und er hat wiederholt bewiesen, daß er auch nachgeben, daß er auch Konzessionen machen kann. Denken Sie nur — um bei der neueren Geschichte zu bleiben — an die Erledigung der Karolinenfrage, an die Freilassung Schnäbeles, an die den Hinterbliebenen eines erschlagenen Franzosen von Deutschland gezahlte Entschädigungssumme in Höhe von, wenn ich mich nicht irre, 50000 Mark. Und glauben Sie wirklich, daß, wenn der Fürst gewollt hätte, den Kaiser umzustimmen, ihm dies nicht gelungen wäre? Hätte Bismarck sich zu Konzessionen geneigt gezeigt, so hätte der Sturm sich gelegt. Es lag für den Fürsten der Ausweg vor, sich auf die Leitung der auswärtigen Politik zurückzuziehen

und nur das Präsidium des preußischen Staatsministeriums abzutreten; glauben Sie, daß es, wenn Bismarck darauf einging, ihm schwierig gewesen wäre, nach Jahr und Tag einen Konflikt mit dem Ministerpräsidenten zu provozieren und, bekleidet mit der Fülle seiner Autorität, denselben aus dem Sattel zu heben? Hatte er das Ministerpräsidium nicht bereits früher einmal abgegeben? Und wie kurze Zeit währte es, bis er das Amt wieder bekleidete! Ich sage also: Bismarck überhaupt noch im Amte, bedeutete Bismarck über kurz oder lang wieder im Vollbesitz seiner Macht; ja wenn er nur den Grafen Herbert als Staatssekretär zurückließ, so blieb für den Vater ein Tor der Festung offen, durch das er früher oder später wieder einziehen konnte. Aber für eine solche Politik war Bismarck zu vornehm, und daß er so gehandelt, wie er es getan, muß uns beweisen, daß er den Bruch für unheilbar ansah."

In Bezug auf die inneren Verhältnisse in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, in welcher Bucher bis zum Jahre 1886 gearbeitet hatte, erfuhr ich noch folgendes: Bucher war Referent besonders für die kirchenpolitischen Angelegenheiten, und hatte als solcher zahlreiche persönliche Besprechungen mit dem Fürsten Bismarck. Wegen seiner genauen Kenntnis der englischen Sprache und der englischen Verhältnisse wurde er wiederholt bei der Redaktion von Briefen Bismarcks herangezogen, die nach England gingen und aus Courtoisie für den Adressaten in englischer Sprache geschrieben werden sollten.

Seitdem Graf Herbert Bismarck Staatssekretär des Auswärtigen Amts geworden war, wurden auch die Vorträge aus der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts beim Reichskanzler von dem ersteren erstattet. Daß einer der Referenten der gedachten Abteilung zum Reichskanzler gerufen wurde, kam von jetzt ab nur noch vereinzelt vor, wo es sich um Fragen handelte, die von der allgemeinen Politik fern lagen, oder um Spezialfragen, die nur der Referent in allen Einzelheiten beherrschte. In den nicht politischen Abteilungen des Auswärtigen Amts traten an die Stelle der persönlichen Vorträge mehr und mehr Promemorias, die sehr knapp gehalten werden mußten und an deren Schluß die Stellungnahme des Reichskanzlers erbeten wurde, die derselbe dann mit Bleistift am Rande vermerkte. Die betreffenden Schriftstücke

trugen am Kopfe die Buchstaben S. D. Die Ernennung des Grafen Herbert Bismarck zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts kam den Geschäften ungemein zu statten, weil derselbe wiederholt während des Tages den Reichskanzler sprach und über jede schwebende Frage dessen Urteil einholen konnte. Da, wenn der Kanzler nicht verreist war, zwischen dem Vater und dem Sohn alles mündlich verhandelt wurde, so wird ein späterer Geschichtsschreiber kaum unterscheiden können, wo die Politik des Einen anfing, und die des Andern endete.

J. S. Preuß, Berlin S.W., Kommandantenstraße 14.